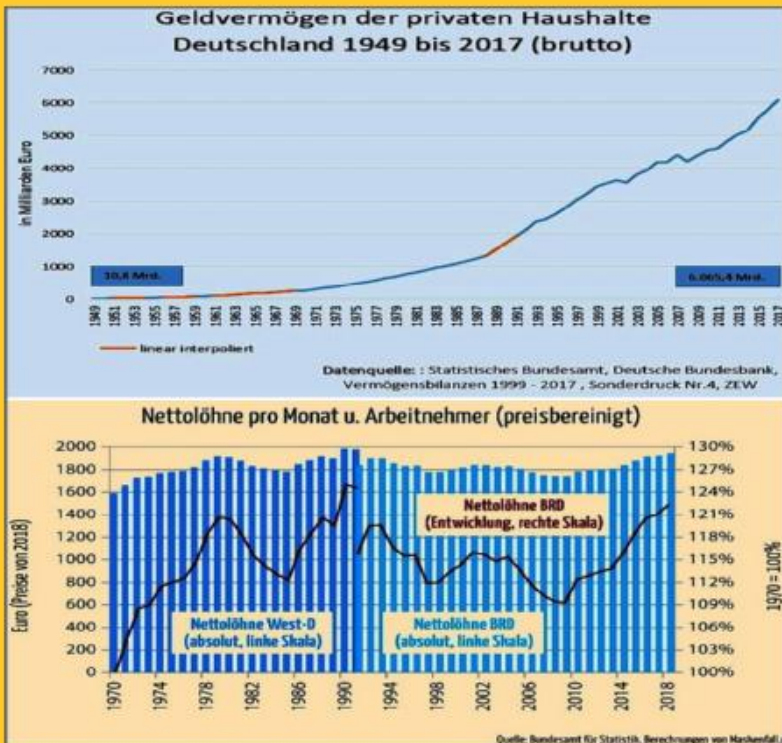


Deutsche Wirtschaftspolitik von 1950 bis 2019

*Bittere Folgen für die Hälfte der Gesellschaft
und
Vorschläge zur Beseitigung dieser Fehlentwicklung*



Peter Thurnhofer

In einem der reichsten Länder der Welt wächst die Konkurrenz um Arbeit, Wohnungen und Sozialleistungen.

Seit den 1980er-Jahren hat eine neoliberale Politik der Privatisierung, Deinstustrialisierung und Vermögenskonzentration den wirtschaftlichen Kreislauf aus dem Gleichgewicht gebracht. Während Vermögen und passives Einkommen aus Vermögen in historische Höhen wächst, bleibt ein großer Teil der Bevölkerung außen vor. Millionen leben mit unsicheren Jobs, Niedriglöhnen, befristeten Verträgen oder ohne bezahlbaren Wohnraum.

Der Staat wurde politisch geschwächt: Vermögende zahlen weniger Steuern, öffentliche Investitionen bleiben aus, notwendige Zukunftsprojekte werden verschoben. Gleichzeitig stauen sich enorme private Geldvermögen, die nicht in produktive Investitionen fließen. Die Folge ist eine Investitionskrise mitten im Wohlstand.

Die Folgen spüren vor allem die unteren und mittleren Einkommen. Wenn Arbeit unsicher wird, Wohnungen knapp sind und Sozialleistungen unter Druck geraten, entsteht Konkurrenz – auch zwischen Einheimischen und Zuwanderern. Diese Konkurrenz ist jedoch nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen: eines Staates, der sich aus Investitionen und sozialer Gestaltung zurückgezogen hat.

Anstatt die Ursachen zu bekämpfen, wird die gesellschaftliche Debatte zunehmend auf Migration reduziert. Doch die eigentliche Frage lautet: Warum fehlt in einem der reichsten Länder der Welt das Geld für Arbeit, Wohnen und soziale Sicherheit?

Dieses Buch analysiert die Entwicklung, die zu dieser Situation geführt hat – und zeigt einen Ausweg: Eine neue solidarische Wirtschaftspolitik mit starken staatlichen Investitionen, Vollbeschäftigung, höheren Löhnen, sicheren Renten und ausreichend bezahlbarem Wohnraum.

Wohlstand für alle ist möglich. Doch er braucht politischen Mut und einen grundlegenden Kurswechsel.



Peter wurde 1940 in Berlin-Kreuzberg geboren, lebte 10 Jahre in Hamburg, 10 Jahre in München und danach, bedingt durch seine Selbstständigkeit, im istrischen Kroatien. Eine Ausbildung in einem Rundfunk-, Fernseh- und Elektronikversandhandel haben die technischen Grundlagen gelegt. Erweitert wurden diese durch viele Besuche der Hannovermesse und technische Modernisierung seiner Elektrolytkondensatoren-Fabrik. Das wirtschaftswissenschaftliche Studium verbunden mit EDV an der Freien Universität Berlin, mit anschließender Dozententätigkeit und Unternehmensberatung in der Informationstechnologie führten schließlich auch zur Auseinandersetzung mit der Politik, die sich hier auch im Buch äußert.



Peter Thurnhofer

Deutsche Wirtschaftspolitik von 1950 bis 2019

Bittere Folgen für die Hälfte der Gesellschaft
und
Vorschläge zur Beseitigung dieser Fehlentwicklung

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß §44b UrhG (»Text und Data Mining«) zu gewinnen, ist untersagt.

© 2026 Peter Thurnhofer
Erweiterungen

Das Buch erschien erstmals 2019 in der NORA-Verlagsgemeinschaft
Lektorat: Dr. Hermann Eisele

Verlag: BoD • Books on Demand GmbH, In de Tarpen 42, 22848 Norderstedt,
bod@bod.de

Druck: Libri Plureos GmbH, Friedensallee 273, 22763 Hamburg

ISBN: 978-3-6957-1679-1

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	5
Vorwort.....	12
ERSTES KAPITEL Das wirtschaftspolitische Entwicklung	17
Unterschiedliche Ansätze	18
Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft – Wohlstand für alle	18
Sozialliberale Koalition 1950 bis 1982	19
Sozialistische Planwirtschaft der DDR 1949 bis 1990.....	24
Die Rolle des Staatsvermögens	25
Definition Staatsvermögen.....	25
Notwendigkeit von Staatsvermögen	26
Staatsvermögen in der DDR.....	26
Staatsvermögen bis 1982 in Westdeutschland.....	27
Staatsvermögen im Neoliberalismus	28
Investitionsprobleme im schlanken Staat	30
Was ist der bessere Weg?.....	32
Die wirtschaftspolitische Wende von Kohl 1982.....	34
Anlass und Leitideen der wirtschaftspolitischen Wende	35
Die Realität dieser Wende.....	36
Arbeitslosigkeit im Vergleich der Systeme	38
Die verborgene Zielsetzung der »Geistig moralischen Wende«	40
Das System Helmut Kohl	42
Parteispenden werden nicht umsonst gegeben.....	44
Keine Kontrolle von Lobbyismus.....	46
Mitteilungen aus dem Parlament – der geschönte Armutsbericht.....	48
Privatisierungspolitik.....	49
Privatisierung von Firmen im Staatsbesitz der BRD	49
Privatisierung des gesamten DDR-Staatvermögens	50
Privatisierung von Immobilien und Sozialwohnungen	55
Steueränderungen zugunsten der Vermögenden	60

Erhöhung der Lohnsteuer, Senkung der Einkommensteuer.....	61
Statt Einkommensteuer eine Abgeltungssteuer für Einkommen über 16.000 Euro	64
Senkung der Vermögenssteuern	66
Erhöhung von Verbrauchssteuern – Geringhaltung von Unternehmenssteuern	68
Senkung der Unternehmensbesteuerung.....	70
Erhöhung von Grund- und Grunderwerbssteuern	72
Vermeidung bei Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer	73
Akzeptanz von Steueroasen	81
Europas Steueroasen – das geheime Vermögen	81
Die schlimmsten Steueroasen sind eng mit der EU verflochten	81
Die Big-Four-Wirtschaftsprüfer als ein integraler Bestandteil der Steuerflucht	84
Das Bankensystem für diese Steueroasen in London.....	85
Akzeptanz von globalen Monopolen wie Apple.....	87
ZWEITES KAPITEL Die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik ab 1982	91
Staatsverschuldung	92
Keine ausgeglichenen öffentlichen Haushalte	92
Verschuldung zur Schaffung von Arbeitsplätzen bis 1982	94
Verschuldung ab 1982 unter der neoliberalen Politik.....	95
Verlagerung des Staatsvermögens in privates Vermögen	98
Private Geldschwemme – Hortung in Billionen Euro.....	99
Die Rolle der Zinsen für die Staatsschuld.....	100
Die Folgen der Geldschwemme sind gravierend.....	103
Arbeitslosigkeit.....	110
Abkoppelung der Arbeitslöhne von der Produktivität	110
Verringerte Kaufkraft durch Lohndruck	111
Auswirkungen auf das Wachstum	112
Offizielle und verdeckte Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse.	114
Atypisch Beschäftigte.....	115

Scheinselbstständigkeit	116
Niedriglohntsektor, Leiharbeit und Minijobs (Agenda 2010)	116
Hartz IV - Senkung der Sozialleistungen.....	117
Die Notlösung der SPD – Agenda 2010 und Hartz IV.....	118
Deindustrialisierung unter der Globalisierung	118
Deindustrialisierung ab 1975	118
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht beachtet	120
Realitätsverlust bezüglich Abhängigkeiten.....	123
Ölpreisschock in den 70ern - wirtschaftspolitische Ignoranz	123
Neue Abhängigkeiten bei Öl und Gas	125
Neue Abhängigkeit bei Rohstoffen und Vorprodukten	125
Relative zunehmende Verarmung der Bevölkerung	127
Fehlen einer Unternehmenskultur.....	128
Fehlendes staatliches Risikokapital für private Investoren	129
Soziale Ungleichheit	130
Einkommens- und Vermögensungleichheit.....	130
Einkommensungleichheit	132
Rückgang der durchschnittlichen Realeinkommen für Arbeitnehmer..	132
Steigerung der Nettoeinkommen aus Unternehmen und Vermögen ..	134
Lohnspreizung.....	135
Veränderungsraten und Geschwindigkeit.....	137
Vermögensungleichheit	139
Ermittlung von Vermögen	139
Zunahme der sozialen Vermögensungleichheit	140
Vermögensverteilung von 1973 bis 2007.....	141
Quelle der Ungleichheit.....	142
Fortsetzung der Ungleichheit in der Alterssicherung.....	144
Prozentuale Entwicklung der Vermögensverteilung	146
Vom Wohlstandsausschluss zum Protestwähler	147
Arbeitseinkommen	147

Im Grenzbereich zwischen Armut und Wohlstand	147
Inobhutnahmen.....	149
Auswirkungen von Hartz IV und Agenda 2010	150
Wohnen	151
Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit.....	151
Lebensunterhalt	154
Die Tafeln – Resteverwertung einer Wegwerfgesellschaft.....	154
Containern	156
Vorsorge und Renten	156
Die gesetzliche Rentenversicherung	158
Sinkende Rentenhöhe – steigende Versteuerung	159
Armutsrente	159
Steigende Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt	161
Das Umlageverfahren in der Krise.....	162
Rentensenkung und Ausweitung des Renteneintrittsalters	162
Ruheständler in Österreich bekommen im Schnitt 60 % mehr Rente als deutsche.....	163
Inflationsrate und lineare Rentenanpassung	165
Staatspensionen und versicherungsfremde Leistungen.....	166
Kultur	167
Die Ergebnisse der neoliberalen Privatisierungspolitik	168
33 Millionen Bürger haben keine Ersparnisse.....	168
27 Millionen Bürger sind vom Wohlstand ausgeschlossen	168
19,5 Millionen Bürger leben in prekären Arbeitsverhältnissen oder in Armut	168
Die Schere geht weiter auseinander.....	169
Politische Auswirkungen der neoliberalen Politik	169
Nationalismus nimmt zu – Beispiel Brexit	169
Aufstände sind zu erwarten – die Gelbwesten in Frankreich	172
Volksparteien verschwinden.....	173

DRITTES KAPITEL Vorschläge zur Beseitigung der Fehlentwicklung mit dem Ziel Wohlstand für alle	174
Die Indikatoren einer Investitionskrise	175
Entstehung von Arbeitslosigkeit oder Niedriglohn	175
Entstehung der Investitionskrise – Analogie zum Babysitting-Modell .	176
Notwendige Investitionen werden nicht vorgenommen	178
Grundlegende persönliche Bedingungen zur Erreichung des Wohlstands	186
Wie das Ziel »Wohlstand für alle« noch erreicht werden kann	193
Warum eine radikale Änderung dringend notwendig ist.....	193
Fehlende Definition des Wohlstandsziels	194
Teilhabe am Vermögen sollte das Ziel sein	195
Einrichtung eines Vermögenskatasters und Bewertung.....	197
Einrichtung eines öffentlich einsehbaren Grundstückskatasters.....	198
Neue Indikatoren zur Steuerung	199
Einkommenserhöhung der unteren Schichten	201
Das Wirtschaftsministerium muss ins Zentrum.....	211
Der Staat als Vermögensverwalter der Volksgemeinschaft.....	220
Drei Fonds zur Steuerung einer neuen, sozialeren Wirtschaftspolitik .	227
Finanzierung der Fonds.....	247
Die Möglichkeiten der Zentralbankpolitik	281
Zusammenfassung	287
VIERTES KAPITEL Bedeutung der Europäischen Union für jeden europäischen Staat.....	289
Die Macht der EU	290
Der Binnenmarkt	290
Globale Neupositionierung	290
Juristische Durchsetzung als Anwalt der Nationalstaaten	291
Investitionspolitik zur Angleichung der Volkswirtschaften	303
Finanzierung des EU-Haushalts	307
Zuflüsse aus dem Lizenzsystem von ausländischen Firmen.....	307

Das Problem des Außenhandelsüberschusses	307
Einrichtung einer echten EU-Exekutive	310
Aktuelles EU-System	310
Anzustrebendes EU-System.....	311
Förderung einer europäischen Informationspolitik	314
Förderung von Föderalismus in Europa	315
Definition des Föderalismus.....	315
Hilfe beim Aufbau von Föderalismus	316
Abbildungsverzeichnis	317
Mehr Bücher von Peter Thurnhofer	337

Vorwort

Das Buch ist aus einer einfachen Frage entstanden. Im Bekanntenkreis wurde anlässlich einer Diskussion über die Einwanderung der Immigranten in Form einer Völkerwanderung das Unverständnis geäußert, warum gerade die Regionen, in denen es keine Ausländer gäbe, den Zuzug der Ausländer besonders ablehnten.

Die weitere plötzliche Nationalisierung der Staaten (z. B. Brexit) und das Erwachen von populistischen Strömungen erzeugten in mir ein Gefühl der Gefahr, welches auf den historischen Ereignissen der 1930er Jahre beruhte. Sehr schnell bemerkte ich, dass dieses allgemeine Unwohlsein der Gesellschaft einen anderen Grund hatte als den Zuzug der Immigranten, nämlich den einer Konkurrenzsituation. Wenn ein Drittel der Bevölkerung in einem Zustand der existenziellen Bedrohung lebt, dann ist jeder Neuankömmling eine Gefahr. Ich hätte mir jedoch am Anfang nicht vorstellen können, wie gefährlich die Situation wirklich ist. Aus meiner Sicht ist die Gesellschaft am Scheideweg, ob sie noch eine Demokratie sein will oder autokratische bzw. diktatorische Gesellschaftsformen bevorzugt. Besonders deutlich geworden ist, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht so funktioniert hat, wie das von den Gestaltern gedacht war. Man könnte auch sagen, sie ist von der politischen neoliberalen Elite missbraucht worden.

Das behandelte Thema ist komplex und in dieser Kürze auch schwer zu bearbeiten. Das vorliegende Buch soll jedoch zum Nachdenken animieren und darüber hinaus Anregungen geben, in welcher Weise die aufgezeigten Probleme gelöst werden könnten.

Die Aufgabe kann also nur darin bestehen, Informationen zu sammeln, die jedem kostenlos zugänglich sind, und nach bestem Wissen die wichtigen und interessanten davon zusammen zu fassen, um eine gute Übersicht über die bestehende Politik zu bekommen. Leider dürfen auch sehr gute Informationen, selbst gegen Bezahlung, auch teilweise nicht kopiert und veröffentlicht werden. Doch das Ergebnis dieser Übersicht sollte ausreichend sein, um zu einer Beurteilung zu kommen.

Das politische System (demokratisches Föderalsystem) und die wirtschaftspolitische Zielsetzung (Soziale Marktwirtschaft, Globalsteuerung, Godesberger Programm und Freiburger Thesen) Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg können auch heute noch als sehr modern angesehen werden. Sehr hilfreich war auch das ERP-Programm der Amerikaner, wenn es auch anfangs einen selbstsüchtigen Charakter hatte. Deutschland gilt weithin als sehr reiches Land, und

die wirtschaftliche Entwicklung wurde von den Experten bei Kriegsende für unmöglich gehalten. Zwei Grafiken der Vermögensentwicklung in Deutschland lassen das besonders deutlich erkennen.

Das Geldvermögen der Privathaushalte stieg von 1949 in Höhe von 10,8 Milliarden Euro bis 2017 auf 6.065,4 Milliarden Euro. Es wuchs somit um das 560-Fache (Abb. 1).

In der Entwicklung ist die Übernahme der DDR von 1991 enthalten.

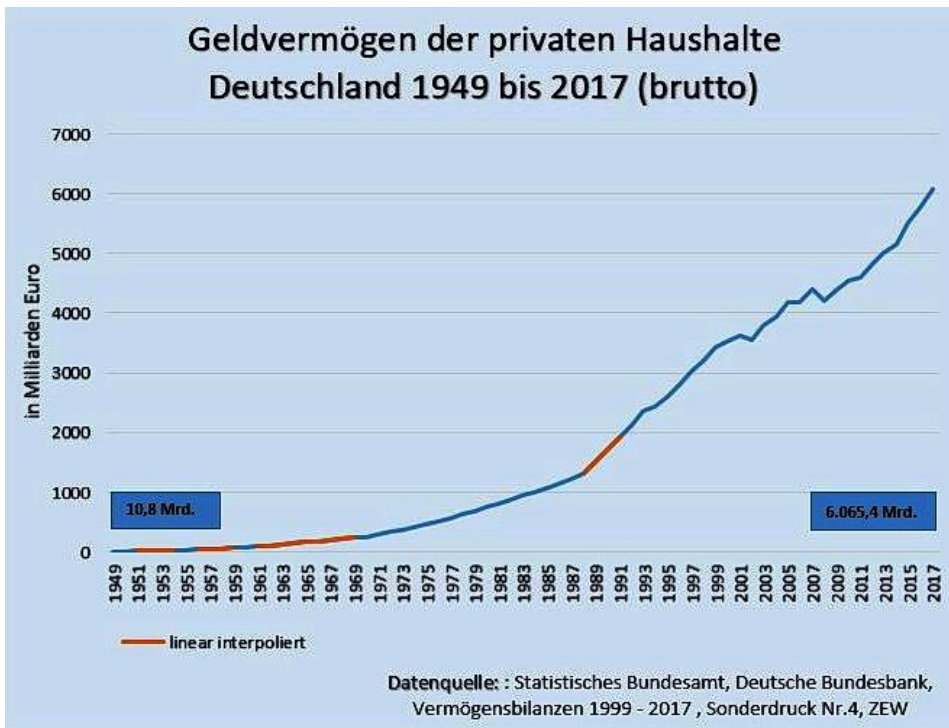


Abb. 1: Geldvermögensentwicklung der privaten Haushalte – Deutschland 1949 bis 2017 (brutto)

Quelle: Eigene Darstellung, ZEW, http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a339-entwicklung-u-verteilung-vermoegens-privater.pdf?__blob=publicationFile, Statistische Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Vermögensbilanzen 1999 - 2017, Sonderdruck Nr4

Deutlich erkennbar an nachfolgender Grafik ist auch, dass es sich um drei Gruppen des Vermögens handelt, die extrem gewachsen sind:

- Anlagevermögen (Unternehmen, Aktiengesellschaften),
- Grund und Boden und
- Geldvermögen (Bargeld, Sichtguthaben, festverzinsliche Papiere, Aktien).

Aus diesen drei Gruppen entstehen wiederum Einkommen, die nur denjenigen zufließen, die im Besitz dieser Vermögenswerte sind.

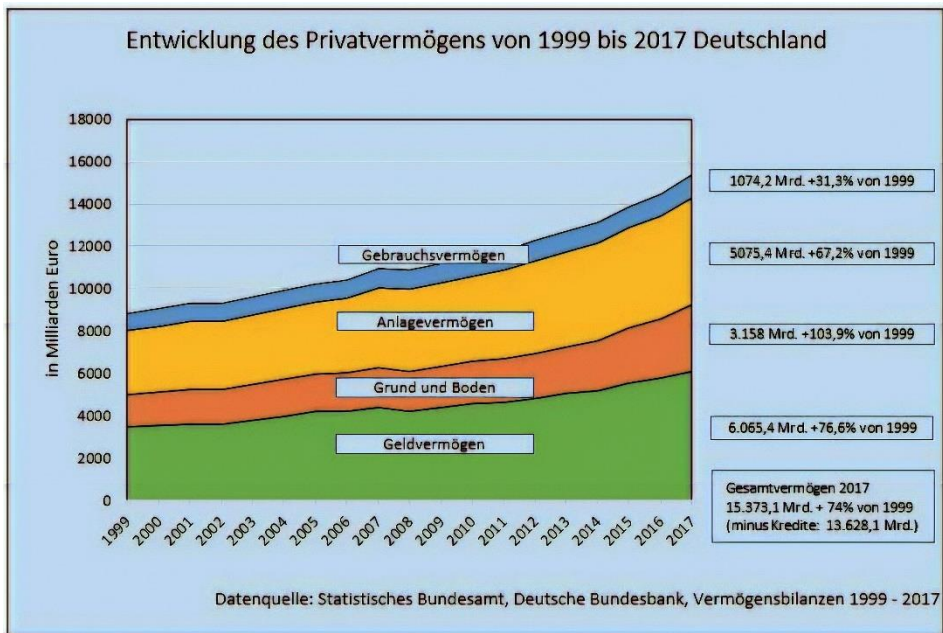


Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland

Quelle: Eigene Darstellung, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Vermögensrechnung/vermoegensbilanzen-pdf-5816103.html>

Trotz dieses wirtschaftlichen Reichtums, eines guten politischen Systems und eines exzellenten wirtschaftlichen Zielsystems ist die Unzufriedenheit der Gesellschaft groß. Bei einem Bevölkerungsstand von knapp 83 Millionen in Deutschland: Nehmen ca. 27 Millionen (ein Drittel der Bevölkerung) nicht am Wohlstand teil, haben ca. 54 Millionen (65 %) am Ende des Monats kein Geld für Ermessensspielräume, leben 5,6 Millionen (6 %) unterhalb der Armutsgrenze.

Wie konnte es, trotz dieses Reichtums, soweit kommen? Ziele wie »Wohlstand für alle« wurden weit verfehlt. Einige Ziele wurden definiert, es gab Messwerte, jedoch keine Zielwerte (z. B. den Gini-Index für soziale Ungleichheit). Darüber hinaus ist zu bemerken, dass die Zielwerte mit Ausnahme der Inflation (zuständig die Deutsche Bundesbank, später die Europäische Zentralbank) seit 1970 nie wieder erreicht wurden.

Das Hauptproblem sehe ich jedoch in einer verfehlten Investitions- und Industriepolitik. Weiterhin in einer besseren Definition von Wohlstand, insbesondere von nachhaltigem Wohlstand. Über den Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute lassen sich jedoch die Fehlentwicklungen gut erkennen. Im Folgenden wird versucht, diese Fehlentwicklungen aufzuzeigen und Lösungen für eine Korrektur zu finden. Das Buch enthält vier Kapitel.

Im ersten Kapitel werden das Zielsystem und dessen Entwicklung im Zeitablauf beschrieben. Weiterhin wird die Diskrepanz zwischen Zielsetzung und Zielerreichung dargestellt, mit der die wirtschaftliche Problematik aufgezeigt wird, in der sich Deutschland befindet, und aus der es zurzeit keinen vernünftigen Ausweg zu geben scheint. Darüber hinaus wird die Entwicklung des Staatsvermögens und die Folgen, die sich daraus ergeben, betrachtet.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Steuerung der Arbeitslosigkeit und deren Auswirkung in der Wirtschaftspolitik. Allein der Arbeitslosigkeit wurde Aufmerksamkeit geschenkt, wobei auf die enorme Freisetzung von Arbeitskräften durch Konzentration, Globalisierung und Automatisierung mit untauglichen Mitteln reagiert wurde. Hier erfolgt auch eine Gegenüberstellung der politischen Zielsetzung (1967) und Zielerreichung (2017), wobei das wichtigste Ziel »Verringerung sozialer Ungleichheit« unter dem übergeordneten Ziel »Wohlstand für alle« weder eine Messgröße noch eine Grenze besitzt. Es bestand also von Anfang an nicht die Absicht, dieses Ziel zu kontrollieren. Das Ziel »Verringerung sozialer Ungleichheit« war kein ursprüngliches Ziel. Es wurde erst später dem Zielsystem hinzugefügt.

Zwei Aktionen haben dazu beigetragen, dass die soziale Ungleichheit extrem zugenommen hat. Auf der einen Seite ist es die Steuergesetzgebung und auf der anderen Seite offizielle und inoffizielle Lobbyarbeit. Allein aus diesem Tatbestand lässt sich die Frage, ob die Reichen nicht zu sehr geschont worden seien, einfach so beantworten: Nein, es gab keine Schonung, sondern im Gegenteil eine legislative Unterstützung und Förderung, in der Reiche noch reicher und Arme noch ärmer wurden.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit den Lösungsmöglichkeiten. Dabei führen die Ziele vernünftiges Wohnen, ausreichende Rente und eine gute bezahlte Arbeit zu einer Gestaltung, die Steueränderungen erforderlich machen und mit dem Aufbau von Vermögens- und Investitionsfonds verbunden ist. Über die staatlichen

Investitionsfonds können dann die erforderlichen Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen werden, ohne dass es zu einer erneuten Staatsverschuldung kommt. Weitere Fonds dienen der Vermögensbildung für die private Vorsorge und dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt.

Auch wenn sich im Wesentlichen das Buch nur auf Deutschland bezieht, sind die Probleme in allen westlichen und hochpreisigen Ländern ähnlich, da die Gründe dafür in der Globalisierung, Automatisierung und Konzentration liegen. Dies ist eine Entwicklung, die ungeheuren Reichtum schafft, der jedoch nicht angemessen verteilt wird, weil dem wirtschaftspolitischen Ziel der Regierung »Verringerung sozialer Ungleichheit« nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Das vierte Kapitel ist der EU gewidmet, denn ohne diese Einrichtung erscheint es schwieriger zu werden, grundlegende Änderungen vorzunehmen. Nationale Interessen können anderen nationalen Interessen entgegenstehen, und Probleme sind nur dann lösbar, wenn es ein gemeinsames Handeln gibt. Gerade im Kampf gegen Steuervermeidung und für den Ausgleich wirtschaftlicher Unterschiede ist die Aktivität der EU notwendig.

Für die meisten Personen sind Zahlen absolut. Wenn das geschätzte Privatvermögen bei ungenauer Erhebung in Deutschland mit 15,3 Billionen Euro angegeben ist, dann sind es für die meisten Personen genau 15,3 Billionen Euro. Für Statistiker sind sie ein Wert mit einer Streuung. Die Zahlen schwanken um einen Wert mit einer Bandbreite von mehreren Prozent. Gerade im Bereich der Privatvermögen wird nicht ohne Grund viel verheimlicht. Da gibt es ein Bankgeheimnis, ein Steuergeheimnis, ein Identitätsgeheimnis, wer Steuern vermeidet durch Verlegung von Privatvermögen in Steueroasen, und eben auch Schwarzgeld und Kunstgegenstände. Es ist daher unmöglich, als Forscher oder Normalbürger an Daten, mit denen man einwandfrei arbeiten kann, heranzukommen.

Die hier ermittelten Erkenntnisse zeigen grundsätzlich und ganz klar die Probleme in der Verteilung von Arbeits- und Kapitaleinkommen auf, wobei sich die Gesellschaft zu einer Erbgemeinschaft entwickelt, in der die Reichen ihre Vermögen immer weiter steigern. Nur mit Vorschlägen, die sich mit einer vernünftigen Vermögensverteilung beschäftigen, kann das gesellschaftliche Problem gelöst werden. Jeder Leser muss jedoch berücksichtigen, wie mächtig und einflussreich die Interessen gegen die hier angeführten Ergebnisse bzw. Vorschläge sind.

Anmerkungen:

Dieses Buch richtet sich an Personen, die im politischen Leben Entscheidungen zu treffen haben, jedoch nicht in der Lage sind, sich umfassend zu informieren. Mit dem umfangreichen Literaturverzeichnis kann sich der Betreffende dann speziell weiter informieren.

ERSTES KAPITEL

Das wirtschaftspolitische Entwicklung

Unterschiedliche Ansätze

Diese politischen Entwicklungen lassen sich gut darstellen, da sich die Entwicklung Deutschlands in drei verschiedenen Phasen vollzog:

1. Ordoliberalismus und Sozialliberalismus von 1948 bis 1982.
2. Neoliberalismus von 1982 bis heute
3. Sozialismus und Staatskapitalismus der DDR 1949 bis 1990.

»Die Bezeichnung Soziale Marktwirtschaft geht auf Alfred Müller-Armack zurück, der darin eine irenische Formel sah, deren Sinn darin bestehe, »das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden«. Das Konzept basiert auf Vorstellungen, die mit durchaus unterschiedlicher Akzentuierung schon in den 1930er und 1940er Jahren entwickelt wurden. Aus diesem geschichtlichen Hintergrund ragt der Ordoliberalismus heraus, insbesondere Walter Eucken, Franz Böhm, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke. Gegenüber den ordoliberalen Vorstellungen zeichnet sich die Konzeption durch einen größeren Pragmatismus aus, etwa in der Konjunktur- und Sozialpolitik.«¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das moderne Zielkonzept für die Umsetzung der »Sozialen Marktwirtschaft« in Deutschland entwickelt, welches auf den Ideen von Ludwig Erhard, Karl Schiller, den Reformbemühungen der SPD und den Freiburger Thesen der FDP beruhte. Die Alliierten verzichteten auf Reparationszahlungen und ermöglichten mit dem ERP-Fonds einen schnelleren Wiederaufbau. Dieses Zielkonzept kann auch heute noch als sehr modern bezeichnet werden. Rückblickend war es jedoch unvollständig und die Maßnahmen zur Zielerreichung waren überwiegend fehlerhaft.

Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft – Wohlstand für alle

Mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard und seinen Vorstellungen vom »Wohlstand für alle« begann der Aufstieg Deutschlands aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges.

¹ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Soziale_Marktwirtschaft

»Nach Erhards Vorstellung sollte eine richtig geordnete Marktwirtschaft ›Wohlstand für alle‹ verheißen. Mit dem sogenannten Volkskapitalismus sollte eine breite Vermögensbildung gefördert werden. [...] Seine Zielvorstellung war die Utopie einer entproletarisierten Gesellschaft von Eigentumsbürgern, die keiner Sozialversicherungen mehr bedürfen.«²

Für Erhard gehörten »Wohlstand für alle« und »Wohlstand durch Wettbewerb« untrennbar zusammen, womit er für eine Preisfreigabe eintrat. Die zur Verfügung stehenden Energien sollten auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft ausgerichtet werden und nicht auf Kämpfe in der Verteilung. Der Konsumfreiheit der Bürger stand die Freiheit des Unternehmers gegenüber, das zu produzieren und zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes als notwendig erachtete. Um überhöhte Gewinne auszuschließen, wurde die Entstehung von Monopolen überwacht. Doch Erhard war sich darüber klar, dass durch den Krieg nicht genügend Produktionskapital zur Verfügung stand, und daher räumte er den Unternehmern größere Spielräume bei den Gewinnen ein. Dass Sinken der Preise ab 1950 und die Freigabe von Verbraucherkrediten lösten einen Boom am Konsummarkt aus, den Erhard als Käufermarkt beschrieb.³)

Sozialliberale Koalition 1950 bis 1982

Zwischen 1969 und 1982 bildete die SPD mit der FDP die sozialliberale Koalition, und mit den 1971 verabschiedeten Freiburger Thesen – flankiert von der »Streitschrift« *Noch eine Chance für die Liberalen* ihres damaligen Generalsekretärs Karl-Hermann Flach – bekannte sie sich zu einem »demokratischen und sozialen Liberalismus«.⁴

»Die sozialliberale Koalition trat 1969 als Reformregierung an und versuchte eine energische Demokratisierung von Staat und Gesellschaft durchzusetzen. In seiner Regierungserklärung versprach Willy Brandt am 28. Oktober 1969: ›Wir wollen mehr Demokratie wagen‹ und: ›Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.« Das Regierungsprogramm enthielt eine Reihe von Reformvorhaben, die in diesem Sinne interpretiert werden konnten: mehr Chancengleichheit im Bildungswesen, Herabsetzung des Wahl- und Mündigkeitsalters,

² https://de.m.wikipedia.org/wiki/Soziale_Marktwirtschaft

³ Vgl. (Erhard, 2009)

⁴ Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Linksliberalismus>

Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht, Strafrechts- und Strafvollzugsreform, Ausbau der sozialen Sicherheit, Monopolkontrolle und Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung.«⁵

Schillers Globalsteuerung

Karl Schiller schuf ein wirtschaftspolitisches Konzept, welches als Globalsteuerung bekannt wurde und die theoretischen Ideen von John Maynard Keynes aufgriff. Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wurde es 1967 gesetzlich festgeschrieben. Als oberstes Ziel wurde das »Gemeinwohl – Wohlstand für alle« definiert. Zur Erreichung des Gemeinwohls wurden gleichrangig vier Unterziele (1-4) definiert, die als magisches Viereck bekannt wurden. Diese vier Ziele erhielten Grenzwerte, an denen sich die jeweiligen Regierungen auszurichten hatten:

- Stabilität des Preisniveaus (Inflationsrate)
- Hoher Beschäftigungsstand (Arbeitslosenquote)
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum (Zuwachs des Sozialprodukts).

Später wurden diesen Zielen noch weitere hinzugefügt, überwiegend jedoch ohne Grenzwerte:

- Der Schutz der Umwelt
- Eine gerechte Einkommensverteilung (Verringerung sozialer Ungleichheit)
- Ausgeglichene öffentliche Haushalte
- Humane Arbeitsbedingungen.

»Die konkreten Ziele waren eine reale Zuwachsrate des Sozialprodukts von 4 %, eine Arbeitslosenquote von unter 0,8 % und eine Inflationsrate von unter 1 %.«⁶

Eine gerechtere Vermögensverteilung wird nicht erwähnt. Eine Zielangabe fehlt.

Die Freiburger Thesen der FDP

»Der Begriff ›Sozialer Liberalismus‹ und die Zielsetzung, die freiheitlichen Grundrechte durch ›soziale Teilhaberechte und Mitbestimmungsrechte‹ zu ergänzen,

⁵ (Borowsky, 2002)

⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Globalsteuerung>

zeigen, wie sehr sich die FDP in ihren programmatischen Grundsatzpositionen der SPD und auch den Gewerkschaften genähert hatte.«⁷

Mit der sozialliberalen Koalition von 1969 bis 1982 (Sozialliberalismus) entstand ein Konzept für eine Gesellschaftspolitik auf Basis der Freiburger Thesen von 1971 und des Godesberger Programms, welche man auch heute noch als aktuell und modern bezeichnen kann. Bezeichnend ist, dass diese Zielsetzungen von vielen politischen Parteien akzeptiert wurden.

»Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik:

These 1: Liberalismus nimmt Partei Menschenwürde durch Selbstbestimmung.

These 2: Liberalismus nimmt Partei für Fortschritt durch Vernunft.

These 3: Liberalismus fordert Demokratisierung der Gesellschaft.

These 4: Liberalismus fordert Reform des Kapitalismus.

[...]

Die liberale Reform des Kapitalismus erstrebt die Aufhebung der Ungleichgewichte des Vorteils und der Ballung wirtschaftlicher Macht, die aus der Akkumulation von Geld und Besitz und der Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen folgen. [...]

In der Eigentumsordnung

These 1: Freiheit braucht Eigentum. [...] Nicht die Freiheit hat im Eigentum, sondern das Eigentum findet in der Freiheit seine Begründung und Begrenzung.

These 2: Das Recht am Eigentum findet seine Entsprechung im Recht auf Eigentum. Die formale Garantie der Eigentumsordnung bedarf in einem sozialen Rechtsstaat darum der Ergänzung durch die reale Chance jedes Bürgers zur Eigentumsbildung.

These 3: Eigentum grenzt Freiheitsraum anderer ein. Diese Beschränkung hat, je nach Quantität und Qualität des Eigentums, unterschiedliche Auswirkungen. [...]

These 4: Das Recht auf freie Verfügung des einzelnen über sein Eigentum und auf seinen persönlichen oder beruflichen Gebrauch muss daher dann seine Grenze finden, wo dies zu unangemessenen und unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheit anderer oder zu einer Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit führt. Wo diese Sozialbindung des Eigentums als moralische Forderung an den verantwortlichen Eigentümer in der alltäglichen Wirklichkeit unwirk-

⁷ (Borowsky, 2002)

sam bleibt, bedarf es einer Bestimmung der gebotenen Grenzen der Verfügungsmacht über Eigentum durch Gesetz. Wo die Verfügungsgewalt über Eigentum an Produktionsmitteln zu Herrschaft über Menschen führt, ist ihre demokratische Kontrolle durch Mitbestimmung geboten.

In der Bodenordnung

These 1: Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit ausreichendem Wohnraum und humaner Städtebau müssen Hauptziele der Bodenpolitik sein. [...]

These 2: Den Gemeinden muss eine angemessene Bodenvorratspolitik ermöglicht werden. [...] Es ist Vorsorge zu treffen, dass die Gemeinden über die Bodenvorratspolitik keine Grundstücksspekulation betreiben.«⁸

Der Marshallplan ERP (European Recovery Program)

Der Marshallplan ERP wurde 1947 entwickelt und nach der Gründung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECE) 1948 umgesetzt.

Für das Programm gab es drei Gründe:

- Hilfe für die notleidende und teilweise hungernde Bevölkerung Europas
- Eindämmung des Kommunismus
- Schaffung eines Absatzmarktes für die Überproduktion der USA.⁹

Die westlichen Besatzungszonen Deutschlands waren nicht durch die Besatzungsmächte vertreten, der Wiederaufbau Westdeutschlands wurde offiziell als wesentliches Element der Planungen anerkannt.

»Im Rahmen des ERP (European Recovery Program) wurden bis zur Mitte des Jahres 1952 Lebens- und Düngemittel, Roh- und Treibstoffe, Maschinen und Medikamente im Wert von ca. 13 Milliarden Dollar an die westeuropäischen Staaten geliefert. An Westdeutschland und Berlin (West) gingen Güter im Wert von etwa 1,6 Milliarden Dollar.«¹⁰

Die Mittel des Marshallplans wurden 1953 in ein Sondervermögen überführt, das dank Zinsen bis 2008 auf mehr als 12 Milliarden Euro gewachsen war.

⁸ (Friedrich-Naumann-Stiftung, 1971)

⁹ Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>

¹⁰ (Schorr, 2006)

»Bei diesem Abkommen handelte es sich um einen Staatsvertrag, den die Bundesrepublik erstmals als gleichberechtigter Vertragspartner unterzeichnete. Das Abkommen bestimmte die Verwaltung einer Summe von damals 6 Mrd. DM als sogenanntes Sondervermögen. Dieses sollten Unternehmen zum Aufbau der Wirtschaft erhalten. Es handelte sich hierbei um revolvingierende Kredite. Dies sind Geldmittel, die nach ihrer Rückzahlung wieder neu vergeben werden können, womit der Wirtschaft immer wieder neue Mittel zufließen. Im Laufe der Jahre wurden aus dem Kapital rund 125 Milliarden DM/€ Kredite zur Wirtschafts- und Mittelstandsförderung vergeben.«¹¹

Der Wirtschaftshistoriker Barry Eichengreen berechnete eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes durch die ERP-Mittel um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr in den Jahren von 1948 bis 1951. Ohne diese beiden Faktoren dürfte das Wachstum deutlich schwächer gewesen sein, insgesamt jedoch noch sehr hoch gegenüber den Wachstumsraten der anschließenden Jahre 1973 bis 1994 mit 1,7 %.¹²

»Obwohl die vom Bund finanzierten Beschäftigungs- und Investitionsprogramme durchaus von einem deutlichen Beschäftigungsanstieg um fast 8.000.000 Erwerbstätige von 1977 bis 1980 begleitet waren (der sich allerdings nicht in einem entsprechenden Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit niederschlug), fand sich die Bundesregierung im Wahlkampf 1980 finanzpolitisch in der Defensive. Die Ungleichverteilung der finanziellen Lasten erlaubte es der damaligen Opposition, die Kosten der Beschäftigungspolitik als ein Problem der unverantwortlichen Überschuldung des Bundes und des drohenden Staatsbankrotts anzuprangern. [...]

Die negative Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik seit Mitte der siebziger Jahre geht also offenbar darauf zurück, dass sich die sozial-liberale Bundesregierung weder zu einer aktiven, defizit-finanzierten Wachstumspolitik nach österreichischem Muster noch zu einer aktiven, defizit-finanzierten Arbeitsmarktpolitik nach schwedischem Muster entschließen konnte – und dies, obwohl ihr die große Koalition mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 und dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 scheinbar perfekte gesetzliche Handhaben sowohl für die österreichische wie für die schwedische Variante der Vollbeschäftigungspolitik hinterlassen hatte. [...]

Die wesentliche Konstruktionsschwäche des Stabilitätsgesetzes lag deshalb auch nicht im Bereich der Lohn- und Einkommenspolitik, sondern in der Geld- und Fiskalpolitik. Die politische Verantwortung für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

¹¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/ERP-Sonderverm%C3%B6gen>

¹² Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>

lag und liegt bei der Bundesregierung. Deren Einfluss auf die geldpolitischen Entscheidungen der autonomen Bundesbank, die überdies gesetzlich ausschließlich auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet ist, wurde jedoch durch das Stabilitätsgesetz nicht vergrößert.«¹³

Sozialistische Planwirtschaft der DDR 1949 bis 1990

»Nach den Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 und mit der Nachkriegsarmut nach 1945 erschien das planwirtschaftliche Modell vielen, auch Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in Westdeutschland, durchaus als erfolgversprechende Alternative zur Marktwirtschaft mit ihren unkontrollierten Kräften. Die Vorteile schienen auf der Hand zu liegen: eine Produktion entsprechend dem zuvor ermittelten Bedarf; eine optimale Auslastung der Produktionsmittel und keine Verschwendung von Ressourcen durch Überproduktion; Konzentration der Wirtschaftskraft auf Schwerpunktprojekte und Koordination der technischen Entwicklungen; insgesamt eine planvolle Steuerung, die Krisenfestigkeit und Vollbeschäftigung sichern würde.«¹⁴

»Wie in den anderen sozialistischen Staaten des Ostblocks wählte man auch in der DDR ein Wirtschaftssystem der Planwirtschaft. [...] In der Planwirtschaft wird die Wirtschaft zentral gelenkt. Der Staat gibt bestimmte Ziele vor, die in einem bestimmten Zeitraum zu erfüllen sind. Das regelt dann z. B. ein Zweijahresplan oder ein Fünfjahresplan. Preise werden ebenfalls von oben vorgegeben. Betriebe streben danach, den Plan zu erfüllen. Ausgearbeitet wurde der Plan von der Staatlichen Plankommission, die dem Ministerrat unterstand. Sie kontrollierte auch die Durchführung und Einhaltung des Plans. Die Betriebe erhielten eine Planaufgabe mit Plankennziffern, also z. B. wie viel von einer Ware in einem bestimmten Zeitraum hergestellt werden sollte.

In der Planwirtschaft gehören die Produktionsmittel dem Staat. Die Produktionsmittel sind z. B. die Fabrikgebäude, Werkzeuge und Maschinen, die man zur Herstellung (Produktion) benötigt. In der DDR wurde ein Großteil aller Betriebe verstaatlicht und zu ›Volkseigenen Betrieben‹ (VEB).

Auch in der Landwirtschaft setzte man auf gemeinschaftliches Eigentum und schuf die ›Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften‹ (LPG). [...]

¹³ (Scharpf, 1983)

¹⁴ (Docplayer, 2010)

Doch die Planwirtschaft der DDR wurde zur Mangelwirtschaft. Die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel konnten nur durch hohe staatliche Zuschüsse aufrechterhalten werden. Viele andere Waren gab es gar nicht zu kaufen oder nur unter dem Ladentisch [...]. Schlange stehen gehörte zum DDR-Alltag wie Tauschhandel und Selbstversorgung aus dem Garten.«¹⁵

Entscheidender Faktor für die schwächere wirtschaftliche Entwicklung dürfte neben der nicht planbaren Konsumnachfrage, dem fehlenden Wettbewerb und der mangelhaften Flexibilität auch die verhinderte Kreativität der Bevölkerung gewesen sein.

Nach der letzten Verstaatlichungswelle gab es nur noch wenige privat geführte Unternehmen. Fast das gesamte produktive Vermögen befand sich damit in den Händen des Staates. Aus diesen Erfahrungen stoßen derzeitige Forderungen nach Vergesellschaftung des produktiven Vermögens auf Ablehnung. Doch wo liegt das optimale Staatsvermögen?

Die Rolle des Staatsvermögens

Definition Staatsvermögen

»Das gesamte Staatsvermögen setzt sich aus dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen zusammen. Das Verwaltungsvermögen gilt als unveräußerlich und besteht aus den unmittelbar der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben und öffentlichen Zwecken dienenden Anlagen (Straßen, Flüsse, Kanäle, Meeresanteile, Inseln, Verwaltungsgebäude, Schulen oder Krankenhäuser).

Dabei dient das interne Verwaltungsvermögen dem internen Gebrauch durch die Staatsorganisation (Verwaltungsgebäude, Fuhrpark, militärische Anlagen), während das externe Verwaltungsvermögen (Infrastruktur, Wald, Behörden, Schulen, Friedhöfe) der Bevölkerung zur Verfügung steht.

Das Finanzvermögen setzt sich zusammen aus Betriebsvermögen, Kapitalbeteiligungen oder Forderungen (Devisenbestände, Goldbestände, Sonderziehungsrechte, Wertpapiere).«¹⁶

¹⁵ <http://www.zeitklicks.de/ddr/zeitklicks/zeit/das-system/wirtschaft/von-der-plan-zur-mangelwirtschaft/>

¹⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsverm%C3%B6gen>

Notwendigkeit von Staatsvermögen

Einer der Gründe, warum es Staatsvermögen überhaupt gibt, ist, dass Privatpersonen kein Interesse an Investitionen haben, die nur Kosten verursachen, andererseits jedoch die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern. Privatinvestoren können niemals Investitionen durchführen, die am Ende nicht einen Gewinn erwirtschaften.

Die Privatisierung wird dagegen mit der Überzeugung begründet, dass privatwirtschaftliche Betriebe wirtschaftlicher arbeiteten als staatliche Monopole. Nicht erwähnt wird dabei, dass die Gewinne der staatlichen Unternehmen im staatlichen Bereich bleiben und somit ein Bestandteil des Staatshaushalts werden, womit den Steuerzahlern die Steuerzahlungen verringert werden.

Verständlicherweise entfällt bei dieser Begründung auch der Hinweis, dass die Privatisierung nur von finanzkräftigen Personen oder Instituten erfolgen kann, somit nicht von Personen, die über kein Kapital verfügen, und die Ergebnisse dort anfallen, wo sich das private Kapital befindet. Mit anderen Worten, es ist der Weg zur sozialen Ungleichheit.

Die Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hat nun direkte Ergebnisse für eine genaue Betrachtung dieser unterschiedlichen Denkweisen geliefert.

Staatsvermögen in der DDR

Nach kommunistischer Ansicht gehören Produktionsmittel in die Hände des Volkes.

»In den 1980er-Jahren befand sich beispielsweise etwa 98 % des gesamten Betriebsvermögens der DDR im Volkseigentum, darunter etwa 8000 Volkseigene Betriebe (VEB) und Kombinate. Vollständig in Volkseigentum überführt wurden in der DDR Bodenschätze, Bergwerke, Gewässer, Kraftwerke, Banken, Versicherungen, Transportmittel, Verkehrswege, Luftfahrt, Schifffahrt, Post- und Fernmeldewesen sowie alle Industriebetriebe. Etwa 50 % der Liegenschaften standen im direkten Volkseigentum. Dazu kamen noch andere, oftmals landwirtschaftlich genutzte Flächen, die Gegenstand sonstigen sozialistischen Eigentums waren.«¹⁷ Unzweifelhaft war dieser Staat sozial, wenn dies an den Indikatoren für Arbeitslosigkeit von 0 % (Abb. 5: Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland

¹⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsverm%C3%B6gen>

1951 bis 2009) und Armut festgemacht werden soll. Erzielt wurde dies auch durch Mieten, die so niedrig waren, dass sich eine Renovierung kaum lohnte. Zusätzlich wurden Lebensmittel subventioniert. Man darf annehmen, dass auch die Steuerbelastung der DDR-Bürger durch die Gewinne der staatlichen Betriebe sehr viel niedriger war als vergleichsweise die Steuerbelastung in der Bundesrepublik. Auch hatten die DDR-Bürger vergleichsweise hohe Geldvermögensbestände, die wegen der fehlenden Angebote nicht ausgegeben werden konnten. Auf die Lieferung eines Trabis (Standardauto der DDR) musste der DDR-Bürger jahrelang warten und diese Summe dann parat haben, wenn er geliefert wurde.

Der große Nachteil dieses Systems bestand jedoch in der Einschränkung der Kreativität der Bürger durch die fehlenden privaten Finanzmittel zur Umsetzung dieser Kreativität in reale Produkte. Die staatliche Umsetzung derartiger Prozesse war zu schwerfällig. Die Planwirtschaft konnte nicht auf spontane oder risikoreiche Kreativität vernünftig reagieren. Sehr schnell zeigte sich, dass der technologische Rückstand ständig zunahm. So verwundert es nicht, dass dieses System schließlich gescheiterte.

Staatsvermögen bis 1982 in Westdeutschland

In der Bundesrepublik von 1950 bis 1982 wurde Staatsvermögen zur Bereitstellung der Versorgung des Volkes unabhängig von den Kosten der Investition als notwendig angesehen. Die Jahre von 1950 bis 1973 gelten bis heute noch als die goldenen Jahre. Es war die Zeit, in der alle Indikatoren der Schiller'schen Globalsteuerung eingehalten wurden. Bis 1982, dem Ende der sozialliberalen Koalition, war der Bürger bezüglich seines Einkommens am Produktivitätswachstum in Form höherer Löhne angemessen beteiligt. Durch diesen hohen Anteil an Staatsvermögen und die Überführung der Gewinne in den Bundeshaushalt war das Steueraufkommen der Bürger geringer als in den nachfolgenden Jahren der Privatisierung. Außerdem war die Versorgungssicherheit größer, da es einen direkten Zwang zur Versorgung gab, wie das Beispiel der Trinkwasserversorgung zeigt.

»Bis zum Jahr 1998 war die Trinkwasserversorgung tatsächlich eine »pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe«, d. h. jeder, der Trinkwasser beziehen wollte, musste auch beliefert werden. Das hatte der örtliche Versorger zu organisieren und zu garantieren.«¹⁸

¹⁸ (BVB, 2014)

Kleine Gemeinden wurden bis 1998 noch mit Trinkwasser (ein wichtiges Lebensmittel) versorgt, mit dem Beginn der neoliberalen Politik sukzessive jeder Versorgungszwang.

Die anfängliche Privatisierung der 60er und 70er Jahre im Sinne des Erhard'schen Konzeptes der privaten Vermögensbildung, z. B. die Volksaktien von VW, war noch unter dem Aspekt der Teilhabe am Betriebsvermögen zu sehen.

Staatsvermögen im Neoliberalismus

Die wirtschaftliche Ungleichheit wird hauptsächlich durch den ungleichen Kapitalbesitz bestimmt, der sich entweder im privaten oder im öffentlichen Eigentum befinden kann. Seit 1980 haben sehr große Transfers von öffentlichem zu privatem Vermögen in fast allen Ländern stattgefunden. Während das private Vermögen stark zugenommen hat, ist das öffentliche Vermögen in den reichen Ländern stark gesunken. Dies begrenzt die Fähigkeit der Regierung, die Wirtschaft zu regulieren, Einkommen umzuverteilen und die zunehmende Ungleichheit abzumildern.

Das Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Deutschland stieg im Jahr 2017 auf rund 15.373 Milliarden Euro.

Auch das gesamte Staatsvermögen der DDR mit ca. 300 Milliarden Betriebsvermögen und 1,17 Billionen anderer Vermögen ist dabei genauso privatisiert worden. Auch die DDR-Vermögen erhöhten den Zuwachs des Privatvermögens. Doch mindestens 50 % der Bevölkerung haben kein oder nur ein geringes Vermögen.

Der eindeutige Gewinner in diesem Prozess ist das Vermögen der Unternehmer, mit fatalen Auswirkungen für die Gegenwart und die Zukunft. Großer Verlierer in diesem Prozess ist das Vermögen der arbeitenden Bevölkerung.

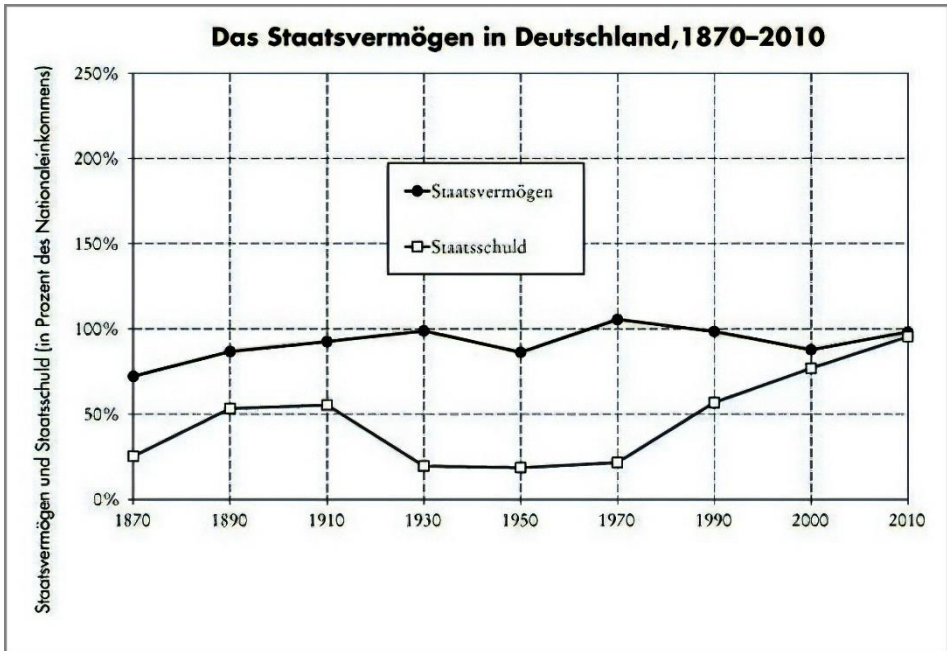


Abb. 3: Das Staatsvermögen in Deutschland in Prozent des Nationaleinkommens 1870 bis 2010

Quelle: Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, Grafik 4.2

Aus der Abb. 3 kann die Entwicklung des Nettostaatsvermögens im Verhältnis zum Nationaleinkommen entnommen werden. Von 1950 bis 1970 (allgemein als das goldene Zeitalter bezeichnet) stieg das Nettostaatsvermögen (= Staatsvermögen minus Schulden) in Prozent am Nationaleinkommen von 75 % auf 79 % an. Die großen Zeiträume von 20 Jahren und die lineare Interpolation erlauben es nicht, die Werte für 1980 auszuweisen. Jedoch lag 1990 das Nettostaatsvermögen in Prozent des Nettonationalvermögens noch bei ca. 41 % und sank bis 2010 auf einen geringen positiven Prozentsatz von wenig über null. Die obige Abbildung zeigt die kontinuierliche Abnahme des Netto-Staatsvermögens, wobei auch die Einnahmen für den Staatshaushalt wegen des abnehmenden Staatsvermögens verschwinden oder gegen die Zinsen aus der Verschuldung gegen gerechnet werden müssen. Betrachtet man das Nettostaatsvermögen Deutschlands im Jahre 2016, zwanzig Jahr später, so beträgt es nur noch 576 Milliarden Euro.

Nimmt man jedoch noch die zukünftige Verschuldung für die Beamtenpensionen hinzu, wird das Nettostaatsvermögen Deutschlands negativ.¹⁹

Die Wirkungslosigkeit des Staates bedingt durch die Vermögenslosigkeit hat extreme Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Daher werden die Auswirkungen der neoliberalen Privatisierungspolitik in einem Kapitel besonders behandelt.

Investitionsprobleme im schlanken Staat

Im Jahre 2019 ist der »schlanke Staat« zu einem »Magerstaat« bezüglich seines Nettovermögens verkommen. Bei einem Anteil von 4 % am gesamten Volksvermögen hat er keine Möglichkeiten, Investitionen vorzunehmen, denn 96 % des Volksvermögens gehören weitgehend reichen privaten Personen. Umso erstaunlicher ist es, dass zwischenzeitlich ein Staat (DDR) hinzugekommen ist, dessen Volksvermögen sich hauptsächlich in den Händen des Staates befand. Auch dieser wurde in großer Eile dem Privatvermögen hinzugefügt. Doch wer hatte so viel Geldvermögen, dass er den gesamten DDR-Staat übernehmen konnte? Auskunft darüber gibt die

Das Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Deutschland war im Jahr 2017 mit rund 15.373 Milliarden Euro fast so groß wie die gesamte Wirtschaftsleistung der Europäischen Union im gleichen Jahr, siehe Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland.

Einerseits ist es unmöglich, dass die privaten Investoren staatliche Aufgaben wahrnehmen. Der Staat braucht genügend Mittel, um staatliche Aufgaben erfüllen und damit auch antizyklisch gegensteuern zu können.

Bei einem Vermögensverhältnis von 4 % beim Staat und 96 % bei Privaten ist schnell einsehbar, dass eine antizyklische Politik wirkungslos bleiben muss, da auch dafür die Mittel fehlen.

Somit werden Forderungen nach Investitionen, die an den Staat gerichtet werden, unter den bestehenden Bedingungen ziemlich unsinnig. Hier ein Bericht, in dem eine neue Verschuldungspolitik gefordert wird:

»Der Report analysiert die Entwicklung der privaten Investitionen in Deutschland. Im Vergleich zum Euroraum hat sich in Deutschland seit 2000 eine große Investitionslücke gebildet. Diese Lücke ist vor allem auf den starken Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen, während sich die Ausrüstungsinvestitionen besser als im Euroraum entwickelt haben. Im Vergleich zur Vergangenheit liegen die

¹⁹ Vgl. (Kaiser, 2018)

Ausrüstungsinvestitionen aber dennoch auf niedrigem Niveau, obwohl die Gewinne weiter nahe auf historischen Höchstständen liegen, die Unternehmenssteuersätze gering sind und die Zinsen auf historischen Tiefstständen liegen. Die Unternehmen halten sich bei den Ausrüstungsinvestitionen im Moment vor allem wegen der geringen Kapazitätsauslastung zurück sowie wegen der Unsicherheit über die Zukunft des Euroraums. Die Bauinvestitionen in % des BIP sind zwar gestiegen, bleiben aber insgesamt noch unter denen im Rest des Euroraums. Dafür ist auch der Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur verantwortlich. Um die gesamte deutsche Investitionsleistung zu steigern, müsste der Staat für eine bessere Kapazitätsauslastung der Unternehmen sorgen. Dazu müsste sich die Regierung für eine Lockerung der Austeritätspolitik im Euroraum einsetzen und vermehrt in die öffentliche Infrastruktur investieren.«²⁰

Doch das Problem der Investitionen muss schnellstens gelöst werden, bevor es zu einer neuen Weltwirtschaftskrise kommt.

Deutschland muss bis 2025 rund 1,4 Billionen Euro investieren, um versäumte Ausgaben aufzuholen. Ohne zusätzliche Investitionen sei das Wachstum gefährdet, heißt es in einer Studie: In allen fünf untersuchten Wachstumskategorien gehört Deutschland nur zum Mittelfeld, bei der digitalen Infrastruktur landet die Bundesrepublik nur auf Platz elf.

»In Deutschland wird zu wenig investiert – wodurch künftiges Wachstum in Gefahr ist. Um in der Vergangenheit versäumte Investitionen wieder aufzuholen, müssten öffentliche und private Investoren zusammen jährlich hohe zusätzliche Milliardenbeträge investieren – bis 2025 insgesamt knapp 1,4 Billionen Euro zusätzlich. Das geht aus einer Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY hervor.

Bei jährlich steigenden zusätzlichen Investitionsausgaben würde 2025 der Höhepunkt mit zusätzlichen knapp 300 Milliarden [2018 3.386 Milliarden] Euro erreicht. Das entspricht etwa 6 bis 6,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes – ein Niveau, das danach beibehalten werden sollte, heißt es in der Untersuchung.«²¹

Seit bereits 25 Jahren fallen die öffentlichen Bruttoinvestitionen derart niedrig aus, dass damit der übliche Verschleiß der Infrastruktur nicht ausgeglichen werden kann, geschweige denn Investitionen in die Zukunft.

Die Gründe dafür sind leicht zu erkennen:

²⁰ (Lindner, 2014)

²¹ Deutschland muss 1,4 Billionen Euro investieren, Manager Magazin, 14.06.2018, <https://www.manager-magazin.de/politik/europa/investitionen-deutschland-muss-laut-ey-studie-1-4-billionen-euro-ausgeben-a-1212871.html>

- Deutschland hat kein Einkommen aus Vermögen mehr, aus dem heraus sich etwas finanzieren ließe.
- Investitionen aus Verschuldung sind ausgeschlossen, da einerseits die Maastricht-Kriterien und andererseits die Zinslast aus der Verschuldung Ausgaben verhindern. Eine Lockerung der Austeritätspolitik ist daher unverantwortlich.
- Durch Verzicht auf Steuererhebung bei den Reichen kommt nicht genügend Geld in die Kassen des Staates, obwohl das private Geldvermögen enorm zugenommen hat.
- Eine Besteuerung des Vermögens ist immer daran gescheitert, dass die Absicht bestand, das besteuerte Vermögen in Bargeld umzuwandeln, um es für Ausgaben zur Verfügung zu stellen, was wiederum die Entwicklung der Wirtschaft gefährdet hätte.
- Die Steuerlast trägt überwiegend der Mittelstand. Bei zunehmender Senkung der Einkommen in den unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung fallen auch weniger Steuern an.
- Mit der Privatisierung öffentlicher Betriebe fallen auch die abgeführten Gewinne an den Bundeshaushalt weg. Diese mussten dann durch eine erhöhte Steuerlast des Mittelstandes ausgeglichen werden.

Durch die Verschuldungspolitik haben gerade die Kommunen Sozialwohnungen privatisiert, um den Zinslasten zu entgehen. Der überwiegende Teil der Investitionen für den Neubau von Sozialwohnungen wäre ohne die Verschuldung nicht erforderlich gewesen.

Was ist der bessere Weg?

Rückblickend betrachtet scheint ein staatlicher Vermögensanteil, wie er 1950 bestand, die beste Wahl für eine Volkswirtschaft zu sein. Besonders da diese Zeit als goldenes Zeitalter (1950-1973) in der Literatur beschrieben wird, auch wenn es über den Einfluss des Vermögensanteils des Staates bisher keine vernünftigen Untersuchungen gibt. Bei dem Wiederaufbau des Vermögensanteils des Staates muss jedoch unterschieden werden, ob es sich um Staatsvermögen (unter der Kontrolle des Staates) oder um Volksvermögen (gemeinschaftliches Vermögen des Volkes, welches von staatlichen Instituten verwaltet wird, jedoch dem Volk eigentumsrechtlich zugeordnet ist und unabhängig organisiert ist) handelt.

Diese Unterscheidung erscheint, aus mehreren Gründen, notwendig zu sein.

Investitionsausgaben des Staates wurden bisher aus dem Staatshaushalt getätigt. Die Nachteile waren eindeutig. In Krisenzeiten sollte der Staat antizyklisch investieren, dabei gingen seine Steuereinnahmen zurück. Steuererhöhungen hätten einen negativen Effekt auf die Konjunktur. Daher wurde die Verschuldung

vorgezogen. Mit einer neuen Politik kann der Staat antizyklisch investieren, ohne sich zu verschulden. Dies ist möglich, wenn die Investitionsausgaben des Staates nicht aus dem Staatshaushalt entnommen werden, sondern aus den Erträgen eines Vermögensfonds stammen, der einen Teil des Betriebsvermögens der Volkswirtschaft beinhaltet. Das Vermögen bleibt erhalten, die Gewinne aus dem Vermögen werden für die Investitionen verwendet. Das Vermögen wird somit nicht kleiner und die Möglichkeiten für zukünftige Investitionen werden erhalten.

Wie sich am Beispiel der DDR zeigen lässt, ist das Volksvermögen in staatlicher Hand nicht der Bevölkerung zugeflossen, da es eigentumsrechtlich nicht zugeordnet war, obwohl es sich um ein gemeinschaftliches Vermögen gehandelt hatte. Politische Versuche, dieses Vermögen dem Volk der DDR zukommen zu lassen, wurden bei der deutschen Wiedervereinigung verhindert. In allen Ländern mit ähnlicher Struktur gelangte das Volksvermögen in die Hände von Oligarchen anstatt zum Volk.

Die von Ludwig Erhard verfolgte Idee, aus allen Staatsbürgern Kapitalisten zu machen (was nichts anderes heißt, als ihnen Vermögen zu verschaffen), die auch in den Anfangsjahren mit Volksaktien umgesetzt wurde, scheint jedoch nicht der beste Weg gewesen zu sein, zu diesem Ziel zu kommen. Es ging bei dieser Idee um die Teilhabe am Betriebsvermögen, da aus Vermögen auch Einkommen entsteht und dieses Einkommen benötigt wird, wenn kein Einkommen mehr erzielt werden kann. Nun kann man natürlich nicht voraussetzen, dass sich jeder für finanzielle Transaktionen interessiert. Daher ist es der bessere Weg, die schon bestehende Sozialversicherungspflicht dazu zu benutzen, die Beträge in Produktivkapital zu investieren. Das führt zu einer echten Teilhabe am Produktivkapital und zu besseren Erträgen aus den Einzahlungen, da Erträge aus Unternehmen immer höher sind als aus der Verzinsung von Einlagen. Damit sich derartige Vorfälle wie in der DDR nicht wiederholen, muss dieser Fonds staatlich unabhängig, vom Parlament kontrolliert und professionell verwaltet werden. Dies kann mit der bestehenden Organisation der Deutschen Rentenversicherung umgesetzt werden.

Alle neuen wirtschaftlichen und sozialen Projekte stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt. Diejenigen, die gegen eines dieser Projekte sind, werden immer anführen, dass es sich nicht finanzieren ließe. Daher werden in dem vorliegenden Buch im dritten Kapitel mehrere Finanzierungsmöglichkeiten erörtert.

Die wirtschaftspolitische Wende von Kohl 1982

Der Begriff Neoliberalismus hatte in seiner Geschichte unterschiedliche Bedeutungen. Heute wird er jedoch allgemein verwendet für ein politisches Konzept mit:

- Rückführung der Staatsquote, auch Staatsausgabenquote; das ist das Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt
- Privatisierung ehemals staatlicher Aufgaben
- Deregulierung des Kapitalverkehrs

Nach Joseph Stiglitz ist die neoliberale Überzeugung von einer Kombination dieser drei Elemente gekennzeichnet.²²

»Die Regierungserklärung von Helmut Kohl leitete 1982 den Machtwechsel in Bonn ein. Nach 13 Jahren Opposition übernahm die CDU/CSU durch ein konstruktives Misstrauensvotum wieder das Kanzleramt. Die Uneinigkeit zwischen SPD und FDP darüber, wie man der Wirtschaftskrise, der Staatsverschuldung und der steigenden Arbeitslosigkeit Herr werden könne, hatte den Wechsel der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse herbeigeführt. [...]

Kohls Regierungserklärung platzierte Begriffe und Ziele, die lange prägend blieben. Ein Leitbegriff war die Selbstbezeichnung als »Koalition der Mitte«. Vorherige Umfragen vom Allensbacher Institut hatten ergeben, dass der Begriff mehr Sympathie fand als »Neue Koalition« oder »Erneuerung«. Nun gab er der Regierungserklärung nicht nur den Namen, sondern durchzog sie vom ersten Satz an. Als Koalition der Mitte wies die Union der SPD weiterhin einen Randposten auf der Linken zu. [...]

Die sozialen Errungenschaften von Adenauers »Koalition der Mitte« führte Kohl dabei als Beleg für den angestrebten ausgleichenden Kurs an. [...]

Mit drastischen Worten betonte Kohl zunächst die schwere Wirtschaftskrise, die sich in der hohen Arbeitslosigkeit, der Staatsverschuldung und dem ausbleibenden Wirtschaftswachstum zeige. Zudem sprach er von einer geistig-moralischen Krise der Angst, Wirklichkeitsflucht und Ratlosigkeit. Die durch die neue Regierung eingeleitete Wende sollte in beiden Bereichen Abhilfe schaffen. Dazu stellte er ein sehr konkretes Programm auf, das vor allem vier Leitlinien vorgab:

- einen Sparkurs, der vor allem im Sozialwesen kürzte,
- wirtschaftliche und steuerliche Erleichterungen für Unternehmen,
- eine außenpolitische Kontinuität und

²² Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#cite_note-49

- eine stärkere ›Selbst- und Nächstenhilfe der Bürger‹.«²³

Technologische oder kulturelle Unsicherheiten haben ihren Ursprung in ökonomischer Unsicherheit. Und wissenschaftliche Studien belegen, dass die ökonomische Unsicherheit – das finanzielle und gesellschaftliche Absturzrisiko – seit Beginn des Neoliberalismus in Deutschland erheblich angestiegen ist.

Anlass und Leitideen der wirtschaftspolitischen Wende

Was diese »geistig moralischen Wende« bedeutete, war kaum zu erahnen.

Anlass für die Wende war:

- die schwere Wirtschaftskrise (Ölkrise 1973 und 1979),
- die hohe Staatsverschuldung und die Haushaltsdefizite,
- die Arbeitslosigkeit auf historisch hohem Niveau,
- die Wahrnehmung eines überdehnten Sozialstaats aus Sicht der Union und
- Kritik an keynesianischer Nachfragepolitik der sozialliberalen Koalition

Die Leitideen dieser Wende sollten zum Umbau der Gesellschaft für eine wirtschaftliche Verbesserung der Gesellschaft sorgen. Doch im Laufe der 45 Jahre dieser Politik entstand eine Spaltung und Radikalisierung der Gesellschaft, die zugleich zur Gefährdung der Demokratie führte:

- »Mehr Markt, weniger Staat«
Das führte einerseits zu einer Privatisierungswelle, die sich durch die erweiterte Verschuldung des Staates zu einer extremen Enteignung der Allgemeinheit zugunsten weniger Vermögenden entwickelte. Die bisher an den Bundeshaushalt abgeführten Gewinne der staatlichen Firmen gingen nun an wenige private Vermögensbesitzer. Diese steuerliche Lücke schloss der Mittelstand.

Andererseits entstand mit der Deindustrialisierung über die Ausweitung der Globalisierung ein unfairer Markt, der zur massenweisen Freisetzung von nationalen Arbeitskräften sorgte, womit eine reale Lohnsenkung über viele Jahre verbunden war. Die niedrigen Importpreise für Konsumgüter trafen bei der unteren Gesellschaftshälfte auf die gesunkenen Löhne und verursachten keine großen Veränderungen. Hohe Wohlstandszuwächse gab es

²³ (Presse-und-Informationsamt-der-Bundesregierung, 1982)

dagegen in der oberen Gesellschaftshälfte, die weiterhin hohe Löhne erzielten, deren Konsumkosten jedoch durch die importierten Güter sanken.

- »Eigenverantwortung statt Vollversorgung«
Das Zurückführen von sozialer Verantwortung des Staates mündete in einer Sparpolitik mit Konsolidierung des Bundeshaushalts, Kürzungen bzw. Dämpfung insbesondere bei den Sozialausgaben und traf besonders einkommensschwache Gruppen.
- »Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Förderung von Investitionen statt staatlicher Nachfrage)«
Die Abkehr von staatlich geschaffenen Arbeitsplätzen mit Fokus auf private Beschäftigung und Förderung von Flexibilität statt umfassender Arbeitsplatzgarantien beinhaltete Steuererleichterungen für Unternehmen und begünstigte überproportional Besserverdienende. Das belastete genauso den Mittelstand, der diese Steuerausfälle tragen musste.
- »Leistung soll sich wieder stärker lohnen«,
es bleibt offen, was als Leistung gilt und wer davon profitieren soll. Viele gesellschaftlich unverzichtbare Tätigkeiten wie Pflege- oder Erziehungsarbeit sind schlecht bezahlt, obwohl sie hohe Leistung erfordern. Zudem werden ungleiche Ausgangsbedingungen wie Herkunft, Bildung oder Gesundheit ausgeblendet. Was leistet ein geborener Rentner, auch Erbe genannt? Die Aussage vereinfacht soziale Ungleichheit und verschiebt strukturelle Probleme auf individuelle Verantwortung.

Die Realität dieser Wende

Historisch gesehen, war es eine Symbolik statt tiefgreifender Reform und die »Geistig-moralische Wende« blieb oft ein rein rhetorisches Leitbild. Sie hatte eine politisch wirksame als Bedeutung, jedoch kein wirkliches Reformprojekt im Sinne einer gesellschaftlichen Verbesserung.

»Auf die Regierungserklärung folgten tatsächlich entsprechende Reformen, die deutliche Einschnitte in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik brachten. Dabei veränderte sie freilich weniger die Struktur des Sozialstaates als das Ausmaß seiner Leistungen. Schon ab 1982 setzte sie deutliche Zeichen. Die Sozialhilfe und die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit wurden beispielsweise gekürzt, die Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Kuren verdoppelt, das Bafög auf Darlehensbasis umgestellt und die Rentenanpassung verschoben.

Selbst beim Kindergeld übertraf die CDU die sozialdemokratischen Kürzungspläne, die sie im Jahr zuvor noch verhindert hatte. Gleichzeitig senkte sie die Vermögens- und Gewerbesteuer und lockerte die Arbeitszeitvorschriften. Ihre Steuerreform fand dagegen vor allem in der Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Gegenfinanzierung. Alle diese Maßnahmen belasteten zweifelsohne besonders die Geringverdiener, während sie die Unternehmen und höheren Einkommen stärker entlasteten.«²⁴

Vergleicht man die der Öffentlichkeit vorgestellten und geforderten Änderungen mit den tatsächlichen Änderungen, so fragt man sich, warum dieser Regierungswechsel erforderlich war. Alle Zielwerte wurden schlechter:

- Staatsschuldenquote in Prozent des BIP um mehr als 50 % gestiegen. Laut historischen Daten der Bundesbank betrug die Schuldenquote rund 36,4 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1982. Im Jahr 2024 lag die Schuldenquote nach aktuellen Berechnungen bei etwa 62,5 % des BIP. Laut Bundesbank wird erwartet, dass die Staatsschuldenquote steigt, wobei einige Prognosen von einem Anstieg in Richtung 68 % des BIP ausgehen.
- Staatsverschuldung gestiegen um das 17 fache von 158 auf 2690 Milliarden. Exakte Gesamtzahlen für alle staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung) aus 1982 sind nicht systematisch online verfügbar. Für den Bund allein lässt sich aber aus historischen Quellen ableiten, dass der Bundesschuldenstand damals in der Größenordnung von etwa 158 Milliarden Euro (umgerechnet) lag, als Helmut Kohl 1982 Bundeskanzler wurde (dies ist ein Näherungswert, da damalige Daten in DM ausgewiesen wurden). Die offizielle Staatsverschuldung 2024/2025 Deutschlands (alle staatlichen Ebenen, nach Maastricht-Definition) lag zuletzt bei etwa: ca. 2,69 Billionen Euro (2 689 Mrd. Euro) Ende 2024/2025. (Bundesbank).
- Arbeitslosigkeit. Auch hier zeigt sich deutlich, dass die SPD-Koalition mit der ersten Ölkrise mit ihrer keynesianischen Nachfragepolitik besser zurechtkam als die CDU-Koalition 1982. Von 1973 bis 1982 stieg die Arbeitslosigkeit von ca. 1,2% auf 5,5 %. Während nach der Umstellung auf eine angebotsorientierte Wirtschaft die Arbeitslosigkeit von 5,5 % auf 13% stieg. In absoluten

²⁴ (Presse-und-Informationsamt-der-Bundesregierung, 1982)

Zahlen hatte sich die Arbeitslosigkeit gegenüber der Ölkrise von 1973 mehr als verdoppelt.

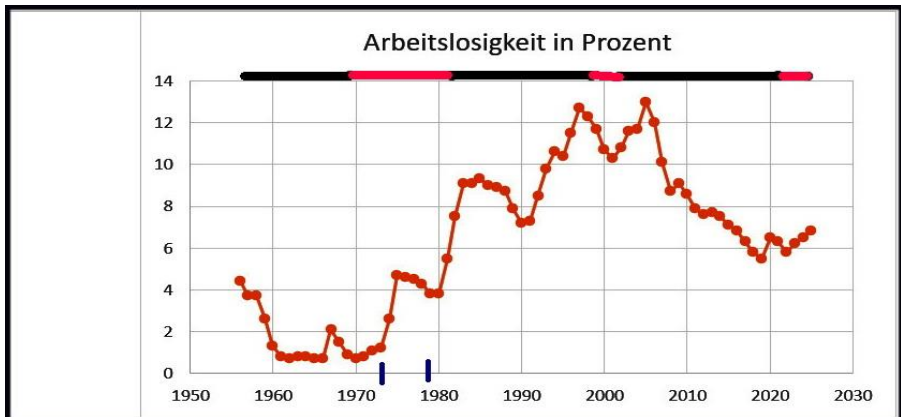


Abb. 4: Arbeitslosigkeit 1956 bis 2025

Eigene Darstellung - Quelle: Deutsche Bundesbank

Die schwarzen Bereiche zeigen die Zeiten der CDU-Regierungskoalitionen und die roten Bereiche die der SPD-Regierungskoalitionen an. Die beiden blauen Marker stehen für die beiden Ölkrisen 1973 und 1979 mit ihren Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit im Vergleich der Systeme

Die Arbeitslosigkeit der sozialistischen Planwirtschaft war bis zum Ende der DDR gleich null, da jeder in der DDR Arbeit haben konnte, auch wenn sie nicht effizient war. Der enorme Anstieg ab der Wiedervereinigung ist allerdings nicht nur Ausdruck mangelnder Effizienz, sondern auch des Wegfalls vieler Arbeitsplätze.

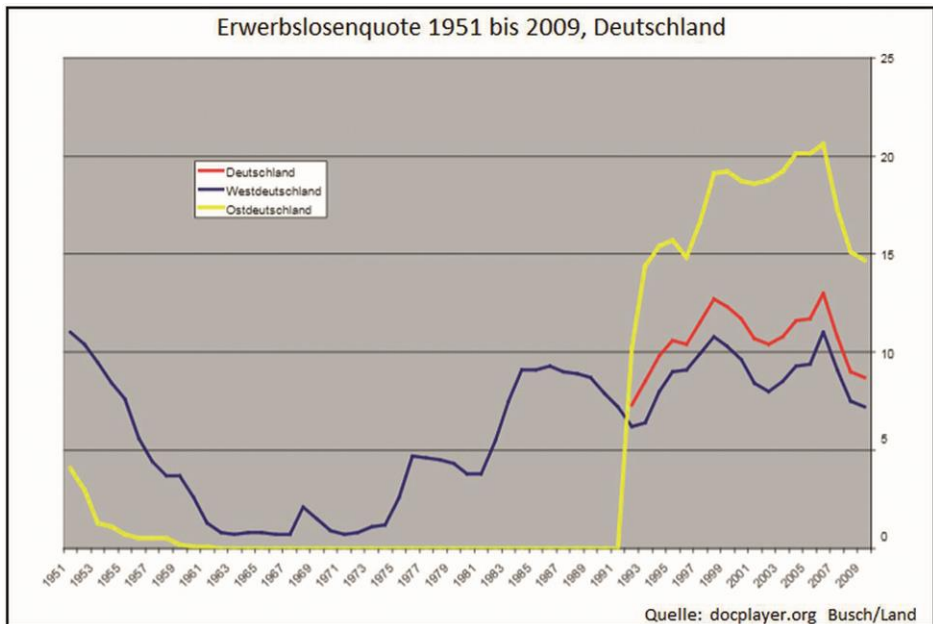


Abb. 5: Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland 1951 bis 2009 bis 2009

Quelle: <http://docplayer.org/13891914-Teilhabekapitalismus-ulrich-busch-rainerland-aufstieg-und-niedergang-eines-regimes-wirtschaftlicher-entwicklung-am-falldeutschland-1950-bis-2010.html>, Abb. 17

Die gelbe Linie zeigt die Erwerbslosenquote in der DDR mit null bis zur Übernahme durch die BRD. Die blaue Linie zeigt die Erwerbslosenquote der BRD und die rote Linie die gesamte Erwerbslosenquote in Deutschland ab 1992.

»Die in den Rezessionsphasen der Konjunkturzyklen wachsende Arbeitslosigkeit wird in den anschließenden Prosperitätsphasen nur noch eingeschränkt abgebaut. Es entsteht eine von Zyklus zu Zyklus wachsende Sockelarbeitslosigkeit. Damit sind neuartige soziale Problemlagen verbunden: Langzeitarbeitslosigkeit, Maßnahmekarrieren, Überflüssigkeit und Perspektivlosigkeit. Diese Entwicklung findet ihren Ausdruck in steigenden Kosten der Sozialsysteme bei gleichzeitigem Abbau von Leistungen.«²⁵

²⁵ (Busch & Land, 2012)

»Das Arbeitsvolumen pro Erwerbstätigen sank von 1960 bis 2010 um 31 Prozent, das Arbeitsvolumen pro Einwohner um 29 Prozent (bis 1990: Westdeutschland; ab 1991: Deutschland).«²⁶

Systembedingt gab es durch die Planwirtschaft keine Arbeitslosigkeit in der DDR. Das größte Problem der Ostdeutschen stellt die Arbeitslosigkeit nach der Wende dar. Von den 9 Millionen Arbeitsplätzen, die es vor der Wende gab, wurde jeder dritte wegrationalisiert oder ganz einfach aus Desinteresse geschlossen, siehe Abb. 5: Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland 1951 bis 2009. Vielen blieb nur die Abwanderung nach Westdeutschland. Seit 1992 haben 1,5 Millionen Ostdeutsche ihre Heimat verlassen.

Die verborgene Zielsetzung der »Geistig moralischen Wende«

Historisch betrachtet gab es nach demokratischen Errungenschaften immer wieder Rückfälle, bei denen von Eliten die alten Wirtschaftsmuster wieder etabliert wurden. Ein Beispiel dafür ist die Französische Revolution von 1789 und die Restauration auf dem Wiener Kongress 1815.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es ebenfalls zu tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen. In vielen Staaten Westeuropas wurden neue demokratische Ordnungen etabliert, etwa in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in Italien. Neue Verfassungen, darunter das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949, sollten autoritäre Entwicklungen verhindern und demokratische Prinzipien dauerhaft verankern.

Gleichzeitig zeigte sich jedoch, dass diese politischen Neubeginne nicht zwangsläufig mit einem grundlegenden Bruch der wirtschaftlichen Machtverhältnisse einhergingen. Zwar zielten Maßnahmen wie die Entnazifizierung zunächst darauf ab, alte Eliten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu entfernen, doch wurden diese Programme bereits in den späten 1940er-Jahren deutlich abgeschwächt.

In vielen Bereichen kehrten wirtschaftliche und administrative Eliten in einflussreiche Positionen zurück, während bestehende Eigentums- und Unternehmensstrukturen weitgehend erhalten blieben.

²⁶ Ebd.

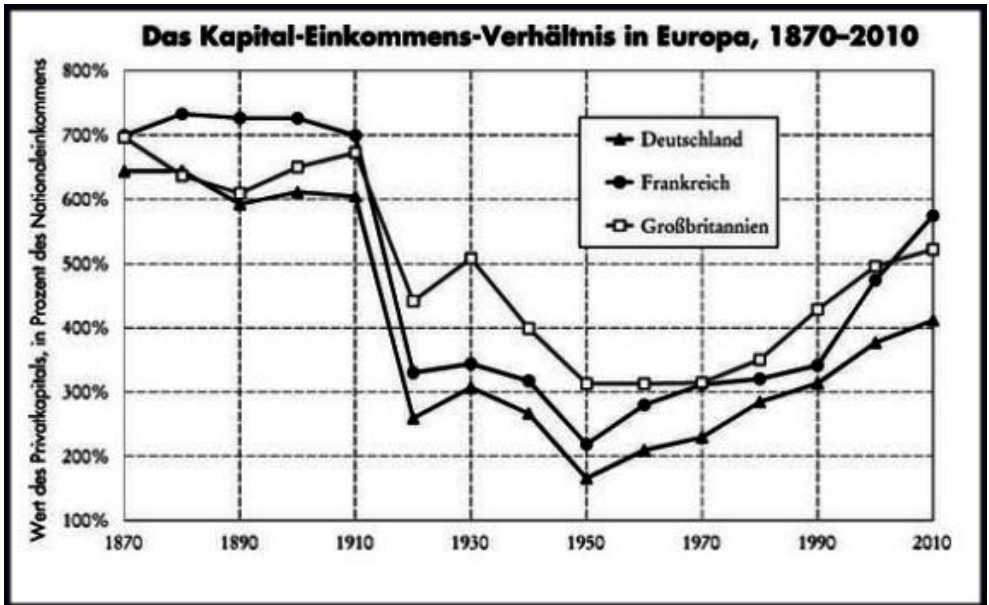


Abb. 6: Kapital-Einkommensverhältnis in Europa 1870-2010

Quelle Piketty, Thomas. *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (S.52). C.H.Beck.

Diese stark ausgeprägte «U-Kurve» entspricht einer entscheidenden Veränderung, [...] Wenn die Kapitalrendite deutlich über der Wachstumsrate liegt, [...] dann bedeutet das automatisch, dass sich die ererbten Vermögen schneller vergrößern als Produktion und Einkommen. [...] Unter diesen Bedingungen ist es nahezu unvermeidlich, dass die ererbten Vermögen eine wesentlich größere Rolle spielen als die im Laufe eines Arbeitslebens gebildeten, und dass die Kapitalkonzentration ein derart hohes Niveau erreicht, dass sie mit dem Leistungsprinzip und den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, die die Basis unserer modernen demokratischen Gesellschaften bilden, potenziell nicht mehr vereinbar ist.

Piketty, Thomas. *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (S.53). C.H.Beck.

Wir können davon ausgehen, dass das eigentliche Ziel des Neoliberalismus die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen ist. Gleichzeitig ist damit auch eine große Machtentfaltung verbunden, wie derzeit in den USA zu sehen ist.

Das System Helmut Kohl

Der Fall Flick und die schwarzen Kassen Kohls

»Bereits 1957 begann Friedrich Karl Flick im Konzern seines Vaters Friedrich Flick zu arbeiten. Dieser war 1947 bei den Nürnberger Prozessen wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit, Zwangsarbeit, Deportation zur Sklavenarbeit und Plünderung und der Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation zu sieben Jahren Haft verurteilt worden und kam bereits 1950 nach drei Jahren Haft wieder frei. Es gelang ihm unter Mitwirkung seines Sohnes Friedrich Karl, bis zum Ende der 1960er Jahre sein Industrieimperium, bestehend aus Stahlunternehmen in Bayern, dem Sieger- und Sauerland, dem Papierhersteller Feldmühle, den Unternehmen Buderus und Dynamit Nobel wiederherzustellen. Friedrich Flick verlagerte seinen Interessenschwerpunkt von der Stahlindustrie hin zur verarbeitenden Industrie und erwarb in diesem Zusammenhang einen bedeutenden Anteil am Aktienkapital von Daimler-Benz.

Friedrich Karl Flick wurde 1962 alleiniger persönlich haftender Gesellschafter der Holding-Unternehmen des Papier- und Chemiesektors sowie des Fahrzeugbaus. Sein älterer Bruder Otto-Ernst strengte erfolglos einen Prozess gegen den Vater an, der ihm 1958 die Generalvollmacht entzogen hatte. Mit der Zahlung einer großen Barabfindung im Jahre 1966 an Bruder Otto-Ernst und (1975) dessen Söhne Friedrich Christian und Gert Rudolf schieden diese aus dem Unternehmen aus. Auch der langjährige persönlich haftende Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch war 1970 ausgeschieden. Nach dem Tod seines Vaters erbte Friedrich Karl Flick im Jahr 1972 den größten Teil des Familienvermögens, welches zu einem beträchtlichen Teil auf die Ausnutzung von Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus zurückging (in der Tat bestand die Belegschaft der Flick-Betriebe während des Krieges zwischenzeitlich zur Hälfte aus Zwangsarbeitern) und zahlte seine Nichte Dagmar und die beiden genannten Neffen aus. Als Alleininhaber der Holding Friedrich Flick KGaA gehörten ihm 330 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 18 Milliarden DM und mit über 300.000 Beschäftigten.

Dazu gehörte auch ein großes Aktienpaket von Daimler-Benz im Wert von fast zwei Milliarden DM, das er 1975 an die Deutsche Bank verkaufte. Durch eine Genehmigung des Wirtschaftsministeriums mussten für die dabei erzielten Gewinne keine Steuern gezahlt werden. Diese Sondergenehmigung wurde seinerzeit damit begründet, dass Flick den größten Teil des Veräußerungserlöses durch den Kauf des Industrierversicherers Gerling und der WR Grace volkswirtschaftlich nützlich wieder angelegt habe. Im Jahre 1983 wurde entdeckt, dass 25 Millionen DM zwischen 1969 und 1980 als Parteispenden an die im Bundestag vertretenen Par-

teien geflossen waren. Es kam der Verdacht der Bestechlichkeit auf. Gegen Friedrich Karl Flick selbst wurde bei der Flick-Affäre keine Anklage erhoben, da Eberhard von Brauchitsch als sein wieder eingestellter Generalbevollmächtigter »die Bonner Landschaft gepflegt« hatte (Metapher für Korruption). Als ehemaliger beziehungsweise amtierender FDP-Wirtschaftsminister wurden Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff sowie von Brauchitsch zu Bewährungs- beziehungsweise Geldstrafen verurteilt. Lambsdorff und auch Bundestagspräsident Rainer Barzel traten von ihren Ämtern zurück.«²⁷

»Der Flick-Konzern hatte, das war einer der Großskandale der alten Bundesrepublik, zwischen 1969 und 1980 an Parteien und Politiker zig Millionen Mark »zur politischen Landschaftspflege« gezahlt. In den langen Listen von damals taucht häufig Kohls Name auf – »wg. Kohl«, lautet der berühmte Eintrag des Flick-Hauptbuchhalters. Kohl hätte damals, in der ersten großen Parteispendenaffäre der Republik, fast das Schicksal des FDP-Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff ereilt, der 1984 zurücktreten musste und 1987 wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde. Damals, 1986, sprang Kohl der Strafjustiz von der Schaufel, als ihm im Zusammenhang mit den Spendenaffären Falschaussage vorgeworfen wurde. Er entging knapp der Anklage, weil er sich an nichts erinnern wollte, weil seine Vertrauten Lüthje und Weyrauch für ihn logen und sein damaliger Generalsekretär Geißler beschwichtigend von einem »Blackout« Kohls sprach. [...]

Warum sich hinter Kohls angeblichen Spendern ein noch größerer Skandal verbirgt: Ein neuer Dokumentarfilm (Dezember 2017) legt nahe, dass die dunklen Seiten des großen Staatsmanns größer sind als viele vermuteten. [...]

Der Journalist und Dokumentarfilmer Stephan Lamby und der investigative Filmjournalist Egmont R. Koch haben an ihrem Kohl-Puzzle länger gearbeitet. [...]

Lamby und Koch versuchen in ihrem Film nachzuweisen, dass es die angeblichen »vier oder fünf« Spender, von denen Kohl im sogenannten Spendenskandal von 1999/2000 ff. schwadroniert hat, nie gegeben hat. Die Gelder, die Kohl damals vage und unkonkret als Spendengelder deklariert hat, stammen – das ist die These des Films – aus einem jahrzehntelang mafiös geplanten und vertuschten System von Anderkonten und illegalen Kassen. [...]

Das alles war, so erklären Lamby und Koch in ihrem Film, ein lügnerisches und betrügerisches Ablenkungsmanöver – Kohl wollte vom noch viel größeren Skandal ablenken. Es gehe, so der Film, nicht um Spenden an Kohl zwischen 1993 und 1998; es gehe um ein unterirdisches finanzielles Netzwerk, das den Flick-Skandal überdauert hat.«²⁸

²⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Karl_Flick

²⁸ (Prantl, 2017)

Parteispenden werden nicht umsonst gegeben

»Parteispenden sind neben staatlichen Mitteln, Mitgliedsbeiträgen, Sponsoring und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit eine bedeutende Finanzierungsquelle deutscher Parteien. Durch hohe Parteispenden können einzelne Lobbygruppen oder reiche Privatpersonen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. Deshalb sind klare Regelungen für Parteispenden wichtig für eine Demokratie. Dazu gehören insbesondere Offenlegungspflichten und die Begrenzung der zulässigen Spendenhöhe.«²⁹

Im Dezember 2017 vermeldete Spiegel-Online³⁰: »1,9 Millionen Euro für die FDP und 2,9 Millionen für die CDU: Die beiden Parteien haben in diesem Jahr die meisten Großspenden erhalten. An SPD und Grüne floss deutlich weniger Geld.«

Nur Großspenden müssen gemeldet werden. Das sind Spenden über 50.000 Euro, insgesamt 52. Unter den Großspendern befinden sich einige der reichsten Deutschen ebenso wie bekannte Unternehmen. Kleinvieh macht auch Mist. Es bleibt also weiter unklar, wie hoch die Summe der Beträge unter 50.000 Euro ist. Da die Partei »Die Linke« Spenden ablehnt, wird sie auch nicht erwähnt.

Spender in 2017 waren: Gesamtmetallverbände, DVAG-Firmengeflecht (Umwelt), BMW/Familie Quandt/Klatten, Daimler, VCI/VBCI (Verband der chemischen Industrie) und Daimler. Wer etwas Fantasie hat, kann sich z. B. sicher einen aktuellen Einfluss bei Abgaswerten in der Automobilindustrie vorstellen.

Großspender des Jahres ist Ralf Dommermuth, der Vorsitzende von United Internet mit Marken wie 1&1, Web.de oder gmx.de. Er gab im Mai eine halbe Million Euro an die CDU. Dommermuth gehört auch einem Kreis von Unternehmern an, die von Kanzlerin Angela Merkel in ein Beratungsgremium für innovationspolitische Fragen berufen worden sind.

»Gemäß § 25 Abs. 3 Satz 2 und 3 des Parteiengesetzes sind Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50 000 Euro übersteigen, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages unverzüglich anzuzeigen und von diesem unter Angabe des Zuwenders zeitnah als Bundestagsdrucksache zu veröffentlichen.«³¹

²⁹ <https://lobbypedia.de/wiki/Parteispenden>

³⁰ (Spiegel, 2018)

³¹ (Deutscher-Bundestag, 2019)

Daneben werden entsprechende Spendenanzeigen unmittelbar im Internet veröffentlicht.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat den Bundestag verpflichtet, interne Unterlagen zu Parteispenden und Rechenschaftsberichten der Parteien herauszugeben. Das geht aus einem Urteil hervor, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Demnach muss der Bundestag Zugang zu »Korrespondenzen, Vermerken, Dienstabweisungen oder sonstigen amtlichen Aufzeichnungen« gewähren.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, eine Berufung beim Oberverwaltungsgericht ist möglich.

»Das Urteil bringt uns dem Ziel näher, die Parteienfinanzierung transparenter zu machen«, sagte Roman Ebener von der Organisation Abgeordnetenwatch dem »Spiegel«. [...] Die Rechenschaftsberichte würden lediglich einmal pro Jahr veröffentlicht und fassten die Einkünfte der Parteien nur grob zusammen. [...] Sollte das Urteil von den nächsten Instanzen bestätigt werden, werde die Öffentlichkeit in Zukunft mehr über wirtschaftliche Verflechtungen und Abhängigkeiten der Parteien erfahren.«³²

»Die deutsche Parteienfinanzierung steht auch nach den großen Parteispendenskandalen der 1990er Jahre und der anschließenden Reform des Parteiengesetzes von 2002 in der Kritik. So fordert die Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) seit 2009 Änderungen am deutschen System und leitete 2011 sogar ein Mahnverfahren ein.

Offenlegungspflicht: Laut GRECO-Bericht ist die Grenze von 50.000, ab der eine unverzügliche Veröffentlichungspflicht besteht, »übertrieben hoch« und nicht geeignet, um »ein ausreichendes Maß an Transparenz der Parteienfinanzierung auf kommunaler Ebene zu erreichen, wo sich Politik und Wirtschaft näher sind und Handlungen mit Summen unter den erwähnten 50.000 Euro beeinflusst werden können.« Die meisten anderen europäischen Länder haben viel niedrigere Grenzwerte für die Offenlegung von Spenden festgelegt.

Wahlkampffinanzierung: Die langen Verzögerungen bei der Veröffentlichung von Parteispenden führe laut GRECO-Bericht dazu, »dass die breite Öffentlichkeit keine wirkliche Möglichkeit hat, irgendeine Form von sozialer Kontrolle auszuüben.« Die Staatengruppe ist daher der Auffassung, »dass die derzeitigen Regelungen eindeutig nicht geeignet sind, einen zufriedenstellenden Grad an Transparenz der Wahlkampffinanzierung entsprechend der Empfehlung aus dem Jahr 2003 zu gewährleisten.« GRECO empfiehlt daher, »ein Verfahren für die Veröffentlichung von Rechenschaftsberichten für den Wahlkampf auf Bundesebene

³² (Beck-aktuell, 2019)

einzuführen, das die Informationen kurz nach den Wahlkämpfen verfügbar macht.<

Umgehung von Offenlegungspflichten durch Sponsoring: Da Parteisponsoring im Parteiengesetz nicht geregelt ist, bietet diese Form der Parteienfinanzierung die Möglichkeit, sämtliche Offenlegungspflichten zu umgehen. Auch hier mahnte der GRECO-Bericht Reformen an.

Stückelung von Parteispenden: Spender können durch Stückelung von Großspenden in kleinere Beträge leicht die Offenlegungspflichten unterlaufen. Dazu gehört zum einen die Praxis, innerhalb eines Jahres mehrere Beträge unter der Grenze von 50.000 zu überweisen oder Großspenden so auf Familienmitglieder oder Tochterfirmen aufzuteilen, dass ebenfalls jede einzelne Spende unter 50.000 Euro liegt. Dies verhindert die sofortige Offenlegung der Großspende. Auch die Veröffentlichung in den Rechenschaftsberichten kann auf ähnliche Weise umgangen werden.«³³

Keine Kontrolle von Lobbyismus

»Lobbying ist eine Methode der Einwirkung auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse, vor allem durch Information, im Rahmen einer Strategie. Es wird häufig durch vier Merkmale umschrieben:

- Informationsbeschaffung,
- Informationsaustausch,
- Einflussnahme,
- strategische Ausrichtung der Tätigkeit.«³⁴

Eine sehr gute Übersicht über die Lobbyarbeit gibt die ZDFinfo-Doku »Die unsichtbare Macht – Lobby-Republik Deutschland«.³⁵

In Deutschland existiert kein verpflichtendes Lobbyregister.

³³ Vgl. (Lange, 2012)

³⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Lobbyismus>

³⁵ <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/die-unsichtbare-macht-lobby-republik-deutschland-102.html>

»Für das Europäische Parlament und die EU-Kommission gilt seit Juni 2011 ein gemeinsames freiwilliges Register (>Transparenz-Register<) für Lobbyisten, welches auch die Angabe finanzieller Daten vorsieht.«³⁶

Es wurde vom Europäischen Parlament 2011 geplant, den Anhängen legislativer Berichte zu Gesetzestexten sogenannte legislative Fußabdrücke hinzuzufügen. Darin sollen alle Lobbyisten aufgeführt werden, mit denen ein Abgeordneter im Rahmen seiner Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatte.

Die Einflussnahme findet jedoch auch außerhalb der eigentlichen Lobby statt. Im Jahr 2006 führten Thomas Leif und Rudolf Speth in Analogie zur Bezeichnung >Vierte Gewalt< für die Medien den Begriff >Fünfte Gewalt< für den Lobbyismus ein,³⁷ was jedoch von anderen Autoren als übertrieben angesehen wird.

Sonstige Aktivitäten in der politischen Beeinflussung

Eine der größten Lobby-Verbände im Bereich der Verhinderung einer Erbschaftsteuer ist der Verband der Familienunternehmen. Die Familienunternehmen haben in Deutschland eine große Bedeutung, da sie 76 % der Rechtsformen ausmachen, im Gegensatz zu 18 % Kapitalgesellschaften und 6 % anderer Rechtsformen. Der Verband repräsentiert die wirtschaftspolitischen Interessen von 180.000 Familienunternehmern in Deutschland mit 8 Millionen sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern.

Auf der Webseite des Verbandes der Familienunternehmen heißt es:

»Wir haben klasse Veranstaltungen mit hochkarätigen Rednern, zuletzt beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel auf unserem Jahrestreffen in Berlin. Wir sind nah dran an politischen Entscheidungsprozessen. Wir bieten ein starkes Netzwerk, das kein anderer Unternehmerverband hat.«³⁸

Zu den Aktivitäten außerhalb des Lobby-Bereiches gehören unter anderem:

»Parlamentarischer Abend der Familienunternehmer / exklusiv – nur für geladene Gäste: Familienunternehmer aus den Regionalkreisen stellen hier in lockerer Atmosphäre ihre Forderungen an ihre Abgeordneten im Bundestag und an die Bundesregierung.

Politischer Kongress der Familienunternehmer Die politische Tagesveranstaltung zu einem aktuellen Themenfeld in Berlin – im direkten Dialog mit Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaft.

³⁶ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/063/1906329.pdf>

³⁷ (Papier, 2006)

³⁸ (Familienunternehmer, 2019)

›Die Familienunternehmer‹ - Tage Die jährliche Highlight-Veranstaltung für alle Familienunternehmer: Im Dialog mit deutschen Spitzenpolitikern und interessanten Unternehmerpersönlichkeiten. Mit Abend-Gala.

Mitteilungen aus dem Parlament – der geschönte Armutsbericht

2001 hatte die Bundesregierung beschlossen, zur Mitte der Wahlperiode einen Armutsbericht zu veröffentlichen.

»Wie ihre schwarz-gelbe Vorgängerregierung ließ sich die seit Dezember 2013 regierende große Koalition damit aber sehr viel Zeit. Mit einer Rekordverspätung von anderthalb Jahren billigte das Bundeskabinett im Juni 2017 endlich das Dokument über die Lebenslagen in Deutschland. [...]

Schon unter Schwarz-Gelb waren im Spätsommer 2012 nach einer Intervention des FDP-Wirtschaftsministers und Vizekanzlers Philipp Rösler mehrere Passagen des Ursprungsentwurfs getilgt oder abgeschwächt worden: Sie betrafen:

den ausufernden Niedriglohnsektor,

die zunehmende Lohnspreizung und

die extreme Schieflage der Verteilung des Privatvermögens. [...]

Doch diesmal waren die Eingriffe noch gravierender. Auf Initiative des Bundeskanzleramts wurden im Ursprungsentwurf des von der Sozialdemokratin Andrea Nahles geführten Arbeits- und Sozialministeriums gleich mehrere Kernpunkte herausgenommen:

- Es entfielen die theoretischen Überlegungen zum Verhältnis von Armut, Reichtum und (repräsentativer) Demokratie.
- Ebenfalls gestrichen wurde das Unterkapitel ›Einfluss von Interessenvertretungen und Lobbyarbeit‹.
- Erheblich kürzer fiel die Darstellung des Ergebnisses einer Untersuchung aus, wonach die Wahrscheinlichkeit für eine Politikänderung wesentlich höher ist, wenn diese von vielen Befragten mit höherem Einkommen unterstützt wird.

Umformuliert wurde auch ein Absatz, in dem es hieß, hohe Ungleichheit könne nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen, sondern auch das Wirtschaftswachstum dämpfen.«³⁹

³⁹ (Butterwegge, 2017)

Privatisierungspolitik

Privatisierung von Firmen im Staatsbesitz der BRD

Schon 1959 war mit Privatisierungen begonnen worden. Unter dem »normal kapitalisierten Staat« war das noch mit der Idee verbunden, den Privaten zu Anteilen an Aktiengesellschaften (sogenannten Volksaktien) zu verhelfen, um damit die Teilhabe am Industriekapital und den Gewinnen der Industrie zu fördern. Mit der Installation eines schlanken Staates wurde die Idee propagiert, dass private Firmen effizienter ein Unternehmen leiten könnten.

Zu den großen Firmen gehörten: VW, Preussag, Veba, Viag, Lufthansa, verschiedene Banken und Wohnungsbauunternehmen. Ab dem Jahr 1999 folgten: Deutsche Post, Telekom, Bundesbahn und verschiedene Soziale Wohnungsbaugenossenschaften.⁴⁰

Der Verkauf war und ist auch verbunden mit dem Verzicht auf die Gewinne der Unternehmen, die entweder als Reinvestition oder als Gewinnabgabe an den Staatshaushalt zur Verfügung standen.

Mit der zunehmenden Verschuldung des Staates hatten viele Verkäufe jedoch nur den Zweck, die angehäuften Schulden zu tilgen und Zinsen zu bezahlen, die aus den früheren Investitionen herrührten. Siehe auch die Privatisierung von öffentlichen Wohnungen.

Das Ergebnis dieser Politik lässt sich am besten an der Vermögensverteilung zeigen. Große Vermögen erzielen ein hohes Einkommen, welches für den persönlichen Bedarf nicht benötigt wird. Somit wird mit diesem Einkommen weiteres Vermögen erworben und zusehends endet das Vermögen immer mehr in wenigen Händen. Aus der Vermögensverteilung Abb. 39: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren ergibt sich schon jetzt:

Das obere 1. Fünftel verfügt über ca. 80,1 % des Vermögens, zunehmend wachsend.

Das obere 2. Fünftel verfügt über knapp 17,1 % des Vermögens, ständig abnehmend.

Die unteren 3 Fünftel = 60 % der Gesellschaft verfügen über weniger als 2,8 % des Vermögens, wobei das untere 5. Fünftel verschuldet ist. Vermögensübernahmen aus dieser Gruppe sind kaum noch möglich.

⁴⁰ Vgl. (BMF, 2017)

Privatisierung des gesamten DDR-Staatvermögens

Die Privatisierung der DDR ist in jeder Hinsicht bemerkenswert. Besonders unter dem wirtschaftspolitischen Ziel »Wohlfahrt für alle«. In der DDR als »fetter kapitalisiertem Staat« gab es, bis auf kleine Betriebe, nur Staatsbetriebe. Noch im Herbst 1990 wurde von der Treuhand der Wert aller DDR-Unternehmen auf 600 Milliarden D-Mark geschätzt. Die Bevölkerung der DDR betrug 1990 etwa 16,11 Millionen. Damit ergab sich ein Vermögen von ca. 37.250 D-Mark pro Einwohner. Da die DDR-Bürger indes nur ein geringes Privatvermögen hatten, die BRD jedoch ein hohes Privatvermögen, geschah das, was vielfach als »Ausverkauf« der DDR angesehen wird.

Übernahme von Betriebsvermögen, Land und Boden

Die Verwendung des Begriffs »Ausverkauf« für die Tätigkeit der Treuhand spottet jeder Beschreibung. Den Einnahmen der Treuhand⁴¹ in Höhe von 39 Milliarden Euro für ein DDR-Produktionsvermögen von rund 300 Milliarden Euro (600 Milliarden D-Mark) bei Kosten von 133,2 Milliarden lassen eher auf Verschenken und auf eigene Bereicherung schließen.

Privatisierungen ganzer Volkswirtschaften bestehen in der Privatisierung der Gewinne. In der Praxis bedeutete das, dass einflussreiche Personen aus staatlichen oder privaten Stellen ihre Leute installierten, die dann auf verschiedenen Wegen Geld aus diesen Unternehmen in private Taschen transferierten – und die Unternehmen so in den Bankrott trieben, um sie dann günstig kaufen zu können. In der Regel sieht man dabei auf die Oligarchenbildung des Ostblocks, doch die Indizien sprechen dafür, dass der einzige Unterschied bei der Abwicklung der DDR in der Vermischung des Einflusses aus privaten und staatlichen Personen bestand.

Geld für die Privatisierung in diesem Umfang stand nur sehr wenigen reichen Westdeutschen zur Verfügung, keineswegs jedoch den Ostdeutschen. Damit erklärt sich auch, in welche Hände das gesamte DDR-Produktionsvermögen gelangt ist, welches eigentlich den ostdeutschen Bürgern gehörte.

»Bis zu ihrer Auflösung zum 31. Dezember 1994 hatte die Treuhandanstalt mehr als 15.000 ostdeutsche Unternehmen und Unternehmensteile durch Verkauf privatisiert oder kommunalisiert. Mehr als 3.700 wurden stillgelegt. Von 1990 noch

⁴¹ (bpb, 2015)

rund 4,1 Millionen Arbeitsplätzen in den von der Treuhandanstalt verwalteten Betrieben bestanden Ende 1994 noch rund 1,5 Millionen in den nun privatisierten Unternehmen. [...]

80 Prozent des DDR-Produktionsvermögens gingen bis Mitte 1994 an Westdeutsche, 14 Prozent an Ausländer, sechs Prozent an einstige DDR-Bürger; zudem waren spätestens 1993 nahezu alle Führungspositionen und Beraterposten der Anstalt mit Managern aus Westdeutschland besetzt, die für zahlreiche Korruptionsskandale verantwortlich waren. Ihr Vorgehen habe die industrielle Basis der ostdeutschen Wirtschaft auf Jahre hinaus unterminiert und die Menschen in Arbeits- und Perspektivlosigkeit zurückgelassen.«⁴²

Vernichtung der Außenhandelsbetriebe (Export der DDR)

Die DDR war eine große Exportnation innerhalb der Staaten des ehemaligen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die Exporte wurden über sogenannte Außenhandelsbetriebe (AHB) abgewickelt.

»Im Jahr 1980 betrug der Wert der Importe in die DDR rund 63 Milliarden Valutamark, der Wert der Exporte rund 57,1 Milliarden Valutamark.«⁴³

In den 60er Jahren war für den Zahlungsverkehr des RGWs eine Verrechnungswährung, der sogenannte transferable Rubel, eingeführt worden. Exporte und Importe mussten lizenziert werden, und konnten nur dann vorgenommen werden, wenn es zu keinem Export- oder Importüberschuss kam.

»Mit der Einführung der D-Mark in der damaligen DDR zum 1. Juli 1990 wurde es indes möglich, den Außenhandel – wie in anderen marktwirtschaftlich verfassten Staaten üblich – auf der Basis von konvertierbaren Devisen durchzuführen. Eine sofortige Umstellung des Außenhandels der DDR mit ihren östlichen Partnern auf konvertierbare Devisen war jedoch nicht möglich, da die Sowjetunion ihre Zustimmung zur deutschen Vereinigung von der Einhaltung sämtlicher mit RGW-Ländern auf Transferrubel-Basis abgeschlossenen Verträge abhängig machte.«⁴⁴

Im Oktober des Jahres 1990, kurz nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, geriet der »Devisenbetrug mit Transferrubeln« in den Blickpunkt zahlreicher, selbst von seriösen Tageszeitungen zum Teil reißerisch aufgemachter Presseberichte.

⁴² (bpb, 2015)

⁴³ (Statista, 2019)

⁴⁴ (Woite, Diffamierung des Transferrubel-Verrechnungsverkehrs)

Mit dem deutschen Einigungsvertrag wurde den Firmen der Noch-DDR im Gegensatz zur Verpflichtung zur Einhaltung der abgeschlossenen Verträge mit den RGW-Ländern nahegelegt, Waren aus dem Bundesgebiet zu beziehen, was zu Differenzen in der Außenhandelsbilanz der Noch-DDR führte. Die Exporte wurden durchgeführt, die Importe nicht und so entstanden enorme Ansprüche in Transferrubel, die in DM umgetauscht werden sollten.

»Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin eröffnete weit über 100 Ermittlungsverfahren, einige Personen wurden zum Teil längere Zeit in Untersuchungshaft genommen, Privat- und Geschäftsräume durchsucht, Konten beschlagnahmt und Anklagen erhoben. Der Vorwurf, den man den Geschäftsleuten machte, war, dass sie verbotenerweise Waren exportiert hätten, die nicht in der DDR hergestellt waren (sogenannte Reexporte). In einigen Fällen wurden auch Scheingeschäfte angenommen, bei denen überhaupt keine Waren geliefert werden sollten. Teilweise wurde eine unberechtigte Teilnahme von Unternehmen außerhalb der DDR durch Einschaltung von »DDR-Strohfirmen« unterstellt. [...]

Wenn auch die Bekämpfung jeder Form der Vereinigungskriminalität zu begrüßen ist, so blieben doch die Urteilsbegründungen bis heute, auch unter Juristen, höchst umstritten. Von den Experten des Außenhandels und des Rechts der DDR werden sie nahezu einhellig mit Kommentaren belegt, die von »elementare Fehler« bis zu »vereinigungsbedingtes Wirtschaftsunrecht« reichen. Maßgeblichen Anteil daran hatten von der Bundesregierung erstellte unzutreffende »Gutachtliche Stellungnahmen«, von deren Aussagen sich die Bundesregierung mittlerweile zwar größtenteils vor dem Parlament, nicht jedoch vor den Gerichten distanzierte.«⁴⁵

Das Verhalten des Staates gegenüber den Außenhandelsbetrieben führte mit den Kontenbeschlagnahmen und Durchsuchungen zu einer gravierenden Störung des Außenhandels, die zur Aufgabe gezwungen wurden, und in der Folge für weitere Arbeitsplatzverluste. Der Anteil des Außenhandels ist auf einen extrem niedrigen Stand gesunken, was jedoch bisher mit fehlender Konkurrenzfähigkeit erklärt wurde.

Ein weiterer Fakt war, dass die westdeutsche Großindustrie kein Interesse an den gut ausgebildeten Experten im Außenhandel und deren Beziehungen zum osteuropäischen Ausland hatte, sondern allein darauf ausgerichtet war, Vermögenswerte günstig zu übernehmen und an die Kunden direkt zu liefern. Völlig verkannt wurden die besonderen Beziehungen und die Art, wie verhandelt wurde. Daher

⁴⁵ Ebd.

gelang es dem Westen nicht, die Geschäfte der ehemaligen DDR zu übernehmen. Somit entstand eine hohe Arbeitslosigkeit von Spezialisten.

Einen sehr interessanten Einblick gibt der Report eines Unternehmers⁴⁶, der zur Wendezeit eher zufällig bis zu den Auslandsbetrieben vorgedrungen war, weil einerseits das Personal dieser Betriebe nach einer Lösung suchte und andererseits die Großindustrie zu einer Lösung nicht bereit war. Und natürlich war er dann genauso von den Aktionen des Staates gegen die Außenhandelsbetriebe betroffen, die in einem jahrelangen Prozess bis vor dem europäischen Gerichtshof ausgetragen wurden. Dieser Teil ist bis heute von den Wirtschaftshistorikern nicht aufgearbeitet worden. Die Gerichtsprotokolle finden sich hier.⁴⁷

»Im Jahr 2017 wurden nach vorläufigen Ergebnissen in die Russische Föderation Waren im Wert von 25,9 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 31,4 Milliarden Euro von dort nach Deutschland importiert.«⁴⁸

Gegenüber den Exporten allein von der DDR (ohne BRD) in Höhe von 49 Milliarden Euro (ein Rückgang von 48 %) wirkt die Zerstörung des DDR-Exports noch immer nach.

Übernahme von Geldvermögen

»Die Unabhängige Kommission [Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR] hat seit Ende 1990 Vermögenswerte in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro ermittelt. Davon stammen rund zwei Drittel von der SED. Dieses Vermögen wurde ganz überwiegend den betroffenen Institutionen nicht wieder zur Verfügung gestellt, da sie es nach materiell-rechtsstaatlichen Kriterien nicht rechtmäßig erworben hatten. Das Vermögen wurde nach Abzug der Verbindlichkeiten von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission Parteivermögen für gemeinnützige Zwecke, insbesondere der wirtschaftlichen Umstrukturierung, in den neuen Bundesländern verwendet, soweit es nicht den früheren Eigentümern zurückgegeben wurde. Das Vermögen wurde ferner zur

⁴⁶ (Woite, Wilder Osten Joint Venture: Report eines unternehmerischen Abenteuers , 2019)

⁴⁷ (Woite, Rechtsstreit DABA)

⁴⁸ (Destatis, 2018)

Abdeckung der Altschulden der neuen Länder, für den Denkmalschutz und für die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur verwendet.«⁴⁹

Gab es Alternativen? Ja. Die Möglichkeit bestand, alle DDR-Firmen als Staatsfirmen weiterzuführen und ihnen Beratung und Finanzierung für die Anpassung zur Verfügung zu stellen, um sie dann teilweise später zu privatisieren.

Ablehnung von Alternativen

»Ein ›Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform der DDR‹ von Anfang Februar 1990 skizzierte ein pluralistisches Wirtschaftsmodell mit gesellschaftlichen, genossenschaftlichen und privaten Eigentumsstrukturen. Aus diesen Plänen wurde jedoch nichts: Am 18. März 1990 gewann die konservative, aus Westdeutschland von CDU und CSU unterstützte ›Allianz für Deutschland‹ die erste freie und doch letzte Volkskammerwahl der DDR.«⁵⁰

Auch in Westdeutschland gab es genügend Staatsfirmen.

»Eine genaue Auflistung aller Firmen mit öffentlicher Beteiligung gibt es nicht. Experten von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG schätzen, dass der Bund, die Länder und die vielen Kommunen an insgesamt fast 15 000 Unternehmen beteiligt sind. Der Bund hält davon ›nur‹ 108 Beteiligungen, darunter an den ehemaligen Monopolisten Deutsche Post [21 %] und Deutsche Telekom [32 %], an der Staatsbank KfW oder an der Deutschen Bahn.«⁵¹

Eine weitere Möglichkeit bestand in der Privatisierung zu Händen der eigentlichen Eigentümer. Eigentümer des DDR-Staates war die Bevölkerung der DDR. Die Privatisierung hätte also in deren Hände gelangen müssen. Auch dafür gibt es ein gutes Beispiel. 1960 wurde Volkswagen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der Bund und Niedersachsen behielten jeweils 20 %. 60 % wurden in Volksaktien umgewandelt und der Bevölkerung angeboten. Zum zweiten Mal (nach der Privatisierung der Preussag) wurde auch bei VW die sogenannte »Volksaktie« eingeführt.

»Eineinhalb Millionen Deutsche bekamen damals [1960] 2 oder 3 VW-Aktien zugeteilt. 30 Prozent waren Angestellte, 24 Prozent waren Hausfrauen, 14 Prozent waren Pensionäre und Rentner. Die Aktie wurde mit Sozialrabatten angeboten, sodass wohl niemand den Ausgabepreis von 350 Mark bezahlt hat. Geistiger Vater

⁴⁹ (Bundestag, 2006)

⁵⁰ (bpb, 2015)

⁵¹ (SZ, 2017)

der VW-Privatisierung war Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der heute als ›Vater des Wirtschaftswunders‹ durch die Geschichtsbücher geistert. ›Wohlstand für alle‹, auf diese Parole hat Erhard 1957 die CDU eingeschworen. Ein Mittel zum Zweck sollte die Ausgabe von Volksaktien sein: Die CDU hat es sich zum politischen Ziel gesetzt, mit jedem weiteren wirtschaftlichen Fortschritt zu einer immer breiteren Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln zu kommen. Das gilt in erster Linie für das in öffentlichem Eigentum stehende Betriebsvermögen.«⁵²

Wer den Solidarbeitrag bezahlt

Die Umwandlung des Betriebsvermögens der DDR in Kapitalgesellschaften mit einer Zuteilung an die Bevölkerung hätte einen derartigen Vermögens- und Arbeitsplatzverlust der DDR-Bürger vermieden. Falls es einen größeren Investitionsfonds bereits gegeben hätte (als den ERP-Fonds), wäre es möglich gewesen, Betrieben bei Umstellungsschwierigkeiten zu helfen. So lief es, wie man es von den Ostblockstaaten kennt: Das Staatsvermögen landete bei den bereits Vermögenden oder bei Personen mit guter Beziehung zur Politik (Oligarchen). Doch nicht etwa durch das neu entstandene Vermögen der westdeutschen bereits Vermögenden wurden die entstandenen wirtschaftlichen Schäden behoben. Mit der Einführung des Solidarbeitrages wurden alle Steuerzahler belastet. Nach Destatis (2013) zahlen nur 10 % der Steuerzahler 49 % des Solidarbeitrages. Das waren im Durchschnitt seit 1994 jedes Jahr ca. 4 Milliarden Euro. In der Summe von 1994 bis 2017 insgesamt ca. 92 Milliarden. Doch der Gewinn aus der Privatisierung betrug mehr als 260 Milliarden Euro. Die restlichen 51 % beteiligten sich in Höhe ca. 94 Milliarden Euro an der Korrektur der Privatisierung, ohne einen Vorteil zu haben. Auch das nennt man Umverteilung von unten nach oben.

Privatisierung von Immobilien und Sozialwohnungen

Entwicklung des Wohnungsmarktes

»Seit 1919 war das Wohnen dauerhaft staatlich geregelt und galt als Grundbedürfnis, das staatliche Intervention erfordert. Dabei dominierten zwei Formen: Staatliche Mietregulierung – in Westdeutschland bis Ende der 1970er Jahre als Mietfestlegung von Altbauwohnungen, in Ostdeutschland bis 1989 im Alt- und

⁵² (Rühl, 2007)

Neubaubereich. Seitdem sind nur noch Mieterhöhungen⁵³ reguliert, und an die Hausbesitzer wird für Bedürftige Wohngeld gezahlt. Daneben gibt es den sozialen Wohnungsbau durch öffentliche und gemeinnützige Unternehmen auf der Basis staatlicher Niedrigzins-Kredite bzw. Finanzierungshilfen, bei denen die Miethöhen beschränkt sind, mit dem Ziel, »breite Schichten des Volkes« zu versorgen (1. Wohnungsbaugesetz 1951). Unter aktuellen Bedingungen schwindender Sozialwohnungsbestände sollen diese vor allem Einkommensschwachen zugutekommen. [...]

In den 1980er Jahren gab es in Westdeutschland noch 4 Millionen gebundene Sozialmietwohnungen – immerhin ein Viertel des Wohnungsbestandes – von denen 2,4 Millionen in der Hand gemeinnütziger Gesellschaften lagen; diese verfügten darüber hinaus noch über 0,9 Millionen ältere Wohnungen. In Ostdeutschland lagen 1989 ca. 60 % der Bestände in der Hand von Kommunen und Genossenschaften (das heißt Betrieben) [...].

Im Jahr 1990 wurde das Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz aufgehoben, nach dem soziale Wohnungsgesellschaften Steuerbegünstigungen genossen, in ihrer Gewinnausschüttung auf 4 % beschränkt waren und ihre Mittel nur für Wohnungsbau (seit den 1970er Jahren auch für den Bau sozialer Infrastrukturen – »Lex Neue Heimat«) verwenden durften. Seitdem sind ihre großen Wohnungsbestände frei handelbar. [...]

Seit Ende der 1990er drängen internationale Immobilienfonds und Investmentgesellschaften auf den deutschen Wohnungsmarkt, denn deutsche Wohnungsbestände gelten international als »unterbewertet«. Dies trifft vor allem für hunderttausende ehemaliger Sozialwohnungen zu, die binnen weniger Jahre aufgekauft wurden. Das Tempo dieser Übernahmen erklärt sich teils historisch, ansonsten überwiegend aus Politik und Konzernmacht. [...]

Ehemals gemeinnützige und vor allem kommunale Wohnungsgesellschaften verkauften seit Ende der 1990er Jahre erhebliche Teile ihrer großen Bestände an private Investoren – oder wurden ganz von diesen erworben.«⁵⁴

Die Privatisierung hatte mehrere Gründe.

Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetzes 1990, nach dem soziale Wohnungsgesellschaften Steuerbegünstigungen genossen.

⁵³ (Rühl, 2007)

⁵⁴ (Neff, 2014)

Die Zunahme der Zinsen aus der Verschuldung öffentlicher Haushalte, die von 1990 mit 17,5 Milliarden bis 2008 auf 40,2 Milliarden stiegen (1995 25,4; 2000 39,1; 2005 39,4; 2008 40,2 - siehe Abb. 20: Zinsentwicklung der Staatsschulden Deutschlands von 1969 bis 2015), womit die öffentlichen Haushalte gezwungen waren, zur Sicherung der Zinsausgaben öffentliches Vermögen zu verkaufen.

Im Sinne des Neoliberalismus werden Fehlanreize unterstellt, die dazu führen, dass die öffentlichen Unternehmen eine deutlich geringere Rendite erzielen als die privatwirtschaftliche Konkurrenz. Die soziale Komponente von Wohnen wurde dabei völlig außer Acht gelassen.

Die negativen Seiten dieser Entwicklung sind:

Alle Gewinne aus dem Betrieb der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften entfallen durch den Verkauf und stehen somit nicht mehr für weitere zielgerichtete Investitionen oder staatliche Maßnahmen zur Verfügung.

»Vor allem staatliche Maßnahmen entfallen, die die soziale Stabilität in den Wohnvierteln erhöhen, also im weitesten Sinn das Quartiersmanagement, werden zu den relevanten Aktivitäten gezählt. Beispiele hierfür sind etwa der Abriss baufälliger Gebäude, die Organisation von Jugendtreffs, die Beratung und Unterstützung von Arbeitslosen und Obdachlosen oder aber die Förderung der örtlichen Kindergärten und Schulen. Es wird argumentiert, dass diese Leistungen so gewichtig für die Stadt sind, dass sie den oftmals geringen betriebswirtschaftlichen Gewinn der öffentlichen Unternehmen deutlich kompensieren.«⁵⁵

»Gute und verkäufliche Bestände werden gut saniert und teuer vermarktet, so dass diese Wohnungen für ärmere Bevölkerungskreise nicht mehr in Frage kommen. Ärmere Mieter seien damit auf die schrumpfenden Restbestände des sozialen Wohnungsbaus angewiesen oder müssten in schlechtere und kleinere Wohnungen umziehen. Oft müssen die gestiegenen Mieten durch Transferzahlungen (Wohngeld o.ä.) ausgeglichen werden, wodurch langfristig der Verkaufserlös für die Kommunen und andere staatliche Eigentümer geschmälert bzw. aufgezehrt wird. Innerhalb der Sozialwohnungsbestände wird ein ›creaming the poor‹ betrieben, wo an die ›besten‹ unter den Armen bevorzugt vermietet wird.«⁵⁶

Es gibt ein Zugangsproblem, welches darin besteht, dass die Vermieter für die Übernahme der Vermietungsrisiken bei bestimmten Gruppen nicht entschädigt werden. Daher entscheiden sie sich im Zweifelsfall immer für die Vermietung an das geringere Risiko.

Der Zustrom von Millionen Heimatvertriebenen und die daraus resultierende Wohnungsnot zwangen die Verantwortlichen 1950 zu einer aktiven staatlichen

⁵⁵ (Freitag, 2007)

⁵⁶ (Kuhnert & Leps, 2017)

Wohnungspolitik. Auch heute gibt es einen ähnlichen Zustrom, der durch die privaten Anbieter nicht gedeckt werden kann, der aber gedeckt werden muss.

»Aufgrund der Förderstruktur des alten sozialen Wohnungsbaus wird sich die Anzahl der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau in den kommenden Jahren drastisch weiter verringern. Gab es im Jahr 1987 noch 3,9 Millionen Sozialwohnungen in Deutschland, so verzeichnete die letzte Volks- und Gebäudezählung Ende 2001 nur noch rund 1,8 Millionen Wohnungen. Jahr für Jahr verlieren ca. 100.000 Wohnungen ihren Status als Sozialwohnung. In der Vergangenheit wurden etwa ein Drittel sozial und preislich gebundene Wohnungen als Voraussetzung für eine sozial ausgleichende Wohnungspolitik angesehen.«⁵⁷

»Die Kapitalanlagen konzentrieren sich auf Großstädte, besonders auf Berlin und Städte mit vielen Leerständen (z. B. Ruhrgebiet, Leipzig). Zu einem Viertel gehen sie in Hochpreis-Wohnungen, zu drei Vierteln aber in ältere Sozialwohnungsbestände mit vielen Sozialhilfe-/Hartz IV-Beziehern. [...]

Die Kommunen als (Erst-) Verkäufer zielten hauptsächlich auf die Senkung ihrer Finanzlasten oder auf die Finanzierung von Investitionen in andere Bestände. [...]

Die Folgen dieser großen Transaktionen für die Bewohner sind unterschiedlich, aber meist unerfreulich. Aufwendige und oft monatelange Modernisierungen, kräftige Mietsteigerungen, Kündigungsversuche, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und aufdringliche Verkaufs-Angebote sorgen für erheblich gestörtes Wohnen und Unruhe in den betroffenen Häusern, den wohlhabenden Neu-Zuzüglern wird mit Unbehagen begegnet – vor allem seitens derjenigen Mieter, die geringere Einkommen haben und keine Chance sehen, sich zu wehren. [...] Für die Mieter sind die neuen Besitzer bzw. Verwalter schlecht erreichbar, nicht zuletzt durch Ausdünnung des Service [...], die Kommunikation mit ihnen ist mühsam und stark formalisiert, Eigentümerwechsel alle paar Jahre macht die Verhältnisse noch verwirrender. Häufig sind die Mieterhöhungen geringer als befürchtet, aber die meisten Mieter sind überfordert von undurchschaubaren Nebenkosten-Erhöhungen und -Rechnungen. Investiert wird nur an wenigen begünstigten Ecken, an denen Mieterhöhungen durchsetzbar sind, oft gibt es anschließend Druck, die Wohnungen zu kaufen, und Käufer und Mieter in den Häusern dividieren sich auseinander; gegenseitiges Misstrauen breitet sich aus. [...]

Der Zug zum Aufkauf und Weiterverkauf großer Wohnungsbestände seit 15 Jahren ist ungebrochen, er wurde gebremst durch die Finanzkrise und wieder beschleunigt durch die anschließende Flucht der Kapitalanleger in Immobilien. Bis 2011 betrug das Verkaufsvolumen 33 Milliarden €. [...].

⁵⁷ (Kuhnert & Leps, 2017)

Die Bedenkenlosigkeit von Bundes- und Landes-Institutionen – und bis 2006/07 auch der Kommunen – beim Verkauf von riesigen bislang überwiegend mietgünstigen Wohnungsbeständen an Großinvestoren erstaunt. Die Kommunen erschlossen sich hierdurch zusätzliche Einnahmemöglichkeiten, mit denen sie auch ihren gewachsenen Belastungen mit Sozialausgaben nachkommen wollten. Bund und Länder und vor allem ehemalige Staatsunternehmen aber behandeln ihre Wohnungsbestände als reine Unternehmensmasse. Durch die Verkäufe wurden sie definitiv politischer Einflussnahme entzogen. Es geht den Großinvestoren nicht um effizientere Bewirtschaftung, sondern um kurzfristig maximale Gewinne; ihre Investitionen in die Bestände sind niedrig und sehr selektiv. Millionen von Bewohnern, die oft wenig zahlungsfähig sind, werden damit den Turbulenzen von Märkten und Finanzmanövern ausgesetzt.«⁵⁸

Die europäischen Länder verzeichnen Rekordzahlen bei Zwangsräumungen im privaten Mietsektor. Der Art und Weise, wie der Wohnungsmarkt zu dieser Krise der wirtschaftlichen Sicherheit beigetragen hat, wurde viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Die rasante Inflation der Immobilienpreise hat das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte aufgebraucht und die Erwartungen einer stabilen Besitzdauer beeinträchtigt. Wenn Wohnkosten berücksichtigt werden, sinkt ihr Lebensstandard. Wohnungsnot fördert den Konflikt zwischen bestehenden Einwohnern und den jüngsten Ankömmlingen.

Die rasante Inflation der Immobilienpreise hat einen Wahlkreis von Wählern geschaffen, der an den Status quo gebunden ist. Diese konservative Voreingenommenheit erzeugt Frustration, indem sie dauerhafte dritte Schienen gegen politische Reformen schafft. Genauer gesagt zeigt der Befund, dass Hausbesitzer den Status quo gerne schützen wollen.

Eingrenzung der Mobilität

Wenn der Wohnungsmarkt eng wird, dann ist es auch schwierig für Arbeitssuchende weiter entfernte Arbeitsangebote anzunehmen, da dies mit einem Umzug verbunden ist, der nicht durchgeführt werden kann, weil es keine preisgerechten Angebote von Wohnungen am Wohnungsmarkt gibt. Die Mobilität für Arbeit ist damit begrenzt auf einen Umkreis, der für den Arbeitssuchenden nicht zu große Kosten und einen nicht zu großen Zeitverlust aufweist. Für die Unternehmer bedeutet das, dass sie keine Arbeitskräfte finden, obwohl es genügend Arbeitskräfte gibt, jedoch eben nicht dort, wo sie benötigt werden. Dieser Zustand senkt das Sozialprodukt.

⁵⁸ (Neff, 2014)

Steueränderungen zugunsten der Vermögenden

Wenn die Reallöhne langsam sinken und sich ein Vermögen bei Lohnempfängern nicht entwickeln kann, dann kann das Privatvermögen nur aus Gewinnen der Unternehmen entstanden sein. Steigende Gewinne erhöhen den Wert der Unternehmungen. Die Börsenentwicklung seit 1982 zeigt das sehr deutlich.

In der Zeit der ordoliberalen/sozialliberalen Regierung stieg der DAX von 1959 bis 1962 im Mittel von 375 Punkten auf 514 Punkte (um 37 %) und damit pro Jahr um ca. 3 %.

Vom Beginn der Regierung Kohl stieg der DAX im Mittel von 514 Punkten auf 11.795 Punkte (um 1.150%), was einem Anstieg von 31 % pro Jahr entspricht.

Im September 2019 lag er bei 12.400 Punkten. Im Herbst 2025 erreichte er einen neuen Höchststand von 24.611 Punkten.

Eine genaue Auskunft über die Entwicklung gibt eine Grafik auf Wikipedia⁵⁹.

Nach Mitteilungen der Deutschen Bundesbank in 2016, sei Aktienbesitz nach wie vor nicht weit verbreitet. In 2014 wiesen nur knapp 10 % der Haushalte direkten Aktienbesitz auf.

Damit kann festgestellt werden, dass der Vermögensgewinn aus direktem Aktienbesitz nur 10 % der Bevölkerung zugutegekommen ist.

Aktienbesitz ist zwar nur ein Teil des Geldvermögens, doch einer, der am schnellsten wächst. Der Gewinn kann ausgeschüttet werden, dann hat der Aktienbesitzer dies mit 25 % zu versteuern.

Der Gewinn kann aber auch in der Firma bleiben und erhöht deren Wert. Der Börsenwert steigt so lange, bis die zu erwartende Rendite der Firma dem allgemeinen Zinssatz entspricht. Bis 2009 galt die Regel, dass für Gewinne aus Kurssteigerungen bei Aktien, die länger als ein Jahr gehalten wurden, keine Steuer zu zahlen war. Dafür darf man bei einem Arbeitseinkommen ab 2017 von 60.000 Euro schon den Spitzensteuersatz von 42 % zahlen.

Der Sozialliberalismus ging in der Gesellschaftspolitik von einer Ergänzung der bisherigen Freiheitsrechte und Menschenrechte durch soziale Teilhaberechte und Mitbestimmungsrechte nicht mehr nur an der verfassungsmäßigen Organisation des Staates, sondern an der arbeitsteiligen Organisation der Gesellschaft aus. Mit

⁵⁹ <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/21/DAX.png>

der Einführung des Neoliberalismus wurde die Teilhabe am Produktivitätsfortschritt unterbunden und das wirtschaftspolitische Hauptziel »Wohstand für alle« suspendiert.

Es ist also keineswegs ein Wunder, wenn 63 % des gesamten Vermögens bei 10 % der Bevölkerung zu finden sind, da nur 10 % der Bevölkerung Aktien besitzen oder Eigentümer von Unternehmen sind, die daraus Einkommen erzielen, welches nicht oder wenig besteuert wird, und damit weiteres Vermögen erwerben können.

Deutlicher kann der Bruch zwischen Sozialliberalismus und Neoliberalismus nicht dargestellt werden.

Erhöhung der Lohnsteuer, Senkung der Einkommensteuer

Nach § 2 EStG unterliegen verschiedene Einkünfte der Einkommensteuer: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit, Einkünfte aus Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG.

Für Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit, die nicht steuerbefreit sind, wird die Lohnsteuer automatisch ans Finanzamt abgeführt.

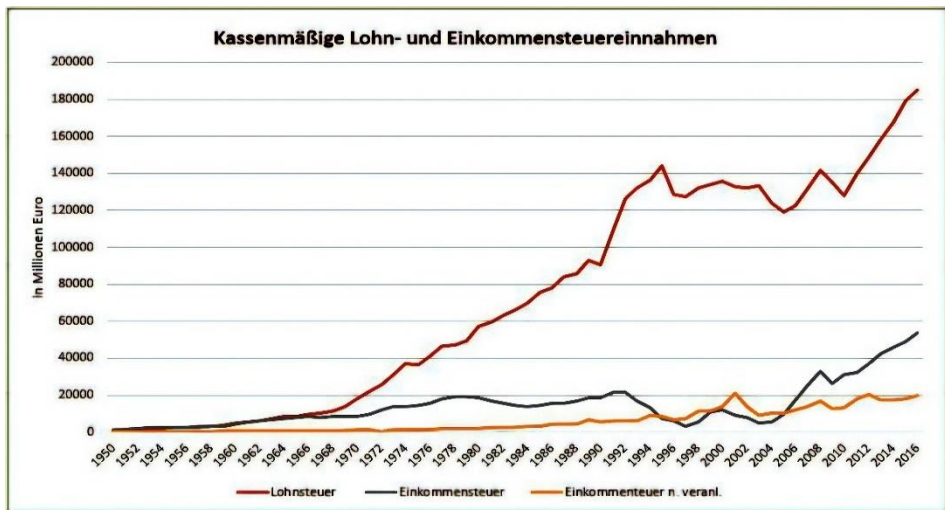


Abb. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen in Millionen Euro Deutschland

Quelle: Eigene Darstellung, BMF – Referat I A 6, Steuereinnahmen nach Steuergruppen, 28.08.2018, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2018-08-28-steuereinnahmen-nach-steuergruppen-2014-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5

In der Steuerpolitik gibt es eine wichtige Unterscheidung zwischen der »rechtlichen« und der »wirtschaftlichen« Steuerinzidenz. Die Partei, die eine Steuer legal zahlt, ist jedoch nicht immer diejenige, die letztlich die Steuerlast trägt. Ein klassisches Beispiel für den Unterschied zwischen der rechtlichen und wirtschaftlichen Steuerbelastung ist die Zigarettensteuer. Rechtlich zahlen Zigarettenhersteller diese Steuer. Es ist jedoch allgemein anerkannt, dass Raucher letztlich die Last dieser Steuer tragen. Die Unterscheidung zwischen der rechtlichen und wirtschaftlichen Inzidenz einer Steuer gilt auch für die Lohnsteuer. Rechtlich gesehen wird mehr als die Hälfte der Lohnsteuer von Arbeitgebern bezahlt. Die meisten Ökonomen stimmen jedoch darin überein, dass die Lohnsteuer auf der Arbeitgeberseite letztlich auf die Arbeitnehmer in Form von niedrigeren Löhnen fällt.

Die Einkommensteuer wird für Einkommen aus selbstständiger und nichtselbstständiger Arbeit fällig sowie für Kapitalerträge.

Der Spitzensteuersatz in Deutschland für ein Einkommen von mehr als 250.000 Euro beträgt 45 %.

»Einer Berechnung des DIW zufolge sind davon aber nur 45.000 Menschen betroffen, rund 0,1 Prozent der Steuerpflichtigen. Eine Anhebung auf 49 % brächte Mehreinnahmen von etwa 1,1 Milliarden Euro.«⁶⁰

Doch bei Topverdienern wie Ex-VW-Boss Martin Winterkorn und dem früheren Deutsche-Bank-Lenker Josef Ackermann, die die Marke von 10 Millionen Euro überschreiten, ist eine 3%ige Steuererhöhung ein Witz. Ihre Einkommen erreichen das 200-Fache eines normalen Einkommens, und auch wegen der Selbstbedienungsmentalität wäre eine Konjunkturausgleichsabgabe angebracht, wie sie im Abschnitt unten (Finanzierung aus zu hohem Einkommen) beschrieben wird. Die Rücksichtnahme bezüglich einer Steuererhöhung ist nicht zu verstehen, da diese Gehälter im Inland erbracht werden und nicht verlagert werden können.

Aus der obigen Abbildung »Kassenmäßige Lohn- und Einkommensteuereinnahmen in Deutschland« in 2016 ergibt sich, dass die »Reichen«, die über 250.000 Euro verdienen, einen Beitrag von 12,38 Milliarden an Lohnsteuern leisten, während alle, die unter 250.000 Euro verdienen, 171,88 Milliarden zahlen (184,826 - 12,38).

⁶⁰ (Kwasniewski, 2012)

Wenn eine Anhebung von 4 % einen Steuerbetrag von 1,1 Milliarden Euro entspricht, dann liegt der derzeitige Steuerbetrag der 45.000 Reichen beim 11,25-fachen der 4 %, somit bei $11,25 \cdot 1,1$ Milliarden Euro = 12,38 Milliarden Euro. Der gesamte Steuerbetrag beträgt 184,826 Milliarden Euro, abzüglich der Steuern der Reichen bleiben dann die 171,88 Milliarden Euro.

Selbst wenn man die Einkommensteuern (73,3 Milliarden Euro) noch zu den Lohnsteuern (162,38 Milliarden Euro) der über 250.000 Euro liegenden Steuerzahlern hinzurechnet, verändert sich das Bild nicht wesentlich. Der Anteil der Einkommensteuerzahler, die über 250.000 Euro liegen, erschließt sich dabei nicht und ist daher zu hoch gegriffen. Doch 171,88 Milliarden Euro Steuerzahlungen von Arbeitnehmern stehen allerhöchstens Steuerzahlungen von »Reichen« mit 85,68 Milliarden Euro gegenüber. Doch es ist weit verbreitet, dass die »Reichen« die Hauptlast der Steuern tragen würden.

Nach Artikel 3 des Grundgesetzes soll jeder Steuerpflichtige gemäß seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Daraus lässt sich ableiten, dass der Grenzsteuersatz mit dem Einkommen steigt, bis der maximale Satz erreicht ist. Inwieweit das Steuerrecht von diesem Grundsatz abweicht, lässt sich an der Entwicklung der Grenzsteuersätze erkennen.

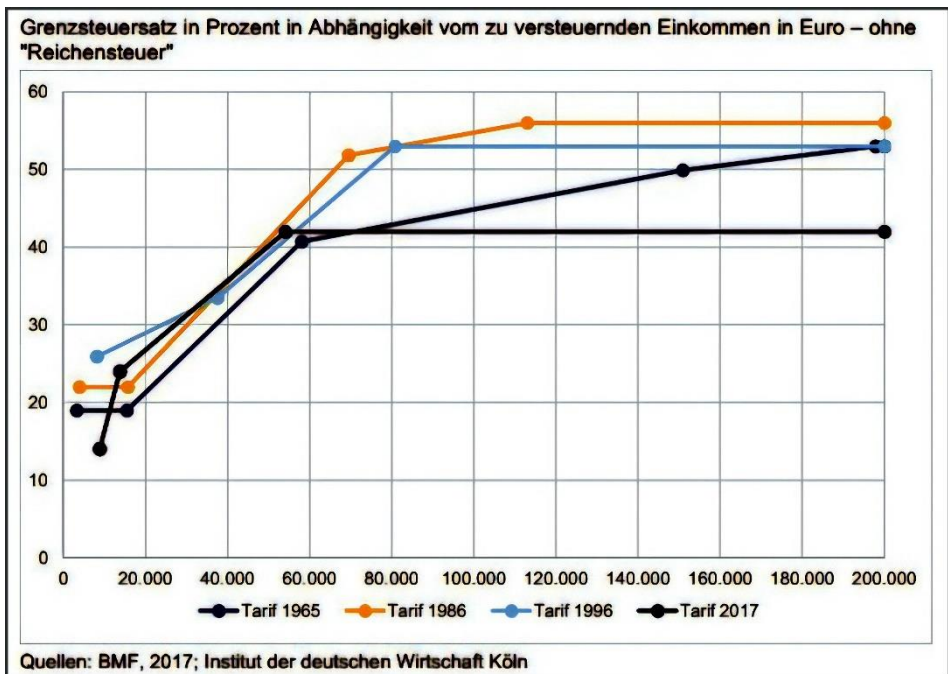


Abb. 8: Preisbereinigte Einkommensteuertarife

Quelle: IW Köln, Die Einkommensteuer im Zeitverlauf, 19.4.2017, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/340065/Gutachten_INSM_Einkommensteuer_im_Zeitverlauf.pdf, Abb. 2-4

Die starke Steigung des heutigen Einkommensteuertarifs zwischen Grundfreibetrag und Spitzensteuersatz in Höhe von 42 % aufgrund unterlassener Anpassungen an Tarifgrenzen in der Vergangenheit hat für die privaten Haushalte spürbare Konsequenzen. Der Effekt der Reduzierung der Steuersätze zu Anfang dieses Jahrtausends wird damit konterkariert. Die stärkste Steigung sorgt dafür, dass die Belastung mit jedem mehr verdienten Euro schneller wächst.

»Eine Ausnahme bei der Verschiebung der Tarifgrenzen bildet der Grundfreibetrag, der nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts seit 1996 in Höhe des Existenzminimums gewährt und daher stetig angepasst werden muss. Dadurch verläuft der Tarif heute wesentlich steiler als vor 20 Jahren. Dies wirkt der Anfang des Jahrtausends erfolgten Senkung der Steuersätze entgegen. Sowohl der Eingangs- als auch der Spitzensteuersatz liegen im historischen Vergleich heute auf niedrigem Niveau. Aus diesem Grund greift ein Einkommensteuersatz von 42 Prozent nicht früher als vor einigen Jahrzehnten, als der Spitzensteuersatz noch mehr als 50 Prozent betrug.«⁶¹

Die Senkung der Spitzensteuersätze von 52 % in 1996 auf 42 % in 2005 (identisch mit Tarif 2017) zeigt den politischen Willen, Reiche zu entlasten, bei gleichzeitiger Belastung der unteren Schichten durch den steilen Anstieg der Progression, und entspricht somit nicht dem wirtschaftspolitischen Ziel des »Wohlstands für alle«.

Statt Einkommensteuer eine Abgeltungssteuer für Einkommen über 16.000 Euro

»Seitdem die Bundesregierung (CDU/SPD) zum 1. Januar 2009 die pauschale Abgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent eingeführt hat, zahlen vor allem Gutverdiener deutlich weniger als vorher, von denen viele einen großen Teil ihrer Einkommen nicht durch Arbeit, sondern aus Kapitalerträgen erzielen. Der damalige Bundesfinanzminister erklärte es mit dem Satz: »Lieber 25 Prozent von X als nix.«⁶²

⁶¹ (Benoska & Hentze, 2017)

⁶² (Kwasniewski, 2012)

Die geschätzten Mehreinnahmen bei einer Erhöhung auf 30 % werden auf ca. eine Milliarde Euro geschätzt. Bei Anwendung des Einkommensteuersatzes bis zu 45 % hieße das ca. 4 Milliarden Euro zusätzlich. Auch eine derartige Maßnahme löst nicht das grundsätzliche Problem der Akkumulation des Kapitals und Entstehung von Einkommen in wenigen Händen.

Da die Abgeltungssteuer bei 25 % liegt und dies dem Grenzsteuersatz von 16.000 Euro entspricht, entsteht für jeden, der über ein Einkommen von über 16.000 Euro verfügt, eine Steuerersparnis. Diese ist am größten ab einem Einkommen von 52.000 Euro, da dann eine Einkommensteuerersparnis von 17 % entsteht. Für die sogenannten Reichen, mit Beginn der Reichensteuer von 45 % bei 250.000 Euro, beträgt die Steuerersparnis 20 %. Die Zinsabschlagsteuer gehört zur Einkommensteuer, ist eine Quellensteuer und dient dazu, die Zinsen von Kapitalanlagen mit einer Abgabepflicht zu belegen.

Auch hier gilt natürlich, dass nach Artikel 3 des Grundgesetzes jeder Steuerpflichtige gemäß seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen soll.

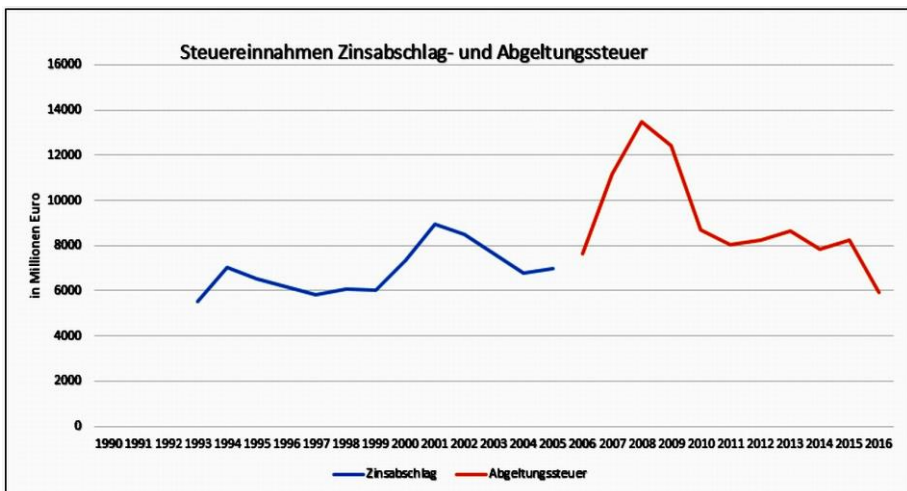


Abb. 9: Steuereinnahmen Zinsabschlag und Abgeltungssteuer Deutschland

Quelle: Eigene Darstellung, BMF – Referat I A 6, Steuereinnahmen nach Steuergruppen, 28.08.2018, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2018-08-28-steuereinnahmen-nach-steuergruppen-2014-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Auch hier ist die Politik der Begünstigung von Reichen nicht zu übersehen. Während die Einnahmen aus der Abgeltungssteuer nahezu konstant geblieben sind, sind die privaten Geldvermögen Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von

1999 bis 2017 Deutschland von 3.435,3 Milliarden Euro 1999 auf 6.065,4 Milliarden Euro um 76,6 % gestiegen.

Senkung der Vermögenssteuern

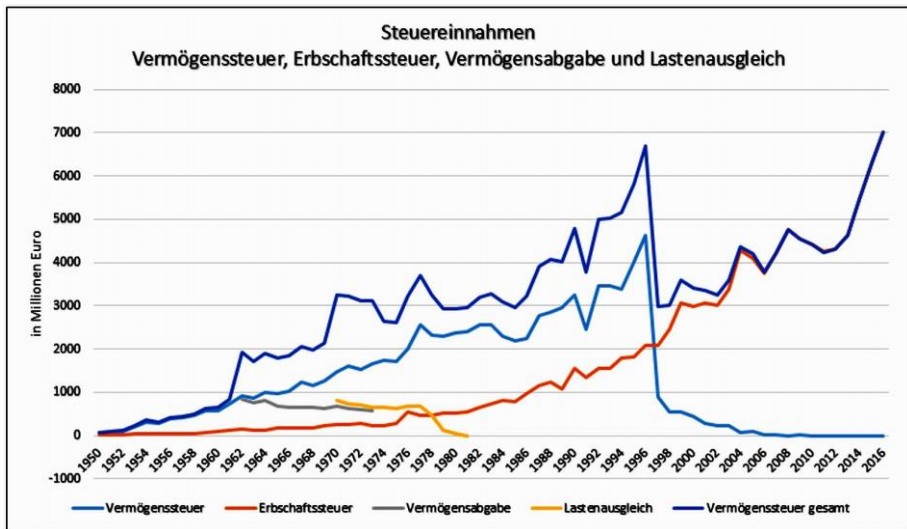


Abb. 10: Steuereinnahmen Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Vermögensabgabe und Lastenausgleich 1950 bis 2016

Quelle: Eigene Darstellung, BMF – Referat I A 6, Steuereinnahmen nach Steuergruppen, 28.08.2018, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaeztungen_und_Steuereinnahmen/2018-08-28-steuereinnahmen-nach-steuergruppen-2014-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Das gesamte Nettovermögen Deutschlands im Jahr 2017 betrug 15.373,1 Milliarden Euro, davon können dem Staat 576 Milliarden zugerechnet werden. Es verbleiben ca. 14.797 Milliarden Euro bei den Privaten. 60 % der Deutschen haben kaum Vermögen oder Schulden. Der Zuwachs des Privatvermögens im Zeitraum 1999 bis 2017 betrug 74 %, im Durchschnitt pro Jahr 8,2 %.

Wie aus der Grafik ersichtlich ist, stiegen die Steuereinnahmen aus Vermögen jedoch nie über 7 Milliarden Euro. Diese besteht nur noch aus der Erbschafts-

steuer, da die Vermögenssteuer 1986 durch die CDU-geführte Regierung abgeschafft wurde, womit die Steuererhebungen auf das Niveau von 1970 zurückgesetzt wurden. Vorlaufende Vermögenssteuern waren die Vermögensabgabe 1962 bis 1973 und der Lastenausgleich von 1970 bis 1980.

Lastenausgleich beendet 1980

»Das Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz, LAG) vom 14. August 1952 hatte zum Ziel, Deutschen, die infolge des zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden oder besondere andere Nachteile erlitten hatten, eine finanzielle Entschädigung zu gewähren. [...]

Diese Umverteilung erfolgte dadurch, dass diejenigen, denen erhebliches Vermögen verblieben war (insbesondere betraf das Immobilien), eine Lastenausgleichsabgabe zahlten. [...]

Zu diesem Zweck wurden eine Vermögensabgabe, eine Hypothekengewinnabgabe und eine Kreditgewinnabgabe eingeführt, die an die Finanzämter zu zahlen waren. Durch die Verteilung auf viele Jahre betrug die Belastung nur 1,67 % pro Jahr, sodass sie aus dem Ertragswert des betroffenen Vermögens geleistet werden konnte, ohne die Vermögenssubstanz angreifen zu müssen.«⁶³

Vermögenssteuer beendet 1996

Schon ab 1923 wurde eine Vermögenssteuer eingeführt, die sich bis 1996 im deutschen Steuersystem hielt. Zwischen den 1950er und 1960er Jahren erzielte sie knapp 2 % des Steueraufkommens. Sie entspräche heute einem Aufkommen von etwa 15 Milliarden Euro pro Jahr.

»In Deutschland war die Vermögensteuer eine stichtagsbezogene Substanzsteuer, die vom Wert des Nettovermögens (Bruttovermögen abzüglich Schulden) des Steuerpflichtigen berechnet wurde. Zur Bemessungsgrundlage gehörten Immobilien, Sparguthaben, Wertpapiere und Lebensversicherungen, außerdem Sachvermögen wie Kraftfahrzeuge, Hausrat oder Kunstgegenstände. Steuer-

⁶³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz>

pflichtig waren sowohl natürliche als auch juristische Personen. Natürliche Personen erhielten gemäß § 6 Abs. 1 VSt. einen Freibetrag von 120.000 DM oder umgerechnet rund 60.000 Euro.

Die Vermögensteuer wurde zuletzt 1996 erhoben, in jenem Jahr hatte sie ein Steueraufkommen von etwa 9 Milliarden DM generiert. Die Vermögensteuer stand als Ländersteuer den Bundesländern zu (Art. 106 Abs. 2 Nr. 1 GG). 1995 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass eine unterschiedliche steuerliche Belastung von Grundbesitz und sonstigem Vermögen mit Vermögensteuer nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) vereinbar sei. In den Beratungen zum Jahressteuergesetz 1997 stellte die damalige Bundesregierung zwar fest, dass es keinen verfassungsrechtlichen Zwang zur Abschaffung der Vermögensteuer gebe, trotzdem wird seither die Vermögensteuer mit Wirkung ab 1997 nicht mehr erhoben, obwohl das Vermögensteuergesetz weiterhin in Kraft ist.«⁶⁴

Erhöhung von Verbrauchssteuern – Geringhaltung von Unternehmenssteuern

Die Mehrwertsteuer ist eine Steuer, die von Arm nach Reich umverteilt, die Steuer auf Konsumgüter trifft die unteren 10 % der Gesellschaft deutlich härter als die oberen 10 %. Weil Menschen selbst in Krisen ihren Konsum nur so weit wie nötig einschränken, müssen Arme einen besonders hohen Teil ihres Einkommens dafür aufwenden. Umso überraschender ist, wie selbstverständlich die Mehrwertsteuer in der politischen Diskussion vergessen wird, wenn es denn um Umverteilung von oben nach unten gehen soll.

⁶⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensteuer>

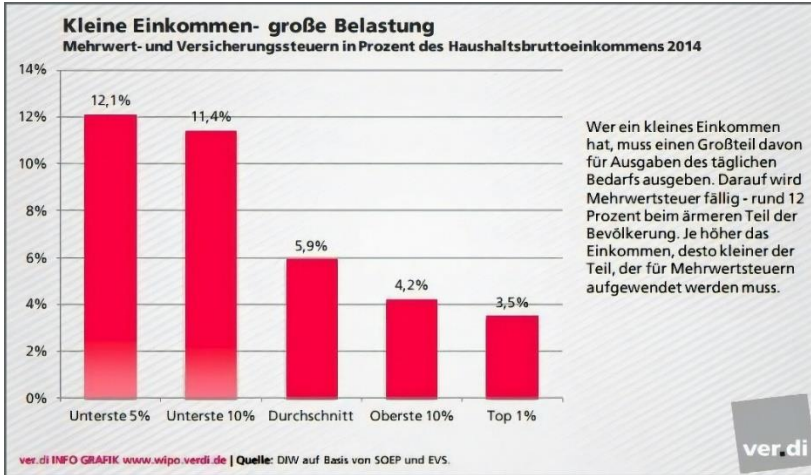


Abb. 11: Kleine Einkommen – große Belastung

Quelle: Verdi Wirtschaftspolitik, Antworten auf Argumente gegen eine gerechte Erbschaftsteuer, <https://wipo.verdi.de/publikationen/argumente/++co++483e5708-6b3b-11e5-b6fb-525400ed87ba>

Das Ziel, Geringverdiener zu entlasten, kann kaum zielgenauer erreicht werden als über eine Senkung der Mehrwertsteuer. So würde man unter dem wirtschaftspolitischen Ziel »allgemeiner Wohlstand« eher eine Absenkung als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erwarten. Doch eine CDU-geführte Regierung neigte mehr zu einer Erhöhung.

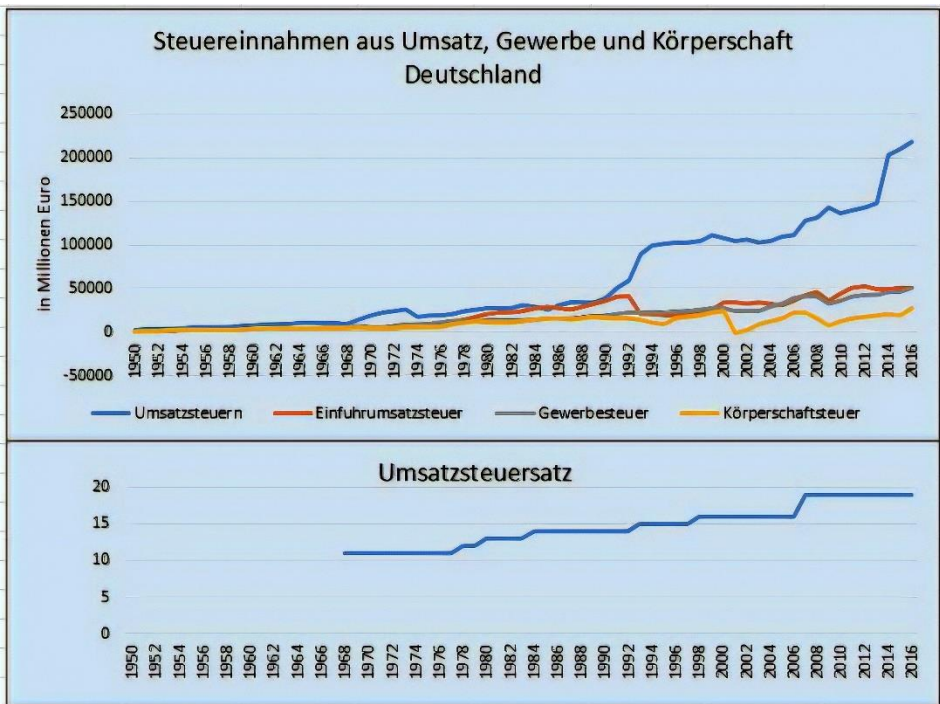


Abb. 12: Steuereinnahmen aus Umsatz, Gewerbe und Körperschaft Deutschland
 Quelle: Eigene Darstellung, BMF – Referat I A 6, Steuereinnahmen nach Steuergruppen, 28.08.2018, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2018-08-28-steuereinnahmen-nach-steuergruppen-2014-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Die Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer) ist zu einer der höchsten Steuereinnahmen geworden und hat damit zu weiterer sozialer Ungleichheit geführt.

Senkung der Unternehmensbesteuerung

Die Körperschaftsteuer (KSt) ist die Steuer auf das Einkommen von inländischen juristischen Personen wie beispielsweise Kapitalgesellschaften (z. B. AG, GmbH), Genossenschaften oder Vereinen. Sie beträgt 15 % des zu versteuernden Einkommens.

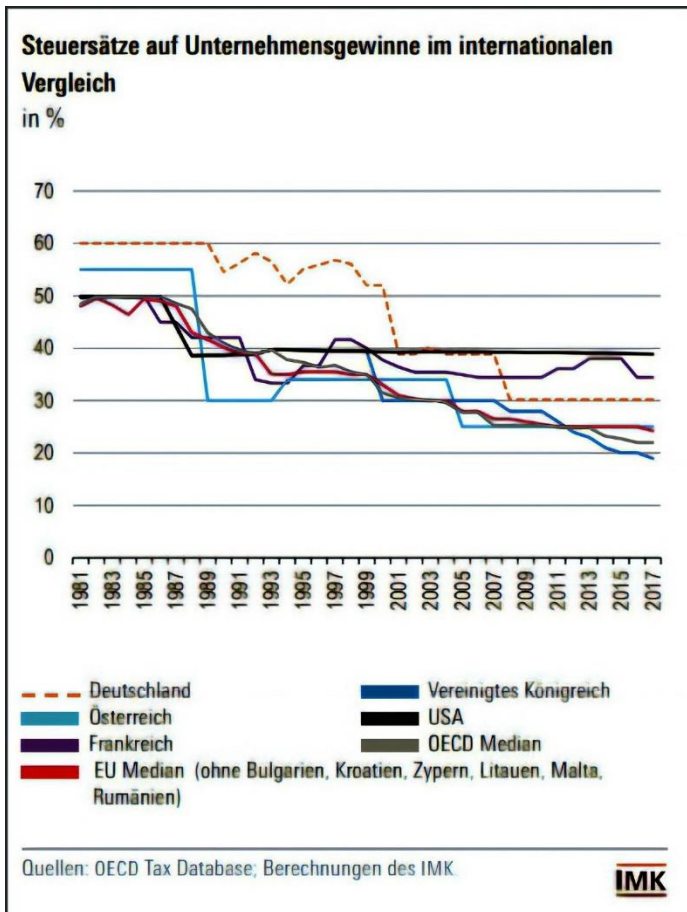


Abb. 13: Steuersätze auf Unternehmensgewinne

Quelle: https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_129_2017.pdf, Abbildung 9

Die Körperschaftsteuer in Deutschland liegt bei 15 %, doch zusätzlich wird die Gewerbesteuer in gleicher Höhe erhoben. Die Unternehmenssteuer in Deutschland für Körperschaften liegt daher bei ca. 30 %. Doch deutlich wird, dass die neoliberale Politik die Steuersätze seit 1982 stetig vermindert hat (noch 1989 lag sie bei 60 %). Am 12.2017 senkte die USA den Unternehmenssteuersatz auf 21 %.

Die Gewerbesteuer fällt nur für alle Gewerbetreibenden an. Freiberufler sind von der Gewerbesteuer ausgenommen.

Die Steuerlast durch die Unternehmenssteuern wurde unter der neoliberalen Politik um die Hälfte gesenkt, in einer Größenordnung von jährlich 70 Milliarden Euro ab 2008. Damit stand noch mehr Geld zur Übernahme öffentlicher Betriebe zur Verfügung.

Erhöhung von Grund- und Grunderwerbssteuern

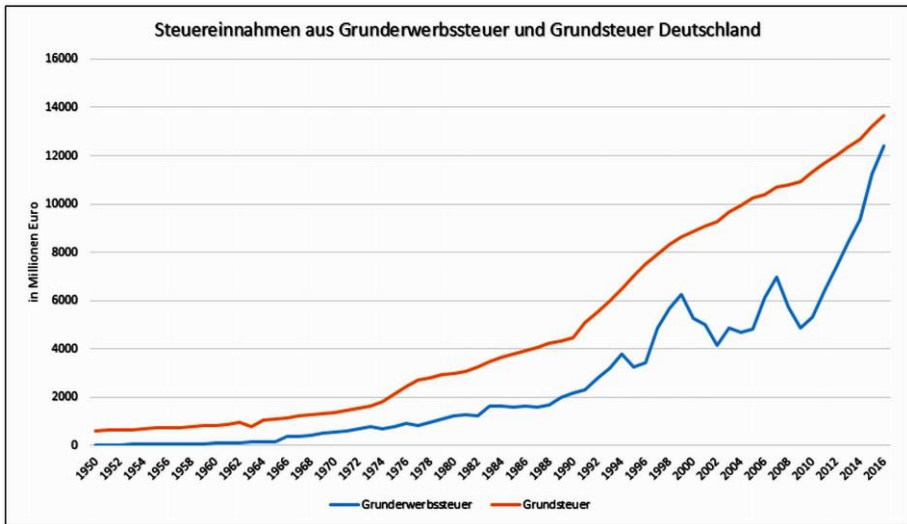


Abb. 14: Steuereinnahmen aus Grunderwerbssteuer und Grundsteuer Deutschland

Quelle: Eigene Darstellung, Quelle: BMF – Referat I A 6, Steuereinnahmen nach Steuergruppen, 28.08.2018, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2018-08-28-steuereinnahmen-nach-steuergruppen-2014-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Die Erhöhung der Grundsteuern muss im engen Zusammenhang zur Einstellung der Vermögenssteuer 1996 gesehen werden. Damit wurden die Reichen um 4,6 Milliarden Euro entlastet und die Lasten auf alle Bürger (Mieter und Eigentümer) verteilt.

Die Grunderwerbssteuer richtet sich nach dem Verkaufswert. Sie ist damit nicht nur eine Einnahmequelle, sondern auch ein Indikator für die Inflation von Grund und Boden. Preiserhöhungen des Grund und Bodens durch erhöhte Geldmarktlizität wirken sich auf die Steigerung der Grunderwerbssteuer aus. Die Zentral-

bankmaßnahmen mit »Quantitative Easing« begannen 2009. Die Grunderwerbssteuer weist mehr als eine Verdoppelung von ca. 5 Milliarden auf 12 Milliarden Euro in 2016 aus.

Verkäufe von baureifem Land in 1.000 m ²			Preise je m ² in Euro		
	Städte mit ... Einwohnern			Städte mit ... Einwohnern	
	200.000 bis 500.000	über 500.000		200.000 bis 500.000	über 500.000
2008	1.742	5.301	2008	139	398
2009	2.267	5.176	2009	130	341
2010	2.364	5.290	2010	155	449
2011	2.256	6.157	2011	151	484
2012	2.392	5.758	2012	150	500
2013	1.908	6.319	2013	191	483
2014	1.999	4.725	2014	210	646
2015	2.109	5.147	2015	216	698

Quelle: www. Bauindustrie.de

Abb. 15: Verkäufe von baureifem Land und Preise

Quelle: Weitz, Heinrich, Serieller Wohnungsbau, Die Deutsche Bauindustrie, https://www.bauindustrie.de/themen/wirtschaft-und-recht/serieller-wohnungsbau_themen/

Die Angaben der Bauindustrie in obiger Tabelle bestätigen diese Annahme. Die Reallöhne sind jedoch gesunken. Für die Besitzer von Wohneigentum war es ein Gewinn, für alle anderen wurde es ein unerfüllbarer Traum. Rund 52 % der Deutschen sind Mieter. Für sie und ihre Kinder haben sich die Chancen verschlechtert. Die Kinder der 48 %, die bereits Eigentum haben, werden dieses erben.

Die nicht persönlich wahrgenommene staatliche Verschuldung in Höhe von ca. 32.000 Euro pro Kopf wird durch QE zu einer sektoralen Inflation, die Ärmere nicht bezahlen können, und führt somit zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Ungleichheit. Niemand macht sich klar, dass diese persönliche Verschuldung darauf zurückzuführen ist, dass der Staat sich das Geld von Reichen geborgt hat, anstatt es in Steuern zu erheben, was er aufgrund seines Machtmonopols jederzeit darf.

Vermeidung bei Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer

Wie bereits ausgeführt, ist Sparen für die meisten Menschen der Grund für das Entstehen von Vermögen. Es ist mit dem Ziel verbunden, das eigene Alter und

die der abhängigen Familienmitglieder zu sichern. Ein steuerlicher Eingriff ist unzulässig, da diese Sparleistung einen Verzicht in den vorangegangenen Jahren voraussetzt. Sie ist außerdem begrüßenswert, weil ohne diese Sparleistung der Staat als Solidargemeinschaft eingreifen müsste. Eine Sonderstellung nimmt das Erbe ein, da es noch immer abhängige Familienmitglieder geben kann. Sind die Familienmitglieder nach dem Tod desjenigen, der die Sparleistung bzw. die Vermögensbildungsleistung erbracht hat, unabhängig und ausgebildet und damit fähig eine Arbeit anzunehmen, ist die Besteuerung des Vermögens in Form von Erbschaftssteuer dringend geboten.

Für einen Teil der Gesellschaft ist jedoch die Kreativität die Ursache der Entstehung von Betriebsvermögen. Kreativität ermöglicht, bestimmte Handlungen vornehmen zu können, um damit Vermögen zu erzielen. Meist setzt das eine gute Ausbildung voraus, die durch die Gesellschaft vorgenommen wird: Schulen, Gymnasien, Universitäten. Die Kosten werden von der Solidargemeinschaft getragen. Wie sieht es mit dem Gewinn für die Solidargemeinschaft aus?

Solange der Gewinn des Unternehmens reinvestiert wird, kommt dieser Gewinn der Solidargemeinschaft zu Gute, indem Arbeitsplätze entstehen. Mit ausgeschütteten Gewinnen entstehen Einkommen, die der Einkommensteuer unterliegen.

Am Ende des Lebens dieses Unternehmers ist die erzeugte und umgesetzte Idee nicht tot, jedoch die Kreativität ist erloschen. Vergleichsweise gilt dann auch das, was für Sparer bezüglich der Versorgung von Abhängigen gegolten hat. Mit dem Tod dieses Unternehmers ist auch hier eine Erbschaftssteuer dringend geboten.

Der Verzicht auf Vermögenssteuern aus Gerechtigkeitsgründen wird damit begründet, dass die Versorgungsansprüche der Politiker und Arbeitnehmer ausgenommen werden, die Altersersparnisse der Selbstständigen aber einbezogen werden. Die Versorgungsansprüche der Politiker und Arbeitnehmer enden mit dem Tod, warum sollten aus Gerechtigkeitsgründen nicht auch die Altersansprüche von Selbstständigen mit dem Tod enden?

Die Erbschaftssteuer scheint damit die Steuer zu sein, die die soziale Ungleichheit in hohem Maße verringern und im Sinne des gesamtwirtschaftlichen Zielsystems den allgemeinen Wohlstand erhöhen könnte.

»Wie viel von den Steuererhöhungen wirklich beim Staat ankommt, ist allerdings schwer zu sagen. Nicht alles lässt sich zweifelsfrei berechnen, zu kompliziert ist die Wechselwirkung mit anderen Steuern, zu unkalkulierbar mögliche Schlupflöcher oder eine Kapitalflucht ins Ausland.«⁶⁵

⁶⁵ (Kwasniewski, 2012)

Anzeigenkampagne ›Die Familienunternehmer‹

Die Vermögensteuer und Vermögensabgabe greift das Rückgrat der deutschen Wirtschaft an, unsere Familienunternehmen. Da kann unser Verband als Interessenvertretung von 180.000 Betrieben nicht tatenlos zusehen. Deshalb haben wir bundesweit in Regionen Anzeigen geschaltet, deren Wirtschaftsstruktur besonders von Familienunternehmen geprägt ist.

Unter Presse & News auf der Webseite finden sich dann die Rubriken:

Pressemitteilungen, Kommentare, Zahlen und Fakten, Publikationen und Sozial Media, die ausführlich über die Beeinflussung der Allgemeinheit und der Politik berichten, und politische Ziele vermittelt werden.«⁶⁶

Wie sehen die Ziele aus, die hier den Politikern vermittelt werden?

››Die Familienunternehmer‹ sind die anerkannte Stimme der deutschen Wirtschaft in der Politik. Insbesondere auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und in der Diskussion um die europäische Währungs- und Staatsschuldenkrise sind wir zu einem wahrgenommenen Teilnehmer am politischen Diskurs geworden. [...]

In der politischen Debatte fallen ›Die Familienunternehmer‹ durch ihren klaren, ordnungspolitischen Standpunkt auf. Um unsere Unternehmen in die nächste Generation zu führen, brauchen wir den weiten Blick. Diesen beweisen wir auch in unserer politischen Linie.«⁶⁷

Konkretisiert werden diese Ziele mit den folgenden Forderungen:

- Die erbschaftssteuerliche Verschonung von Betriebsvermögen;
- Abschaffung der Mindestlöhne (race to the bottom für Löhne);
- Öffnungen zu noch mehr flexibler Beschäftigung (mehr Scheinselbstständige und Teilzeitverträge, noch mehr prekäre Arbeitsverhältnisse);
- Steuerfreiheit für Gewinnausschüttung; da Zinsen für Fremdkapital als Kosten steuerlich abgesetzt werden können, wird hier eine Ungerechtigkeit gesehen;
- Vermeidung der Standardisierung im Sinne einer Körperschaftsteuererhebung;
- Solidaritätszuschlag zügig abschaffen.

Begründet werden die Forderungen der erbschaftssteuerlichen Verschonung mit folgenden Argumenten:

⁶⁶ Vgl. (Familienunternehmer, 2019)

⁶⁷ (Familienunternehmer, 2019)

- Familienunternehmen tragen im besonderen Maße zur Gesellschaft bei und sind daher schützenswert;
- Familienunternehmen haben eine spezielle Finanzierungsart der Kapitalbindung. Es darf keine substanzbesteuernden Elemente für Familienunternehmen geben, da diese zu einer Reduzierung der Aktivitäten oder zu dem Untergang des Unternehmens führen. Diese Betriebe wären gezwungen, Rücklagen für den »Worst Case« zu bilden. Das Erfolgsmodell Familienunternehmen basiert auf den hohen Eigenkapitalquoten, die die Betriebe unabhängig von Banken und dem Kapitalmarkt machen;
- Erhalt von Arbeitsplätzen wird als gewichtiger Gemeinwohlgrund angesehen;
- Familienunternehmen sollten nachhaltig und generationsübergreifend gesichert werden.

Die Bundesrepublik braucht jedoch keinen Lobbyismus dieser Art. Was wir brauchen, ist eine Erbschaftssteuer, die sicherstellt, dass unsere Wirtschaftskultur mit einem krisenresistenten, standortverbundenen Mittelstand nicht durch ein kapitalmarktorientiertes Unternehmertum nach angelsächsischem Modell verdrängt wird. Das wäre auch nicht im Interesse von über 25 Millionen Menschen, die in Familienunternehmen arbeiten.

Das Erbrecht in Deutschland und Anmahnungen des Verfassungsgerichts

Art 14 GG Erbrecht in Deutschland

»(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.«⁶⁸

⁶⁸ [https://de.wikipedia.org/wiki/Eigentum_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Eigentum_(Deutschland))

Grundlegende Zusätze zum Artikel 14 GG

»Grundlegend für das Verständnis des Art. 14 GG sind folgende zwei Punkte: Zum einen die sog. Nassauskiesungsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Zum anderen handelt es sich bei Art. 14 GG um ein normgeprägtes Grundrecht. Das bedeutet: »Eigentum« und »Erbrecht« sind ausfüllungsbedürftige Rechtsbegriffe. Zur Ausfüllung dieser Begriffe ist der Gesetzgeber berufen. Er definiert, was unter »Eigentum« und »Erbrecht« zu verstehen ist. »Eigentum« und »Erbrecht« lassen sich daher ohne Rückgriff auf gesetzliche Bestimmungen nicht beschreiben. So besteht z. B. das »Eigentum« aus dem, was die Rechtsordnung Personen an Gütern und Rechten zuordnet. Hierin liegt ein entscheidender Unterschied zu anderen Freiheitsrechten, bei denen die Leitbegriffe (z. B. »Leben«, »körperliche Unversehrtheit«, »Meinung« oder »Ehe«) sog. vorrechtliche Begriffe darstellen. Als soziale Gebilde können diese Begriffe ohne Rückgriff auf vorhandene gesetzliche Bestimmungen definiert werden.«⁶⁹

»In der sog. Naßauskiesungsentscheidung stellt das Bundesverfassungsgericht zunächst klar, dass das Grundgesetz in Art. 14 GG zwischen drei Formen der Eigentumsbeeinträchtigung differenziert.

Inhalts- und Schrankenbestimmungen, die in abstrakt-genereller Art und Weise den Zuweisungsgehalt des Eigentums, d. h. Rechte und Pflichten des Eigentümers, regeln.

Enteignungsgesetze, die konkret-individuell einem bestimmten Personenkreis das Eigentum entziehen (Legalenteignung).

Ermächtigungsgrundlagen für die Exekutive, konkret-individuell Eigentum zu entziehen, wobei der behördliche Vollzugsakt Gegenstand von primärrechtlichen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten sein kann (Administrativenteignung).«⁷⁰

»In diese Eigentumsrechte besitzt der Staat außer in gesetzlich fixierten Fällen keine Eingriffsmöglichkeiten. An dieser Stelle ist zu betonen, dass z. B. Steuern oder Abgaben keine Verletzung des Artikels 14 GG darstellen. Sie belasten das Vermögen einer Person als Ganzes, stellen aber nicht das Eigentum an einzelnen Vermögensgegenständen in Frage.«⁷¹

⁶⁹ Vgl. (juracademy, kein Datum)

⁷⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Nassauskiesungsbeschluss>

⁷¹ (Einszweidrei)

Bezüglich der Erhebung von Erbschaftssteuern weist Artikel 14 Absatz 1 GG aus, dass diese durch die Gesetze bestimmt werden können und das Eigentum und Erbrecht einschränken. Wiederum aus Artikel 14 Absatz 3 GG ergibt sich, dass eine Besteuerung von 100 % nicht zulässig ist, da sie einer Enteignung entspricht.

In früheren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wurde die Grenze der Steuerquote auf einen maximalen Anteil von 50 % festgelegt.

Der Ablauf einer Vermeidungspolitik

Stand 2003

»Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte auf den Familienunternehmer-Tagen 2013 klar, dass es mit ihr weder eine Vermögensteuer, noch eine Änderung der Erbschaftsteuerregelungen geben wird.«⁷²

Stand Januar 2007

»Die Karlsruher Richter kritisierten nun die Praxis der Wertberechnung: Hier komme es zu großen Ungleichbehandlungen. Die Richter verfügten deshalb, dass der Gesetzgeber bis Ende 2008 eine Neuregelung finden muss, die alle Vermögensarten von Immobilien über Betriebsvermögen bis hin zur Land- und Forstwirtschaft ausnahmslos nach dem aktuellen Verkehrswert bewertet. Erst in einem zweiten Schritt darf der Gesetzgeber dann Erben verschiedener Vermögensarten steuerlich begünstigen, wenn dafür »ausreichende Gemeinwohlgründe« vorliegen.«⁷³

Stand Dezember 2014

»Im Dezember 2014 erklärte das Bundesverfassungsgericht das bisherige Erbschaftsteuerrecht für verfassungswidrig. Grund war die übermäßige Steuervergünstigung beim Vererben oder Verschenken von Betrieben. Bis 2016 muss das Gesetz geändert werden.

Doch die Reform, die Union und SPD nun vorgeschlagen haben, ist faul: Für Firmenerben soll es weiterhin möglich sein, bis zu einem Unternehmenswert von 26

⁷² (Familienunternehmer, 2019)

⁷³ (Bundesverfassungsgericht, 2007)

Millionen Euro von der Erbschaftsteuer verschont zu bleiben. Erst ab diesem Betrag soll es zu einer näheren ›Bedürfnisprüfung‹ kommen.

Zusätzlich hat die Erbschaftsteuer in besonderem Maße einen sozialstaatlichen Steuerungszweck. Auch deshalb ist sie ausdrücklich im Grundgesetz genannt. Noch klarer steht es in der bayerischen Landesverfassung, Artikel 123 ›Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.‹

Sehr deutlich haben das auch drei der Bundesverfassungsrichter in ihrem Minderheitenvotum zum jüngsten Urteil zur Erbschaftsteuer formuliert: ›Die Erbschaftsteuer ist ein Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit, die sich in einer freien Ordnung nicht von selbst herstellt.‹ [...]

Die Erbschaftsteuer dient deshalb nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst. Dass hier auch in Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit eine Herausforderung liegt, zeigt die Entwicklung der tatsächlichen Vermögensverteilung. [...] Die Erbschaftsteuer wirkt der Gefahr entgegen, dass durch eine zunehmende Ungleichverteilung von Mitteln die Chancen auf gesellschaftliche wie politische Teilhabe auseinanderdriften und sich so letztlich Einfluss und Macht zunehmend unabhängig von individueller Leistung verfestigen und an Herkunft gebunden sind.«⁷⁴

»Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist die geltende Erbschaftssteuer in zentralen Punkten verfassungswidrig: Die Art und Weise sowie das Ausmaß der Steuerbefreiung sind nicht mit dem Grundrecht der steuerlichen Belastungsgleichheit zu vereinbaren. [...]

Das derzeitige Steuerrecht ist bis spätestens 30.6.2016 nachzubessern, möglicherweise wird es rückwirkend gelten. Unterm Strich ist – insbesondere im Hinblick auf das Sondervotum von drei der acht Richter des Bundesverfassungsgerichts – zu erkennen, dass es um die Kritik an einem bislang ungerechten System der Vermögensverteilung geht. Denn die Erbschaftssteuer ist ein Instrument des Sozialstaats. Die neuerliche Reform begründet sich durchaus mit einem Rückblick: Vor etwa 20 Jahren hatten noch 18 Prozent der privaten Haushalte in Deutschland über 60 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens, heute besitzen denselben Anteil nur noch 10 Prozent. Ein Ausgleich sich verfestigender Ungleichheiten, so heißt es in der Entscheidung, liegt in der Verantwortung der Politik.«⁷⁵

⁷⁴ (Verdi)

⁷⁵ (Advobaten, 2014)

Stand 2015

Bundeskanzlerin Merkel 2015 auf der Stiftung der Familienunternehmen erklärt, dass sie gegen eine Erbschaftsteuer sei.⁷⁶

Stand Oktober 2016

»Nach einem Vermittlungsverfahren haben Bundestag und Bundesrat dem ›Gesetz zur Anpassung des Erbschafts- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des BVerfG (ErbStRG)‹ am 29. September bzw. 14. Oktober 2016 zugestimmt.«⁷⁷

Bundeskanzlerin Merkel 2016 auf der Stiftung der Familienunternehmen weist darauf hin, dass sie, soweit es ihr möglich sei, eine Erbschaftssteuer verhindern wolle.⁷⁸

»Zum 3. Mal hat das Bundesverfassungsgericht das Erbschaftsteuergesetz für verfassungswidrig erklärt. Die Karlsruher Richter forderten eine Bedürfnisprüfung für die Verschonung großer Familienunternehmen. Zudem mussten Anpassungen bei der Arbeitnehmergrenze für die Lohnsumme und der Verwaltungsvermögensquote vorgenommen und zweckwidrige Gestaltungen ausgeschlossen werden.«⁷⁹

Warum sind die Widerstände gegen eine Erbschaftssteuer so gewaltig? Hier herrscht immer die Annahme vor, Betriebsvermögen müsste liquidiert werden, um die Steuern zu bezahlen. Diese Ansicht ist falsch. Das Betriebsvermögen kann erhalten bleiben, nur wechselt es zum Teil den Besitzer und damit erhalten die neuen Besitzer Teilhabe am Betriebsvermögen.

⁷⁶ Tag des deutschen Familienunternehmens: Rede von Angela Merkel am 12.06.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=IHmdwlvTAVQ>

⁷⁷ (Familienunternehmer, 2019)

⁷⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=6TILJ0hvr8g>

⁷⁹ (Rödl & Partner, 2016)

Akzeptanz von Steueroasen

Europas Steueroasen – das geheime Vermögen

Das Merkwürdigste am Leben in einer Steueroase ist, dass man sich an das Lügen gewöhnen muss. Sie müssen abstreiten, dass Sie Steuervermeidern und Zwangsräumern helfen, obwohl Sie es tun. Sie behaupten, gut reguliert zu sein, aber vergessen zu fragen, wo die an Ihrem Standort registrierten Unternehmen tatsächlich handeln, also wissen Sie nicht, ob das wirklich stimmt. Skandale wie die Panama Papers passieren, aber Sie schlagen immer vor, dass sie nur »ein paar faule Äpfel« an anderen Orten einbeziehen. Am allermeisten müssen sie sich erinnern zu sagen, dass Sie nicht in einem Steuerparadies leben. Sie können behaupten, »offshore« zu sein; Sie bevorzugen es, »ein internationales Finanzzentrum« genannt zu werden. Das Beste von allem ist die Behauptung, dass Sie »steuerlich neutral« sind (was bedeutet: »Wir berechnen keine Steuern, aber wollen es nicht zugeben«). Aber nichts ist um die Wahrheit herum, dass die Steueroasen wirklich dazu beitragen, die Steuersysteme der Welt zu missbrauchen und dabei eine Herausforderung für den marktbasierten Kapitalismus und sogar für die Demokratie selbst darstellen.⁸⁰

Die schlimmsten Steueroasen sind eng mit der EU verflochten

Geschätzte 21 bis 32 Billionen US-Dollar an privatem finanziellem Vermögen befinden sich steuerfrei oder leicht besteuert in geheimen Gerichtsbarkeiten auf der ganzen Welt.

⁸⁰ Vgl. (Murphy, 2017)

Die schlimmsten Steueroasen	
1 Bermuda	EU / UK1 - London
2 Cayman Islands	EU / UK1 - London
3 Netherlands	EU
4 Switzerland	EU / CH
5 Singapore	ehem. UK
6 Ireland	EU
7 Luxembourg	EU
8 Curaçao	ehem. NL
9 Hong Kong	ehem. UK
10 Cyprus	EU
11 Bahamas	EU / UK2 - London
12 Jersey	EU / UK0 - London
13 Barbados	EU / UK3 - London
14 Mauritius	ehem. UK
15 British Virgin Islands	EU/ UK1 - London
EU/CH = Bilateralen II 2005 (plus Schengen/Dublin)	
UK0 = Eigentümer engl. Königin	
UK1 = Overseas Territories (OTs) und Crown Dependencies (CDs), in denen die Königin das Staatsoberhaupt ist; Befugnisse zur Ernennung wichtiger Regierungsbeamter ruhen bei der britischen Krone; Gesetze	
UK3 = souveräner Mitgliedsstaat des Commonwealth of Nations und mit der britischen Krone in Personalunion verbunden.	

Abb. 16: Die schlimmsten Steueroasen 2017

Quelle: Eigene Darstellung, tax justice network, financial secrecy index, <https://www.financialsecrecyindex.com/>

Die vollständige Liste der 122 Steueroasen finden Sie unter der gleichen Quelle. Es fällt auf, dass die schlimmsten Steueroasen direkt oder indirekt mit der EU verbunden sind. Einen enormen Einfluss hat der Finanzplatz London, da er unmittelbar mit den UK-Steueroasen in 14 britischen Überseegebieten und 3 Inseln der Krone verbunden ist.

»Die 14 britischen Überseegebiete und die drei crown dependencies (persönliches Eigentum der Queen) Jersey, Guernsey und Isle of Man sind nicht Teil des Vereinigten Königreichs und damit auch nicht der EU. Aber sie sind britisches Hoheitsgebiet. Die britische Regierung hat daher das letzte Wort auf den Inseln,

auch wenn sie sich gern mit dem Verweis auf die lokale Selbstverwaltung aus der Affäre zieht.«⁸¹

Jersey hat zu jeder Zeit mehr als 350 Milliarden Pfund an Fondsvermögen. Das sind annähernd 3,5 Millionen Pfund pro Person auf der Insel. Außer, dass das Geld sich nicht vor Ort befindet: Es gehört Menschen, die nicht in Jersey leben und die Insel einfach benutzen, um Steuern zu vermeiden. Und das Geld ist nicht einmal da: Es ist wirklich in London, entweder auf Bankguthaben oder in die Börse investiert. Die Behauptung, dass das Geld in Jersey steckt, ist ein Spiel des Glaubens: eine Scharade, die es den Menschen ermöglicht, ihre Steuerverantwortung an die demokratisch gewählten Regierungen zu übergeben, von denen sie zweifellos eine ganze Reihe von Dienstleistungen verlangen. Die Schätzungen sind unterschiedlich, aber die jüngste vom Tax Justice Network ergibt, dass 21 Trillionen USD [ca. 19 Billionen Euro] von Vermögenswerten fiktiv Offshore gehalten werden können.

Die wichtigsten Steueroasen der 14 britischen Überseegebieten sind: Anguilla, Bermuda, britische Jungferninseln, Montserrat, Turks und Caicos-Inseln und Kaiman-Inseln.

»Die Niederlande, das wird oft unterschätzt, sind eine der wichtigsten Finanzdrehscheiben der Welt. Laut einer Studie der US-Nichtregierungsorganisation Citizens for Tax Justice haben fast die Hälfte der 500 umsatzstärksten Unternehmen Finanzholdings in dem kleinen Nordsee-Land. Demnach erwirtschafteten die niederländischen Töchter von US-Konzernen allein 2010 Gewinne von 127 Milliarden Dollar – deutlich mehr als die 55 Milliarden in Luxemburg. Was sicher nicht am Absatzmarkt liegt: Mit den gerade einmal 16 Millionen Niederländern sind solche Traumprofite nicht zu erklären.«⁸²

»96 Prozent aller Konten in Steueroasen werden von Stiftungen oder Firmen verwaltet, die wiederum einer Firma gehören, die in einer anderen Steueroase registriert ist.« In diesem weltweiten Geflecht sei es häufig ein Ding der Unmöglichkeit, den wahren Eigentümer einer Firma ausfindig zu machen, sagt Murphy. [...]

Mit dem Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) hat die US-Regierung ein wirksames Drohinstrument geschaffen, um Geldinstitute und Regierungen weltweit dazu zu bringen, die ausländischen Kapitalerträge amerikanischer Bürger nach Washington zu übermitteln. Dieses Gesetz bildet nun das Modell für die Überarbeitung der EU-Zinsrichtlinie.«⁸³

⁸¹ (Volkery, 2013)

⁸² (Hansen, 2014)

⁸³ (Volkery, 2013)

Die Big-Four-Wirtschaftsprüfer als ein integraler Bestandteil der Steuerflucht

»Die Big Four sind PricewaterhouseCoopers, Deloitte, EY und KPMG. Sie sind Wirtschaftsprüfer sowie Unternehmens- und Steuerberater. Jede dieser Firmen ist in ca. 150 Ländern dieser Erde aktiv. Zusammen kommen sie sogar auf über 180 Staaten. Da diese Firmen sehr hohe Gebühren für ihre Dienstleistungen verlangen – dies spiegelt sich auch in den sehr hohen Durchschnittsgehältern ihrer Partner (der Anwälte in der Leitungsebene, denen die Einzelfirmen gehören) wider –, speist sich ihr Kundenkreis hauptsächlich aus sehr großen Konzernen und sehr reichen Individuen.

Die Luxemburg Leaks stützen sich ausnahmslos auf interne Dokumente der Big Four. In Ihrer Studie beschreiben Sie eine starke Präsenz all dieser Firmen in Steueroasen. Wie genau machen sie sich denn Steueroasen zunutze, um ihren Kunden zu helfen?

Die Big Four arbeiten mit Steueroasen auf unterschiedliche Weise zusammen. Zunächst einmal haben wir konkrete Belege dafür, dass sie die Steueroasen selber bei der Ausarbeitung von Gesetzen im Unternehmens-, Stiftungs- und Steuerrecht beraten, mithilfe derer dann Steuerflucht stattfinden kann. Dabei tragen sie, zweitens, das Wissen über die neuesten Tricks von einer Steueroase zur nächsten und sind daher eine treibende Kraft hinter der Abwärtsspirale bei Steuern und Regulierung. Drittens betreiben sie umfangreiches Lobbying im Sinne von Steueroasen. Im Gegensatz dazu bekämpfen sie, viertens, Vorschläge für mehr Transparenz – wie z. B. eine öffentliche länderspezifische Berichterstattung [...] von Konzernen –, die Licht ins Dunkel der Steueroasen brächten. Zuletzt verbessert ihre starke Präsenz dort ungerechtfertigterweise den Ruf vieler Schattenfinanzplätze. Selbst wenn die Big Four dort nichts direkt Illegales tun, ist es absurd anzunehmen, dass dort keinerlei illegale Aktivität stattfände. Die Firmen tun all dies aus drei Gründen. Der erste ist, dass Schattenfinanzplätze Verschwiegenheit und Anonymität für die Geschäfte der Kunden der Big Four bieten. In einer Marktwirtschaft läuft dies jeglichem Wettbewerbsgedanken zuwider. Durch ihre Unterstützung dieses Systems sind die Big Four selber zu einer der größten Gefahren des globalen Kapitalismus geworden, der aufgrund steigender Vermögenskonzentration und Ausbeutung an Akzeptanz verliert. Der zweite Grund ist, ihren Kunden insbesondere durch Steuertricks bei der ungehinderten Vermehrung von Vermögen zu helfen. Dadurch wird nicht nur der Wettbewerb zwischen Firmen verzerrt, sondern auch global massiv die Ungleichheit erhöht. Diese Ungleichheit steigt auch insbesondere dadurch über die Zeit immer stärker, da ge-

wisse Stiftungen und sogenannte Trusts die Besteuerung von Erbschaften verhindern. Als dritten Grund sehen wir, dass sie den großen Konzernen die Möglichkeit einer international anerkannten Wirtschaftsprüfung in Steueroasen anbieten oder sogar aktiv bei dem Umleiten von Profiten unterstützen, wie in den Luxemburg Leaks gesehen. Wenn die Big Four als Dienstleister nicht in Steueroasen wären, könnten multinationale Konzerne dort viel schwerer mit Tochterfirmen aktiv sein. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Big Four ein integraler Bestandteil der Steuerflucht sind.«⁸⁴

Die Cayman Islands hatten 2011 234 Banken für 52.000 Menschen (Großbritannien hatte 370). Inzwischen hatten die Bahamas, die Cayman Islands, Jersey, Guernsey, Bermuda und Aruba alle eine Filiale der vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften – wie auch die British Virgin Islands, obwohl sie nur 28.000 Einwohner zählten.

Das Bankensystem für diese Steueroasen in London

In einer Dokumentation von Arte am 12.12.2017 wurde über die HSBC berichtet. Siehe hierzu das YouTube-Video⁸⁵.

Die HSBC Holdings plc, gegründet in Hong Kong, hat ihren Sitz in London seit April 2003. Es ist die siebtgrößte Bank nach Gesamtvermögen und die größte in Europa.

HSBC hat rund 4.000 Büros in 70 Ländern und Territorien in Afrika, Asien, Ozeanien, Europa, Nordamerika und Südamerika und rund 37 Millionen Kunden. Ab 2014 war es nach einer zusammengesetzten Maßnahme des Forbes-Magazins die sechstgrößte Aktiengesellschaft der Welt.

HSBC ist in vier Geschäftsbereiche unterteilt: Commercial Banking; Global Banking und Märkte (Investment Banking); Retail Banking und Vermögensverwaltung; und globales Private Banking.

Im Jahr 2005 beschuldigte Bloomberg Markets HSBC Geldwäsche für Drogenhändler und staatliche Sponsoren des Terrorismus.

Im Februar 2015 veröffentlichte das Internationale Konsortium für investigative Journalisten Informationen über das Geschäftsgebaren von HSBC unter dem Titel Swiss Leaks auf der Grundlage der 2007 gehackten HSBC-Kontoaufzeichnungen

⁸⁴ (de Masi)

⁸⁵ https://www.youtube.com/watch?v=UyUmAp7i_MU&t=2s

von Whistleblower Hervé Falciani. Die ICIJ behauptet, dass die Bank von Geschäften mit korrupten Politikern, Diktatoren, Steuerhinterziehern, Händlern von Blutdiamanten, Waffenhändlern und anderen Kunden profitiert habe.

Peter Osborne, Finanzminister von UK und politischer Hauptkommentator bei The Daily Telegraph trat von der Zeitung zurück; in einem offenen Brief behauptete er, die Zeitung habe negative Geschichten unterdrückt und die Ermittlungen gegen HSBC wegen der Werbung der Bank eingestellt. (Außerdem setzte er sich für die Einstellung der Verfahren in Amerika gegen HSBC ein. Gleichfalls gewährte er der Bank einen Steuernachlass, weil diese drohte den Bankenplatz London zu verlassen.)

Im Jahr 2016 wurde HSBC von mexikanischen Familien verklagt, die von organisierten Bandenkriminellen wegen der Verarbeitung von Geldmitteln (>Geldwäsche<) für das Sinaloa-Kartell betroffen waren.

Am 20. März 2017 berichtete die britische Zeitung The Guardian, dass Hunderte von Banken dazu beigetragen hatten, KGB-bezogene Gelder aus Russland zu waschen, was durch eine Untersuchung namens Global Laundromat aufgedeckt wurde. HSBC wurde unter den 17 Banken in Großbritannien aufgeführt, die >Fragen über das, was sie über das internationale System wussten, und warum sie verdächtige Geldtransfers nicht ablehnten<, wie HSBC 545,3 Millionen Dollar in Bargeld verarbeitet, meist durch seine Hong Kong Zweigstelle geroutet habe.<

In Vorbereitung auf den Brexit gab die HSBC bekannt, dass sie mit 300 Millionen US-Dollar an Rechtskosten und Umzugskosten konfrontiert sein wird, da sie plant, 1.000 Mitarbeiter von London nach Paris zu verlagern. Im zweiten Quartal 2017 hatte die Bank 4 Millionen US-Dollar für >Kosten im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU<. HSBC plant, rund ein Fünftel seiner in London ansässigen Investmentbanker in ihre Pariser Büros zu verlegen, um einen kontinuierlichen Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union zu gewährleisten. Das Hauptquartier wird in London bleiben.⁸⁶

London ist nicht zufällig der Sitz von HSBC. Es benutzt die 17 Steueroasen von UK und der Queen intensiv.

Bisher sind Versuche, die Aktivitäten der UK-Steueroasen einzuschränken, immer an der Blockade vom UK gescheitert. Jede Bank hätte ihre Lizenz verloren und die Verantwortlichen wären vor Gericht gestellt worden, doch jedes Mal kam es zu geringen Strafzahlungen. Diese Bank steht somit über dem Gesetz.

Welche Gegenleistungen gibt es?

⁸⁶ Vgl. <https://en.wikipedia.org/wiki/HSBC>

Im Global Shadow Banking Monitoring Report 2017 werden die Ergebnisse der jährlichen Überwachung des FSB (Financial Stability Board) vorgestellt, um globale Trends und Risiken aus dem Schattenbankensystem zu bewerten. Die Überwachung 2017 umfasst Daten bis Ende 2016 aus 29 Ländern, einschließlich Luxemburgs zum ersten Mal, die zusammen über 80 % des weltweiten BIP ausmachen.

In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse einer aktivitätsbasierten Bewertung der »wirtschaftlichen Funktion« erörtert, bei der die Behörden den Schwerpunkt auf diejenigen Teile des Nichtbanken-Finanzsektors beschränken, in denen finanzielle Stabilitätsrisiken durch Schattenbankgeschäfte entstehen können. Es stellt fest, dass:

Die aktivitätsbezogene, enge Kennzahl des Schattenbankwesens stieg 2016 um 7,6 % auf 45,2 Billionen US-Dollar in den 29 Ländern.

Kollektive Anlageinstrumente mit Merkmalen, die sie lauffähig machen können (z. B. offene Rentenfonds, Credit Hedge Funds und Geldmarktfonds) machen 72 % der engen Kennzahl aus und sind 2016 um 11 % und danach um rund 13 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre gewachsen.⁸⁷

Akzeptanz von globalen Monopolen wie Apple

Ein wesentliches Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft war die Verhinderung von Monopolen. Effizienzbedingte Monopolstellungen sollen durch ein unabhängiges Kartellamt verhindert werden. Allerdings waren diese nur auf nationaler Ebene etabliert. Auf globaler Ebene gab es sie nicht.

Aus den Nachrichten der EU im Jahr 2017 über verschiedene global handelnde Unternehmen, wie Fiat, Starbucks, Google, Amazon, Apple usw., fällt besonders Apple auf.

Globalisierung wurde immer als Erfolgsgeschichte gesehen, da sie beiden Ländern, zwischen denen ein Geschäft zustande kam, einen Gewinn versprach. Wie dieser Gewinn für die hochpreisigen Länder in Westeuropa im Falle Apple aussieht, soll hier beschrieben werden.

Apple-Produkte werden in Asien gefertigt, aber weltweit verkauft. Die Technologie ist eine westliche, intelligente und führende. Im Verwaltungssitz von Apple in Dublin (Irland, Euro-Land) arbeiten ca. 5.000 Personen. Weltweit werden ca. 116.000 Mitarbeiter beschäftigt, in Deutschland 2000. Weltweit beträgt der Umsatz 192,3 Milliarden Euro, in Deutschland 492 Millionen. Weltweit werden ca. 14

⁸⁷ Vgl. (FSB, 2018)

Milliarden Steuern gezahlt, in Deutschland 25 Millionen.⁸⁸ Der Körperschaftssteuerersatz für Gewinne des Unternehmens in Irland beträgt 12,5 %.

»Die Gesellschaft erzielte 2011 einen Gewinn in Höhe von 16 Milliarden Euro, versteuerte aber laut EU-Kommission bloß Einnahmen von 50 Millionen Euro. Der effektive Steuersatz soll bei 0,05 Prozent gelegen sein, bis 2014 sank er gar auf 0,005 Prozent. Um den Spotttarif zu erreichen, setzte Apple auf einen Unterschied zwischen dem irischen und dem US-amerikanischen Steuerrecht. In Irland galt bis 2013, dass registrierte Unternehmen ihre Gewinne nur versteuern müssen, wenn die Konzernleitung im Land ihren Sitz hatte. Das war nicht der Fall. ASI übertrug seine Gewinne auf eine andere irische Gesellschaft (>head office<), die auf der Insel keine Beschäftigten und keine Büroräume hatte. Im US-Steuerrecht wurde diese Gesellschaft ebenfalls nicht erfasst, denn dort gilt, dass eine Gesellschaft im Inland registriert sein muss. ASI hat nirgendwo auf der Welt einen Sitz.«⁸⁹

Dies wurde durch die irische Regierung geduldet, da sie glaubte, mit dem Sitz von Apple genug gewonnen zu haben. Die Nachforderung von Steuern wurde von Irland abgewiesen. Am Beispiel des Umsatzes von Apple in Europa kann studiert werden, wie eine Globalisierung dieser Art funktioniert.

Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017 betrug der Umsatz in Europa ca. 50 Milliarden USD pro Jahr. Diese Summen mussten durch Löhne in der Produktion von anderen Bereichen aufgebracht werden. Es gab keinerlei Produktion in Europa und Arbeitsplätze nur mit der Verwaltung in Irland.

Apple-Umsatz in Europa in Milliarden USD					
2012	2013	2014	2015	2016	2017
39,51	40,98	44,29	50,33	49,95	ca. 64

Abb. 17: Apple-Umsatz in Europa in Milliarden USD (2012-2017)

Quelle: Eigene Darstellung, <https://de.wikipedia.org/wiki/Apple>

Schätzt man den Anteil der Lohnkosten auf 50 % für eine durchschnittliche europäische Produktion, so dürfte der jährliche Lohnkostenanteil bei ca. 25 Milliarden USD (ca. 22 Milliarden Euro) liegen. Wenn ein angenommener jährlicher Bruttolohn 36.000 Euro entspräche, wären das ca. 600.000 europäische Arbeits-

⁸⁸ (Bernau, 2017)

⁸⁹ (Szigetvari, 2016)

plätze, die durch die Verlagerung verloren gegangen sind. Der Gewinn an Arbeitsplätzen wäre noch weit größer, da durch den Multiplikator-Effekt eine zusätzliche Nachfrage entstünde und weitere Arbeitsplätze geschaffen würden. Es sieht erst einmal so aus, als ob Globalisierung schädlich wäre. Doch dieser Anschein trügt. Aus der Verlagerung der Produktion in Niedrigpreisländer entsteht ein enormer Gewinn für die Firma Apple. Wenn also die Hochpreisländer die Verlagerung der Produktion hinnehmen, wo bleibt dann der Gewinn, den die Hochpreisländer haben sollten, damit sie die Globalisierung als Erfolg ansehen können?

Von dem riesigen Gewinn werden ein paar Arbeitsplätze bezahlt und eine geringfügige Steuerzahlung fällt ausschließlich in Irland an. Der Gewinn geht nahezu in voller Höhe an die Anleger bzw. Anteilseigner. Diese sind weltweit verstreut und suchen den besten Sitz für niedrige Steuerzahlungen. Im besten Fall werden keine Steuern gezahlt, weil Hochsteuerländer gemieden werden. Eine Harmonisierung der Steuern ist bisher immer wieder gescheitert. Selbst Irland, Mitglied der EU, möchte nicht einmal seinen normalen Steuersatz erheben, um den Apple-Betrieb nicht zu verlieren. Warum ist das so? Die Vermögenden dieser Welt haben weiterhin die Möglichkeit Reichtum anzuhäufen, ohne dass es dafür eine Begrenzung gibt.

»Die Paradise Papers zeigen, wie zielstrebig – und bisweilen dreist – Konzerne genau das Recht aussuchen wollen, das ihren Geschäften nicht im Wege steht. Und wie leicht Steueroasen es den Unternehmen machen, die wenigen rechtlichen Vorschriften zu erfüllen. Im Gespräch sind gleich mehrere Standorte, die nicht für ihre IT-Fachkräfte berühmt sind, sondern für ihre Steuergesetze: die Britischen Jungferninseln, die Kaimaninseln, die Isle of Man, die Kanalinseln Guernsey und Jersey. Apples Irland-Struktur führte dazu, dass am Ende gar kein Finanzamt mehr für nach Irland verschobenes Geld zuständig war. Kein Staat, keine Steuern.

2015 führte Appleby laut den Paradise Papers zwei irische Apple-Firmen als ansässig auf Jersey (persönliches Eigentum der engl. Queen). Der Steuersatz für die Unternehmen beträgt auf Jersey null Prozent.«⁹⁰

»Weil es an Transparenz fehlt, sind exakte Zahlen zur Steuervermeidung rar. Dafür haben wir nur die durch Skandale offengelegten Fallbeispiele. Wissenschaftliche Schätzungen gehen noch recht weit auseinander. Oft wird für die EU eine Obergrenze von 1 Billion Euro (also 1.000 Milliarden Euro) jährlich genannt.

⁹⁰ (Brinkman & Kampf, 2017)

Dies umfasst neben legaler Steuervermeidung auch die illegale Steuerhinterziehung von Privatpersonen sowie die sogenannte Schattenwirtschaft (Murphy 2012). Eine konservative Schätzung allein der legalen Steuervermeidung durch Konzerne geht von 70 bis 200 Milliarden Euro jährlich in der EU aus (Dover et al. 2015). Dies entspricht mehr als dem jährlichen Haushalt der EU. Die Ausfälle durch verschachtelte Briefkastenfirmen von Superreichen, wie in den Panama Papers aufgedeckt, belaufen sich nach Schätzungen auf 100 bis 240 Milliarden Euro jährlich in der EU (Blomeyer et al. 2017). Hinsichtlich der insgesamt in Steueroasen versteckten Vermögen von Unternehmen und Privatleuten gehen Experten des Netzwerks Steuergerechtigkeit von weltweit 20 bis 30 Billionen Euro aus, andere Forscher von ca. 7,6 Billionen Euro (Henry 2012, Zucman 2015).⁹¹

Das Grundkapital von Apple betrug 40.201 Millionen USD (2018) und der damit erzielte Gewinn 59.531 Millionen USD nach Steuern. Auf das Grundkapital bezogen betrug somit der Gewinn nach Steuern 148 %. Was sagt uns das? Entweder wurden die Beschäftigten sehr schlecht bezahlt oder/und die Käufer dieser Produkte zahlten weit überhöhte Preise. Alles Kennzeichen eines Monopols, für das es auf globaler Ebene keine ordnungspolitischen Maßnahmen gibt.

Das große Problem der Nationalstaaten besteht darin, dass durch den Kauf der Produkte viel Geld aus dem Land fließt und somit für Investitionen nicht zur Verfügung steht. Auch über Steuern kommt nichts herein und, noch schlimmer, die durch die langfristige Grundlagenforschung geschaffenen technologischen Vorsprünge auf der Basis von allgemeinen Steuerzahlungen werden in diesem Fall (Apple) an die Chinesen weitergegeben.

⁹¹ (de Masi)

ZWEITES KAPITEL

Die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik ab 1982

Staatsverschuldung

Keine ausgeglichenen öffentlichen Haushalte

Bis Anfang der 70er Jahre gab es eine strenge Verpflichtung zur Einhaltung eines ausgeglichenen Haushaltes. Aus der Historie war bekannt, dass Politiker gerne Geld ausgeben, um wiedergewählt zu werden (Wahlgeschenke). Doch mit der Einführung der Keynesianischen Theorie (»deficit spending«), wonach der Staat in Krisenzeiten Ausgaben vornimmt, um die von den Privaten vorgenommene Zurückhaltung zu überwinden und dann in Boomzeiten diese Ausgaben zurückzuführen, funktionierte nicht.

Eine Rückführung der Investitionsausgaben in wirtschaftlichen Aufschwungszeiten gab es nie. Das größte Problem entstand jedoch über die Finanzierung dieser Investitionsausgaben. Sie wurden geliehen, anstatt Steuern zu erheben.

Die Maastricht-Abgrenzung erlaubt ein Defizit in Höhe von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Seit 2012 wird diese Grenze unterschritten. Die Unterschreitung dieses Ziels war nur durch QE (Zinssenkung und Schuldenübernahme) der Zentralbank (EZB) möglich. Mittelfristiges Ziel ist indes -0,5 %. Jedoch erst bis Ende 2019 ist mit einer kontinuierlichen Rückführung der Maastricht-Schuldenstandsquote auf unter 60 % des BIP zu rechnen. Zudem belastet die jährliche Zinslast von ca. 20 Milliarden Euro den Haushalt enorm.



Abb. 18: Gesamtstaat: Schuldenstand und Finanzierungssaldo 2003 bis 2017

Quelle: Deutsche Bundesbank, 4.2018, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/724596/3f48b7be00f9574cc930717eb5dda090/mL/2018-04-maastricht-data.pdf>

Ein Beispiel für die Umverteilung von Vermögen von unten nach oben ist die Verschuldung der Bundesrepublik (neben allen anderen Staaten). Die Regierung hat die Steuerhoheit und kann jederzeit im Parlament eine höhere Steuer durchsetzen. Sie entschloss sich jedoch, für die außer Frage stehende Notwendigkeit, Konjunkturprogramme aufzulegen, Geld von den Vermögenden zu leihen und ihnen dafür Zinsen zu zahlen, anstatt die Steuern für Vermögende anzuheben. Die Steuerlast für die Zinsen wurde von den Normalverdienern bezahlt und nur zu einem sehr geringen Teil von den Vermögenden. Die Verschuldung wuchs dadurch in Deutschland auf einen Betrag von 2,2 Billionen Euro. Damit war jeder Bürger im Durchschnitt, auch wenn er gerade erst geboren wurde, mit 27.500 Euro belastet. Die für diese 2,2 Billionen Euro gezahlten Zinsen liegen bei der Annahme eines Zinses von 1 % (erst seit Einführung von QE der EZB, vorher viel höher) bei 22 Milliarden Euro jährlich. Es fließen also jährlich mindestens 22 Milliarden Euro in eine Sparleistung und aus einem Arbeitsbereich heraus, da die Steuerzahlungen und Zinszahlungen überwiegend von der arbeitenden Bevölkerung erbracht werden. Die Zinslast, die die Steuerlast erhöht, zerquetscht die

mittleren und unteren Schichten der Gesellschaft und steht im engen Zusammenhang mit der Austeritätspolitik. Es stellt sich die Frage, inwieweit die gezahlten Zinsen an die Privaten für Reinvestitionen verwendet werden.

Stellen Sie sich einfach vor, sie gingen zu einer Bank, um einen Kredit zu erhalten, mit dem Sie die Tilgung und die Zinszahlungen für Ihren Hauskredit bezahlen wollen, weil Sie die diese nicht aus Ihrem Einkommen bezahlen können. Würden Sie diesen Kredit bekommen? Die neoliberale Politik ist jahrzehntelang mit ihren Schulden so verfahren.

Verschuldung zur Schaffung von Arbeitsplätzen bis 1982

Mit Beginn der steigenden Arbeitslosigkeit 1973 entschloss sich die Regierung ein Konzept von Keynes anzuwenden, welches als Nachfragepolitik bezeichnet wurde.

»Keynes forderte [...] eine aktive Rolle des Staates, der [seiner] Auffassung nach in den wirtschaftlichen Prozess eingreifen muss, wenn die Selbstheilungskräfte des Marktes versagen. Keynes empfahl dafür in einer anhaltenden Rezession mit Massenarbeitslosigkeit eine expansive Fiskalpolitik mit zusätzlichen Staatsausgaben, die durch zusätzliche Kreditaufnahme des Staates zu finanzieren sind, um auf diese Weise Investition, Einkommen, Konsum und gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern.«⁹²

»Mittels der Fiskalpolitik können im Fall einer Rezession die öffentlichen Ausgaben (z. B. öffentliche Investitionen) erhöht und/oder die öffentlichen Einnahmen (z. B. Steuern) gesenkt werden, um damit die Kaufkraft im privaten Sektor zu stärken. Infolgedessen wird ein negatives Budgetsaldo der öffentlichen Haushalte bewirkt, um die Gesamtnachfrage anzukurbeln (deficit spending) und in einer Konjunkturschwankung einen Budgetüberschuss zu erwirtschaften, um einer Überbeanspruchung des Produktionspotenzials entgegenzuwirken. Diese antizyklische Entwicklung des Budgetsaldos ergibt sich aufgrund der Ausgestaltung des deutschen Steuersystems, weil das Steueraufkommen in den Rezessionsphasen zurückgeht, während sich die meisten Staatsausgaben (z. B. Arbeitslosengeld) in der Rezession erhöhen. Somit hat der öffentliche Haushalt eine automatisch stabilisierende Wirkung auf die Konjunktur (automatische Stabilisierung). Voraussetzung für eine stabilisierende Wirkung des öffentlichen Budgets ist, dass in den Aufschwungphasen genügend Steuermittel stillgelegt wurden, damit diese in der

⁹² <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/keynesianismus.html>

Rezession für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können. Der Staat betreibt dann Fiskalpolitik, wenn er fiskalpolitische Instrumente im Rahmen der Konjunkturpolitik einsetzt.«⁹³

Verschuldung ab 1982 unter der neoliberalen Politik

Nach dem Regierungswechsel unter Helmut Kohl wurde in Deutschland stärker eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt.⁹⁴ Diese Politik ging davon aus, dass wirtschaftliches Wachstum vor allem durch bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen entsteht. Deshalb wurden Maßnahmen wie Steuersenkungen für Unternehmen, der Abbau von staatlichen Regulierungen und eine Begrenzung der Staatsausgaben angestrebt. Ziel war es, Investitionen zu fördern, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und dadurch mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Trotz dieser Ziele stieg die Staatsverschuldung in den folgenden Jahren weiter an. Ein wichtiger Grund dafür waren weiterhin hohe staatliche Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich. Außerdem wirkten sich wirtschaftliche Schwankungen auf die Staatseinnahmen aus.

Die steigende Staatsverschuldung hatte mehrere Folgen:

- Zum einen musste der Staat immer mehr Geld für Zinszahlungen auf seine Schulden aufbringen. Dadurch standen weniger Mittel für andere wichtige Aufgaben wie Infrastruktur, Bildung oder Investitionen zur Verfügung.
- Die Zahlung dieser Zinsen erleichterten die private Übernahme rentierlicher staatlicher Unternehmen, schwächten den Staat und erhöhten für Normalbürger die Steuerzahlungen, da die fehlenden Einnahmen aus staatlichen Unternehmen und sinkenden Unternehmenssteuern ausgeglichen werden mussten.
- Der Ausfall der staatlichen Investitionen beförderte die seit Mitte der 70er Jahre bestehende Deindustrialisierung mit Verlust von Arbeitsplätzen, Erhöhung der Sozialleistungen und Arbeitslohnsenkungen.

⁹³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Konjunkturpolitik>

⁹⁴ Kritische Metapher zur Wirtschaftspolitik als Pferd-Spatz-Theorie oder auch Trickle-down economics bezeichnet. Wenn man ein Pferd (die Reichen) gut füttert, lassen diese ihre Pferdeäpfel fallen und das ist genug für die Spatzen (die Armen). Das bedeutet der Reichtum für Wohlhabende soll indirekt auch den Ärmeren zugutekommen.

- Zum anderen schränkte die hohe Verschuldung den finanziellen Handlungsspielraum des Staates ein, da zukünftige Haushalte stärker belastet wurden.



Abb. 19: Entwicklung der Staatsverschuldung Deutschlands 1950 bis 2025
 Quelle: gold.de, <https://www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/>

Das eigentliche Problem war nicht die Verschuldung, sondern die Zinsen, die auf diese Kredite gezahlt werden mussten. Die Staatsverschuldung stieg auf über 2 Billionen Euro an. Die gezahlten Zinsen machten noch einmal rund 1 Billion Euro aus. Während die staatlichen Investitionsprogramme längst verpufft waren.

Verschiedene Institute warnten bereits Ende der 70er Jahre, dass die Zinsen die Kreditaufnahme übersteigen könnten. Somit wurden nur noch Kredite aufgenommen, um die Zinsen zu bezahlen. So stiegen die Zinsausgaben im Zeitraum von 2000 bis 2008 auf nahezu jährlich 40 Milliarden Euro. Im Jahre 2007 erkannte auch die Regierung, dass es Änderungen bedurfte. Die Forderung an die Zentral-

bank, die Zinsen zu senken, wurde abgelehnt. Schließlich entschloss sich die Regierung zur Einführung einer Schuldenbremse. Trotz steigender Arbeitslosigkeit gab es keine Mittel für zusätzliche Investitionsprogramme.

In der Regierungserklärung⁹⁵ von Helmut Kohl 1982, bei der Einführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik, betonte er zunächst die schwere Wirtschaftskrise, die sich in der hohen Arbeitslosigkeit, der Staatsverschuldung und dem ausbleibenden Wirtschaftswachstum zeige. Zudem sprach er von einer geistig-moralischen Krise der Angst, Wirklichkeitsflucht und Ratlosigkeit.

Doch die Realität sieht so aus:

1982 gab es 1,8 Millionen Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote betrug 6,7 %. Zudem waren die Arbeitslosen mit einer Arbeitslosenversicherung abgesichert. Die Verschuldung betrug 313.733 Milliarden Euro. Die Zinslast lag 1980 bei 7,1 Milliarden Euro und war immer noch kleiner als die für die Investitionen aufgenommenen Mittel.

Ab 1982 stieg im neu definierten schlanken Staat die Zahl der Arbeitslosen auf 4,9 Millionen und die Arbeitslosenquote auf 11,7 %. Bis 2018 reduzierten sich die Arbeitslosen auf 2,3 Millionen und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 5,2 %. Doch wer einen Job hat, kann nicht immer davon leben. Die Verschuldung stieg auf einen Höchststand mit 2.068.289 Milliarden Euro in 2013. Nur dank der Aufkäufe der Schulden durch die Zentralbank sinkt der Schuldenstand wieder. Die Zinszahlungen überstiegen die aufgenommenen Mittel für Investitionen.

Zinsentwicklung der Staatsschulden Deutschlands 1969 bis 2015																	
	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	27,6	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0	3,7	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	2,7	-11,8	-2,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,3	9,0

Abb. 20: Zinsentwicklung der Staatsschulden Deutschlands von 1969 bis 2015

Quelle: Eigene Darstellung, <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2014/09/Inhalte/Kapitel-5-Statistiken/5-1-08-gesamtuebersicht-entwicklung-bundshaushalt.html#Start>, Tab. 8

Das Konzept, durch zusätzliche Kreditaufnahme Konjunkturprogramme zu finanzieren, anstatt Steuern von denen zu erheben, die diese Mittel zur Verfügung

⁹⁵ (Presse-und-Informationsamt-der-Bundesregierung, 1982)

stellten, erwies sich mit der Zinszahlung als eine der größten Vermögensumverteilungen von unten nach oben und verschärfte die soziale Ungleichheit.

Es stellt sich die Frage, hätte es den Vermögenden einen Schaden zugefügt, wenn sie statt der heutigen geschätzten Werte von 13 Billionen Euro Vermögen, 3 Billionen Euro (Staatsschulden plus Zinsen) weniger zur Verfügung hätten?

Unbestreitbar ist jedoch, dass es diese Konjunkturprogramme geben musste, andernfalls wäre die Arbeitslosigkeit höher ausgefallen. Unbestreitbar ist auch, dass auch einige dieser Programme versagten. Ein krasses Beispiel für ein schlechtes Programm war die Subventionierung von Sonnenkollektoren, bei der auch die Sonnenkollektoren aus China gefördert wurden und die deutsche Sonnenkollektoren-Industrie als eine Zukunftstechnologie Konkurs anmelden musste. Italien dagegen machte das anders. Es förderte nur die einheimische Produktion.

Tabelle 2: Kreditaufnahme und Schuldentilgung des Bundes (ohne Sondervermögen) im Zeitraum 2003 bis 2007 in Mrd Euro

	Jahr				
	2003	2004	2005	2006	2007
negativer Finanzierungssaldo des Bundeshaushalts	39,2	39,8	31,4	28,2	14,7
Münzgewinn	0,6	0,3	0,2	0,3	0,4
Nettokreditaufnahme	38,6	39,5	31,2	27,9	14,3
Bruttokreditbedarf	228,0	227,1	224,0	225,4	222,1
sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung (z. B. Bundesbankmehrgewinn, Länderbeiträge nach ARG, Spenden)	2,1	0,1	0,1	0,1	0,8
haushalterische Umbuchungen	-4,8	-2,8	0,1	-1,7	7,6
Tilgungen	186,9	184,6	193,0	196,0	216,2

© Bundesministerium der Finanzen

Abb. 21: Kreditaufnahme des Bundes und Schuldentilgung 2003 bis 2007

Quelle: BMF, Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2007, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt_2/Kreditaufnahmebericht_2007.pdf?__blob=publicationFile&v=3, Seite 14

Verlagerung des Staatsvermögens in privates Vermögen

Das Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Deutschland betrug im Jahr 2017 rund 15.373 Milliarden Euro. Werden vom Gesamtvermögen die Verbindlichkeiten abgezogen, erhält man ein Reinvermögen von 13.628 Milliarden Euro inklusive

Gebrauchsvermögen in Höhe von rund 1.074 Milliarden Euro, siehe Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland.

Um 2016 war das Bruttovermögen des Staates mit 2.000 Milliarden nur wenig größer als die Schulden und daher betrug das Nettovermögen nur noch 576 Milliarden.⁹⁶ Dem Nettovermögen des privaten Sektors in Höhe von 13.650 Milliarden steht das Nettovermögen des Staates mit 576 Milliarden gegenüber. Das Nettovermögen des Staates liegt somit bei ca. 4 % des gesamten Nettovermögens.

Wie soll der Staat reagieren, wenn der private Sektor in einer Krise seine Investitionen einstellt und wie üblich staatliche Investitionen fordert?

Die privaten Unternehmen sollten alles besser machen, so wurde es uns versprochen: die Preise senken, die Dienstleistungen verbessern, effizienter arbeiten. Doch was ist wirklich passiert?

Die Gewinne fallen nun bei privaten Unternehmen an und erscheinen nicht mehr im Staatshaushalt. Folglich müssen alle Steuerzahler die fehlenden Mittel aufbringen. Die Versorgung richtet sich nun einzig und allein danach, ob es einen Gewinn gibt oder nicht. Wohngebiete mit wenigen Menschen werden nicht versorgt. Doch aus der Sicht der Regierung wäre es wünschenswert, wenn sich in strukturarmen Ländern Firmen ansiedeln würden, denn auch dort werden Arbeitsplätze benötigt. Aber welche Firma lässt sich dort nieder, wenn es nicht einmal Internet gibt.

Private Geldschwemme – Hortung in Billionen Euro

Sieht man sich nun die Auswirkungen von QE (Quantitative Easing) der EZB an, dann fällt auf, dass es bei einer Geldmengenausweitung von bis zu 2,28 Billionen Euro in der EU und weltweit von ca. 10 Billionen Euro keine Inflation und keine über den normalen Rahmen gehende Arbeitsnachfrage gab. Dies steht im Widerspruch zur Geldmengentheorie (erfolgreich angewendet von der Deutschen Bundesbank bis zur Einführung des Euros), die besagt, dass mit einer Geldmengenausweitung die Inflationsrate steigt. Der Ankauf der Staatsanleihen erfolgt über die Geschäftsbanken. Das führt zu Bargeld bei den Geschäftsbanken oder Sichtguthaben bei der Zentralbank. Der Leitzins im Euroraum, der Schlüsselsatz für die Versorgung der Geschäftsbanken, liegt bei 0,0 %. Auf diesem Rekordtief liegt der Leitzins bereits seit März 2016. Parken Finanzinstitute überschüssiges Geld

⁹⁶

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Vermoegensrechnung/VermoegensbilanzenPDF_5816103.pdf?__blob=publicationFile

bei der EZB, müssen sie dafür unverändert Strafzinsen zahlen: Der sogenannte Einlagensatz liegt bei minus 0,4 %.

Die Rolle der Zinsen für die Staatsschuld

Es fällt auf, dass Schulden von Staaten wie Deutschland niemals zurückgezahlt werden, sondern ständig neue dazukommen. Somit wird dauerhaft ein Zinseszins generiert, der seit dem ersten aufgenommenen Kredit getilgt werden muss. Dies führt automatisch zu einer Handlungsunfähigkeit der Regierung und schließlich in einen Staatsbankrott. Daher haben sich alle Zentralbanken zu einem Weg entschlossen, der dieses Problem der Staatsverschuldung löst, damit jedoch neue Probleme schafft.

Quantitative Easing (QE) der Zentralbanken

Mit dem Übergang der Zentralbankfunktionen von der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich die Zentralbankpolitik geändert. Die Geldmengensteuerung gibt es nicht mehr. Das Inflationsziel von 2 % besteht weiter. Mit dem QE (Quantitative Easing) hat die EZB sich dem politischen Willen der EU-Staaten gebeugt, die Zinsen zu senken, die zu einer bedrohenden Last aller weltweit staatlichen Haushalte geworden waren.

Die Zinssenkung wurde mit dem Rückkauf von Bundesobligationen von Geschäftsbanken und anderen Finanzinstitutionen verbunden. Durch die Nachfrage steigen die Preise und senken damit die Rendite, während sich gleichzeitig die Geldmenge in Form von Bargeld oder Sichtguthaben erhöht.

Begründet wurde diese Maßnahme von der EZB wie folgt unter Punkt 1 und 2. Die weiteren wesentlich wichtigeren Aspekte dieser Maßnahme unter Punkt 3 und 4 wurden nicht erwähnt:

- Eine Zinssenkung vorzunehmen, um die Investitionen anzukurbeln und die Inflation zu erhöhen, da eine Deflation drohe;
- Entschuldung der Staaten, durch eine eigentlich verbotene Staatsfinanzierung und
- die Auswirkung auf eine Inflation anderer Vermögenswerte durch die Umschichtung aus den geldnahen Vermögenswerten in Bargeld und Sichtguthaben.

Zinssenkung – zu Punkt 1:

Die Zinsen liegen nun bei nahezu null. Die Zinssenkung hat nachweislich zu einer konjunkturellen Anregung geführt. Verbunden ist damit aber auch ein großes Risiko. Zusätzliche Gewinne der Unternehmen sind nur möglich, wenn die Kosten der Fremdfinanzierung geringer sind als die Rendite aus dem Eigenkapital. Wenn die zukünftigen Zinsen über die Eigenkapitalrendite steigen, geraten die Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten. Je niedriger der Zins ist, desto mehr wird es für Unternehmen lohnend, zu investieren, auch wenn die Rendite sehr klein ist. Eine sehr wahrscheinliche Zinserhöhung treibt viele Unternehmen in den Ruin.

Inflation der Vermögenswerte – zu Punkt 2:

»Die Euro-Wächter kündigten [...] an, ihr bislang auf 1,74 Billionen Euro angelegtes Anleihen-Kaufprogramm zur Stützung der Konjunktur um neun Monate bis mindestens Ende Dezember 2017 zu verlängern.

Damit kommen weitere Geldsalven in Höhe von 540 Milliarden Euro hinzu. Das Gesamtprogramm schwillt damit auf gigantische 2,28 Billionen Euro an. [...]

Der Italiener [Dragi] hatte wiederholt betont, die Euro-Notenbank werde die sehr erhebliche geldpolitische Konjunkturlilfe bewahren, die zur Erreichung ihres Inflationsziels nötig sei. Die EZB strebt knapp zwei Prozent Teuerung als Idealniveau für die Wirtschaft an. Doch davon ist sie immer noch weit entfernt: Im November waren die Verbraucherpreise lediglich um 0,6 Prozent angezogen in zwischen verfehlen die Euro-Wächter ihr Inflationsziel bereits seit Frühjahr 2013. Ihre hausinternen Volkswirte rechnen erst 2019 mit einem Wert von 1,7 Prozent, also näher an der angepeilten Marke.«⁹⁷

Sieht man nun auf das erklärte Ziel der EZB, die Inflationsrate zu erhöhen, so muss man feststellen, dass es wohl nicht funktioniert hat. Aber warum hat es nicht funktioniert? Die EZB hat ca. 2 Billionen Euro unter das »Volk« gebracht, die rund 14 % des BIPs der EU ausmacht. Jeder, der etwas von Wirtschaft versteht, hätte bei einem BIP der Euro-Länder von 14,48 Billionen Euro (Vgl. Statista 2016) mit einer sehr hohen Inflation rechnen müssen. Denn den entsprechend hergestellten Waren hätten 2 Billionen Euro mehr gegenübergestanden.

Das lässt jedoch nur einen Schluss zu. Das Geld ist nicht in die Hände derer gelangt, die es gebraucht hätten. Es befand sich in Händen, die keinen Konsum- und keinen Investitionsbedarf hatten, sondern nur an Vermögensanlagen interessiert waren. Bestätigt wird diese Vermutung durch die Inflationen von Vermögensgütern, wie Immobilien und Aktien.

⁹⁷ (Handelsblatt, Draghi will bis Dezember 2017 Anleihen kaufen, 2016)

Nehmen wir hypothetisch an, diese 2 Billionen Euro wären als Konjunkturprogramm in die Wirtschaft eingeflossen, z. B. als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in der Bauindustrie nach dem Muster der 70er Jahre.

Nehmen wir weiterhin an, der Multiplikator-Effekt wäre 5.

Während der Blockade von Berlin durch die Sowjetunion und die Versorgung der Berliner durch die Luftbrücke erhielt jeder Berliner als »Zitterprämie«, dafür, dass er Berlin nicht verließ, 100 DM. Der Multiplikator-Effekt aus dieser Aktion betrug ca. 10.

So würde aus den 2 Billionen insgesamt ein Konjunkturprogramm in der Größenordnung von 10 Billionen Euro im Euro-Wirtschaftsraum und entspreche damit fast dem BIP der EU. Auch das hätte neben einem Konjunkturboom eine hohe Inflation ausgelöst. Das Argument der Inflationserhöhung ist das scheinheiligste der EZB. Es würde reichen, wenn die Regierung den Gewerkschaften empfiehlt, höhere Löhne zu fordern. Diese würden sich nicht zweimal darum bitten lassen. Was die Preise steigen lässt, sind die Ausgabenentscheidungen der Menschen, die Geld haben.

Entschuldung des Staates – zu Punkt 3:

Man muss nun noch Folgendes wissen. Eigentümer der Zentralbanken sind die Staaten der jeweiligen Zentralbank. Die Gewinne der Zentralbanken werden an die Staaten abgeführt (eventuelle Verluste natürlich auch). Deutschland ist mit den anderen Euroländern der Eigentümer der EZB. Jede geleistete Zahlung eines Staates für die nun von der Zentralbank gehaltenen Papiere in Form von Rückzahlung oder von Zinsen erhöht den Gewinn der Zentralbank. Dieser wird schließlich an die Staaten ausgeschüttet und reduziert die Verschuldung, sofern nicht neue Schulden gemacht werden. Im Prinzip könnte die Zentralbank die Papiere in die Mülltonne werfen. Es käme auf das Gleiche hinaus. Das erklärt auch, warum alle bei dieser Lösung Stillschweigen wahren, da der wahre Grund für QE in der Senkung der Staatsverschuldung besteht.

Abgesehen davon, dass eine zunehmende Verschuldung die Existenz des Staates bedroht und in einem Konkurs enden kann (z. B. Argentinien 2001), haben sich die Mitgliedstaaten der EU am 7. Februar 1992 durch den Vertrag von Maastricht gegenseitig erstmals zu den EU-Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien genannt) verpflichtet. Bezüglich der Finanzlage der öffentlichen Hand darf nach Art. 126 AEU-Vertrag:

- der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIPs betragen und
- das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 % des BIPs betragen.⁹⁸

⁹⁸ Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenzkriterien>

Diese Werte werden aber von fast allen Ländern der EU überschritten, wobei Deutschland in der Überschreitung dieser Kriterien federführend war.

Geldschwemme und Vermögensinflation – zu Punkt 4:

Der Ankauf der Staatspapiere im großen Stil sorgt für einen Leerkauf des Marktes für Geldvermögensanlagen (Sparanlagen). Die Verkäufer dieser Papiere müssen sich nun nach anderen Vermögensanlagen umschauen, da nicht mehr genügend Staatspapiere zur Verfügung stehen.

Man kann diese Maßnahme auch als konzertierte Aktion begreifen, denn es betrifft die wichtigsten Zentralbanken.

Um das Jahr 2000 begann die Bank of Japan (BoJ) mit dem Ankauf von Staatspapieren. 2011 hatte die BoJ Staatspapiere für 66 Milliarden USD angekauft, die sie noch einmal um 10 % erhöhte. Danach kaufte sie jedes Jahr für ca. 100 Milliarden USD Staatspapiere an. Somit geschätzt in 2017 ca. 500 Milliarden USD. Die amerikanische Zentralbank (FED) begann 2008 mit dem Programm und steigerte es bis 2017 auf 5 Billionen USD. Auch die englische Bank (BoE) begann 2008 und bis 2012 stieg die Verschuldung von UK auf 375 Milliarden GBP an, die sich bis 2016 auf insgesamt 435 Milliarden GBP erhöhte. Die EZB begann 2009 und das Ziel ist auf 2,28 Billionen Euro festgesetzt. Die schwedische Nationalbank kündigte 2016 ein QE von 1,2 Milliarden USD an.⁹⁹

Daneben gibt es noch weitere Länder, die sich mit QE beschäftigen, z. B. die Schweiz und Australien.

Insgesamt lässt sich die zur Verfügung gestellte Geldmenge auf ca. 7,8 Billionen USD (6,1 Billionen Euro) schätzen.

Die Folgen der Geldschwemme sind gravierend

Die Unternehmen investieren trotz dieser Geldschwemme nicht genug, sodass die Effekte auf einen wirtschaftlichen Aufschwung gering bleiben. Bezüglich der Arbeitslosigkeit kann der Staat nicht gegensteuern, da ihm die Mittel fehlen.

Waren 1980 die meisten globalen Investitionen durch Ersparnisse der privaten Haushalte finanziert worden, so machen die Ersparnisse der Unternehmen heute fast zwei Drittel jedes investierten Dollars aus. Der Anstieg der Unternehmensersparnisse war auch auf globaler Ebene allgegenwärtig und wurde in allen zehn größten Volkswirtschaften beobachtet. Angesichts der Tatsache, dass die weltweiten Unternehmensinvestitionen im Verhältnis zum BIP seit 1980 relativ stabil

⁹⁹ Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Quantitative_easing

sind, hat sich der Unternehmenssektor vom Nettokreditnehmer zum Nettokreditgeber für den Rest der Wirtschaft entwickelt. Die Verbesserung der Nettokreditposition des Unternehmenssektors war auf verschiedene Anpassungsspielräume zurückzuführen, darunter Schuldenabbau, Kumulierung von Barmitteln und Aktienrückkäufe.¹⁰⁰

»Der Traum vom eigenen Häuschen bleibt immer häufiger genau das: ein unerfüllbarer Traum. Die Preise für Wohneigentum steigen in Deutschland in rasantem Tempo, fast 25 Prozent mehr als noch 2014 haben Käufer im vergangenen Jahr (2015) für Immobilien ausgegeben. Für rund eine Million verkaufter Häuser und Gebäude zahlten die neuen Eigentümer insgesamt knapp 240 Milliarden Euro. Das zeigt der aktuelle Immobilienmarktbericht der amtlichen Gutachterausschüsse, die den Markt in verschiedenen Regionen Deutschlands beobachten.

Mit den erneut gestiegenen Preisen setzt sich der Trend der vergangenen Jahre unvermindert fort. Seit 2009 legten die Ausgaben für Immobilien jährlich um neun Prozent zu.«¹⁰¹

Dies bedeutet, bei all denen, die ein Haus oder eine Wohnung kaufen wollen, sind ihre Reallöhne stark gefallen. Bei denen, die bereits ein Haus haben, hat das Vermögen zugenommen. QE trägt also zu einer Verstärkung der sozialen Vermögensungleichheit bei. Für Mieter verstärkt sich die Einkommensungleichheit, da ihre Reallöhne gefallen und die der Vermieter gestiegen sind.

Private Umschichtung in andere Vermögenswerte – Vermögensinflation

Das Quantitative Easing (QE) der Zentralbanken begann in Japan (Start mit 1,3 Billionen USD, plus 730 Milliarden jedes Jahr) im Jahre 2001, die USA (ca. 4 Billionen USD) und das UK (435 Milliarden Pfund) folgten 2009. Die EZB begann 2009 und verstärkte die Ankäufe 2015 (2,2 Billionen Euro). Weitere Staaten folgten.

Die weltweite Reduzierung eines Vermögenswertes (Staatsanleihen) steht einer weltweit wachsenden Geldmenge gegenüber. Die Hinwendung zu alternativen

¹⁰⁰ Vgl. (Karabarbounis & Neiman, 2017)

¹⁰¹ (Ludwig, 2017)

Sparanlagen, wie Immobilien und Aktien, führte und führt zu Preiserhöhungen in diesen Sektoren.

In den Ballungsgebieten stiegen die Mieten bis zum Zweifachen. Teilweise weit darüber hinaus.

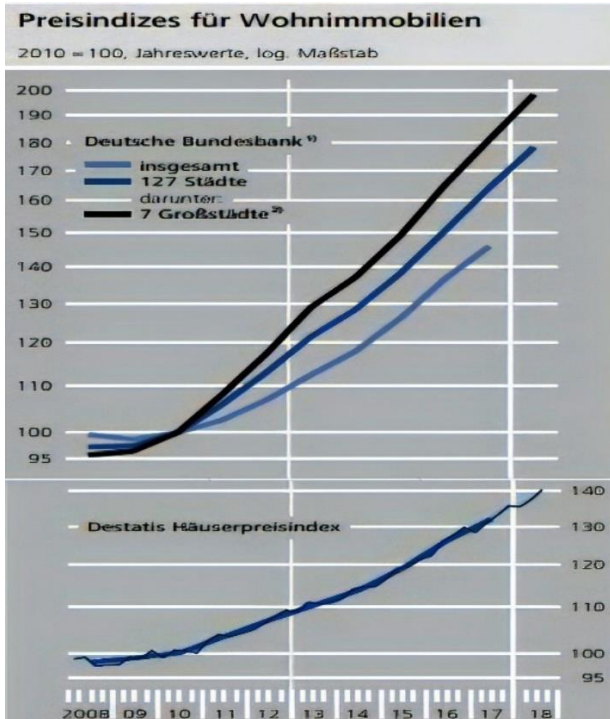


Abb. 22: Preisindizes für Wohnimmobilien

Quelle: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/776748/a30abdb736b27e3121f16d41e4928980/mL/2019-02-monatsbericht-data.pdf>

Gleichermaßen hat sich der Dax von 2008 bis 2017 von rund 4000 auf ca. 12500 um das Dreifache erhöht. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass Käufer nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus den USA und dem UK DAX-Werte kauften. Verbunden war damit eine Renditesenkung, und diese im Einklang mit der Zinssenkung der Zentralbanken dürfte einen Einfluss auf die Investitionstätigkeit gehabt haben.

»Der US-Zentralbankchef Ben Bernanke erklärte das weltweit niedrige Zinsniveau mit den damit verbundenen steigenden Vermögenspreisen, etwa zuletzt auf dem Immobilienmarkt, mit einem Überangebot an Ersparnissen (>saving glut< oder Sparschwemme).«¹⁰²

Fehlende staatliche finanzielle Mittel für Investitionen

Neben der Privatisierung wurde der größte Fehler beim »deficit spending« gemacht. Der Staat ging zuerst davon aus, dass es gute Zeiten gäbe, in denen die aufgenommenen Kredite zurückgezahlt werden könnten. Doch die Arbeitslosigkeit (durch Globalisierung, Automatisierung und Konzentration) nahm so rasant zu, dass es dazu nie kam. Die Zinszahlungen waren schließlich so hoch, dass jede neue Kreditaufnahme für Investitionen nur dazu diente, die Zinszahlungen zu befriedigen.

Investitionen und Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in Milliarden Euro					
Jahr	2012	2013	2014	2015	2016
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	20	21	29	28	25
Zinsausgaben	69	66	57	51	47
Investitionen	88	87	86	83	86
Mögliche Investitionen ohne Verschuldung	177	174	172	162	158

Abb. 23: Investitionen und Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 2012 bis 2016 in Milliarden Euro

Quelle: Eigene Darstellung, Statistisches Bundesamt, Öffentliche Finanzen auf einen Blick 2017, https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Publikationen/Querschnitt/finanzen-auf-einen-blick-0140012179004.pdf?__blob=publication-file&v=4

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören zum öffentlichen Gesamthaushalt die sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen,

¹⁰² <https://de.wikipedia.org/wiki/Dotcom-Blase>

zu denen beispielsweise Ver- und Entsorgungsunternehmen im kommunalen Bereich oder Verkehrsunternehmen wie die Deutsche Bahn. Die Investitionen weichen daher von den Kernhaushalten ab.

Die Summe aus den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, den bereits vorgenommenen Investitionen und den Zinsausgaben lässt durchaus gute Möglichkeiten für Investitionen ohne Verschuldung erkennen.

Doch unter diesem Verschuldungsproblem leidet der Staat noch heute und damit verbieten sich kreditfinanzierte staatliche Investitionsprogramme.

Gleichzeitig wurden staatliche Betriebe privatisiert. Aber auch die Mittel aus der Privatisierung reichten nicht aus, die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Wie die späteren Beispiele zeigen, investieren die in private Hände gelangten Unternehmen nicht so viel, wie es der Staat getan hatte. Zusätzlich verschwanden damit die Gewinne aus staatlichen Unternehmen für weitere Staatsaufgaben.

Arbeitsplatzverluste durch verringerte Investitionstätigkeit

Spareinlagen werden in der Regel verliehen und ermöglichen damit eine Kreditnachfrage von Unternehmen, die Arbeitsplätze durch Aufbau von neuen Produktionsstätten schaffen. Alles deutet darauf hin, dass das reichliche Kapital für produktive Zwecke im privaten Sektor nicht effizient genutzt wurde. Die langjährige begrenzte Kreditnachfrage spiegelt nicht nur die tatsächliche rasche Alterung und die rückläufige Bevölkerung wider, sondern auch die Aussichten für die schrumpfenden Güter- und Dienstleistungsmärkte.

In einem interessanten Aufsatz zeigen Loukas Karabarounis und Brent Neiman für den Rückgang des Arbeitsanteils als Ursache Unternehmenseinsparungen auf:

Waren 1980 die meisten globalen Investitionen durch Ersparnisse der privaten Haushalte finanziert worden, entfallen heute fast zwei Drittel jedes investierten Dollars auf Ersparnisse von Unternehmen. Wir messen Unternehmensersparnisse als nicht verteilte Unternehmensgewinne, die zusammen mit Haushalts- und Regierungsparsnissen dem nationalen Ersparnis entsprechen. Wir verwenden eine Kombination aus aggregierten Daten und Daten auf Unternehmensebene, um zu belegen, dass der Rückgang des globalen Arbeitsanteils zu einer Steigerung der Buchgewinne geführt hat. Da die Dividenden nicht mit dem Gewinn Schritt hielten, erhöhten sich die Einsparungen der Unternehmen.

Der Anstieg der Unternehmensersparnisse war auch auf globaler Ebene allgegenwärtig und wurde in allen zehn größten Volkswirtschaften beobachtet. Angesichts

der Tatsache, dass die weltweiten Unternehmensinvestitionen im Verhältnis zum BIP seit 1980 relativ stabil sind, hat sich der Unternehmenssektor vom Nettokreditnehmer zum Nettokreditgeber für den Rest der Wirtschaft entwickelt. Die Verbesserung der Nettokreditposition des Unternehmenssektors war auf verschiedene Anpassungsspielräume zurückzuführen, darunter Schuldenabbau, Kumulierung von Barmitteln und Aktienrückkäufe.¹⁰³

Nicht nur der Staat, sondern auch die Privatwirtschaft zögert mit Investitionen.

»Von 1999 bis 2012 war diese Investitionsquote in Deutschland um rund vier Prozentpunkte niedriger als im Durchschnitt aller 35 Mitgliedsstaaten der OECD. Die Zahlen sind für ein Industrieland, das technologisch Spitze sein will, besorgniserregend. »Wir haben ausgerechnet, dass Deutschland knapp 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung mehr investieren müsste, um seinen Rückstand aufzuholen«, sagt der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher. »Das entspricht und 100 Milliarden Euro jährlich, die der Staat und vor allem Unternehmen aufbringen müssten.«¹⁰⁴

Deutschland hat in den Jahren von 2003 bis 2015 jeweils um die 2 % des BIP investiert. Dies wird verständlich bei den Aktionen der Bundesregierung der letzten 50 Jahre, die in der Historie weiter unten genauer beschrieben sind.

Die Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors schwankten in den Jahren von 2003 bis 2015 zwischen 17 und 18 %. Eine Zunahme der Investitionstätigkeit war bei den aus den Rückkäufen von Staatsanleihen durch die Zentralbanken (QE) zur Verfügung gestellten Mitteln kaum erkennbar.

¹⁰³ Vgl. (Karabarbounis & Neiman, 2017)

¹⁰⁴ (Hoffmann, 2016)

Abbildung 8: Nettoanlageinvestitionen des Staates
1991 – 2013

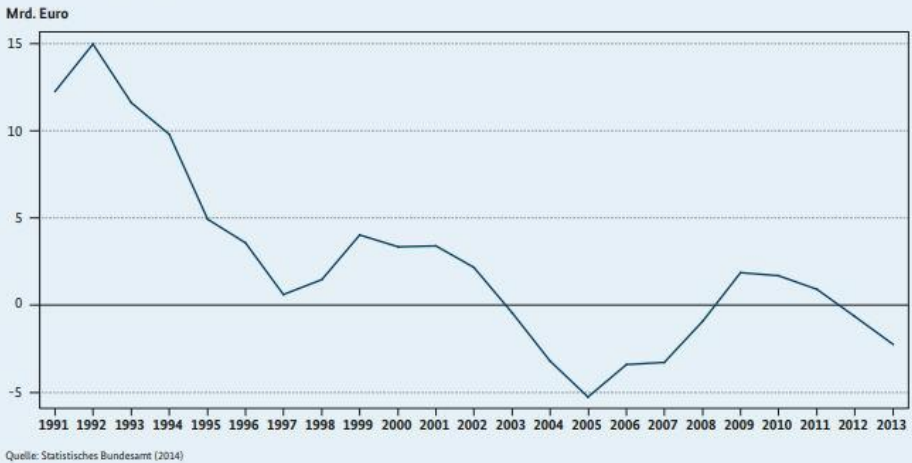


Abb. 24: Nettoanlageinvestitionen des Staates 1991 bis 2013

Quelle: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/11-2014-investitionsschwaechen.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D3

Die obige Abbildung weist die Abnahme der Nettoinvestitionen aus. Diese ergeben sich aus den Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen (Abnutzung, Werteverfall). Der Rückzug des Staates wird meist damit begründet, dass bestimmte wichtige Firmen privatisiert wurden, wie Bundesbahn, Telekom und Post. Das ist sicher richtig, doch die Investitionen dieser Firmen sollten dann bei den privaten Investitionen in einer gleichen Größenordnung auftauchen. Davon ist jedoch nichts zu sehen.

Arbeitslosigkeit

Abkoppelung der Arbeitslöhne von der Produktivität

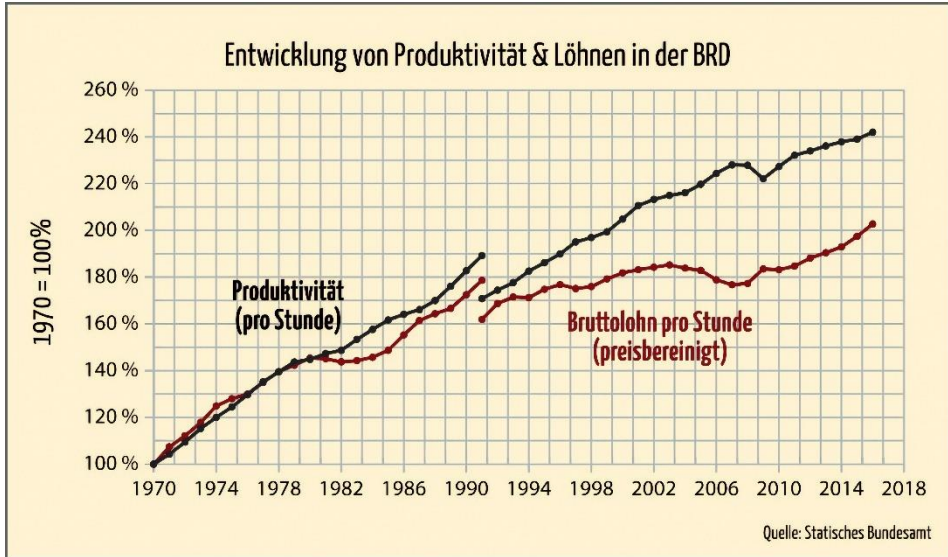


Abb. 25: Entwicklung von Produktivität und Löhnen in der BRD 1970 bis 2017

Quelle: Johannes Stremme, Wohlstandsabbau: Lohnzurückhaltung und seine »Erfolgsbeispiele«, Maskenfall, 13.8.2013, <https://www.maskenfall.de/?p=3074>

»Ein Blick auf die Reallohnentwicklung (preisbereinigter, durchschnittlicher Bruttolohn pro Stunde) fördert die offensichtliche Tatsache hervor, dass eine Entkopplung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität (preisbereinigt, durchschnittlich pro Arbeitsstunde) von der Lohnentwicklung stattgefunden hat. Dies stellt eine in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalige Entwicklung dar.

Die Lohnentwicklung (rote Kurve) in Deutschland verlief nach einer Stagnationsphase von 1995-1998 zunächst bis 2003 mäßig ansteigend, fiel dann nach 2003 genauso stark wieder ab und kehrte 2008 auf das Niveau von 1998 zurück. Es folgte ein kurzer starker Anstieg der Löhne während der Finanzkrise 2009 mit anschließender Stagnation bis 2012 beim Niveau von 2002. Die Produktivität (schwarze Kurve) stieg dagegen kontinuierlich an (abgesehen vom Krisenjahr 2009), davon von 1995-1997, 1999-2001 und 2005 deutlich stärker als in der übrigen Zeit. Man kann hier deutlich eine massive Auseinanderentwicklung von

Löhnen und Produktivität beobachten, die abhängig Beschäftigten wurden also deutlich weniger an dem von ihrer Arbeit hervorgebrachten wirtschaftlichen Zugewinn beteiligt. Der durch die reale Produktivitätsentwicklung exakt definierte sogenannte verteilungsneutrale Spielraum der Löhne, der die Aufteilung des Volkseinkommens auf Löhne und Gewinne erhalten würde, wurde in der Summe von 1995 bis 2012 um 2 Billionen Euro, was 79 % des heutigen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht, verfehlt. [...]

Durch die drastische Lohnzurückhaltung hat also eine gigantische Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. Dieser Sachverhalt wiegt noch schwerer, zumal zum einen Menschen mit unterdurchschnittlichen Löhnen deutlich stärker von Lohnsenkungen betroffen waren und zum anderen, weil der Anteil der Löhne der Höchstverdiener (wie Spitzenmanager und -banker) am Gesamtlohnaufkommen stetig zugenommen hat.«¹⁰⁵

In den USA und im Vereinigten Königreich begann diese Entwicklung schon früher mit der sogenannten Reaganomics.

Verringerte Kaufkraft durch Lohndruck

Die Banken sollen Kredite vergeben, doch es gibt ernste Hindernisse. 19,5 Millionen Deutsche sind arm, haben keine Arbeit oder leben in prekären Verhältnissen (siehe unten), zusätzlich haben alle Kinder kein Einkommen und die meisten Rentner stellen ein hohes Risiko dar, weil sie jederzeit sterben könnten und damit keine Rückzahlung eines Kredites möglich wäre. Der Kreis derer, an die Kredite vergeben werden, unterliegt Bonitätsprüfungen, die wiederum schon Vermögen oder sichere Arbeitsverhältnisse erfordern. Die Eigenkapitalvorschriften aus Basel II und Basel III begrenzen zusätzlich die Kreditvergabe der Banken. Die automatisierte Bonitätsprüfung ist für viele Kreditnehmer eine große Hürde. Mittel für Risikokapital bei Firmengründungen stehen nur begrenzt zur Verfügung. Jeder gut bezahlte Arbeitsplatz schafft Kaufkraft und durch diese Nachfrage weitere Arbeitsplätze. Dabei wird übersehen, dass die weiter sinkenden Einkommen bei mehr als 20 Millionen arbeitsfähigen Personen zu großen Kaufkraftverlusten führen, die damit als Konsumnachfrage ausfallen.

¹⁰⁵ (Stremme, 2013)

Auswirkungen auf das Wachstum

»Die Forderung nach einem stetigen Wachstum bedeutet, dass Konjunkturschwankungen möglichst vermieden werden sollen. [...] Es liegt auf der Hand, dass der stetige Wachstumsprozess vorteilhaft ist, denn Kosten für Einstellungen und Entlassungen sowie Kosten durch Über- und Unterauslastung von Produktionskapazitäten werden vermieden.«¹⁰⁶



Abb. 26 : Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1951 bis 2001

Quelle: Gesellschaft für Wachstumsstudien e.V., <http://www.economic-growth.eu/Seiten/LangeReihen/Wirtschaftswachstum/Wachstum-Deutschland.html>

Die langanhaltende und steigende Arbeitslosigkeit mit verschiedenen Bemühungen, diese zu bekämpfen, äußert sich auch in der Unstetigkeit des Wachstums. Die eingesetzten Mittel erfüllten nicht die Anforderungen an diese Zielgröße.

Mit angemessenem Wirtschaftswachstum soll die allgemeine Erhöhung des Wohlstandes eines Landes erreicht werden. Der Wohlstand des gesamten Landes hat sich enorm erhöht, doch leider nur für sehr wenige, während die meisten davon keine Vorteile hatten. Der Wohlstand wurde nicht angemessen verteilt, und da liegt das größte Problem Deutschlands.

¹⁰⁶ (Brückner, 2015)

Das Wirtschaftswachstum wird als reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) dargestellt. Das Bruttoinlandsprodukt ist über drei verschiedene Wege ermittelbar: Entstehungsrechnung, Verwendungsrechnung und Verteilungsrechnung. Alle Berechnungsmethoden führen zum gleichen Ergebnis. Nach der Verteilungsrechnung setzt sich das BIP wie folgt zusammen:

Verteilungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts 2007 in Milliarden Euro	
Arbeitnehmerentgelt	1.181,0
+ Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643,2
+ Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen	1.824,2
+ Abschreibungen	345,2
= Bruttonationaleinkommen	2.446,4
- Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt	22,6
= Bruttoinlandsprodukt	2.423,8

Abb. 27: Verteilungsrechnung des Bruttonettoproduktivs für 2007

Quelle: Eigene Darstellung, <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt>

Das Statistische Bundesamt¹⁰⁷ weist darauf hin, dass in Deutschland keine eigenständige Berechnung des BIP über die Verteilungsseite vorgenommen wird, weil keine ausreichenden Angaben über die Unternehmensgewinne vorliegen.

Zudem ist es interessant zu wissen, dass es 1950 etwa 19,6 Millionen Erwerbstätige gab, gegenüber 43,5 Millionen in 2016. Der Bevölkerungszuwachs durch die deutsche Wiedervereinigung begründet diesen Zuwachs nicht allein.

Es ist sicher darauf zurückzuführen, dass die Einkommen nicht reichen, sodass Ehepartner mithelfen müssen, den Unterhalt zu sichern. Der Gender Pay Gap (Einkommensunterschied der Geschlechter) beträgt in Deutschland 22 %, womit auch ein Sinken der Reallöhne verbunden ist. Schon allein am Beispiel der Entstehung der Niedriglöhner lässt sich die Auswirkung auf das BIP gut studieren. Rund 8,5 Millionen (20 %) der 43,5 Millionen Beschäftigten waren 2014 Niedriglöhner. Sie erhielten statt 3024 Euro nur 1758 Euro pro Monat. Die Jahresdifferenz beträgt 15.192 Euro. Bezogen auf 8,5 Millionen Niedriglöhner sind das rund 129 Milliarden, somit etwa 5 % weniger BIP, wenn auch verteilt über mehrere Jahre. Sie sind aber nicht die Einzigen, deren Reallöhne gesunken sind. Auch jeder Arbeitslose trägt noch mit einem Verlust beim BIP bei.

¹⁰⁷ (DESTATIS)

Es ist also nicht auszuschließen, dass die sinkenden Reallöhne seit 1982, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit, das Bruttoinlandsprodukt verringert haben. Die damit verbundene gesunkene Güternachfrage reduziert damit auch die Gewinne der Unternehmen. Damit dann wiederum auch das BIP.

Es ist also kein Naturereignis, welches für das niedrige BIP gesorgt hat, sondern nur einfach schlechte Politik.

Offizielle und verdeckte Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse

Die Zielgröße von weniger als 0,8 % Arbeitslosigkeit, welche als Vollbeschäftigung angesehen wird, ist in dem Zeitraum von 1971 bis heute nie erreicht worden.

Im Mai 2017 teilte die Bundesanstalt für Arbeit (BA) mit, dass die um die jahreszeitlichen Einflüsse bereinigte Arbeitslosenzahl bei 2,568 Millionen läge mit einer Arbeitslosenquote von 5,8 %. Im August teilte die Regierung mit, sie würde im Jahre 2020 mit einer Arbeitslosenquote von 3 % rechnen. Als Erstes muss man wissen, dass die Statistik der Arbeitslosenzahlen 17-mal geändert wurde, mit überwiegend statistisch sinkender Arbeitslosigkeit.

Es wurden 2,7 Millionen Arbeitslose angegeben, jedoch ist die Anzahl derer, die Arbeitslosengeld beziehen, sehr viel höher. Diese sogenannten Unterbeschäftigten erhalten Arbeitslosengeld, ohne als arbeitslos zu gelten. Sie fallen aufgrund von (Qualifizierungs-)Maßnahmen, Vorruhestandsregelungen oder entlohnter Erwerbsarbeit aus der offiziellen Arbeitslosenrechnung heraus. Rund 1 Million der Unterbeschäftigten erhalten kein Arbeitslosengeld. Einige Bereiche sind nicht erfasst. Somit dürfte die Gesamtsumme eher bei ca. 5 Millionen liegen.

Doch das ist nicht alles. Ganz gravierend haben sich die Arbeitsverhältnisse geändert. Die Zielrichtung der Unternehmen geht immer mehr zu einer Übertragung der Risiken auf den Arbeitnehmer, wobei die sofortige oder absehbare Kündigung eine wichtige Rolle spielt, weil die Unternehmen Kosten senken und die Flexibilität steigern wollen.

Befristete Zeitverträge werden zur Normalität. Die Scheinselbstständigkeit nimmt zu. Es gibt mehr Beschäftigung zum Niedriglohn und Mindestlohn und mehr Beschäftigte unterhalb des Mindestlohns.

Atypisch Beschäftigte

Um überhaupt eine Arbeit zu bekommen, ist dies eine Möglichkeit, derartige Verträge einzugehen. Doch eine Zukunft lässt sich nicht darauf aufbauen. Allen diesen Verhältnissen ist gemeinsam, dass sie nicht kreditwürdig sind und jederzeit kurzfristig enden können.

Hier ist eine der Äußerungen in einer Facebook-Gruppe zu befristeten Zeitverträgen:

»Eine Frau, die sich Sophia nennt und in Aachen arbeitet, klagt über ihre Existenzangst, die einfach nicht aufhören will: ›Man weiß nicht, wohin die Reise führt.‹ Einen Urlaub zu buchen traue sie sich nicht mehr; vielleicht braucht sie das Geld ja bald schon als Reserve. Ein Auto kaufen, eines Tages eine Wohnung, Kinder bekommen? Fehlanzeige, Fehlanzeige, Fehlanzeige.«¹⁰⁸

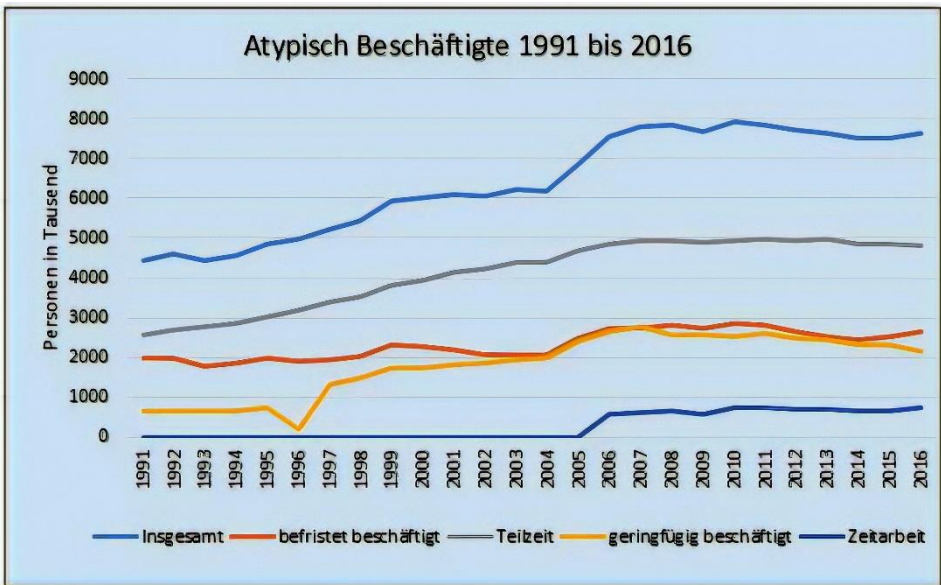


Abb. 28: Atypisch Beschäftigte 1991 bis 2016

Quelle: Eigene Darstellung, DWSTATIS, Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung

¹⁰⁸ (Kramer, 2017)

Scheinselbstständigkeit

»Nicht jeder offiziell selbstständige Unternehmer agiert wirklich unabhängig am Markt. Wer sich in zu große Abhängigkeit eines Kunden begibt, gilt daher als scheinselbstständig. Einer neuen Studie des staatlichen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge gab es nach dieser engen juristischen Definition im Jahr 2014 rund 235.000 dieser Personen in Deutschland.

Nimmt man eine etwas weitere Abgrenzung, die zusätzlich Chancen und Risiken der Selbstständigen abbildet, steigt diese Zahl laut Schätzungen auf mehr als 430.000. Das waren etwas mehr als in der Vorgängerstudie aus dem Jahr 1995.«¹⁰⁹

Niedriglohnsektor, Leiharbeit und Minijobs (Agenda 2010)

»Ein Ziel der Regierung war es, die Arbeitslosigkeit zu senken, die damals bei etwa zehn Prozent lag. Vor allem Langzeitarbeitslose und gering qualifizierte Arbeitnehmer sollten wieder einen Job finden – wenn auch einen schlecht bezahlten. [...] Per internationaler Definition sind Niedriglöhner Arbeitnehmer, die brutto weniger als 60 Prozent des mittleren Stundenlohns verdienen. In Deutschland fielen bis Mitte der 1990er Jahre etwa 15 Prozent der Arbeitnehmer in diese Gruppe. Nach Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist ihre Zahl bis heute auf etwa 20 Prozent der Beschäftigten angewachsen. Auch in der Statistik des DIW entfällt der steilste Zuwachs auf die Jahre vor der Agenda. [...]

Die zweite große Agenda-Reform für den Arbeitsmarkt zielte auf die geringfügige Beschäftigung – besser bekannt als Minijob. [...] Eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt: Im November 2016 gab es 4,7 Millionen Minijobber in Deutschland. Und eine aktuelle Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass knapp die Hälfte von ihnen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn verdienen, weil die Arbeitgeber sie einfach zusätzliche Stunden ohne Bezahlung arbeiten ließen.«¹¹⁰

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten ist von 1995 mit 17 % bis 2008 auf einen Anteil von 24 % gestiegen. Inklusive der Nebentätigkeiten liegt er noch höher. Seitdem stagniert er.¹¹¹

¹⁰⁹ (ASTHEIMER, 2017)

¹¹⁰ (Zacharakis)

¹¹¹ Vgl. (Grabka & Schröder, 2019)

Hartz IV - Senkung der Sozialleistungen

»Vor der Agenda 2010 waren vor allem Arbeitslose bessergestellt, die zuvor berufstätig gewesen waren. Selbst wenn sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr hatten, bekamen sie Arbeitslosenhilfe. Das heißt, sie hatten einen theoretisch lebenslangen Anspruch auf bis zu 53 Prozent des letzten Nettogehalts. Familien erhielten 57 Prozent, maximal zahlte der Staat 1.500 Euro monatlich.

Die Reformen der Agenda änderten das. Ab dem 01.01.2004 bekam jeder nach maximal zwei Jahren Arbeitslosigkeit nur noch den Hartz-IV-Satz. Das waren in Ostdeutschland 331 Euro monatlich, in Westdeutschland 345 Euro. »Natürlich hat das damals für viele eine Verschlechterung bedeutet« sagt Eric Seils, Armutsforscher der Hans-Böckler-Stiftung. Betroffen waren vor allem ältere Arbeitslose, die früher gut verdient hatten, und Frauen, weil der Verdienst des Partners anders als früher jetzt voll auf die Sozialleistung angerechnet wurde. [...]

Die Folgen der Reformen für Sozialhilfeempfänger, also solche Menschen, die nicht erwerbsfähig sind (zum Beispiel wegen Krankheit), waren ebenfalls ganz unterschiedlich. Vor der Reform konnten sie neben dem monatlichen Regelsatz beim Amt einmalige Leistungen für sich und ihre Familie beantragen. [...]

Mit der Hartz-IV-Reform wurden aber ab 2005 die einmaligen Leistungen abgeschafft. Der Sozialhilferegelsatz wurde pauschal um 16 Prozent auf den dann für alle geltenden Hartz-IV-Satz erhöht, damit galten alle Bedürfnisse als abgegolten. Davon profitierten jene, die beim Amt mit der Beantragung einmaliger Leistungen gescheitert waren – oder die es aus Überforderung gar nicht probiert hatten. Wer zuvor viele zusätzliche Anschaffungen beim Amt durchbekommen hatte, verlor eher.

Außerdem haben Strafen zugenommen. Zwar konnte einem Arbeitslosen schon vor der Agenda 2010 die Unterstützung gekürzt werden, wenn er ein zumutbares Arbeitsangebot ablehnte. Das lag aber im Ermessen des jeweiligen Behördenmitarbeiters. Mit der Agenda 2010 aber galt das Prinzip Fördern und Fordern. Die Angebote zur Qualifizierung und Beratung wurden ausgebaut, und für jene, die nicht pflichtgemäß kooperieren, sieht das Gesetz zwingend Sanktionen vor. »Die Leistungen werden bereits im ersten Schritt drastisch gekürzt und in weiteren Schritten dann völlig versagt«, sagt Löher vom Deutschen Verein für öffentliche und soziale Fürsorge. Dann steht ein Arbeitsloser ohne alles da, nicht mal mehr Heizung und Unterkunft bezahlt das Amt. Über die strengen Sanktionen vor allem für junge Menschen unter 25 Jahren streitet die Politik seit Jahren. Auch der

deutsche Verein für öffentliche und soziale Fürsorge spricht von Reformbedarf.«¹¹²

Die Notlösung der SPD – Agenda 2010 und Hartz IV

Wenn die Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen fehlen, kann die Gesamtsumme der zur Verfügung stehenden Mittel nur dann auf viele Köpfe verteilt werden, wenn jeder weniger erhält. Mit der Agenda 2010 und Hartz IV wurde dieses Konzept umgesetzt, mit der Schaffung eines Niedriglohnsektors und Sozialabbau.

»Im Jahr 2018 beträgt der Anteil der Niedriglohnpfänger in Deutschland (ohne Auszubildende) 22,5 %.«¹¹³

Doch ohne vernünftige Löhne gibt es keine Kaufkraft und damit auch keine Nachfrage nach Gütern. Wofür sollen die Unternehmer dann in etwas investieren, wenn es nicht absetzbar ist, weil die Käufer fehlen. So ist es verständlich, dass bei einer noch nie da gewesenen Geldschwemme zu wenig investiert wird und gleichzeitig 19,5 Millionen prekäre Arbeitsplätze entstanden sind. Gerade jetzt wären staatliche Investitionsprogramme notwendig.

Erstaunlich ist, dass die Wirkungsweise des ERP-Fonds nicht als ein Mittel zur Wachstumsförderung erkannt wurde und daher dieser, obwohl erfolgreich, nicht weiter ausgebaut wurde.

Deindustrialisierung unter der Globalisierung

Deindustrialisierung ab 1975

Der jedoch wesentlichste Einfluss auf die Arbeitslosigkeit war mit der ersten Welle der Globalisierung (Japan) verbunden. Dies wird am Beispiel der Elektronikindustrie deutlich. Die Japaner lieferten nun elektronische Bauteile zu Preisen, die unter den Materialkosten der deutschen Hersteller lagen. Etliche Fabriken stellten die Produktion ein, andere Hersteller zogen sich in Nischenmärkte zurück oder versuchten ihr Glück in anderen Produktionsbereichen.

Doch das war nur die erste kleine Welle. Wenig später erreichten qualitative japanische Produkte in vielen Branchen den Markt. Es war der Beginn vom Ende der Elektronik- Foto-, Radio-, Fernseh-, Schuh- und Bekleidungsindustrie. Einige

¹¹² (Zacharakis)

¹¹³ Arbeit & Wirtschaft Blog, 25.11.2018,

<https://twitter.com/AundW/status/1066949764338642946/photo/1>

Hersteller kauften in Japan und klebten ihre Marke auf das Produkt. Viele schlossen ihre Werke. Die damit verbundene Arbeitslosigkeit war enorm.

Globalisierung soll durch den komparativen Kostenvorteil für jeden Staat einen Vorteil haben.

»Der komparative Kostenvorteil besteht im Rahmen der volkswirtschaftlichen Theorie, wenn ein Staat, ein Land, eine Region, ein Unternehmen oder eine Person fähig ist, ein bestimmtes Gut zu geringeren Alternativkosten (Opportunitätskosten) zu produzieren als die Konkurrenz.«¹¹⁴

In der ersten Welle lag der komparative Kostenvorteil in den sinkenden Preisen in den hochpreisigen Ländern, der Nachteil jedoch im Verlust von Arbeitsplätzen.

Nach dem Spectator Index¹¹⁵ drückt sich dies auch im durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Sozialprodukts der letzten 25 Jahre folgender Staaten aus:

1. Die Globalisierungsgewinner: China: 9,2 %, Indien: 7 %, Indonesien: 4,7 %
2. Die Globalisierungsverlierer: Kanada: 2,5 %, USA: 2,5 %, Brasilien: 2,4 %, Spanien: 2,3 %, UK: 2,1 %, Russland: 2,1 %, Frankreich: 1,6 %, Deutschland: 1,5 %, Japan: 1 %, Italien: 0,7 %.

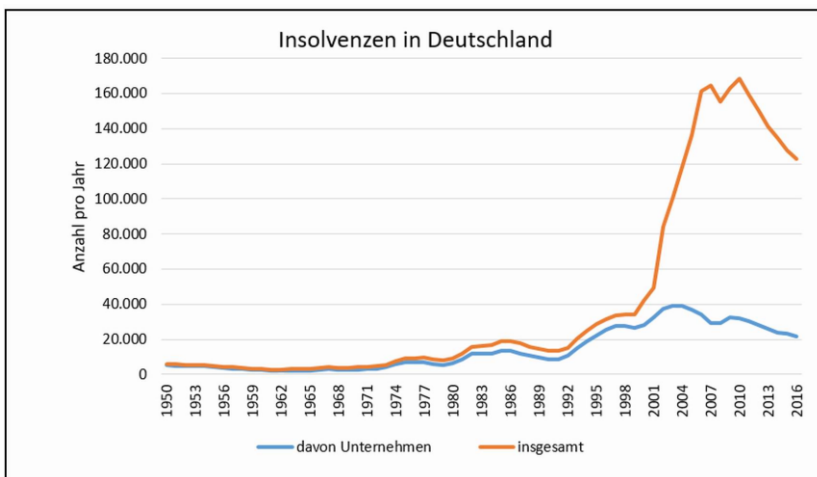


Abb. 29: Insolvenzen in Deutschland 1950 bis 2016

Quelle: Eigene Darstellung, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Insolvenzen/lrins01.html?cms_gtp=152398_list%253D1&https=1

¹¹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Komparativer_Kostenvorteil

¹¹⁵ <https://twitter.com/spectatorindex/status/1080621700939538432>

Die Grafik zeigt daher nur einen Bruchteil der Unternehmen, die ihren Betrieb einstellten, da freiwillige Firmenschließungen nicht enthalten sind.

In der Grafik wird die Auswirkung des Beitritts von China zur WTO und damit auf die Deindustrialisierung in Deutschland besonders hervorgehoben. Den Gewinnen der exportierenden Firmen entstanden durch den unfairen Wettbewerb viele Unternehmensschließungen und ein riesiger Verlust von Arbeitsplätzen im Inland.

Der Beitritt Chinas zur im Jahr 2001 hatte deutliche Auswirkungen auf die internationale Arbeitsteilung und erhöhte den Wettbewerbsdruck auf World Trade Organization Industrienationen wie Deutschland. Durch die Integration Chinas in den Welthandel stieg seine industrielle Produktion sehr stark an. Innerhalb von rund zwei Jahrzehnten entwickelte sich China zur größten Industrienation der Welt und erhöhte seinen Anteil an der globalen Industrieproduktion von etwa 6 % um das Jahr 2000 auf ungefähr 30 % heute. Diese Entwicklung wird in der Wirtschaftsforschung häufig als China Shock bezeichnet.

Für Deutschland bedeutete der Exportüberschuss zunächst sogar Vorteile, da deutsche Unternehmen stark von der wachsenden chinesischen Nachfrage nach Maschinen, Fahrzeugen und Industrieanlagen profitierten. Mit zunehmender technologischer Entwicklung chinesischer Unternehmen verstärkte sich jedoch der direkte Wettbewerb in zentralen deutschen Industriezweigen wie Automobilbau, Maschinenbau und Chemie. Im Jahre 2026 sind es gerade diese Branchen, die im Inland eine neue Krise verursachen.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht beachtet

»Dabei geht es bei der Forderung nach dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht darum, dass die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates nicht durch schädliche Außenhandelsbeziehungen belastet wird. Bei export- und importlastigen Staaten könnten Maßnahmen erforderlich werden, wenn der importierende Staat ein Handelsbilanzdefizit aufweist, das sich auch mittelfristig durch Abwertung nicht abbaut. Dieser Staat kann sich nicht anders wehren, als Importe zu beschränken und/oder eigene Exporte durch Außenhandelsinstrumente zu fördern. Gelingt dies nicht, droht den importlastigen Staaten hohe Staatsverschuldung mit der

Gefahr des Staatsbankrotts, während exportlastige Staaten [...] zunächst Staatsvermögen [in den Händen der Zentralbank] anhäufen.«¹¹⁶

So soll vermieden werden, dass ein Land langfristig nur Güter importiert und den Export dabei außeracht lässt. Daher hat die Erreichung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts eine wichtige Bedeutung.

Zu hohe Importdefizite implizieren, dass entweder die Löhne im Land zu hoch sind und das Land zu teuer produziert und damit im Wettbewerb nicht bestehen kann oder der Wechselkurs durch andere Einflüsse nicht zu dem Ergebnis eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts führt. Beispiele dafür sind das Vereinigte Königreich und die USA.

Zu hohe Exportüberschüsse implizieren dagegen, dass die Löhne im Land zu niedrig sein könnten. Beispiele dafür sind Deutschland und China.

Normalerweise sorgt der Wechselkurs für den Ausgleich der Überschüsse. Wenn jedoch andere Faktoren einen Einfluss auf den Wechselkurs haben, wie z. B. reine Finanztransaktionen, wird der Wechselkurs verfälscht.

In der folgenden Tabelle der Exporte und Importe ist der Außenbeitrag ab dem Jahr 2002 mehr als 1,5 %.

¹¹⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Au%C3%9Fenwirtschaftliches_Gleichgewicht



Abb. 30: Exporte und Importe Deutschlands von 2000 bis 2018

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html#sprg229200

»In Jackson Hole hat der Ökonom Menzie D. Chinn die Ursachen heutiger Leistungsbilanzsalden behandelt. Ein interessantes Ko-Referat stammt vom Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, Maurice Obstfeld.

Chinn hat dankenswerterweise eingängige theoretische Erklärungen von Leistungsbilanzsalden angeführt, um eine strukturierte Diskussion zu ermöglichen. Er unterscheidet fünf Gruppen von Erklärungen:

Leistungsbilanzdefizite entstehen in Ländern, die entweder hervorragende Wachstumsperspektiven besitzen, oder aber in denen aus speziellen Gründen eine hohe Konsumneigung besteht. [...]

Die zweite Erklärung stellt auf die sogenannten »Zwillingsdefizite«, bestehend aus wachsenden Staatsschulden und Leistungsbilanzdefiziten, ab. [...]

Die dritte Erklärung stellt auf eine »Exportbesessenheit« mancher Volkswirtschaften ab [...]

Die vierte Erklärung stellt auf eine »Sparschwemme« ab. [...]

Eine fünfte Erklärung zielt auf Leistungsbilanzsalden als Ergebnisse der Verzerrung von Wechselkursen durch staatliche Instanzen [...]

Wie leicht ersichtlich, schließen sich diese Erklärungen nicht gegenseitig aus. Mehrere können zur gleichen Zeit zutreffen. [...]

Finanzpolitik könnte eine Rolle in der Reduzierung von Salden spielen und hier stimmt ihm Obstfeld zu, denn dies ist auch die Position des IWF.

So könnte eine straffere amerikanische Finanzpolitik zur Reduzierung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits beitragen, während eine expansivere Finanzpolitik in Deutschland, zum Beispiel durch mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, zu einer Reduzierung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses führen würde. Wie Obstfeld betont, zeigen sich die Regierungen in Washington und in Berlin für solche Vorschläge wenig empfänglich.«¹¹⁷

Realitätsverlust bezüglich Abhängigkeiten

Ölpreisschock in den 70ern - wirtschaftspolitische Ignoranz

Im Winter 1973/74 traf Deutschland der erste Ölpreis-Schock, dem 1979 eine zweite Preisexplosion folgte, durch die der Dollar-Preis von Rohöl gegenüber dem Herbst 1973 um das Zwölfwache erhöht wurde.

¹¹⁷ (Braunberger, 2017)

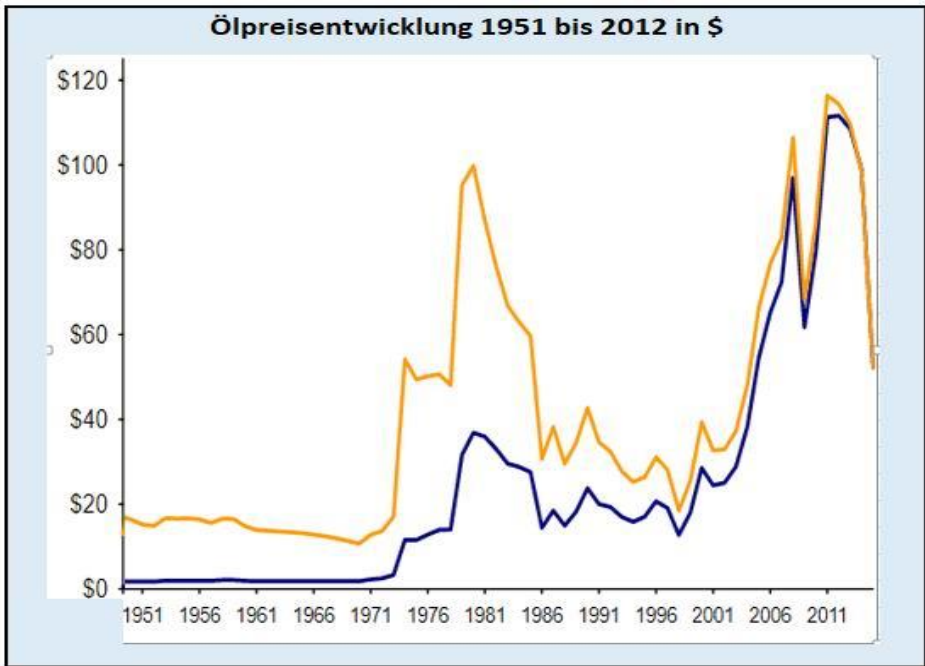


Abb. 31: Ölpreisentwicklung in USD 1951 bis 2015

Quelle: Eigene Darstellung, https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2f/Oil_Prices_Since_1861.svg

Die Folgen sind zudem deutlicher in der Arbeitslosenstatistik zu erkennen.

»Für die westlichen Industrieländer bedeutete die Preissteigerung bei einem wesentlichen, auf kurze Sicht nicht substituierbaren Energieträger und Industrierohstoff zunächst eine massive Verstärkung des Inflationsdrucks. Die nächstliegende Reaktion, die in der Bundesrepublik auch praktiziert wurde, waren also verstärkte Anstrengungen zur Inflationsbekämpfung. Es dauerte fast ein Jahr, bis auch die andere, viel gefährlichere Seite der Ölkrise sichtbar wurde: Mit den höheren Ölpreisen wurde Kaufkraft aus den Industrieländern in die Öl-Exportländer übertragen. Diese waren jedoch kurzfristig nicht in der Lage, ihre Deviseneinnahmen in vollem Umfang als Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern in den Weltmarkt zurückzuleiten. Ihre Leistungsbilanz-Überschüsse stiegen deshalb von 55 Milliarden US-Dollar im Jahre 1974 auf 120 Milliarden US-Dollar im Jahre 1980.

Das Ergebnis waren Absatzschwierigkeiten, Produktionseinschränkungen und Massenentlassungen in den Industrieländern.«¹¹⁸

Neue Abhängigkeiten bei Öl und Gas

Die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Öl und Gas entstand schrittweise seit der Zeit des Kalten Krieges und verstärkte sich besonders nach dem Ende der Sowjetunion. Bereits in den 1970er-Jahren begann die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Westdeutschland und der damaligen Sowjetunion. Im Rahmen sogenannter „Gas-für-Rohre“-Geschäfte lieferte die Bundesrepublik Stahlrohre und technische Ausrüstung, während die Sowjetunion im Gegenzug Erdgas nach Europa exportierte. Diese Zusammenarbeit war Teil der politischen Entspannungspolitik und sollte gleichzeitig eine langfristige und relativ günstige Energieversorgung sichern.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 übernahm Russland die Rolle des wichtigsten Gaslieferanten für Europa. Deutschland baute seine Energiepartnerschaft mit Russland weiter aus, da russisches Erdgas als zuverlässig und vergleichsweise preiswert galt. In den folgenden Jahrzehnten wurden mehrere große Pipelineprojekte gebaut, die die Lieferungen nach Deutschland erleichtern sollten. Besonders wichtig war die Pipeline Nord Stream 1, die 2011 in Betrieb ging und direkt Gas von Russland nach Deutschland durch die Ostsee transportierte. Ein weiteres Projekt, Nord Stream 2, wurde später fertiggestellt, aber aufgrund politischer Spannungen nie in Betrieb genommen.

Die Abhängigkeit verstärkte sich auch durch energiepolitische Entscheidungen in Deutschland. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie nach der Fukushima-Katastrophe im Jahr 2011 sowie dem schrittweisen Rückgang der Kohlenutzung gewann Erdgas als Übergangsenergie zunehmend an Bedeutung. Da Russland bereits über ein gut ausgebautes Pipeline-Netz verfügte und große Mengen liefern konnte, stieg der Anteil russischen Gases am deutschen Import weiter an. Zeitweise stammten über die Hälfte der deutschen Gasimporte aus Russland.

Neue Abhängigkeit bei Rohstoffen und Vorprodukten

Heute bestehen zwischen Deutschland und China mehrere wirtschaftliche Abhängigkeiten, die vor allem aus der starken Integration beider Länder in den

¹¹⁸ (Scharpf, 1983)

Welthandel entstanden sind. Seit dem Beitritt Chinas zur World Trade Organization im Jahr 2001 hat sich China zu einem der wichtigsten Handelspartner Deutschlands entwickelt. Viele deutsche Unternehmen sind sowohl auf den chinesischen Absatzmarkt als auch auf Lieferungen aus China angewiesen.

Eine zentrale Abhängigkeit besteht bei Rohstoffen und Vorprodukten. China spielt eine dominierende Rolle bei der Förderung und Verarbeitung sogenannter kritischer Rohstoffe, die für moderne Technologien wichtig sind. Dazu gehören insbesondere Seltene Erden, die für Elektronik, Batterien, Windkraftanlagen und Elektrofahrzeuge benötigt werden. Da ein großer Teil der globalen Verarbeitung dieser Rohstoffe in China stattfindet, sind deutsche Industrien in Bereichen wie Automobilbau, Maschinenbau und Energietechnik stark von chinesischen Lieferketten abhängig.

Eine weitere Abhängigkeit betrifft Industrie- und Zwischenprodukte. Viele deutsche Unternehmen beziehen Komponenten, elektronische Bauteile oder chemische Vorprodukte aus China, weil diese dort günstiger produziert werden können. Störungen in diesen Lieferketten – etwa durch politische Spannungen, Handelskonflikte oder Produktionsausfälle – können sich daher direkt auf die deutsche Industrie auswirken.

Neben wirtschaftlichen Faktoren gibt es zudem technologische und strategische Abhängigkeiten, etwa bei Batterietechnologien, Solarmodulen oder bestimmten Elektronikprodukten, bei denen China eine sehr starke Produktionsposition aufgebaut hat. Diese Situation wird in Europa zunehmend als strategisches Risiko diskutiert, weshalb Politik und Unternehmen versuchen, Lieferketten zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren.

Insgesamt zeigt sich, dass Deutschland heute sowohl auf chinesische Lieferketten als auch auf den chinesischen Absatzmarkt in erheblichem Maße angewiesen ist. Diese gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung schafft einerseits Vorteile durch Handel und Wachstum, führt andererseits jedoch auch zu strukturellen Abhängigkeiten, die wirtschafts- und sicherheitspolitisch zunehmend kritisch bewertet werden.

Relative zunehmende Verarmung der Bevölkerung

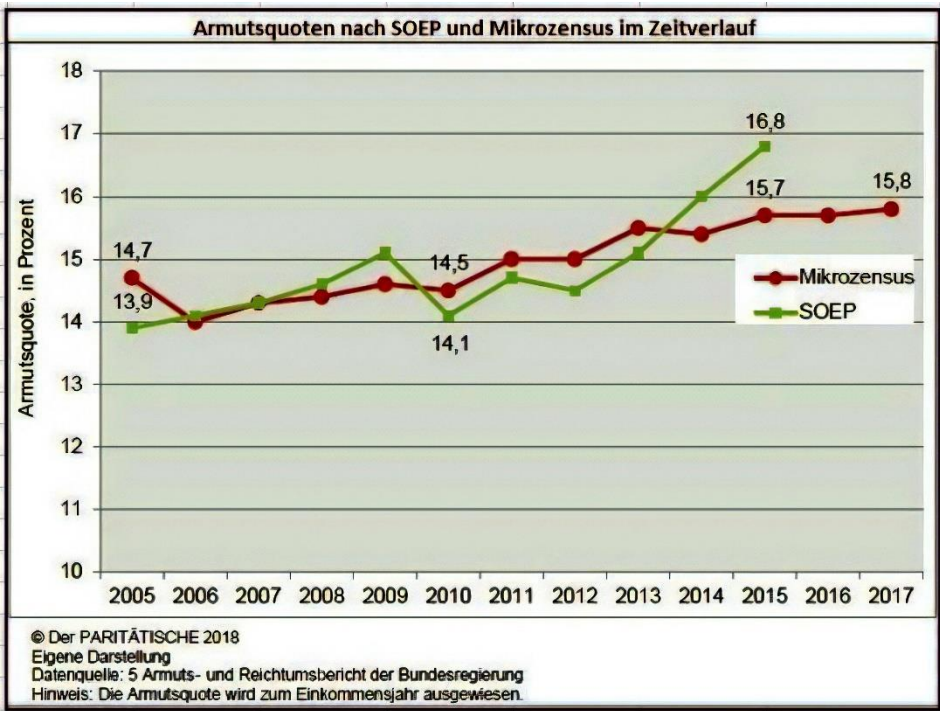


Abb. 32: Armutsquoten nach SOEP und Mikrozensus im Zeitablauf

Quelle: Der Paritätische Gesamtverband 2018, <https://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/>

Nach einer Untersuchung von ECFR/YouGov haben weniger als ein Drittel der Europäer zum Monatsende noch Geld für Ermessensausgaben übrig. Nur wenige EU-Länder stehen besser als Deutschland da: Dänemark, Schweden, Tschechien, Österreich und die Niederlande. Griechenland mit ca. 5 % bildet das Schlusslicht.¹¹⁹

Im Umkehrschluss besitzen am Monatsende zwei Drittel der Europäer (Deutschland mit 65 %) kein überschüssiges Geld für eventuelle außergewöhnliche Ereignisse.

¹¹⁹ Vgl. (Boffey, 2019)

Eine Politik der Privatisierung von Gesellschaftsvermögen schließt damit mindestens zwei Drittel der Bevölkerung aus, denn wie sollen sie an einer Privatisierung teilnehmen, wenn sie das Geld dafür nicht haben. Die Privatisierung ist somit zutiefst unsozial, denn aus dem Gesellschaftsvermögen entsteht Einkommen, welches den ausgeschlossenen zwei Dritteln der Bevölkerung niemals zukommen kann.

Wie das Deutsche Aktieninstitut mitteilte, besitzen in 2018 gut 4,9 Millionen Deutsche im Alter ab 14 Jahren Aktien. Eine Umfrage leistet Aufklärung in der Frage, wer sich in Aktien engagiert.

»Der klarste Zusammenhang zeigt sich zum Einkommen. Während in der Gesamtbevölkerung nur gut 15 Prozent direkt oder indirekt Aktien halten, sind es unter den Haushalten mit mehr als 4000 Euro Monatsnettoeinkommen mehr als ein Drittel. Umgekehrt halten weniger als 6 Prozent der Haushalte mit höchstens 2000 Euro Monatsnettoeinkommen Aktien – Tendenz fallend.«¹²⁰

Fehlen einer Unternehmenskultur

Die notwendigen Investitionsbedingungen für private Investoren sind bis heute ebenfalls nicht in Ordnung. Es fehlt eine Unternehmenskultur. So gibt es bis heute kaum Wirtschaftsunterricht in den Schulen.

»Wirtschaft wird meist als Mischfach unterrichtet. In den meisten Bundesländern wird Wirtschaft nicht flächendeckend und nur im Rahmen anderer Fächer oder als Mischfach unterrichtet, in Hamburg beispielsweise als ›Politik, Gesellschaft, Wirtschaft‹, in NRW als ›Politik, Wirtschaft‹ an Gymnasien und als ›Wirtschaft und Recht‹ an den Gymnasien in Bayern und Thüringen. In Niedersachsen firmiert es allein an den Ober- und Realschulen als Fach ›Wirtschaft‹, so wie auch in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe in Mecklenburg-Vorpommern.

93 Prozent der Befragten finden, dass ökonomische und finanzielle Themen verstärkt an Schulen unterrichtet werden sollten.«¹²¹

Bei der Gründung eines Unternehmens gibt es keine Unternehmensformen, wie z. B. in England, als »self-employed« (in Deutschland Freiberufler, doch in England für alle Berufe gültig) oder als Ltd., Gesellschaft mit Haftungsbegrenzung (in Deutschland eine GmbH mit 20.000 Euro Stammkapital, Gewerbeanmeldung und

¹²⁰ (Mohr, 2018)

¹²¹ (IWD, 2018)

Zwangsmitgliedschaften), bei der eine einfache Anmeldung genügt und das Mindestkapital bei der Ltd. ca. 5 Euro beträgt. Wie bereits oben beschrieben, geben 30 % der Unternehmer in den ersten 3 Jahren auf. In der Regel sind sie nicht versichert, haben keine Rentenansprüche und falls sie in Konkurs gegangen sind, ist ihre Zukunft meist versperrt. Doch ohne Unternehmer mit Risikobereitschaft, Ideen und dem notwendigen Kapital gibt es keine Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft.

Fehlendes staatliches Risikokapital für private Investoren

»Die Gründerquote sinkt. In 2015 haben sich 915.000 selbstständig gemacht, in 2016 waren es nur noch 672.000 (leider wird nicht ausgeführt, welchen Anteil Solo-Unternehmer haben). Der Anteil der Existenzgründer im Alter von 18 bis 64 Jahren ist von 2,77 % im Jahre 2002 auf 1,3 % im Jahre 2016 gesunken, und dies bei einer Liquiditätsschwemme, wie sie es noch nie gab. Wobei 30 % der Existenzgründer nach 3 Jahren ihre Aktivitäten einstellen. Durchschnittlich bringt jeder Gründer rund 17.000 Euro ein und schafft damit 14,4 Arbeitsplätze. Dabei steht Canada mit einem Anteil von 17,6 % Existenzgründern an der Spitze, während es in Deutschland nur 4,6 % sind.«¹²²

Bei einer durchschnittlichen Schaffung von 14,4 Arbeitsplätzen pro Gründer sind bei einer offenen Arbeitslosigkeit von 2,7 Millionen Personen 187.500 Unternehmer notwendig. Bei der verdeckten Arbeitslosigkeit von 2,3 Millionen Menschen sind es noch einmal ca. 160.000 Unternehmer. Zusammen sind das 347.000 Unternehmer, deren Anzahl sich durch Konkurs oder Geschäftsaufgabe auf rund 500.000 erhöhen könnte. Schon der damit verbundene Eigenkapitalbedarf beträgt ca. 9 Milliarden Euro, die wahrscheinlich schwer aufgebracht werden können. Als Risikofremdkapital stehen höchstens 12 Milliarden Euro aus dem ERP-Fonds zur Verfügung, sofern sie nicht schon vergeben sind.

Ohne zur Verfügung stehendes weiteres Risikokapital ist auch diese Entwicklung nicht möglich. Für privates Risikokapital und staatliche Investitionen fehlt einfach das nötige Geld. Der Staat braucht eine dauerhafte Einnahmequelle.

¹²² (Klemm & Piron, 2017)

Soziale Ungleichheit

Einkommens- und Vermögensungleichheit

Gerechte Einkommensverteilung ist ein wirtschafts- und sozialpolitisches Ziel. Alle Bürger sollen am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand teilhaben können, nicht nur die sozial Starken. Dabei wird noch unterschieden zwischen »bedarfsgerechter« und »leistungsgerechter« Verteilung der Einkommen.

Eine gerechtere Vermögensverteilung wird nicht erwähnt. Eine Zielangabe fehlt. Die Messung der sozialen Ungleichheit erfolgt durch Ermittlung von Einkommens- und Vermögensverteilungen und wird in der Lorenzkurve dargestellt.

»Der Gini-Koeffizient ist eine Zahl zwischen 0 und 1, wobei 0 der vollkommenen Gleichheit entspricht (bei der alle das gleiche Einkommen haben) [die >Gerade der perfekten Verteilung<] und 1 der vollkommenen Ungleichheit entspricht (bei der eine Person das gesamte Einkommen hat – und alle anderen kein Einkommen bzw. Vermögen) [je stärker die Kurve gebogen ist, desto ungleicher ist die Verteilung].«¹²³

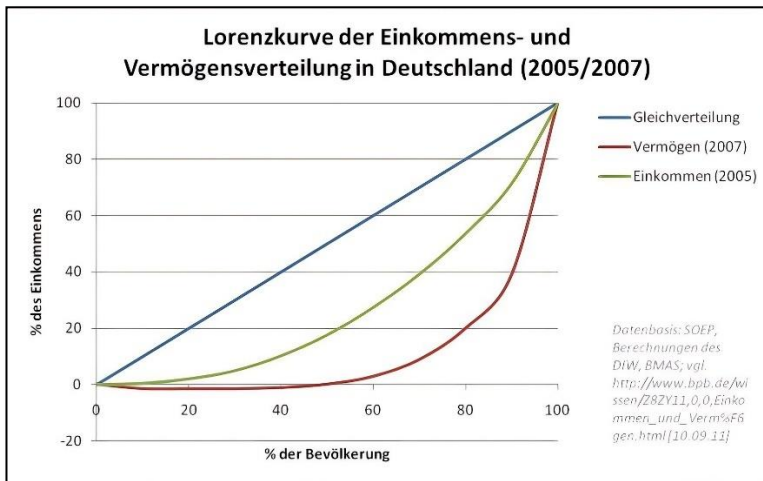


Abb. 33: Lorenzkurve der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland (2005/2007)

¹²³ https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_income_equality

Quelle: Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensverteilung_in_Deutschland, Abb. 2

In dieser Ermittlung von 2005 und 2007 ist das Vermögen noch ungleicher verteilt als das Einkommen.

»Soziale Ungleichheit existiert und existierte in allen bekannten Gesellschaften und ist immer eine sozial erzeugte Tatsache.«¹²⁴

»Nach Stefan Hradil (2001) liegt soziale Ungleichheit dann vor, wenn Menschen aufgrund ihrer Stellung im sozialen Beziehungsgefüge (3) von den »wertvollen Gütern« einer Gesellschaft (1) regelmäßig mehr als andere erhalten (2) (Hradil 2001, S. 30).

Wertvolle Güter: Der Begriff bezieht sich auf »Güter«, die in einer Gesellschaft als wertvoll gelten. Je mehr der Einzelne von diesen »Gütern« besitzt, desto besser sind seine Lebensbedingungen. »Insofern bestimmte Güter also [...] Lebens- und Handlungsbedingungen darstellen, die zur Erlangung von allgemein verbreiteten Zielvorstellungen einer Gesellschaft dienen, kommen sie als Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit in Frage« (Hradil 2001, S. 28). Solche Güter können beispielsweise Geld, eine (unkündbare) Berufsstellung, Bildungsabschlüsse, Lebens- und Arbeitsbedingungen oder auch Macht sein.

Verteilung: Eine sozial ungleiche Verteilung der »wertvollen Güter« in einer Gesellschaft liegt vor, wenn ein Gesellschaftsmitglied von diesen Gütern regelmäßig mehr als ein anderes erhält (»absolute Ungleichheit«). »In der soziologischen Terminologie wird immer dann von Ungleichheit gesprochen, wenn als »wertvoll« geltende »Güter« nicht absolut gleich verteilt sind« (Hradil 2001, S. 29).

Regelmäßig ungleiche Verteilung aufgrund der Stellung im sozialen Beziehungsgefüge: Nicht alle Vor- und Nachteile, nicht alle Besser- bzw. Schlechterstellungen sind also Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit, sondern nur jene, die in gesellschaftlich strukturierter, vergleichsweise beständiger und verallgemeinerbarer Form zur Verteilung kommen. Ihre Bindung an relativ konstante gesellschaftliche Beziehungen und Positionen unterscheidet soziale von anderen Ungleichheiten (Hradil 2001, S. 29).«¹²⁵

Die Vermögensverteilung wird in Zehntelgruppen der Bevölkerung dargestellt, also die reichsten 10 %, die zweitreichsten 10 % usw. bis zu den ärmsten 10 %.

¹²⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Ungleichheit - cite_note-9

¹²⁵ (Hradil, 2001)

In der nachfolgenden Tabelle wird die Verteilung der Jahre 2002 und 2007 auf Datenbasis der SOEP gezeigt.

Einkommensungleichheit

Rückgang der durchschnittlichen Realeinkommen für Arbeitnehmer

Obwohl die jährliche Steigerung der Realeinkommen nach 1982, wenn auch stark gesunken, noch über null lag, sind die realen Durchschnittslöhne im Trend seit 1982 gesunken. Dazu beigetragen haben:

- ein größerer Anteil von Frauen, die geringer bezahlt wurden (Gender Pay Gap),
- die Einrichtung eines Niedriglohnsektors und
- Verkürzung der Arbeitszeit.

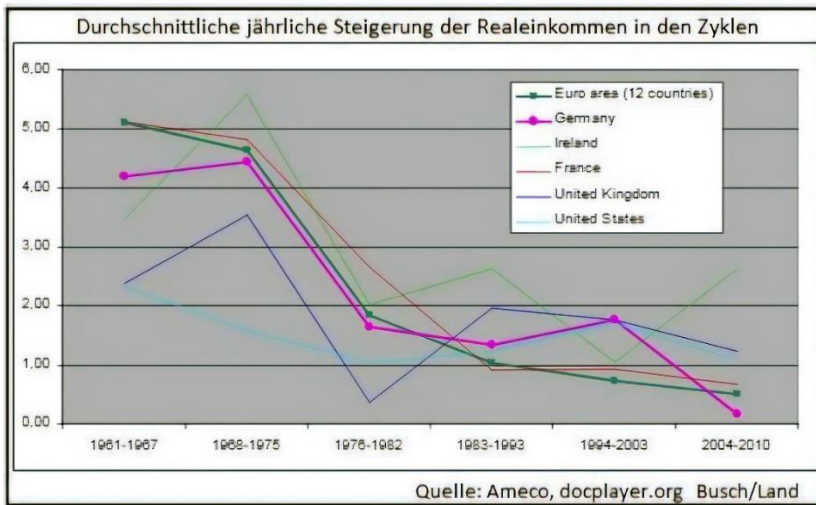


Abb. 34: Durchschnittliche jährliche Steigerung der Realeinkommen in Zyklen 1961 bis 2010

Quelle: <http://docplayer.org/13891914-Teilhabekapitalismus-ulrich-busch-rainer-land-aufstieg-und-niedergang-eines-regimes-wirtschaftlicher-entwicklung-am-fall-deutschland-1950-bis-2010.html>, Abb. 13

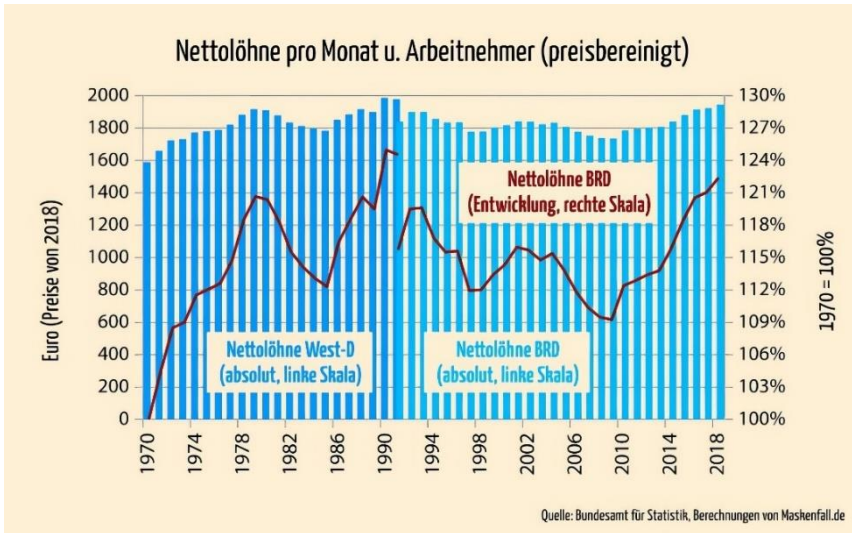


Abb. 35: Nettolöhne pro Monat und Arbeitnehmer 1970 bis 2018

Quelle: Bundesamt für Statistik, <http://www.maskenfall.de>

Unter der Sozialliberalen Koalition stiegen die Reallöhne von 1970 bis 1980 um ca. 20 %. Mit Beginn der Regierung Kohl und dem Neoliberalismus sind die Reallöhne im Durchschnitt seit 1982 im Trend leicht gesunken, wie die obige Grafik zeigt.

Trotz steigender Reallöhne (rot) sind die Durchschnittslöhne (blau) Auf-Grund von Lohnsenkungen und Absenkung der Arbeitsstunden gesunken. Die Spitzen (blau) in 1990 und 1991 können der deutschen Wiedervereinigung zugeschrieben werden und waren eine Ausnahmerecheinung.

Steigerung der Nettoeinkommen aus Unternehmen und Vermögen



Abb. 36: Entwicklung der Arbeitnehmer(einkommen) und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Verhältnis zur Produktivität, 1950 = 100 %

Quelle: <http://docplayer.org/13891914-Teilhabekapitalismus-ulrich-busch-rainer-land-aufstieg-und-niedergang-eines-regimes-wirtschaftlicher-entwicklung-am-fall-deutschland-1950-bis-2010.html>, Abb. 14

»Mitte der 1970er-Jahre fällt die Entwicklung der Unternehmenseinkommen zurück, stagniert faktisch, während die Lohneinkommen bis 1980 unverändert und bis 1990 in etwas geringerem Maße weiter steigen. Daher liegt die Entwicklung der Lohneinkommen von 1973 bis 1984 bei zwar steigender, aber noch moderater Arbeitslosigkeit über der der Unternehmenseinkommen.

Erst nach 1983 bis 1990 steigen die Unternehmenseinkommen wieder, diesmal deutlicher als vorher, sie steigen nun wieder schneller als die Löhne und auch deutlich schneller als die Produktivität. Hier zeigt sich zum ersten Mal die Erosion der Lohnregulation: Die Unternehmenseinkommen steigen deutlich schneller, die Löhne langsamer als die Produktivität.

Diese Entwicklung setzt sich mit einer kleinen Unterbrechung durch die deutsche Einheit bis heute fort, erfährt aber nach 2003 noch einmal eine dramatische Verstärkung. Jetzt heben die Unternehmenseinkommen völlig ab und verlieren den

Bezug zur Produktivitätsentwicklung, wie umgekehrt die Arbeitnehmereinkommen real stagnieren, zeitweise sogar sinken und sich von der Produktivitätsentwicklung nach unten immer weiter entfernen. Die Effekte der Produktivitätssteigerung kommen seit 2000 fast ausschließlich den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zugute. [...]

Die Besonderheit dieses Regimes wirtschaftlicher Entwicklung im Unterschied zu vorangegangenen Kapitalismustypen besteht nicht darin, dass der Lohn höher ist als zum bloßen Überleben nötig wäre, auch nicht darin, dass er die bloßen Reproduktionskosten der Arbeitskraft überschreitet, und auch nicht darin, dass er überhaupt steigt. Der Unterschied besteht darin, dass er im Maße der Produktivität steigt, und zwar systematisch, dauerhaft und regelrecht, also institutionell verankert – jedenfalls solange dieses Regime funktionierte. In 30 Jahren bis 1980 ist der Reallohn fast auf das Fünffache des Werts von 1950 gestiegen, in den darauffolgenden 30 Jahren dagegen kaum noch.«¹²⁶

Auch die Grafik zur Entwicklung des Privatvermögens Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland weist einen Vermögenszuwachs von 8,8 Billionen Euro auf 15,4 Billionen Euro aus und damit von 74 %, wobei die Einkommen aus diesem Vermögen zu einer weiteren sozialen Ungleichheit geführt haben.

Im gleichen Zeitraum hat sich dagegen die Situation von 19,5 Millionen Menschen enorm verschlechtert, siehe den Abschnitt »19,5 Millionen Bürger leben in prekären Arbeitsverhältnissen oder in Armut«.

Es fällt auf, dass für dieses wichtige Ziel die Angabe einer Messgröße fehlt und der Wert zu dieser Messgröße, um das wirtschafts- und sozialpolitische Ziel kontrollieren zu können.

Lohnspreizung

Zusätzlich zu den Einkommensunterschieden aus Kapitaleinkommen hat sich im Laufe der Jahre eine unterschiedliche Einkommensentwicklung für bestimmte Gruppen mit Laufzeitverträgen (z. B. Management, Sportler) ergeben, die zu einer erheblichen Lohnspreizung geführt hat. Häufig befinden sich diese Personen im internationalen Wettbewerb. Der Einfluss zur Erhöhung dieser Löhne kommt aus dem Ausland, erhöht jedoch auch im Inland die Löhne durch die Vergleichbarkeit.

¹²⁶ (Busch & Land, 2012)

Auch diese Löhne sind Kosten eines Unternehmens. Sie senken den Gewinn des Unternehmens. Wenn das Unternehmen wieder den gleichen Gewinn erzielen will, kann es die Preise erhöhen oder es muss die restlichen Löhne senken bzw. Arbeitnehmer entlassen. Die Entlassung erfordert dann eine zeitliche Mehrarbeit der verbliebenen Arbeitnehmer oder eine Teilautomatisierung. Im Falle einer Preiserhöhung gehen diese zu Lasten der Käufer. Ab einem bestimmten Vielfachen eines normalen Lohns werden diese Einkommen unsozial und müssen daher begrenzt werden.

Management

Die Vergütungsranklisten von Managern zeigen weiter steigende Gehälter. Laut nachfolgender Tabelle erhalten die 10 höchsten Top-Ten-Verdiener im Dax ein durchschnittliches Jahresgehalt von 5,787 Millionen Euro. Doch es gibt noch Nebenleistungen. So errechnet die HKP Group eine höhere Gesamtvergütung, bei der die gewährten Beiträge zur Altersvorsorge eingerechnet werden. Diese machen im Schnitt 764.000 Euro für das Jahr 2016 aus.¹²⁷

Die Top-Ten-Verdiener im Dax			
Rang	Vorstands- vorsitzender	Gesellschaft	Gesamt- vergütung
1	Bill McDermott	SAP	12.874.000
2	Matthias Müller	Volkswagen	10.141.000
3	Harald Krüger	BMW	8.383.000
4	Dieter Zetsche	Daimler	7.810.000
5	Stefan Oschmann	Merck	7.310.000
6	Bernd Scheifele	Heidelberg Cement	7.110.000
7	Joe Kaeser	Siemens	6.969.000
8	Werner Baumann	Bayer	6.401.000
9	Kasper Rorsted	Adidas	6.400.000
10	Hans van Bylen	Henkel	6.387.000
Dax, Median			5.542.000
Dax, Durchschnitt			5.787.000

Quelle: DSW 2018

Abb. 37: Die Top-Ten-Verdiener im Dax

Quelle: Eigene Darstellung, DSW, <https://www.wiwo.de/erfolg/management/vorstandsgehaelter-die-vorstandsgehaelter-der-dax-30-chefs/22793772-2.html>

¹²⁷ Vgl. (Seibel, 2017)

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen in Deutschland lag 2016 bei ca. 36.000 Euro. Die Spitzenverdiener erhalten somit ohne Berücksichtigung der Zusatzvergütungen 180-mal so viel wie ein Durchschnittsverdiener.

Sport

Auch im Sport, insbesondere beim Fußball, steigen die Einkommen der Spitzensportler ins Unermessliche. Es geht hier nicht um eine Neiddiskussion, denn mit einigem Verständnis haben die Spitzensportler nur ein kurzes Einkommensleben und anschließend gesundheitliche Einschränkungen durch den Raubbau an ihrem Körper. Eine gewisse außergewöhnliche Höhe des Einkommens ist daher angemessen. Alles darüber Hinausgehende führt jedoch zu sozialen Verwerfungen. In jedem Betrieb gibt es Gehaltsstrukturen, die nicht durchbrochen werden dürfen, um nicht sozialen Unfrieden zu erzeugen. Das gilt im übertragenen Sinne auch für die Gesellschaft. Die Ausgabezahlungen von Millionen an einen Spitzensportler, darüber hinaus noch Millionen von Ablösesummen, müssen wieder als Einnahmen in den Kassen der Vereine und der dahinterstehenden Gesellschafter eingebracht werden. Die Einnahmen entstehen einerseits durch die Lizenzvergabe von TV-Rechten und andererseits von Eintrittskarten an die Fans. Somit zahlt jeder, der Spiele dieser Art sehen will, einen Preis. Doch dieser Preis steigt weit schneller als die Inflationsrate, und das sollte jedem klarmachen, dass hier eine Umverteilung im großen Maße von unten nach oben im Gange ist. Zusätzlich sind etliche Millionen der Bevölkerung von diesen Events ausgeschlossen, da sie diese Preise nicht bezahlen können.

Veränderungsraten und Geschwindigkeit

Im September 2012 publizierte die Friedrich-Ebert-Stiftung Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

»Zwischen 1995 und 2009 erhöhte sich der Gini-Index der Nettoeinkommen in Deutschland um drei Prozentpunkte von 25,9 auf 28,9. Damit stieg er deutlich stärker als in vorhergehenden Perioden, wie zum Beispiel von 1983 bis 1995, als die Zunahme nur 1,07 Prozentpunkte betrug. Für diese Entwicklung waren vor allem die vergleichsweise großen Zuwächse verantwortlich, die im oberen Einkommenssegment stattfanden. Dies zeigt sich, wenn man die Entwicklung der Verteilung des Einkommens betrachtet, aus dem das Einkommen der Top 1 % herausgerechnet wurde: Hier legte der Gini-Koeffizient gerade mal um 1,8 Prozentpunkte zu.

Das sechste bis neunte Dezil hatte geringe bis sehr geringe Zuwächse zu verzeichnen. Lediglich das oberste Dezil verbuchte mit einem Wachstum von 13,2 Prozent einen nennenswerten Anstieg seines Einkommens. Unterteilt man das zehnte Dezil weiter, so zeigt sich, dass die Zuwachsrate positiv mit der Höhe des Einkommens verknüpft ist. Während das Durchschnittseinkommen der Top 10 % ohne die Top 5 % um 3,5 Prozent zunahm und das Einkommen der Top 5 % ohne die Top 1 % um 7,5 Prozent anstieg, erhöhte sich das durchschnittliche Einkommen der gesamten Top 5 % um fast 20 Prozent, das der Top 1 % sogar um rund 48 Prozent.«¹²⁸



Abb. 38: Veränderungsdaten der realen Durchschnittseinkommen (netto) verschiedener Einkommensgruppen, 2000 bis 2009

Quelle: Christina Anselmann und Hagen Krämer, 9.2012, Wiso direkt, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09319.pdf>, Abb. 1

Die Zunahme der Ungleichheit beruht einerseits auf die Senkung der Arbeitslöhne der unteren Einkommensschichten und andererseits bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommen von höheren Einkommensschichten (Lohnspreizung) und Einkommen aus Vermögen. Während das sechste bis neunte Dezil nur geringe Einkommenszuwächse hatte, stieg das Einkommen der Top 1 % um 48 % an.

¹²⁸ (Anselmann & Krämer, 2012)

Die Bundesregierung hat weder eine Messgröße noch einen Grenzwert für dieses wichtige wirtschaftspolitische Ziel definiert.

Aber auch ohne diese Messgrößen kann festgestellt werden, dass das Ziel einer gerechteren Einkommensverteilung nicht nur deutlich verfehlt wurde, sondern der gesamte Staat bei Nichtbeachtung dieses Ziels an den Rand eines Zusammenbruches geführt wird. Siehe den Abschnitt »Politische Auswirkungen«.

Vermögensungleichheit

Ermittlung von Vermögen

Nach einer Untersuchung des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) werden Vermögen von Multimillionären und Milliardären wegen statistischer Ungenauigkeit gar nicht oder kaum erfasst. Mit einer neuen Methode wird nun das Gesamtvermögen der Deutschen auf bis zu 9,3 Billionen Euro (2015) geschätzt. Dabei verfügen die reichsten 0,1 % der Bevölkerung Deutschlands über einen Anteil von ca. 15 % des Gesamtvermögens. Den reichsten 5 % gehören 31 bis 34 % und den reichsten 10 % sogar 63 bis 74 % des Gesamtvermögens. Aber auch dies sind nur Schätzungen.¹²⁹

Warum ist das so?

Das Vermögen der Deutschen wird alle drei Jahre vom sogenannten sozioökonomischen Panel ermittelt. Dies ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, bei der jedes Jahr 25.000 Menschen in 15.000 Haushalten befragt werden. Erstens ist es sehr unwahrscheinlich, dass darunter ein Superreicher ist, und zweitens die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass er über sein Vermögen keine Auskunft gibt. Ein weiteres Problem ist, dass diese Daten nicht mit Steuerdaten in Deutschland kombiniert werden können, denn die Vermögenssteuer wurde 1997 abgeschafft. Das DIW greift somit auf die Liste der verfügbaren Daten von deutschen Reichen des US-Wirtschaftsmagazins Forbes zu.

In einer weiteren Untersuchung des DIW wurde das jährlich anfallende Erbvolumen auf bis zu 400 Milliarden jährlich geschätzt.¹³⁰

Wenn das private Nettovermögen von 13.628 Milliarden Euro (2017) mit jeder Erbengeneration von 25 bis 30 Jahren seinen Eigentümer wechselt, dann beträgt

¹²⁹ Vgl. (Freiberger, 2015)

¹³⁰ Vgl. (DIW, 2017)

das jährlich anfallende Erbvolumen 454 bis 545 Milliarden Euro. Die Schätzung des DIW ist somit realistisch.

Bezogen auf das Netto-Vermögen in 2017 hätte durchschnittlich also jeder Deutsche (einschließlich aller Kinder und Rentner) ein Vermögen von 164.000 Euro zur Verfügung (82,79 Millionen Einwohner), bezogen nur auf die arbeitende Bevölkerung wären es sogar ca. 320.000 Euro. Deutschland ist somit ein sehr reiches Land. Ausgehend von einem sehr geringen Vermögen nach dem Zweiten Weltkrieg (ca. 50 Milliarden Euro) zeigt dies, dass der stetige unverminderte Aufbau von Vermögen das »goldene Zeitalter« nicht enden ließ, doch ganz einfach die Mehrheit der Deutschen von der Teilnahme ausgeschlossen wurde.

Wenn aber 10 % sogar 63 bis 74 % des Gesamtvermögens gehören, wie viel gehört dann den übrigen 90 %?

Zunahme der sozialen Vermögensungleichheit

Allein in den letzten 20 Jahren (1995-2015) ist das Privatvermögen um 7 Billionen Euro gestiegen. Auch wenn es über die tatsächliche Entwicklung des gesamten privaten Vermögens in Deutschland ab 1950 keine brauchbaren Zahlen gibt, so ist zumindest die Entwicklung des Geldvermögens aus Abb. 1 ersichtlich. So betrug 1949 das Geldvermögen der Privathaushalte 10,8 Milliarden Euro. Für 2010 ergibt sich ein Betrag von 6.065,4 Milliarden Euro.

Deutlich erkennbar in Abb. 2 ist auch, dass es sich um drei Gruppen des Vermögens handelt, die extrem gewachsen sind: Anlagevermögen (Unternehmen, Aktiengesellschaften), Grund und Boden sowie Geldvermögen (Bargeld, Sichtguthaben, festverzinsliche Papiere). Aus diesen drei Gruppen entstehen wiederum Einkommen, die nur denjenigen zufließen, die im Besitz dieser Vermögenswerte sind.

Vermögensverteilung von 1973 bis 2007

Innerhalb des Zeitraums 1973 bis 2007 stammten die Zahlen aus unterschiedlichen Untersuchungen. Eine völlige Vergleichbarkeit ist daher zwischen den Zahlen in diesem Zeitraum nicht gegeben.

Die scheinbare Abnahme der Ungleichheit in Abb. 40: Vermögensverteilung 1973 bis 1998 und 2002 bis 2007 zwischen 1973 und 1998 ist nach Hausers Ansicht fraglich. Denn in den Jahren 1988, 1993 und 1998 ist das Unternehmensvermögen nicht enthalten, das nicht in Form von börsenmäßig gehandelten Aktien repräsentiert ist. In der Folge werde die tatsächliche Ungleichheit vermutlich unterschätzt.¹³¹



Abb. 39: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren
Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland

Es ist nicht das Vermögen an sich, welches für die soziale Ungleichheit so schädlich ist. Es sind die Einkommen aus diesem Vermögen und die Begrenzung der Besteuerung dieses Einkommens. Daher ist es richtig, sich die Entstehung des Vermögens genauer anzusehen. Wie im Abschnitt »Quelle der Ungleichheit« dargestellt wird, ist es einem großen Teil der Bevölkerung nicht möglich Vermögen zu bilden, während der andere Teil dazu gezwungen wird. Auch dem besserverdienenden Teil der Angestellten ist ein begrenzter Vermögensaufbau möglich. Diese unterschiedliche Behandlung lässt Gruppen entstehen, die etwas vererben

¹³¹ Vgl. (Hauser, 2012)

können. Dabei ist auch dieser Faktor nicht schädlich. Er wird erst dann zum Problem, wenn aus diesem Erbe ein zusätzliches nicht benötigtes Einkommen entsteht. Darunter ist zu verstehen, dass der Erbe bereits eine gute Ausbildung hat und ein eigenes Einkommen, sodass das zur Verfügung stehende Geld nicht mehr für seinen Konsum, sondern für eine Kapitalakkumulation eingesetzt wird.

Dies führt zu der Ungleichheit wie sie in Abb. 39: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren dargestellt sind und von der Politik nicht beachtet wurde.

Quelle der Ungleichheit

Vermögen entsteht durch Sparen. Das Sparziel liegt in der Vermeidung von Unsicherheiten, wie Krankheit und Unfähigkeit, im Alter eine Arbeit auszuüben, sowie in der Versorgung von Angehörigen, die nicht arbeitsfähig sind oder sich in einer Ausbildung befinden. Volkswirtschaftlich gesehen wird für das Sparen ein Zins gezahlt, der sich daraus ergibt, dass andere dieses Geld zwischenzeitlich nutzen und es in Projekte investieren und damit eine Rendite erzielen, die in der Regel größer ist als das geliehene Geld.

Damit lässt sich auch abschätzen, wie hoch eine personelle Sparleistung mindestens sein muss, um diese Ziele zu verwirklichen.

Darüberhinausgehende Sparleistungen sind eigentlich nicht sinnvoll, da sie den aktuellen eigenen Konsum einschränken. Sie sind erst recht nicht sinnvoll, wenn der aktuelle Konsum befriedigt wird und außerdem noch Sparleistungen entstehen und diese volkswirtschaftlich nicht richtig angelegt werden können.

Nachfolgende Beispiele zeigen eine systematische und politische Entwicklung, die bei einer Gruppe zu Vermögen führt und bei einer anderen nicht.

Ausgangspunkt für die Höhe des Einkommens sind Bildung und das Vorhandensein von Arbeit.

»Wer in Deutschland ein hohes Gehalt beziehen möchte, kommt um ein Studium kaum herum«, sagt Philip Bierbach, Geschäftsführer von Gehalt.de.

Weil in den Tätigkeiten mit eher geringem Einkommen häufig auch gering ausgebildete Kräfte arbeiten, betonen die Gehaltsfachleute den Wert von Bildung und Weiterbildung: »Besonders für ungelernete Kräfte sind Fortbildungen der beste Weg, um beruflich aufzusteigen«, so Bierbach.

Der monatliche Bruttolohn schwankt in Abhängigkeit von der Ausbildung zwischen 1825 und 9600 Euro. Die Berufe mit Bruttolohn unterhalb des Medians können jedoch nur eingeschränkt von ihrem Gehalt leben. Das mittlere Entgelt

(Median) betrug 2017 in Deutschland 3125 Euro für fachlich ausgerichtete Tätigkeiten.¹³²

Unterschiedlichen Gehaltshöhen haben eine Vorgeschichte in den Vorgenerationen haben. Ohne die Ausbildung, die in der Regel von den Eltern finanziert wurde, sind die hohen Einkommen nicht möglich. Weiterhin ist der Aufbau der unteren Gehälter von Vermögen weitaus geringer, wenn nicht gar unmöglich, da das Einkommen fast nur zur Deckung der Lebenshaltungskosten benötigt wird. Bei den oberen Gehältern bestehen gute Möglichkeiten, Vermögen zu bilden.

Ein weiterer Aspekt besteht in der Art, wie jemand beschäftigt wird:

Beamte erhalten eine Pension, die mit dem Tod verfällt, sofern nicht eine Witwe oder ein Witwer hinterlassen wird. In diesem Fall erhält der Witwer oder die Witwe 50 % der Pension. Einzahlungen in die Pension entfallen. Dies kann jedoch so gesehen werden, dass das Einkommen bereits um diesen Betrag gesenkt wurde. Die Pension wird aus zukünftigen Steuermitteln bezahlt.

Arbeitnehmer erhalten eine Rente, die mit dem Tode verfällt, sofern es nicht einen Ehepartner gibt. In diesem Fall erhält der Ehepartner 50 % der Rente. Einzahlungen werden durch eine Pflichtabgabe des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers vorgenommen. Für Arbeitnehmer mit geringem Einkommen ist es nicht möglich, ein Vermögen zu bilden, da die Belastung aus der Einzahlung bereits einen großen Teil des Einkommens ausmacht und der Rest zur Deckung der Lebenshaltungskosten dient. Für Arbeitnehmer mit einem höheren Einkommen besteht die Möglichkeit, im begrenzten Umfang auch Vermögen zu bilden. Die zukünftigen Renten werden jedoch nicht aus Ansparleistungen gezahlt, sondern durch ein Umlageverfahren. Die jetzt arbeitenden Arbeitnehmer zahlen die Rente für die nicht mehr arbeitenden Arbeitnehmer.

Freiberufler und Unternehmer sind von der Pflichteinzahlung zur Rente freigestellt. Sie sind daher gezwungen, eine Vermögensbildung vorzunehmen, aus deren Erträgen die Rente gezahlt wird. Der Unterschied zum Beamten und Angestellten gegenüber dem Freiberufler oder Unternehmer bezüglich der Rückstellung für das Alter besteht im Erhalt weiterer Erträge aus dem Vermögen auch nach dem Tod. Das ist vergleichsweise gerechtfertigt, wenn es um die Versorgung der Angehörigen geht. Es ist vergleichsweise nicht gerechtfertigt, wenn es um Personen in der Nachfolge geht, die sich selbst versorgen können.

¹³² Vgl. <https://entgeltatlas.arbeitsagentur.de/>

Zwischen den beiden Gruppen Beamte/Arbeitnehmer und Freiberufler/Unternehmer gibt es jedoch einen gravierenden Unterschied. Die Pensions- bzw. Rentenzahlungen für das berechnete Vermögen der Beamten/Arbeitnehmer bis zum Pensions- bzw. Rentenbeginn entfallen mit dem Tode. Bei der Gruppe der Freiberufler/Unternehmer bleiben die Vermögenswerte erhalten und generieren weitere Einkünfte. Diese unterschiedliche Behandlung ist ungerecht und doch politisch gewollt. Durch die Verpflichtung der Arbeitnehmer in eine Kasse einzuzahlen, die keine Renditen für die Zukunft erwirtschaftet, entgeht den Arbeitnehmern die Möglichkeit Vermögen zu bilden. Andererseits werden die Freiberufler/Unternehmer gezwungen Vermögen zu bilden, welches auch nach dem Tode Einnahmen generiert, die an die Erben weitergereicht werden. Aus Gerechtigkeitsgründen wäre es angebracht, auch die anfallenden Zahlungen nach dem Tod der Freiberufler/Unternehmer zu stoppen, unter der Nebenbedingung, Angehörige, die nicht oder noch nicht arbeitsfähig sind, zu versorgen. Die dafür vorgesehenen Steuern gibt es in Form der Schenkungs- und Erbschaftssteuer.

Fortsetzung der Ungleichheit in der Alterssicherung

Die bestehende Alterssicherung ist vielschichtig, neben der gesetzlichen Alterssicherung bestehen Betriebsrenten und kapitalorientierte Renten, wie Sofortrente, Lebensversicherung und Unternehmensanteile.

Diese unterschiedliche Behandlung von Gruppen der Gesellschaft macht es dann auch möglich, dass eine Gruppe bevorzugt Vermögen erzielen kann, womit weiteres Einkommen generiert wird.

Die bevorteilte Gruppe:

Hier finden sich alle, die über die notwendigen Mittel zur Alterssicherung verfügen und von einer Pflicht zur Einzahlung in die gesetzliche Alterssicherung befreit sind. Sie erzielen Einkommen aus Vermögen und im Falle ihres Todes wird dieses Vermögen an die Erben weitergereicht. Die Erben erzielen also nicht nur Einkommen zu Lebzeiten (bei keinem oder geringem Arbeitseinsatz), sondern ihre Alterssicherung ist bereits gesichert. Falls das Einkommen aus Vermögen nicht reicht, kann das Vermögen selbst liquidiert werden und gewährleistet damit die Alterssicherung.

Die benachteiligte Gruppe:

Für die Angestellten und Arbeiter ist die gesetzliche Alterssicherung überwiegend die Einzige. Besser geht es denen, die zusätzlich noch eine Betriebsrente haben. Dazu gehören auch die Beamten mit ihren Pensionen. Wer darüber hinaus Mittel

zur Verfügung hat, kann diese in geringem Umfang zusätzlich in die kapitalorientierte Alterssicherung investieren.

Dies hat Folgen, wenn der Versicherte stirbt. Im Fall der benachteiligten Gruppe enden die meisten der Alterssicherungen mit dem Tod, es sei denn, es wurde eine Übertragung in der Höhe von 50 % der Rente vereinbart (Sofortrente). In der gesetzlichen Versicherung wird an den Ehepartner eine Rente von 50 % bis zum Tod des Ehepartners weitergezahlt. Da die gesetzliche Rente auf dem Umlageverfahren beruht (die Jungen zahlen für die Alten), erlischt damit jeder weitere Rentenanspruch.

Aus Gerechtigkeitsgründen wäre die Vorstellung, die Renten für Arbeitnehmer und Pensionen für Beamte weiter zu vererben, sicher absurd und nicht bezahlbar. Der Grund dafür liegt in der Organisation der Alterssicherung für Beamte und Angestellte mit den unterschiedlichen Umlageverfahren (gesetzliche Pflichtentzählungen und zukünftige Steuereinnahmen).

Das schafft weitere Probleme zusätzlich. Bei den Zwangsversicherten entsteht durch die Demoskopie (zu wenig Arbeitsfähige und immer mehr Rentner) ein Druck auf eine geringere Rente bzw. eine längere Arbeitszeit. Bei den Pensionären sind die zukünftigen Pensionsverpflichtungen unsicher. Sie sind nicht im Bundeshaushalt enthalten. Sie erhöhen die Ausgabenseite jedoch enorm.

Das kann indes ziemlich problemlos mit der Änderung der Erbschaftssteuer vorgenommen werden, indem eine Umstellung auf eine kapitalorientierte Alterssicherung vorgenommen wird.

Gruppe	Gruppe	1973	1983	1988	1993	1998	2002	2007	
Reichstes Fünftel	Reichstes Zehntel	78,0 %	70,1 %	48,8 %	45,5 %	40,8 %	41,9 %	57,9 %	61,1 %
	zweitreichstes Zehntel			21,3 %	21,9 %	20,2 %	21,1 %	19,9 %	19,0 %
zweitreichstes Fünftel	3. Zehntel	13,5 %	23,5 %	14,5 %	15,1 %	15,1 %	15,2 %	11,8 %	11,1 %
	4. Zehntel			9,0 %	9,6 %	11,2 %	10,7 %	7,0 %	6,0 %
3. Fünftel	5. Zehntel	5,7 %	5,5 %	4,0 %	5,0 %	7,1 %	6,5 %	2,8 %	2,8 %
	6. Zehntel			1,5 %	2,4 %	3,3 %	3,0 %	1,3 %	1,2 %
4. Fünftel	7. Zehntel	2,0 %	1,1 %	0,7 %	1,2 %	1,6 %	1,3 %	0,4 %	0,4 %
	8. Zehntel			0,4 %	0,5 %	0,7 %	0,6 %	0,0 %	0,0 %
ärmstes Fünftel	9. Zehntel	0,8 %	-0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,3 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %
	ärmstes Zehntel			-0,3 %	-0,8 %	-0,3 %	-0,4 %	-1,2 %	-1,6 %

Abb. 40: Vermögensverteilung 1973 bis 1998 und 2002 bis 2007

Quelle: Eigene Darstellung, Tabellen 1973 bis 1998 und 2002 bis 2007 zusammengefasst,

https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland

Prozentuale Entwicklung der Vermögensverteilung

In der nachfolgenden Abbildung werden die Werte aus Abb. 40 zur besseren Vergleichbarkeit zu jeweils 20 % (in Fünftelgruppen) zusammengestellt: 1. Fünftel reich und 5. Fünftel arm.

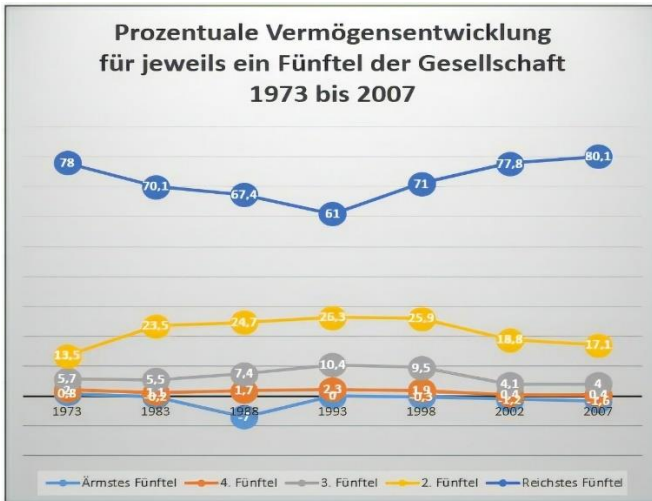


Abb. 41: Prozentuale Entwicklung der Vermögensverteilung der jeweils ärmsten und reichsten Fünftel (1973-2007)

Quelle: Eigene Darstellung aus der Zusammenführung der Vermögenstabellen, https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland

Die historische Darstellung der Vermögensverteilung der Abb. 40 in Abb. 41 zeigt, dass es für das zweite bis vierte Fünftel eine positive Entwicklung des Vermögens von 1973 bis 1983 gab. Während das reichste Fünftel noch 1973 einen Anteil von 78 % jedes neu geschaffenen Vermögens erhielt, sank dieser Anteil bis 1993 auf 61 %. Das ärmste Fünftel hatte seinen Höhepunkt 1973. Nach 1993 stieg der Anteil des reichsten Fünftels von jedem neu geschaffenen Vermögen wieder auf 80 %, während die Anteile der restlichen Bevölkerung ständig fielen. Jede dieser Vermögensarten (Immobilien, Anlagevermögen und Geldvermögen) erzielt eine Rendite. Durch diese Renditen steigt das absolute Vermögen. Laut der Deutschen Bundesbank (Abb. 2) ist das Privatvermögen von 1999 bis 2017 von 8,8 Billionen auf 15,4 Billionen Euro gestiegen.

Wenn aus den Erträgen und den Bewertungen des Vermögens dieser Zuwachs von 7 Billionen entstand, so kann bei der bekannten Verteilung des Vermögens

daraus geschlossen werden, dass die 20 % der reichsten in Deutschland 80 % dieses Zugewinns Jahr für Jahr erhielten. Wie die Grafik weiter zeigt, mit steigendem Anteil.

Allerdings gibt es Ungenauigkeiten, da in den Jahren 1988, 1993 und 1998 das Unternehmensvermögen nicht enthalten ist, das nicht in Form von börsenmäßig gehandelten Aktien repräsentiert ist.

Abb. 41: Prozentuale Entwicklung der Vermögensverteilung der jeweils ärmsten und reichsten Fünftel (1973-2007) zeigt aber noch ein weiteres Merkmal. Schon 1973 lag der Anteil der reichsten 20 % bei 80 % des Vermögens. Woher kommt aber die bereits 1973 bestehende Ungleichheit? Neben dem Besitz von Rechten dürfte der Hauptanteil in den Erbschaften zu suchen sein.

Vom Wohlstandsausschluss zum Protestwähler

Arbeitseinkommen

Im Grenzbereich zwischen Armut und Wohlstand

Der größte Verlust ist der des Einkommens. Dies ist in den meisten Fällen Einkommen durch Arbeit. Da das Einkommen die Ausgaben decken soll, ist die Höhe des Einkommens auch entscheidend.

Der Grenzbereich zwischen Armut und Wohlstand ist breit. Das liegt an der Art und Weise, wie die beiden Aspekte betrachtet werden. Gliedert man den Ausgabenbedarf in Ausgabengruppen, so wird eher deutlich, wie Armut entsteht und wie sie sich auf andere Bereiche ausdehnt. Die Ausgabengruppen selbst haben eine unterschiedliche Auswirkung und Priorität. Kulturelle Einschränkungen haben eher späte Effekte im Gegensatz zum Verlust der Wohnung.

Die Ausgabengruppen nach ihrer Wichtigkeit:

1. Wohnen: gleichgültig ob nun in Eigentum oder zur Miete;
2. Lebensunterhalt: Lebensmittel des täglichen Bedarfs, Energie, Wasser etc.;
3. Rücklagen (Vermögensaufbau): für Rente, Krankheit und Pflege;
4. Kultur: Bildung, Reisen, Theater, Gruppen- und Familientreffen, Restaurantbesuche.

Alle diese Gruppen haben finanziell ungefähr den gleichen Umfang. Jeder Wegfall einer dieser Gruppen schränkt den Wohlstand ein.

Der Versuch, die Obergrenze des Wohlstands zu ermitteln, gestaltet sich relativ einfach. Wenn auch das Ergebnis verblüfft. Laut Steuerrecht beginnt Reichtum bei einem Einkommen von 250.000 Euro (da erst dann eine Reichensteuer erhoben wird) vor Steuern, somit einem Nettoeinkommen von 137.500 Euro/Jahr. Über diese Grenze hinaus muss der Betreffende eine Reichensteuer von 3 % bezahlen. Reichtum ist natürlich auch Wohlstand, jedoch eher nicht notwendiger Wohlstand.

Allerdings beginnt Reichtum im Armutsbericht der Bundesrepublik bereits bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 3200 Euro (damit 38.400/ Jahr).

Schon wesentlich schwieriger ist es, die Untergrenze des Wohlstands zu ermitteln. Auskunft darüber gibt der Armutsbericht der Bundesrepublik, der 2017 zum fünften Mal erstellt wurde.

»Die EU-Statistiker definieren Personen, die vom Median des Nettoäquivalenzeinkommens weniger als

- 70 Prozent zur Verfügung haben, als armutsgefährdet in sozialen Risikosituationen (>prekärer Wohlstand<),
- 60 Prozent zur Verfügung haben, als armutsgefährdet,
- 50 Prozent zur Verfügung haben, als relativ einkommensarm,
- 40 Prozent zur Verfügung haben, als arm.«¹³³

Das Nettoäquivalenzeinkommen in Deutschland 2017 betrug 21.920 Euro. 70 % davon sind 15.344 Euro pro Jahr und 1.278 Euro pro Monat. Einkommen unter diesem Betrag gilt nach der Definition als unsicherer Wohlstand.

Die untere Wohlstandsgrenze sieht Stefan Bach (DIW) bei 80 % des Nettoäquivalenzeinkommens, somit einem Einkommen von 1.461 Euro/Monat und 17.536 Euro/Jahr. Unterhalb dieser Grenze wäre ein Drittel der Bevölkerung vom Wohlstand ausgeschlossen. Dies entspräche ca. 27 Millionen der deutschen Bevölkerung.

Bestätigt wird diese Grenze auch durch eine aktuelle Studie des (arbeitgebernahen) Instituts der deutschen Wirtschaft, danach sind fast zwei Drittel (65,2 %) der Bundesbürger der Ansicht, dass sie zumindest einen »gerechten« oder gar einen »mehr als« gerechten Anteil am Wohlstand erhalten.

Das Intervall in Wohlstand zu leben, liegt nach Darstellung der Politik der Bundesrepublik zwischen dem unteren Einkommen von 17.536 (2017) und den oberen Einkommen von 38.400 bzw. 137.500 Euro.

¹³³ (BMAS, 2017)

Darüber hinaus ist diese Grenzziehung sehr eng. Es gibt keinen Puffer. Kleine Änderungen z. B. bei Lohnsenkungen (aktuell gegeben), Mietpreiserhöhungen (aktuell gegeben) oder Einschränkungen der Rücklagen für Alter, Krankheit und Pflege (aktuell gegeben) sorgen sofort für einen immensen Zuwachs an unsicherem Wohlstand.

Es ist auch zweifelhaft, ob der vierte Block »Kultur« überhaupt angemessen bei dieser Grenzziehung berücksichtigt wurde.

Die untere Grenzziehung ist eine Bestandsaufnahme. Sie berücksichtigt nicht, ob diese Einschränkungen temporär oder auf Dauer bestehen. Diese Bestandsaufnahme ist somit auch nicht in der Lage zu unterscheiden, ob ein permanenter sicherer Wohlstand besteht, da die Vermögensbildung nicht einbezogen wird, die dann im Alter die Wohlstandssicherung übernimmt.

Das Armutsrisiko steigt auch bei Kindern und bei Rentnern.

Als armutsgefährdet gelten Personen in Haushalten, deren Einkommen unterhalb einer vorgegebenen Schwelle liegt. In der Armutsforschung wird üblicherweise mit der Definition gearbeitet, wonach die Armutsrisikoschwelle bei 60 % des Medians aller Nettoäquivalenzeinkommen liegt. Die Armutsrisikoquote ist der prozentuale Anteil der in diesem Sinne armutsgefährdeten Personen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die unter der Armutsgefährdungsgrenze leben, stieg im vergangenen Jahr um 0,6 Punkte auf 20,3 %. Das sind rund 2,7 Millionen Personen unter 18 Jahren. Das ist das Ergebnis einer Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Enthalten ist die große Zahl der geflüchteten Kinder und Jugendlichen.

Auch die langfristig kontinuierlich steigende Armutsgefährdung unter Rentnern habe sich 2016 fortgesetzt, so das WSI. In dieser Altersgruppe stieg die Altersarmut 2016 um 0,2 Punkte auf 14,8 %. Auch hier macht sich die Zuwanderung bemerkbar.¹³⁴

Inobhutnahmen

Im August 2017 teilte das Statistische Bundesamt den Anstieg der Inobhutnahmen auf 84.200 mit:

¹³⁴ Vgl. (Schwenn, 2017)

»Die deutschen Jugendämter haben im vergangenen Jahr erneut mehr Kinder und Jugendliche unter ihren Schutz gestellt. Die Zahl der sogenannten Inobhutnahmen stieg verglichen mit dem Jahr 2015 um 6600 oder 8,5 Prozent auf 84 200, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte.

Die Arbeiterwohlfahrt und die Unions-Bundestagsfraktion zeigten sich besorgt. Die Zahl stieg allerdings weit weniger stark als 2015. Damals war ein Plus um 61,6 Prozent verzeichnet worden. Hauptgrund für das »anhaltend hohe Niveau der Inobhutnahmen« sei die Einreise unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, teilte das Bundesamt mit.

Seit 2013 habe sich die Zahl der Inobhutnahmen durch die Jugendämter in etwa verdoppelt. Von den im vorigen Jahr unter Schutz gestellten 84 200 jungen Menschen waren demnach 44 900 – also mehr als die Hälfte – unbegleitete Flüchtlinge. Die Zahl dieser Fälle stieg im Vergleich zum Vorjahr erneut um 2600 oder 6,2 Prozent.

Auch bei den Inobhutnahmen aus anderen Gründen gab es im Jahresvergleich einen Anstieg – und zwar um etwa 4000 auf 39.295 Fälle. Dabei handelt es sich um Fälle, in denen die Behörden wegen dauerhaft überforderter Eltern, Beziehungsproblemen oder zum Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung einschritten.

Die Arbeiterwohlfahrt forderte deshalb mehr Unterstützung durch den Staat. »Es zeigt sich, dass zu viele Familienstrukturen überlastet sind und leider nicht zum Wohl ihrer Kinder beitragen«, erklärte der Vorsitzende des Wohlfahrtsverbands, Wolfgang Stadler, in Berlin.«¹³⁵

Auswirkungen von Hartz IV und Agenda 2010

Seit den Sozialreformen von Hartz IV und Agenda 2010 ist nun bereits ein Drittel der Rentenbeitragszahlungszeit vergangen. Die Absenkung der Löhne erlaubt daher auch nur eine geringere Beitragsleistung. Auch die Reduzierung der Zahlungen in die Rentenkasse bei Hartz IV trägt dazu bei. So ist es kein Wunder, wenn der Prozentsatz der Rentner, die von Armut betroffen sind, von 2006 mit 10,3 % nach 10 Jahren auf 15,6 % gestiegen ist, und werden diese somit über einen längeren Zeitraum der Beitragsleistung weiter zum Anstieg der Armut beitragen.

¹³⁵ (Statistisches Bundesamt, 2017)

Wohnen

»Allein die Zahl der Wohnungslosen beziffert die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe im Jahr 2016 auf 860.000 und stellt damit einen Anstieg um rund 150 Prozent seit 2014 fest. Für 2018 rechnet die AG nochmals mit einem Anstieg auf 1,2 Millionen.«¹³⁶

Auch den Obdachlosen wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wenige Projekte zu deren Senkung sind privater Natur, wie ein prägnantes Beispiel in Schottland zeigt:

»Der Mitbegründer der schottischen Social Bite Sandwich-Läden versuchte den Obdachlosen durch Ernährung und Beschäftigung zu helfen. Jetzt will er ihnen ein Dorf bauen ...«¹³⁷

In vielen Fällen haben hohe Wohnkosten junge Erwachsene gezwungen, in die Häuser ihrer Eltern zurückzukehren. In ganz Europa erreicht der Anteil junger Menschen, die bei ihren Eltern leben, Rekordhöhen - 66 % in Italien und 55 % in Portugal. Auf diese Weise hat der Anstieg der Wohnkosten den traditionellen Weg ins Erwachsenenalter gebremst.¹³⁸

Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit

Von der Obdachlosigkeit ist die Wohnungslosigkeit zu unterscheiden. Nicht obdachlos sind zum Beispiel Wohnungslose, die temporär in Heimen, Frauenhäusern oder bei Verwandten wohnen.

In Deutschland ist die Zahl der Obdachlosen in keiner Bundesstatistik erfasst, was von Wohlfahrtsverbänden, Politikern und Journalisten immer wieder kritisiert wird. Bundesweit gibt es Schätzungen, die von Wohlfahrtsverbänden aufgestellt werden. Auch die einfach ermittelbare Anzahl vollstreckter Zwangsräumungen wird statistisch nicht erfasst.

Die Zahl der Personen (Obdachlosen), die ohne jeglichen Wohnraum auf der Straße leben, wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) für die Jahre 2002 bis 2008 mit etwa 20.000 angegeben.

In Deutschland gibt es keine bundeseinheitliche Wohnungsnotfall-Berichterstattung auf gesetzlicher Grundlage. Schätzungen nimmt die BAG Wohnungslosen-

¹³⁶ (BAGW, 2017)

¹³⁷ Vgl. (Lewis, 2017)

¹³⁸ Vgl. (Adler, 2017)

hilfe e.V. vor. Kern des BAG-W-Schätzmodells ist die Beobachtung der Veränderungen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes, der Zuwanderung, der Sozialhilfebedürftigkeit sowie regionaler Wohnungslosenstatistiken und eigener Blitzumfragen. Die BAG W prognostizierte für 2018 bis zu 536.000 wohnungslose Menschen in Deutschland, die über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen.

»Und insgesamt gibt es ja 860.000 Wohnungslose, also Menschen, die ohne Mietvertrag in teils unwürdigen Notunterkünften, in Wohnheimen oder bei Freunden leben. Da sind auch die rund 440.000 wohnungslosen Flüchtlinge miteingerechnet, die Anspruch auf eine Wohnung hätten, aber in Massenunterkünften leben. Vor dreißig Jahren gab es in Westdeutschland über vier Millionen Sozialwohnungen, heute sind es bundesweit noch etwa 1,3 Millionen.

Schon 1998 hat das Statistische Bundesamt eine Machbarkeitsstudie veröffentlicht. Da wird klar gesagt, eine amtliche Wohnungsnotfallstatistik sei möglich. Nordrhein-Westfalen führt eine solche seit 50 Jahren. Und alle Bundesländer wollen das. Aber die Bundespolitik will das Thema nicht am Hals haben, denn eine solche Statistik würde den Handlungsdruck enorm erhöhen.«¹³⁹

Obdachlosigkeit ist nicht unvermeidlich. Es ist eine politische Entscheidung der Regierung.

335.000 Menschen in 2014 ohne Wohnung

»Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W) ermittelt einen drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland: 2014 waren ca. 335.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung – seit 2012 ist dies ein Anstieg um ca. 18 %.

Die Zahl der Menschen, die ›Platte machen‹, die also ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, stieg seit 2012 um 50 % auf ca. 39.000 in 2014 (ca. 26.000 in 2012).

Ca. 239.000 (71 %) der wohnungslosen Menschen sind alleinstehend, 96.000 (29 %) leben mit Partnern und/oder Kindern zusammen. Bezogen auf die Gesamtgruppe der im Jahr 2014 Wohnungslosen schätzt die BAG W die Zahl der Kinder und minderjährigen Jugendlichen auf 9 % (29.000), die der Erwachsenen auf 91 % (306.000). Der Anteil der erwachsenen Männer liegt bei 72 % (220.000); der Frauenanteil liegt bei 28 % (86.000) und ist seit 2012 um 3 % gestiegen. Der Anteil wohnungsloser Menschen mit Migrationshintergrund liegt mit 31 % bei knapp einem Drittel. 2012 waren es noch 27 %.

¹³⁹ <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/wohnungslose-warum-die-wenigsten-auf-der-strasse-leben-15297200.html>

Prognose bis 2018: bis zu 536.000 wohnungslose Menschen in Deutschland

Die BAG W prognostiziert von 2015 bis 2018 sogar einen weiteren Zuwachs um 200.000 auf dann 536.000 wohnungslose Menschen. Das wäre eine Steigerung um ca. 60 %. Wenn die wohnungs- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht nachhaltig geändert werden, wird es zu einem weiteren Anstieg der Wohnungslosenzahlen um 60 % auf knapp 540.000 bis zum Jahr 2018 kommen. Dabei spielt die wachsende Zuwanderung von EU-Bürgern und Asylbewerbern zwar eine Rolle als Katalysator und Verstärker, die wesentlichen Ursachen liegen jedoch in einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik in Deutschland, in Verbindung mit einer unzureichenden Armutsbekämpfung.

Die Zahl der bedrohten Wohnverhältnisse steigt ebenfalls deutlich

In 2014 waren ca. 172.000 Haushalte (2012: 144.000) vom Verlust ihrer Wohnung unmittelbar bedroht. In ca. 50 % der Fälle konnte die Wohnung durch präventive Maßnahmen erhalten werden. Doch insgesamt gab es 86.000 neue Wohnungsverluste in 2014: davon ca. 33.000 (38 %) durch Zwangsräumungen und ca. 53.000 (62 %) sog. »kalte« Wohnungsverluste. Beim »kalten« Wohnungsverlust kommt es nicht zur Zwangsräumung, sondern die Mieter und Mieterinnen, vor allem alleinstehende, »verlassen« die Wohnung ohne Räumungsverfahren oder vor dem Zwangsräumungstermin. Ein ausschließlicher Blick auf die Zwangsräumungszahlen verkennt das Ausmaß neu entstehender Wohnungslosigkeit.«¹⁴⁰

Als konkreter Anlass für die Obdachlosigkeit stehen Räumungsklagen wegen Mietschulden an erster Stelle.

Die Privatisierung von hunderttausenden Sozial- und öffentlichen Wohnungen in den Jahren bis 2000 verschärft diese Situation noch zusätzlich. Derweil steigen die Preise für diese ehemaligen Sozialwohnungen enorm und sind für die Betroffenen nicht mehr akzeptabel. Nach Einschätzung des Mieterbundes wären aber jährlich ungefähr 80.000 zusätzliche Sozialwohnungen nötig, um den Bedarf zu decken, doch im vergangenen Jahr wurden nur 27.040 geförderte Sozialwohnungen neu gebaut.

Wie eine vernünftige soziale Wohnungspolitik aussehen muss, zeigt Wien.

»In München, Hamburg und Berlin steigen die Mietpreise kräftig, ebenso in anderen Großstädten. Auch in Wien – und dennoch kann man hier trotz einer rasant wachsenden Bevölkerung auch heute noch eine gut gelegene Wohnung für unter zehn Euro pro Quadratmeter finden. »Wien gilt international als Beispiel für einen

¹⁴⁰ (Reuter, 2017)

funktionierenden Markt für günstigen Wohnraum«, sagt der Ökonom Claus Michelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Und das hat die Stadt ihrer 90 Jahre alten Politik des sozialen Wohnbaus zu verdanken. [...]

Dem Privatisierungsdruck der letzten Jahrzehnte hat Wien nie nachgegeben. Dresden verkaufte 2006 alle kommunalen Wohnungen; Berlin, sagt Claus Michelsen vom DIW, »kauft gerade für viel Geld Wohnungen, nachdem es vor Jahren große Bestände verschleudert hat«. Die Stadt Wien hingegen besitzt heute 220 000 Wohnungen in 1749 Gemeindebauten - ein Viertel aller Wiener Wohnungen. Das städtische Unternehmen Wiener Wohnen gilt als größte Hausverwaltung Europas, 2015 hat es 394 Millionen Euro in Erhalt und Sanierung der Gemeindebauten investiert. Gut jede siebte Gemeindewohnung liegt in den beliebten Innenstadtbezirken, selbst im noblen ersten Bezirk gehört jede 23. Wohnung der Stadt. [...]

Die zweite, die Position der Stadt, lautet: Indem man Gemeindewohnungen nicht nur an die Ärmsten, sondern auch an die Mittelschicht vergibt, fördert man die soziale Durchmischung und verhindert Ghettobildung.«¹⁴¹

Lebensunterhalt

Die Tafeln – Resteverwertung einer Wegwerfgesellschaft

Obwohl die Arbeitslosenstatistik ein Rekordtief zeigt, ist die gesellschaftliche Realität eine andere. Die Zahl der armen und von Armut bedrohten Menschen ist in Deutschland auf einen neuen Höchstwert gestiegen. Noch stärker nahm die Anzahl derer zu, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen leben.

So ist es kein Wunder, dass Lebensmittel, die vorher auf den Müll geworfen wurden, nun noch verwertet werden.

»Die erste deutsche Tafel wurde von der Initiativgruppe Berliner Frauen e.V. 1993 in Berlin gegründet. Nach einem erschütternden Vortrag der damaligen Sozialsenatorin Ingrid Stahmer, wollte die engagierten Berlinerinnen vor allem die Situation der Obdachlosen der Stadt verbessern. [...]

Der Gedanke, Lebensmittel einzusammeln, die nach den Gesetzen der Marktlogik »überschüssig« sind, und diese an bedürftige Menschen und soziale Einrichtungen weiterzugeben, schien einfach und sinnvoll.

¹⁴¹ (Eisenreich, 2016)

Bei zunehmender Verarmung sind die Obdachlosen nur noch ein kleiner Anteil. Rund 60.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tafeln betreuen in 930 Tafeln die von Armut betroffene Bevölkerung.

Jochen Brühl, der Vorsitzende des Bundesverbandes: »Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Kunden bei den rund 930 Tafeln um 18 Prozent gestiegen, den Menschen, die zu den Tafeln kommen, fehlt es nicht nur an gesunder Nahrung, sondern an Aufstiegschancen, gesellschaftlicher Teilhabe und finanziellen Mitteln.«¹⁴²

Nach Angaben des Dachverbandes werden regelmäßig mehr als 1,5 Millionen Menschen versorgt. Fast jeder vierte Tafelkunde ist mittlerweile Rentner, das sind in etwa 350.000 Menschen.

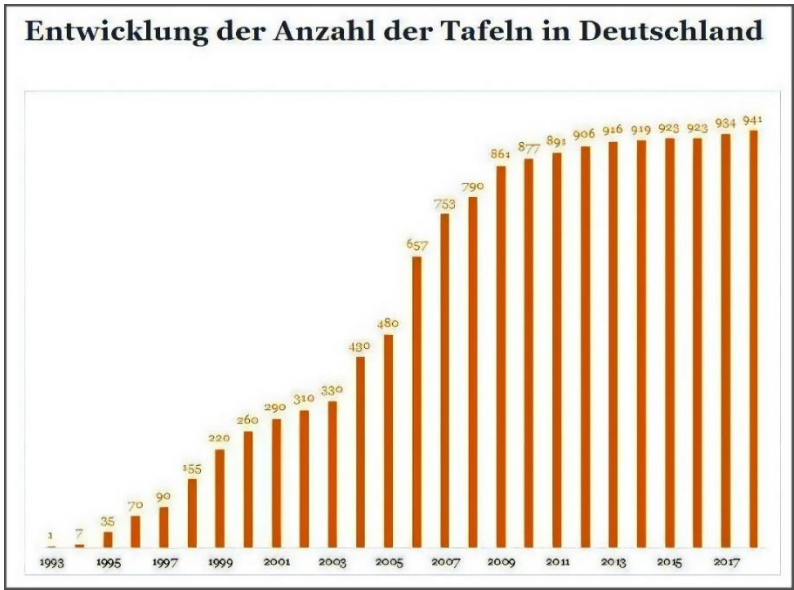


Abb. 42: Zahl der Tafeln in Deutschland seit 1993

Quelle: <https://www.tafel.de/ueber-uns/die-tafeln/zahlen-fakten/>

¹⁴² <http://www.tafel.de>

Containern

Unter Containern ist zu verstehen, dass arme Leute in den Müllcontainern von Lebensmittelunternehmen nach Essbarem suchen. Da dies einen größeren Umfang angenommen hatte, wurde es verboten, mit der Begründung, es sei Diebstahl. Es ist eine Schande für die Gesellschaft, dass es so weit gekommen ist.

»Ein Kaufhaus in Bremen hat das sogenannte Containern ausdrücklich erlaubt. Mit Hinweisschildern an den Mülltonnen wendet sich das Unternehmen an sogenannte Lebensmittelretter und gibt ihnen Tipps, worauf sie bei weggeworfenen Waren achten sollen. Nach Angaben des Geschäftsführers des Lestra Kaufhauses, Cornelius Strangemann, soll die Aktion deutlich machen, dass niemand eine Strafe befürchten muss, wenn er in den Tonnen nach verwertbaren Waren sucht.«¹⁴³

Vorsorge und Renten

Deutschland hat ca. 22 Millionen Rentner. Die durchschnittliche Rente wird von der Rentenversicherung für 2017 getrennt nach Geschlecht und alten bzw. neuen Bundesländern ausgewiesen.

Nach Angaben der Rentenversicherung betragen die Durchschnitte für die alten Bundesländer bei:

Männern 1.078 Euro und Frauen 606 Euro.

Für die neuen Bundesländer sind es bei:

Männern 1.171 Euro und Frauen 894 Euro.

Obwohl Deutschland ein reicher Staat ist, sind die Renten anderer europäischer Staaten (z. B. Österreich, Schweiz) sehr viel höher. Die Ursache liegt in der unterschiedlichen Behandlung der Beschäftigten.

Beamte erhalten eine Pension, die aus den zukünftigen Steuerzahlungen bezahlt wird.

Bei Angestellten und Arbeitern fällt eventuell eine Betriebsrente an, je nachdem, in welchem Betrieb sie gearbeitet haben. Darüber hinaus sind sie pflichtversichert in Höhe ihres Einkommens, und der Betrieb, in dem sie arbeiten, zahlt noch den sogenannten Arbeitgeberanteil.

¹⁴³ (hej/dpa, 2019)

Freie Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten etc. haben eigene Kassen, in die sie einzahlen.

Bei selbstständigen Unternehmern geht man davon aus, dass sie selbst für sich sorgen, unbeachtet der vielen Konkurse, in die Unternehmer bei der Übernahme von Risiken geraten.

Zusammenfassend kann man sagen, die reicheren Anteile der Gesellschaft sind von der Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung ausgeschlossen. Der Topf der staatlichen Rentenversicherung ist damit pro Person kleiner als die anderen Töpfe.

Die Auszahlung der Rentenbeiträge erfolgt nach der anteiligen Einzahlung. Die Summe der Rentenausgaben liegt bei rund 250 Milliarden Euro. Ein Teil dieser Beträge (2017 in Höhe von 91 Milliarden Euro) wird aus dem Bundeshaushalt von allen Steuerzahlern getragen. Nicht jeder, der ein Steuerzahler war, bekommt eine Rente/Pension, außer Beamte.

Außerdem täuscht der Durchschnitt über die ungleiche Verteilung der Renten hinweg. Auch hier findet sich ein kleiner reicher Anteil einem großen Anteil der armen Rentner gegenüber.

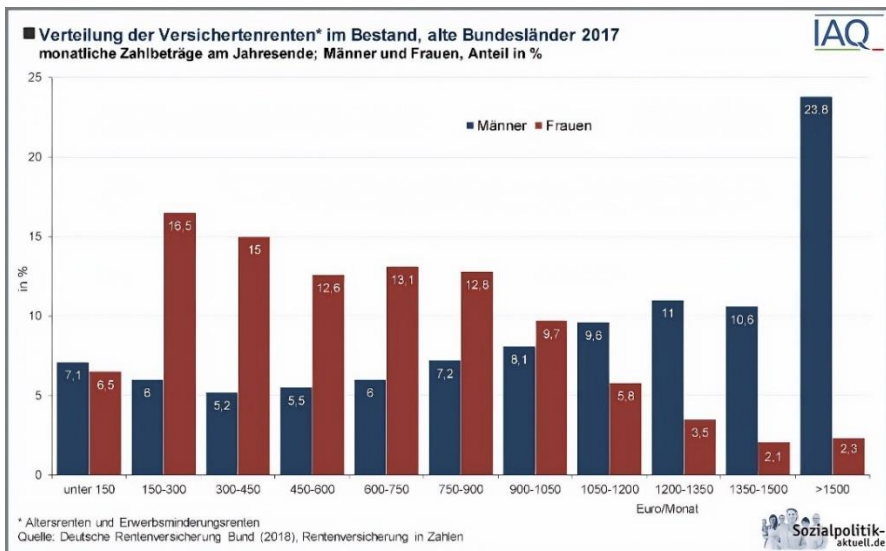


Abb. 43: Verteilung der Versichertenrenten, alte Bundesländer 2017

Quelle: IAQ, http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII24.pdf, Abbildung abbVIII24

Sieht man sich die ca. 19,5 Millionen Menschen (ein Viertel der Bevölkerung) an, die in prekären oder unsicheren Arbeitsverhältnissen leben, und diejenigen, die keine Arbeit haben, dann stellt sich doch die Frage, wie diese Personen überhaupt Rentenanwartschaften erzielen können. Wie soll der Staat diese enorme Anzahl von Personen mit sozialen Mitteln (Anteil aus Steuermitteln im Staatshaushalt) befriedigen können?

Eine Reform der Renten ist dringend angesagt.

Die gesetzliche Rentenversicherung

»Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Zweig der Sozialversicherung. Sie schützt ihre Versicherten vor finanziellen Einbußen durch Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod deren Hinterbliebene. Von 1992 mit 19,22 Millionen ist der Bestand an Renten bis Ende des Jahres 2016 auf eine Höhe von rund 25,65 Millionen gestiegen.«¹⁴⁴

»Verursacht hat die Misere unter anderem die Tatsache, dass die Deutschen seit Jahren zu wenige Kinder bekommen. Selbst in Zeiten des Elterngelds steigt die Geburtenrate nicht signifikant. Das Ergebnis: Seit langem hängt die Rentenversicherung am Tropf des Staates. Von den 244 Milliarden Euro, die sie 2010 eingenommen hat, stammt ein Viertel aus Bundesmitteln – der Großteil in Form des Bundeszuschusses. Damit betrug er 2010 bereits eine halbe Milliarde mehr als im Vorjahr – Tendenz steigend. Doch damit nicht genug: Gut ein Prozentpunkt der Mehrwertsteuer fließt mittlerweile in die Rentenkasse, schreibt das Arbeitsministerium – als zusätzliche Finanzspritze. Hinzu kommt ein Teil der Ökosteuern.

Nicht jeder bekommt eine Rente vom Staat. Beispiel: Altersrente. Nur wer alt genug ist und mindestens fünf Jahre eingezahlt hat, kann Rente wegen Alters beantragen. Das klingt zunächst nach einem flächendeckenden Ansatz, ist es aber nicht. Denn einzahlen kann nicht jeder. Ausgeschlossen sind Beamte, Richter, Soldaten oder Minijobber (ohne Eigenbeitrag). Auch Selbstständige, die nicht qua Gesetz zu den Versicherten zählen (etwa Handwerker, Künstler, Autoren und freie Journalisten) oder die in ein eigenes Versorgungswerk einzahlen (wie Ärzte oder Rechtsanwälte), dürfen nicht Mitglied sein. Seit 2011 zahlt die Rentenversicherung auch keine Rente mehr für neue Mitglieder der Hartz-IV-Statistik.«¹⁴⁵

¹⁴⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/6968/umfrage/anzahl-der-renten-in-deutschland-seit-1992/>

¹⁴⁵ https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/tid-23484/gesetzliche-rentenversicherung-bekommt-jeder-deutsche-eine-staatliche-rente_aid_660747.html

Sinkende Rentenhöhe – steigende Versteuerung

»Zurzeit liegt die Standardrente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Beitragsjahren (auch ›Eckrentner‹ genannt) bei 1210 Euro monatlich brutto. Nach Abzug von Sozialabgaben (aber vor Steuern) sind es 1088 Euro.

Wer etwa 2010 in Rente ging, muss 60 Prozent seiner Altersrente versteuern. Wer dieses Jahr in Ruhestand geht, entsprechend 62 Prozent. Das geht so weiter, bis die Steuerpflicht auf Renten irgendwann – im besagten Jahr 2031 – bei 100 Prozent angelangt ist.

›Rentner haben wie Arbeitnehmer einen jährlichen Steuerfreibetrag von 8004 Euro für Alleinstehende und 16 008 für Verheiratete.«¹⁴⁶

»Als Eckrentner wird eine fiktive Person bezeichnet, die 45 Jahre lang aus einem Durchschnittseinkommen Beiträge bezahlt und mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente geht. Die aufgrund einer solchen Rentenbiographie erzielte Rente wird Standardrente (umgangssprachlich ›Eckrente‹) genannt. Die Eckrente (West) lag am 1. Juli 2011 bei 1236,15 €. Sie ist keine Durchschnittsrente, deren Höhe liegt erheblich unter der Eckrente.«¹⁴⁷

Armutsrente

»Wer in Deutschland arm ist, hat weniger als 917 Euro im Monat. So hoch ist derzeit die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle. Unter dieser Schwelle findet man besonders häufig Arbeitslose und Alleinerziehende. Aber auch eine dritte Gruppe ist immer öfter betroffen: Viele Rentner leben in Deutschland an der Armutsgrenze, das zeigen aktuelle Zahlen.«¹⁴⁸

Der Hartz-IV-Regelsatz orientiert sich an dieser Grenze.

Die Verteilung zeigt, dass der Anteil der Frauen über 65 Jahre, die weniger als 917 Euro aus der Rentenversicherung pro Monat erhalten, ca. 70 % beträgt. Der Anteil der Männer liegt dagegen nur ca. 22 %. Übertragen auf ein gemeinsames Einkommen bedeutet das, dass ca. 45 % aller Rentner gradeso mit dem zur

¹⁴⁶ (Hutterer, 2011)

¹⁴⁷ [https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetzliche_Rentenversicherung_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetzliche_Rentenversicherung_(Deutschland))

¹⁴⁸ (Ficociello, 2019)

Verfügung stehenden Einkommen zurechtkommen oder Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Ein weiteres Problem bei den armen Alten: Sie werden immer mehr. 2006 waren 10,3 % der Rentner von Armut betroffen, heute sind es schon 15,6 %. Das ist eine Steigerung von 51 %.

Wenn 45 % aller Rentner eine Armutsrente beziehen, jedoch offiziell nur 15,6 % als arm eingestuft werden, so darf man unterstellen, dass Erbschaften, Betriebsrenten, Kapitallebensversicherungen oder andere Vorsorgeinstrumente diese Lücke decken.

Ein Blick auf die Regeln zu Hartz IV macht schnell klar, wie groß diese Einschränkungen sind.

Hartz IV Regelsatz 2018 in Euro	415,99
Nahrungsmittel, Alkoholfreie Getränke	145,04
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	39,91
Nachrichtenübermittlung	37,20
Wohnen, Energie und Instandhaltung	36,89
Bekleidung, Schuhe	36,45
Verkehr	34,66
andere Waren und Dienstleistungen	32,99
Innenausstattung und Haushaltsgegenstände	25,64
Gesundheitspflege	15,80
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	10,35
Bildung	1,06
Quelle: Bundesagentur für Arbeit	

Abb. 44: Hartz-IV-Regelsatz 2018

Quelle: Eigene Darstellung, https://www.lpb-bw.de/hartz_iv_aktuell.html

»Der Hartz IV Regelsatz beträgt 416 Euro in 2018. Für Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft hat sich der Betrag jeweils von 368 Euro auf 374 Euro erhöht. Zusätzlich zu den Regelleistungen werden die angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung (Miete inkl. Heizkosten) übernommen.

Für einen gesetzlich festgelegten Personenkreis kann neben der Hartz IV Regelleistung Anspruch auf sogenannten Mehrbedarf bestehen. Davon umfasst sind z. B. werdende Mütter ab der 13. Schwangerschaftswoche, Alleinerziehende von Minderjährigen, ein Teil der behinderten Menschen und Personen, die aus medizinischen Gründen kostenaufwändigere Ernährung benötigen. Der Mehrbedarf

orientiert sich ausgehend von der maßgeblichen Regelleistung, die ab 01.01.2017 bei alleinstehenden Personen 409 Euro (416 Euro ab 2018) beträgt.

Daneben gibt es noch einen eng begrenzten Sonderbedarf und Erstausrüstung.«¹⁴⁹

Steigende Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt

»Den Berechnungen des Ministeriums zufolge wird die Bundesregierung in diesem Jahr 86,71 Milliarden Euro an die Rentenkasse überweisen. Im nächsten Jahr sollen es 91,17 Milliarden Euro sein. Laut Finanzplan sind das 300 Millionen Euro mehr als bisher geplant. Der Grund dafür sei insbesondere die Entwicklung der Umsatzsteuer und die Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter. Bis 2020 werde der Bundeszuschuss auf 100,65 Milliarden Euro steigen.

Der Gesamtbetrag, der nun auf 100 Milliarden Euro zusteuert, setzt sich indes aus unterschiedlichen Positionen zusammen, von denen nur zwei als eigentliche Bundeszuschüsse gelten. Dies ist zum einen der traditionelle »Bundeszuschuss an die allgemeine Rentenversicherung«, der einer grundlegenden Unterstützung der Beitragskasse aus Steuermitteln dient. Hinzu kommt der »Zusätzliche Zuschuss«, der zudem einen »Erhöhungsbetrag« enthält. Dieser zweite Zuschuss dient laut Gesetz der »pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen«, sogenannter versicherungsfremder Leistungen.

Diese Zuschüsse summieren sich 2017 auf knapp 68 Milliarden Euro; 44 Milliarden Euro für den Hauptzuschuss und 24 Milliarden Euro für den zusätzlichen. Das sind zusammen 3 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2016 und 12 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2007.

Die Bundeszuschüsse im engen Sinne, also jene 68 Milliarden Euro, machen derzeit gut 26 Prozent der gesamten Rentenausgaben aus.

Dabei steigt diese Summe der Rentenausgaben allerdings von heute rund 250 Milliarden Euro auf rund 400 Milliarden Euro im Jahr 2030. Das ist ein Anstieg um 60 Prozent oder durchschnittlich mehr als 3 Prozent im Jahr. Und wenn man sämtliche Bundeszuschüsse von heute 91 Milliarden Euro auf die aktuellen Rentenausgaben bezieht, beträgt der Anteil der Steuerzuschüsse schon jetzt mehr als ein Drittel.

Aus der CDU kommt deshalb nun nicht nur scharfe Kritik an den SPD-Plänen, sondern überdies die Forderung, den Bundeszuschuss insgesamt stärker zu begrenzen. »Der Renten-Etat von Frau Nahles ist schon jetzt mehr als wackelig«,

¹⁴⁹ <http://www.hartziv.org/>

sagte der Vizechef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Fuchs dieser Zeitung. Nahles ›lebe‹ derzeit von stetig steigenden Bundeszuschüssen, die dann über Steuern eingesammelt werden müssten. ›Eine Rentenreform, die den Namen wirklich verdient, muss dazu führen, dass dieser Zuschuss wieder sinkt‹, sagte Fuchs. ›Alles andere wäre eine Mogelpackung, bei der die Steuerzahler am Ende die Zeche zahlen‹.¹⁵⁰

Das Umlageverfahren in der Krise

»Die gesetzliche Rentenversicherung wird im Wesentlichen durch ein Umlageverfahren finanziert. Die jeweiligen Beitragszahler bringen die Renten der aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedenen auf und erwerben selbst einen Anspruch auf ihre eigene (kommende) Rente (Generationenvertrag). Die jährlichen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt für die nicht beitragsgedeckten Leistungen (wie beispielsweise Kindererziehungszeiten, Hinterbliebenenrenten, Renten nach dem Fremdrentengesetz usw.) reichen nicht aus, um diese zu decken. Angesichts des demographischen Wandels wird häufig gefordert, die Finanzierung der Alterssicherung von einem umlagefinanzierten auf ein kapitalbildendes System umzustellen, meistens in Form privater Alterssicherung.«¹⁵¹

Rentensenkung und Ausweitung des Renteneintrittsalters

»Mit der Rentenreform von 1957 wurde die Dynamisierung der Renten eingeführt. Renten sollten sich im Gleichschritt mit den Löhnen entwickeln. Rentner sollten so an der Wirtschaftsentwicklung teilhaben. Mit den Rentenreformgesetzen 2001 bis 2004 wurde dieser Anspruch hinsichtlich der gesetzlichen Rentenversicherung aufgegeben. Nicht der Gleichschritt der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung mit den Löhnen, sondern die Höhe des Rentenversicherungsbeitrages wurde Zielgröße. Das Rentenniveau leitet sich jetzt aus der Höhe des Beitragssatzes ab. Gleichzeitig wurde das Renteneintrittsalter stufenweise auf 67 Jahre ausgeweitet.

Im Durchschnitt blieb die individuelle Rentenhöhe gegenüber allen anderen volkswirtschaftlich relevanten Größen (Bruttoinlandsprodukt, Brutto- lohn- und -

¹⁵⁰ (Handelsblatt, RENTE - Bundeszuschuss erstmals über 100 Milliarden Euro, 2016)

¹⁵¹ [https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetzliche_Rentenversicherung_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetzliche_Rentenversicherung_(Deutschland))

gehaltssumme) im Wachstum zurück. Die mit diesem Wechsel verbundene Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus sollte durch private und betriebliche Vorsorge kompensiert werden.

Gegenwärtig beträgt das Rentenniveau, netto vor Steuern, knapp 48 Prozent. 1990 betrug das Rentenniveau immerhin noch 55 Prozent. Für das Jahr 2030 wird eine Untergrenze von 43 Prozent vorgegeben, das Rentenniveau liegt dann 12 Prozentpunkte niedriger, d. h. es sinkt um 22 Prozent gegenüber 1990.

Erstens unterstellt das Konzept des Standardrentners einen ununterbrochenen Erwerbsverlauf über 45 Jahre. Unterbrechungen, die heute einen Berufsverlauf häufig kennzeichnen, wie z. B. durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung oder Umschulung bzw. Weiterbildung, sind nicht berücksichtigt.

Zweitens wird die Versorgungsrate in der Regel zu hoch ausgewiesen, da die Rente auf das durchschnittliche Bruttoeinkommen und nicht auf das letzte individuelle Bruttoeinkommen bezogen wird.

Drittens wird der Versorgungsgrad zu hoch ausgewiesen, weil der Rentenbruttobetrag neben den Sozialbeiträgen auch zunehmend mit einer Einkommensteuer belastet wird. Um die individuelle Versorgungssituation zu beschreiben, sollte eher eine Nettoeinkommenrelation, d. h. Nettoeinkommen zu Nettorente, genutzt werden.

Viertens wird unterstellt, dass alle Beschäftigten voll in einen Riestervertrag einzahlen, wodurch das Rentenniveau zu hoch ausgewiesen wird.

Wie sich zeigt, sind mit der Einführung der Reformmaßnahmen zu Beginn des Jahrtausends die Ausgaben für die Rentenversicherung gedämpft worden. Obwohl der Altenquotient sich vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2014 um knapp 30 Prozent, von 26,8 Prozent auf 34,6 Prozent, erhöht hat, haben sich die Ausgaben für die Rentenversicherung in der Abgrenzung des Sozialbudgets in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 10,3 Prozent auf 9,3 Prozent verringert.«¹⁵²

Ruheständler in Österreich bekommen im Schnitt 60 % mehr Rente als deutsche

»Nach Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung Bund liegt die durchschnittliche Bruttorente in Österreich mit 1231 Euro um ein Drittel über der deutschen Durchschnittsrente, die lediglich 909 Euro beträgt. Auf sagenhafte 58 Prozent Differenz kommt man, wenn einberechnet wird, dass in dem Nachbarland

¹⁵² (Meinhard, 2017)

die Rente vierzehnmals ausgezahlt wird, also auch die Senioren sozusagen Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bekommen und damit rechnerisch auf einen Monatswert von 1436 Euro.

Hinter der »Pensionsformel 80/45/65« verbirgt sich das Versorgungsniveau, das ein Versicherter nach 45 Beitragsjahren erreicht: rund 80 Prozent des Lohnes, den er im Durchschnitt seines Berufslebens erzielt hat. In Deutschland liegt der vergleichbare Wert schon heute bei 48 Prozent und sinkt in den nächsten Jahrzehnten weiter ab.

Der Rentenbeitrag liegt in dem Nachbarland allerdings mit 22,8 Prozent schon heute deutlich höher als hierzulande, wo 18,7 Prozent zu zahlen sind.

Hierzulande sind die Renten grundsätzlich an die Lohnentwicklung gekoppelt. In Österreich wird grundsätzlich nur die Inflation ausgeglichen. Über die gesamte Rentendauer hinweg schrumpft somit der Unterschied im Leistungsniveau. Außerdem bekommt man in der Alpenrepublik erst dann eine Rente, wenn man mindestens 15 Jahre eingezahlt hat. In Deutschland ist die Wartezeit mit fünf Jahren deutlich kürzer, wodurch mehr Minirenten entstehen. Mehr Geld in der Kasse hat Österreichs Rentenversicherung aber noch aus einem anderen Grund:

Der Versichertenkreis ist viel größer als in Deutschland. Denn alle Selbstständigen zahlen ein. Was anfangs für Selbstständige nur als Minimalabsicherung für Notfälle konzipiert war, wurde im Laufe der Zeit sukzessive in eine vollständige Rentenversicherung ausgebaut. Seit 2005 sind nun alle Unternehmer, Freiberufler, Soloselbstständige oder Honorarkräfte Mitglied der staatlichen Alterssicherung.

Zu den Freiberuflern gehören z. B. Anwälte, Ärzte, Apotheker, Tierärzte, Architekten, Notare, Zahnärzte, Ingenieure, in einigen Bundesländern sogar Psychologische Psychotherapeuten, die überdurchschnittlich verdienen und nicht in die Rentenkasse einzahlen.

Berufsständische Versorgungswerke gibt es seit den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts. Sie wurden von den freien Berufen mit Kammerzugehörigkeit gegründet, um ihren Mitgliedern, die als Freiberufler nicht vom bismarckschen Sozialsystem und auch nicht von der späteren Rentenversicherung erfasst wurden, eine Absicherung für Alter und Berufsunfähigkeit zu bieten. Das erste eigenständige Versorgungswerk für Rechtsanwälte besteht seit 1982. Mittlerweile gibt es in jedem Bundesland öffentlich-rechtliche anwaltliche Versorgungswerke eigener Art.

Ärzte müssen dem Versorgungswerk ihres Berufsstandes beitreten. Die Altersvorsorge wird damit nicht über die gesetzliche Rente dargestellt. Die Leistungen aus dem Versorgungswerk werden ausschließlich über die Beiträge der Mediziner finanziert.

Während früher die Staatsdiener in dem Nachbarland ähnlich komfortabel abgesichert waren wie hierzulande, so gilt heute in Österreich auch für sie die Formel 80/45/65. In Deutschland ist hingegen nach wie vor das letzte Gehalt die Basis für die Höhe der Pension. Auch liegt das Versorgungsniveau mit 70 [%] [...] deutlich höher als für die Rentenversicherten mit 48 % (und 43 % in 2030). Und trotz hitziger Rentendebatte wagen sich weder Union noch SPD an die Pensionen heran.«¹⁵³

Inflationsrate und lineare Rentenanpassung

Rentenanpassungen in Deutschland werden linear vorgenommen. Einmal im Jahr wird mitgeteilt, um wie viel Prozent sich die Rente erhöht. Die Ausschüttung richtet sich danach, was eingezahlt wurde. Liegt die Inflationsrate über dem Satz der Rentenerhöhung, dann werden 45 % aller Rentner real ärmer, da deren Rente unter dem Armutssatz von 906 Euro liegt. Bei 25,65 Millionen 2016 in Deutschland sind dies 11,54 Millionen Rentner, die automatisch ärmer werden.

Diese Rentner haben meist eine Leistung erbracht, die nicht hoch genug bezahlt wurde, und waren daher auch nicht in der Lage, höhere Beiträge in die Rentenkasse einzuzahlen. Es ist die Frage, ob eine Gesellschaft eine Arbeit danach bewerten sollte, wie viel in die Rentenkasse eingezahlt wurde, oder danach, ob diese Arbeit nicht einen wichtigen gesellschaftlichen Nutzen hatte, so z. B. Reinigung, sie ist notwendig, wird aber schlecht bezahlt.

Bei den Bundeszuschüssen aus Steuermitteln von knapp 68 Milliarden Euro in 2017 wird so getan, als wären diese Steuermittel von den Einzahlern in die Rentenkassen vorgenommen worden, denn so werden sie anschließend verteilt. Es ist jedoch ganz sicher, dass es diesen Zusammenhang nicht gibt. Kleine Unternehmen, die es sich nicht leisten konnten in die Rentenkasse einzuzahlen, dafür jedoch Angestellte hatten und deren Rentenbeträge anteilig gezahlt haben, stellen einen Teil dieser Gruppe dar. Steuern zahlen auch die Freiberufler, die davon nicht profitieren.

Die gewerkschaftlichen Forderungen bei Lohnerhöhungen bestehen meist aus zwei Hauptkomponenten: einer linearen Erhöhung und einer Sockelkomponente. Die Sockelkomponente dient der Vermeidung von realen Verlusten durch die Inflation.

Die Rentenanstalt übersieht hier ganz nonchalant einen wichtigen Anpassungsprozess, denn Renten unterhalb der Lebenshaltungskosten verlieren real an Wert,

¹⁵³ (Siems, 2017)

während sie über den Lebenshaltungskosten gehalten werden können oder real steigen. Die armen Rentner werden automatisch ärmer.

Die Bundesregierung könnte den Automatismus zum Ärmer-Werden der 11,54 Millionen Rentner durch eine Abkehr von der linearen Verteilung durchbrechen, doch Ansätze dazu sind nicht erkennbar.

Staatspensionen und versicherungsfremde Leistungen

»Steigende Ausgaben für Beamtenpensionen werden die öffentlichen Kassen künftig deutlich stärker belasten. [...] In der aktuellen Vermögensrechnung, die das Bundesfinanzministerium auf seiner Internetseite veröffentlicht hat, kalkuliert er nunmehr mit Kosten von insgesamt 758 Milliarden Euro für die Pensionen sowie die Beihilfe für seine Beamten im Ruhestand – ein Anstieg um 70 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr.«¹⁵⁴

»Die Pensionen von Bundesbeamten in Deutschland steigen schneller als die gesetzlichen Renten. Das geht aus einer Analyse der ›Bild‹-Zeitung vom Montag hervor, die sich auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes und des Sozialministeriums stützt. Demnach seien die Pensionsgelder im Jahr 2013 durchschnittlich um 170 Euro gestiegen, die normalen Renten hingegen nur um 7,75 Euro. Umgerechnet bekommen Pensionäre damit ein 22-mal höheres Plus.«¹⁵⁵

»Die Politiker bezahlen versicherungsfremde Leistungen von den Beiträgen der Versicherten. Dinge, die eigentlich alle Steuerzahler berappen müssten, wie die Mütterrente oder die Angleichung der Renten von Ruheständlern in Ost und West zum Beispiel. Die Hälfte des Geldes, das dafür benötigt wird, soll aus der Rentenkasse kommen. Die andere Hälfte zahlt der Steuerzahler. Bedeutet im Klartext: Die Beitragszahler schultern die Hälfte aus der Rentenkasse, also die abhängig Beschäftigten in diesem Land, die Zwangsglieder der gesetzlichen Rentenversicherung sind. Warum? Das sind doch Folgekosten der deutschen Einheit, die eigentlich von allen Steuerzahlern getragen werden müssten, also auch von Beamten, Abgeordneten und allen Selbstständigen.«¹⁵⁶

Da Pensionen aus Steuermitteln bezahlt werden, stehen sie in unmittelbarer Konkurrenz zu den Zuschüssen zur Rentenversicherung. Daher hat die Forderung der Bundesregierung nach Senkung der Zuschüsse zur Rentenversicherung auch einen sehr eigennützigen Charakter. Die Legislative besteht aus Beamten, die die Gesetze machen und sich natürlich selbst auch versorgt wissen wollen. Man muss

¹⁵⁴ (Schäfers, 2019)

¹⁵⁵ (mz-Focus, 2014)

¹⁵⁶ (Herrnkind, 2018)

nicht viel Fantasie haben, wie sich der Zuschuss zur Rentenversicherung weiterentwickeln wird.

Auch hier nimmt die soziale Ungleichheit weiter zu.

Kultur

Ob es nun Ausgaben für die Bildung der Kinder oder für die eigene Ausbildung sind, Wünsche bezüglich Ausstattung zu haben, mal einen Urlaub zu machen, auswärts essen zu gehen, einen Kino- oder Theaterbesuch vorzunehmen oder einfach nur Freunde einzuladen, bei fehlendem Einkommen muss an diesen Stellen gespart werden.

»Millionen Bundesbürger sind so arm, dass sie sich keine Urlaubsreise leisten können. Etwa jeder Siebte (14,5 Prozent) konnte im vergangenen Jahr nicht einmal eine Woche weg von zuhause bezahlen, wie aus Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervorgeht. [...]

Besonders Alleinerziehende sind betroffen. Für 31,1 Prozent von ihnen war in Deutschland im vergangenen Jahr keine Reise drin.«¹⁵⁷

Zu dieser Gruppe gehören Ausgaben, die dann wegfallen, wenn das Einkommen nicht mehr reicht. Es stellt einen Puffer dar, der mit der Dauer jedoch schwer erträglich wird. Unzufriedenheit und Frust breiten sich aus und führen diese Menschen den Protestwählern zu.

Erfolge in der Bildungspolitik, wie die Einführung des zweiten Bildungsweges, setzen voraus, dass die Angebote finanziell angenommen werden können.

Eine vorbildliche Aktion war die Umschulungen, die vom Arbeitsamt bezahlt wurden. Sie waren eine direkte Folge der steigenden Arbeitslosigkeit und deutlich darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen nicht an einer Ausbildung für ihre Tätigkeiten interessiert waren.

¹⁵⁷ (Heming, 2019)

Die Ergebnisse der neoliberalen Privatisierungspolitik

33 Millionen Bürger haben keine Ersparnisse

Nach einer Studie des DIW Berlin haben 40 % der Bürger keine Ersparnisse. Sie können daher auch keine Rücklagen bilden. Ohne eine Rücklagenbildung sind diese Personen jedoch im Rentenalter oder bei Krankheit armutsgefährdet.

27 Millionen Bürger sind vom Wohlstand ausgeschlossen

Die Festlegung des obigen Intervalls für Wohlstand, wonach die untere Grenze des Intervalls bei 80 % des Nettoäquivalenzeinkommens liegt, schließt 27 Millionen Bürger vom Wohlstand aus.

19,5 Millionen Bürger leben in prekären Arbeitsverhältnissen oder in Armut

Auch wenn die Zahlen teilweise geschätzt sind und manchmal die Zusammenhänge schwer zu ermitteln sind, ob z. B. eine Untergruppe an einer anderen Stelle erfasst ist oder nicht, so bietet sich doch eine eindeutige Übersicht über die Verschlechterung der finanziellen Situation der ärmeren Bevölkerungsschicht.

Die Anzahl der Personen, die sich in einer prekären Lage befinden, können wir wie folgt zu 13,5 Millionen zusammenfassen:

- 5.000.000 Arbeitslose/Unterbeschäftigte
- 8.000.000 atypisch Beschäftigte,
- 430.000 Scheinselbstständige

Zusätzlich die unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze lebenden mit 5,6 Millionen:

- 2.700.000 Personen unter 18 Jahren
- 2.900.000 Rentner, bei Annahme von insgesamt 21 Millionen Rentnern
- Zusätzlich Hilfsbedürftige mit ca. 580.000:
- 860.000 Wohnungslose/Obdachlose
- 84.000 Inobhutnahmen von Kindern aus gefährdeten Familien

Grob gesehen leben jetzt ca. 19,5 Millionen, also knapp ein Viertel der Bevölkerung, in gefährdeten oder unsicheren Verhältnissen und haben keinen Anteil am Wachstum und Wohlstand des Landes.

Durchschnittlich ist in Deutschland von 1995 bis 2015 ein neues Vermögen von 87.500 Euro pro Person entstanden. Das goldene Zeitalter ist noch lange nicht vorbei. Doch rund 20 Millionen der Bevölkerung hatten daran keinen Anteil. Im Gegenteil, ihre finanzielle Situation hat sich verschlechtert.

Die Schere geht weiter auseinander

»Vor allem die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen hätten vom Wirtschaftswachstum zu lange nicht profitiert, beklagt das Ministerium: »Im Jahr 2015 waren die realen Bruttolöhne der unteren 40 Prozent zum Teil deutlich niedriger als 1995«, zitierte die Zeitung aus dem Papier. Ein großer Teil der Bevölkerung habe damit heutzutage weniger Kaufkraft als vor 20 Jahren.

Dagegen hätten die oberen 60 Prozent teils ausgeprägte Zuwächse verbucht: »Die Schere bei den Löhnen ging also deutlich auseinander«, stellten die Experten des Ministeriums dem Bericht zufolge fest. Zwar seien die Reallöhne seit 2013 in Deutschland mit einem Plus von 1,8 Prozent wieder deutlich gestiegen. Doch bestehe »weiterhin Nachholbedarf für Lohnsteigerungen«.«¹⁵⁸

Politische Auswirkungen der neoliberalen Politik

Nationalismus nimmt zu – Beispiel Brexit

Seit einigen Jahren fällt auf, dass sich Protest organisiert. Der Zulauf von Wählern zu Parteien des extrem konservativen Spektrums mit Nationalisierungstendenzen wie Wilders, Le Pen, Farage und Trump mit Auswirkungen wie Brexit oder Protektionismus (USA) wird meist als Folge der Globalisierung angesehen, obwohl die Gründe viel tiefer liegen.

¹⁵⁸ (FAZ, WACHSENDE UNGLEICHHEIT - Wirtschaftsministerium warnt vor schrumpfenden Löhnen, 2017)

Wie aus den vorausgegangenen Erörterungen ersichtlich ist, ist die Unsicherheit für die Erzielung von Einkommen aus Arbeit in den Hochpreisländern enorm gestiegen. Besonders die Anzahl atypischer Verträge im Bereich der Niedriglohnbeschäftigung hat zugenommen.

»Niedriglohnbeschäftigung wird definiert als Arbeitsentgelt eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers, das knapp oberhalb oder unter der Armutsgrenze liegt. Liegt sie darunter, ist dem Arbeitnehmer trotz Vollerwerbstätigkeit eine angemessene Existenzsicherung nicht gewährleistet.«¹⁵⁹

Bei einem Arbeitsplatzabbau dieser Größen im Zuge der Globalisierung werden auch spezialisierte Personen freigesetzt, die sich nun in Konkurrenz zu den verbliebenen unattraktiven Arbeitsplätzen befinden und den Preis für den Arbeitslohn nach unten treiben. Ohne eine staatliche Regulierung würden diese Arbeitsplätze schnell zu einer Existenzkrise werden. Die Befristung erzeugt zusätzliche Unsicherheit.

Daher ist es nur verständlich, wenn die Menge derjenigen, die auch auf diesen Markt streben, als große Gefahr für die eigene Existenz angesehen wird. Das Flüchtlingsproblem hat daher diese Unsicherheit verschärft. Eine Willkommenskultur gab es in den seltensten Fällen. Auch die Zuwanderung der Russlanddeutschen, Vertriebenen aus Schlesien und Tschechien geschah nicht problemlos.

Die Rechtspopulisten machen sich solche Situationen zunutze und bieten Bilder, die die Gefühle der Menschen treffen. So z. B. Farage mit seiner Kampagne für den Brexit (Referendum zum Verlassen des UK aus der EU), indem auf einem Bus eine Schlange von Flüchtlingen abgebildet wurde, mit folgendem Hinweis: »Breaking Point - We must break free of the EU and have to control our border«.

In Realität hat UK 0,05 % der Flüchtlinge in Bezug zur Bevölkerung aufgenommen (Deutschland 0,2 % und Schweden 0,78 %, nach Eurostat 2014). Doch trotz der geringsten Aufnahme von Flüchtlingen in UK, wurde mit dem Argument, die Flüchtlingszunahme wäre eine Bedrohung für das Land, das Referendum zum Brexit gewonnen.

»Beginnt ein Satz mit »Ich habe nichts gegen Ausländer ...«, geht er in der Regel nicht versöhnlich zu Ende. Die Frau, die an der Ausgabestelle der Berliner Tafel im Kreuzberger Bergmannkiez für eine Tüte mit Lebensmitteln ansteht, geht der Satz nicht leicht über die Lippen. Sie sei seit ein paar Monaten arbeitslos, beziehe Hart IV, schickt sie voran. Sie habe nichts gegen Ausländer, »aber eigentlich«, sagt sie dann, »eigentlich nehmen die uns etwas weg.«¹⁶⁰

¹⁵⁹ (Schäfer, 2000)

¹⁶⁰ (Rövekamp, 2015)

»Zusätzlich hat der Mangel an Wohnraum in Europa und Nordamerika eine Schlüsselrolle bei der Förderung des Sozialchauvinismus gespielt. Über 60 Prozent der britischen Wähler behaupten, dass die Immigration die Ursache der Immobilienkrise ist – höher als jede andere Erklärung.

Eine Untersuchung des österreichischen Falles ergab, dass die Unterstützung von Anti-Immigrationsparteien »sehr stark auf die empfundene Knappheit« im öffentlichen Wohnungsbau reagiert.

Im Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union wurde die individuelle Abstimmung von Wohneigentum und Geografie sehr genau vorhergesagt: Hausbesitzer mit steigendem Häuserpreis wählten mit ihrer Stimme am ehesten, um in der Europäischen Union zu bleiben, während diejenigen, die vom Wohnungsbau ausgeschlossen waren, für verlassen stimmten.

Es ist möglich, diese Feststellung als Beleg für einen Zusammenhang zwischen Eigenheimbesitz und Unterstützung für die Europäische Union zu sehen. Genauer gesagt zeigt der Befund, dass Hausbesitzer den Status quo gerne schützen wollen. Steigende Hauspreise haben gezeigt, dass sie die Präferenzen der Hausbesitzer gegenüber der Sozialpolitik gegenüber Sozialausgaben verschieben. Auf diese Weise schafft die Inflation der Immobilienpreise eine konservative Koalition, die progressive Reformen blockieren will.«¹⁶¹

»Bis 2018 erwartet der Bundesverband Deutsche Tafeln einen Anstieg bis zu einer halben Million Wohnungsloser. »Die Zuwanderung hat die Krise auf den Wohnungsmärkten nicht ausgelöst, sondern wirkt als Katalysator«, so der Vorsitzende Winfried Uhrig. Wegen des angespannten Wohnungsmarktes entstünde nun eine Rivalität, die »offensichtlich und vorhersehbar« war. Und die gefährlich ist. »Rechte Strömungen entdecken den deutschen Obdachlosen, dem anstelle der Flüchtlinge geholfen werden muss«, meint Uhrig. Sie hetzen mit Wohnungsnot gegen Flüchtlinge.«¹⁶²

Über die 930 Tafeln versorgen sich rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland mit Lebensmitteln.

»An den Tafeln werden – wie zuletzt in Essen – auch die Verteilungskämpfe unter jenen augenfällig, die trotz acht Jahren Wirtschaftswachstums in Folge zur materiellen Unterschicht zählen.«¹⁶³

¹⁶¹ Vgl. (Adler, 2017)

¹⁶² (Rövekamp, 2015)

¹⁶³ (Brune)

Die Gefahr, nicht auf die wachsende Ungleichheit und die wachsende Existenznot der Arbeitenden zu achten, liegt in der Suche der Arbeitnehmer zur Lösung dieser Probleme, die leicht in der Entstehung eines autoritären Systems münden kann, entweder auf der linken oder rechten Seite. Corbyn (Labour Party UK) zeigt mit seinem Manifesto erstmals nach 30 Jahren eine neue politische Ausrichtung zum Sozialismus.

Vergessen wir nicht, dass die Globalisierung überaus erfolgreich den gesamten Wohlstand gemehrt hat. Doch der gebührende Anteil aus diesem Gewinn ist nicht bei allen Menschen in den Hochpreisländern angekommen, sondern nur sehr wenigen zugeflossen. Die Wohlstandsmehrung im Neoliberalismus hat ganz offensichtlich ein Verteilungsproblem.

Aufstände sind zu erwarten – die Gelbwesten in Frankreich

»Es gibt zweifellos rechtsextreme ›Gelbwesten‹, so viele, dass etwa schwarze Studierende sagen, sie würden sich nicht auf die Demos trauen. Es gibt ebenso zweifellos sehr linke ›Gelbwesten‹, auch deren Äußerungen sind in regionalen Facebook-Gruppen leicht auffindbar. Die Mehrheit der ›Gelbwesten‹ aber scheint durch kaum mehr verbunden als die Wut auf Regierung und Eliten sowie ›die intime Dimension der Verzweiflung in Frankreich‹.

Denn Basis der Empörung sind – trotz des Benzinpreis-Anlasses – die schon lange brodelnden sozialen Probleme in Frankreich.

Ein oft geteiltes Symbol dafür war das Video einer Macron-Abgeordneten, die zwar Verständnis zeigte für Mindestlohn-Empfänger. Die aber auf Nachfrage nicht wusste, wie hoch der Mindestlohn eigentlich ist.

Wenn Eindeutigkeit im Innern kaum vorhanden ist – wie jetzt noch bei den ›Gelbwesten‹ – wird sie oft von außen behauptet, denn vor allem die Politik braucht Eindeutigkeit für eine sinnvolle Reaktion. Man darf das nicht als ›Verschwörung‹ begreifen, es zeigt vielmehr das Unvermögen der Strukturen des 20. Jahrhunderts, sich mit den neuen, sozialmedialen Bewegungen des 21. Jahrhunderts sinnvoll auseinanderzusetzen.«¹⁶⁴

¹⁶⁴ (Lobo, 2018)

Volksparteien verschwinden

Für die bisher herrschenden Volksparteien ist die Entwicklung besorgniserregend. Sie verlieren seit Jahren das Vertrauen bei der Bevölkerung. Ein Teil der Bevölkerung orientiert sich optimistisch in neuen politischen Strömungen, der andere Teil wendet sich den populistischen Parteien zu. Die Veränderungen gehen schnell und es kommt zu überraschenden Ergebnissen. Beispiele dafür sind:

Die Brexit-Partei im UK.

Die Bewegung »En Marche« von Macron in Frankreich als Sieger über alle Volksparteien, im Konkurrenzkampf gegen Le Pen.

Auch in Deutschland ist der Abwärtstrend der Volksparteien nicht zu übersehen. Besonders auffällig ist die Orientierungslosigkeit der politischen Parteien und die Suche nach einer Lösung. Es fehlt eine Analyse der Vergangenheit und ein Lernprozess aus den gemachten Fehlern. Ein Zerfall des Euroraums droht.

Die Regierung Italiens sucht nun nach einem Sündenbock für die enorme Verschuldung des Landes. Das liegt auch daran, dass es ihr nicht gelingt alternative Lösungen zu finden, wie sie im dritten Kapitel dieses Buches beschrieben werden. Die Ursache ist nicht der Euro, sondern die verfehlte Verschuldungspolitik.

»Der Euro ist die falsche Währung für Italien«, sagte der Lega-Politiker Claudio Borghi im Interview mit Capital (Ausgabe 9/2019, EVT 22. August). »Ich bin überzeugt, dass der Euro-Austritt unserem Land guttäte.« Die Einheitswährung habe Italiens Wachstum behindert, stelle bis heute einen Wettbewerbsnachteil dar und nehme seinem Land »die Freiheit, über unsere Finanzpolitik zu entscheiden«, erklärte Borghi, der bislang auch Vorsitzender des Finanz- und Haushaltsausschusses im Römer Parlament war.

Borghi gilt als wirtschaftspolitischer Vordenker von Lega-Chef Salvini und führender Kopf hinter der Euro-Austrittskampagne, die seine rechtsgerichtete Partei bei ihrem Regierungsantritt im Sommer 2018 auf Eis legte. Damals wurde sie Juniorpartner der Fünf-Sterne-Bewegung. Nun, da die Rechtspartei die Koalition platzen ließ und Neuwahlen anstrebt, könnte sie die Kampagne womöglich wieder entfachen.«¹⁶⁵

Ich hoffe, dass dieses Buch etwas zur Lösung beitragen kann.

¹⁶⁵ (Hecking, 2019)

DRITTES KAPITEL

Vorschläge zur Beseitigung der Fehlentwicklung mit dem Ziel Wohlstand für alle

Die Indikatoren einer Investitionskrise

Entstehung von Arbeitslosigkeit oder Niedriglohn

Eine interessante Geschichte wird in einem Artikel mit dem Titel »Monetäre Theorie und die Great Capitol Hill Baby-Sitting Co-op Crisis« erzählt. Joan und Richard Sweeney veröffentlichten sie im Journal of Money, Credit und Banking im Jahr 1978.¹⁶⁶

Die Sweeneys erzählen die Geschichte von einer Babysitting Co-op, zu der sie in den frühen 1970er Jahren gehörten. Solche Co-ops waren sehr verbreitet: Eine Gruppe von Menschen (in diesem Fall etwa 150 junge Paare mit Kongressverbindungen) vereinbarte gegenseitiges Babysitting zu machen, um die Notwendigkeit von Barzahlungen an fremde Jugendliche zu vermeiden. Es war ein gegenseitig vorteilhaftes Arrangement: Ein Paar, das bereits Kinder hat, kann feststellen, dass Babysitting für die Kinder eines anderen Paares für einen Abend keine zusätzliche Belastung ist, sicherlich im Vergleich zu dem Vorteil, dass es denselben Dienst an einem anderen Abend erhält. Aber es muss ein System geben, um sicherzustellen, dass jedes Paar seinen fairen Anteil hat.

Die Capitol Hill Co-op fand eine ziemlich natürliche Lösung. Es gab Coupons, die einer Stunde Babysitting entsprachen. Babysitter würden die passende Anzahl von Coupons direkt von dem Paar erhalten, welches Babysitting für ihre Kinder wünschte. Dies machte das System selbst stabil: Im Laufe der Zeit würde jedes Paar automatisch so viel Babysittings machen, wie es im Gegenzug welche erhielt. Solange die Leute zuverlässig waren – und diese jungen Profis waren es sicherlich – was könnte schiefgehen?

Nun, es stellte sich heraus, dass es ein kleines technisches Problem gab. Denken Sie an die Couponbestände eines typischen Paares. In Zeiten, in denen es wenige Gelegenheiten gab auszugehen, würde ein Paar wahrscheinlich versuchen, eine Reserve aufzubauen, und dann die Reserve verbrauchen, wenn die Gelegenheiten dafür vorhanden waren. Ein Paar hätte dann keine Coupons, wenn ein anderes Paar zu Hause blieb. Ein Paar würde ausgehen, wenn ein anderes zu Hause war. Aber da viele Paare zu jeder Zeit eine Reserve von Coupons halten würden, musste die Co-op eine ziemlich große Menge an Coupons im Umlauf haben.

Nun, was in der Sweeneys Co-op passiert ist, war, dass aus komplizierten Gründen bei der Erhebung und Verwendung von Coupons die Anzahl der im Umlauf befindlichen Coupons ziemlich niedrig war. Infolgedessen waren die meisten Paare bestrebt, ihre Reserven durch Babysitting zu erhöhen, indem sie zögernd

¹⁶⁶ Vgl. (Sweeney & Sweeney, 1977)

ausgingen. Aber die Entscheidung eines Paares auszugehen war die Chance eines anderen Paares Babysitting zu machen; so wurde es schwierig, Coupons zu verdienen. Sobald sie das wussten, wurden die Paare noch zögernder ihre Reserven zu nutzen, außer bei besonderen Anlässen, wodurch das Babysitting noch weiter reduziert wurde. Einige Paare konnten nicht mehr zu Coupons kommen, da diese bei anderen Paaren gehortet wurden.

Entstehung der Investitionskrise – Analogie zum Babysitting-Modell

Stellen wir uns die Coupons als Geldmenge vor und das Babysitting als Arbeitsmarkt, so wird deutlich, dass mit einer Ausgabenzurückhaltung (Hortung von Coupons), die Nachfrage nach Arbeit (Babysitting) zurückgeht. Für diejenigen, die ihre Arbeitskraft anbieten, gibt es keine Möglichkeit zu Geld (Coupons) zu kommen. Sie sind praktisch arbeitslos, da weniger Arbeitskraft nachfragt wird, oder sie bieten sich billiger an (was dann einer Entstehung eines Niedriglohnssektors entspricht).

Die Probleme von 1973 bis heute in unserem Wirtschaftssystem beziehen sich auf den Mangel an zur Verfügung gestellter Arbeit, während gleichzeitig hohe Geldvermögen entstanden sind. Das Babysitting-Modell impliziert, dass es eine Hortung gegeben haben muss, in der die zur Verfügung stehenden Mittel nicht für Arbeitsplätze, sondern für andere Bereiche oder gar nicht verwendet wurden.

Zum weiteren Verständnis empfehle ich »Das Wunder von Wörgl«. Der Film beschreibt nach einer wahren Begebenheit, wie in der Weltwirtschaftskrise 1932 die Wirtschaft von Wörgl (Österreich) am Boden liegt. Hohe Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut beherrschen die Stadt. Durch eine Pseudowährung, genannt Arbeitsbestätigungsscheine, die langsam von den Arbeitenden und von den Warengeschäften akzeptiert werden, blüht die Stadt auf und wird ein Vorbild für weitere österreichische Städte.¹⁶⁷

In der Wirtschaftswissenschaft wird postuliert, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften durch Investoren zustande kommt, die sich das Geld indirekt über Banken von den Sparern leihen. Weiterhin wird unterstellt, die Größe der Investitionen (bei der Nachfrage nach Arbeit) wäre gleich groß wie die Ersparnisse. Doch stimmt das wirklich?

¹⁶⁷ Vgl. <https://www.arte.tv/de/videos/078113-000-A/das-wunder-von-woergl/>, auch youtube vidio

Einige Gründe sprechen dagegen:

1. Investoren würden sich Geld leihen, weil sie selbst nicht genug haben und sich von einer Investition etwas versprechen;
2. Investoren würden mit dem geliehenen Geld ausschließlich Arbeitsplätze schaffen oder Arbeitsplätze erhalten;
3. Es dürfte keine Hortung geben, da dann das Geld nicht wieder zurück in die Wirtschaft flösse und
4. Arbeitslosigkeit dürfte nicht dazu führen, Löhne zu senken.

Zu 1:

In Zeiten von wirtschaftlichen Abschwüngen stellen die Investoren aus mehreren Gründen ihre Tätigkeiten ein oder fahren sie zurück. Es kommt zu Geldschwemmen. Auch bei sehr niedrigen Zinsen kann die Investitionstätigkeit erlahmen. Das Ergebnis ist erhöhte Arbeitslosigkeit.

Dies war der Anlass für die Einführung des »deficit spending« im Rahmen der Globalsteuerung von Karl Schiller, womit dem Staat erlaubt wurde, sich in Krisenzeiten bei den Privaten zu verschulden, um dann als Kreditnehmer und Ersatzinvestor aufzutreten. Die Idee war einfach. Sie funktionierte aus zwei Gründen jedoch nicht: Erstens sollte der Kredit in Boomzeiten zurückgezahlt werden. Doch wie erkannte man Boomzeiten? Zweitens, wie sollte man sich verhalten, wenn es nicht zu Boomzeiten kommen würde?

Zu 2:

Die Theorie der Wirtschaftswissenschaft geht von einer Investition aus, die Arbeitsplätze erschafft oder erhält. Doch im Laufe der Jahre haben sich andere Investitionsarten gebildet, die nicht zu einer Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen führen und mit einer Hortung von Kapital gleichgesetzt werden können. Dies ist z. B. Finanzkapital, welches um den Erdball jagt, um Differenzen bei Devisen, Bewertungen von Kapitalanteilen auszunutzen, oder es sind Mittel, die in Derivaten angelegt sind.

Zu 3: Geld kann in verschiedenen Formen gehortet werden. Einerseits in Bargeld unter der Matratze. Doch dies kommt wahrscheinlich eher selten vor. Es kann auf einem Bankkonto liegen und nicht abgerufen werden, weder vom Eigentümer noch einem Kreditnachfrager, wie aktuelle Daten zeigen:

Wie die Deutsche Bundesbank am 16.7.2019 mitteilte, sei das Geldvermögen Deutschlands auf den Rekordwert von rund 6.170 Milliarden Euro gestiegen. Ende März steckten insgesamt 2.494 Milliarden Euro in Bargeld und Einlagen.

»Obwohl sich laut Bankenverband das Kreditneugeschäft mit inländischen Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen (ohne Wohnungsbau und ohne Finanzierungsinstitutionen) im 3. Quartal 2018 erneut belebt hat, erreichte es nur ein Volumen von 930,33 Milliarden Euro.«¹⁶⁸

Selbst wenn von der Differenz in der Größenordnung von (2.494 - 930) 1.564 Milliarden Euro noch Kredite für Wohnungsbau und Finanzierungsinstitutionen abgezogen werden müssen, ist die Geldschwemme deutlich sichtbar. Das Geld wird nicht in die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert.

Notwendige Investitionen werden nicht vorgenommen

Unter dem Abschnitt »ZWEITES KAPITEL

Die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik ab 1982« wird der Rückgang der Investitionen in Deutschland aufgezeigt. Es handelt sich um Investitionen, die vom Staat getätigt werden müssten. Die neoliberale Privatisierungspolitik hat aber den Eindruck erweckt, der Staat werde nicht mehr gebraucht, wenn alles von den Privaten organisiert werden würde.

Der private Sektor investiert aber nur, wenn die Investitionen Gewinne versprechen. Folglich unterbleiben alle Investitionen, die keine Gewinne oder sogar Verluste erwarten lassen. Im staatlichen Bereich sind das sehr viele Projekte. Während der private Sektor aufgrund der Geldschwemme und der niedrigen Zinsen genügend Mittel zur Verfügung hat, stehen diese Mittel dem Staat nicht zur Verfügung. Das liegt daran, dass der Staat Zinsen zahlen müsste, denen aber keine Gewinne, wahrscheinlich sogar Verluste, gegenüberstehen. Für den Staat gibt es oft keinen Return on Investment.

Öffentlicher Investitionsstau – Verlust von Arbeitsplätzen

»Experten schätzen den Nachholbedarf für die Erneuerung der Bahninfrastruktur, die Modernisierung von Bahnhöfen und Zügen auf über 50 Mrd. EUR.«¹⁶⁹

Im Zeitraum von 2016 bis 2030 werden allein für den Substanzerhalt von Straße, Schiene und Wasserstraße 141,6 Milliarden Euro benötigt. Das Gesamtvolumen

¹⁶⁸ <https://bankenverband.de/blog/kreditnachfrage-finanzierungsbedingungen-3-quartal-2018/>

¹⁶⁹ (Little, -)

beträgt 264,5 Milliarden Euro und enthält Substanzerhalt, sowie Aus- und Neubauprojekte.¹⁷⁰

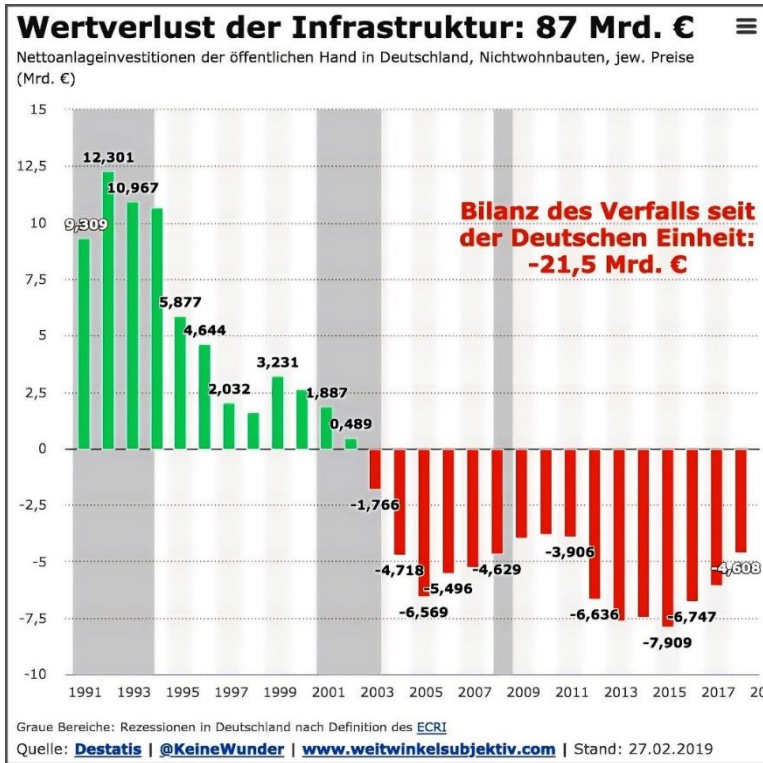


Abb. 45: Wertverlust der Infrastruktur in Deutschland 1991 bis 2017

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/investitionen-xlsx-5811108.xlsx?__blob=publicationFile&v=7, Tab Nummer: 3.8.0

In welchen Bereichen ist es nun zwingend erforderlich zu investieren?

»Der von den Kommunen wahrgenommene Investitionsrückstand [2017] ist auf knapp 159 Mrd. EUR gestiegen. Damit bewegt er sich aber nach wie vor in dem auch von anderen Studien dieser Art ermittelten Korridor.«¹⁷¹

¹⁷⁰ (BMVI)

¹⁷¹ (Brand & Steinbrecher, 2018)

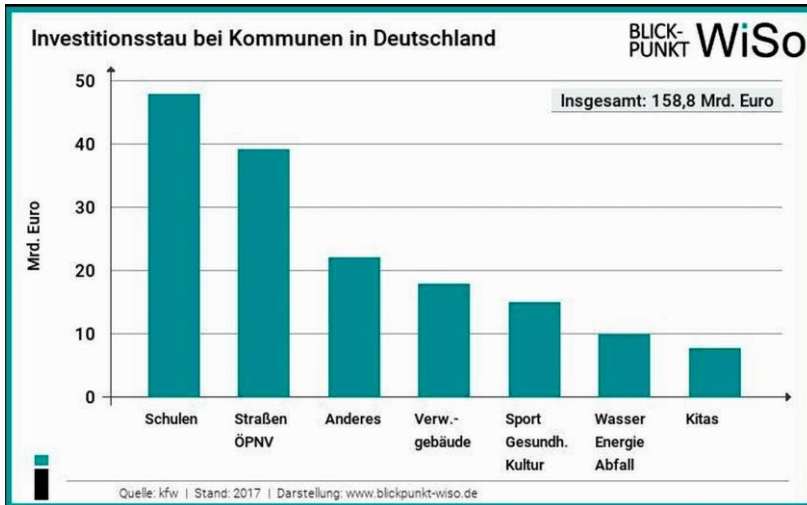


Abb. 46: Investitionsstau bei Kommunen in Deutschland

Quelle: WISO, 2017, Investitionsstau bei Kommunen in Deutschland, <https://www.blickpunkt-wiso.de/schaubilder/1179>

Die Frage, ob sich ausreichend Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen schaffen ließen, lässt sich einfach beantworten. Es gibt genügend Projekte, die sofort in Angriff genommen werden könnten, für die jedoch die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stehen, wie z. B.:

- Internet mit Glasfaserverkabelung bis in den kleinsten Ort¹⁷²;
- Digitalisierung der Bildung an Kitas, Schulen und Hochschulen¹⁷³;
- Elektrifizierung der Bahn und Erneuerung des Schienensystems^{174,175};
- Unterirdische Stromtrassen für die Leitung des Stroms zu den Verbrauchern;
- Ausbau dezentralisierter Energiegewinnung (Sonnenenergie, Speichertechnologie);
- Elektroautos und Elektrotankstellen¹⁷⁶;
- Bau von Sozialwohnungen, Bau von Unterkünften für Obdachlose;
- Straßenbau;

¹⁷² Vgl. (Rossbach, 2017)

¹⁷³ Vgl. (Becker L. , 2017)

¹⁷⁴ Vgl. (FAZ, MANGELHAFT INFRASTRUKTUR: Bahn liegt im Europa-Vergleich hinten, 2017)

¹⁷⁵ Vgl. (Völklein, 2017)

¹⁷⁶ Vgl. (Becker J. , 2017)

- Schifffahrtswege und Schleusen.

Auch für die Bildung von Humankapital wird Staatskapital benötigt

Internet ist heute zum großen Teil Bildung und Information, die früher nur Begüterten zur Verfügung stand. Chancengleichheit braucht kostenlose, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Mit dem Internet auch außerhalb der Ballungsgebiete kann sich die Chancengleichheit dezentralisiert entfalten. Allerdings werden dafür neue Konzepte für die Schulsysteme benötigt. Auch hier zeigt sich, dass durch die Privatisierung von Netzen die Modernisierung der Gesellschaft massiv behindert wird.

»Industrien, die sich seit Jahrzehnten auf Massenproduktion kapriziert haben, sind somit in Gefahr. Profitieren werden von der Additiven Fertigung (3D-Metall-Druck) Länder mit gut ausgebildeter Bevölkerung und hoher Binnennachfrage. Deutschland wird ins Ausland verlagerte Beschäftigung teilweise zurückholen. Das aber gibt es nicht umsonst. Ohne Investitionen in Humankapital wird die Rückverlagerung nicht gelingen. Denn die Anforderungen an das Ausbildungsniveau für die neu entstehenden Arbeitsplätze sind überaus hoch: Das bleibt eine der großen Aufgaben für Staat und Unternehmen.«¹⁷⁷

Im wirtschaftspolitischen Zielsystem findet sich Schulbildung nicht direkt, sondern eher als Nebenaspekt von den Zielen Beschäftigung und sozialer Ungleichheit.

Diese geleisteten staatlichen und privaten Investitionen werden von den Wohlhabenden dieser Welt nicht gesehen. Das damit gebildete Humankapital wird nicht am Erfolg beteiligt.

Die Misserfolge unseres Bildungssystems beruhen auf einer jahrzehntelangen Unterinvestition, wobei die Unternehmen selbst nur selten zu Bildungsinvestitionen beigetragen haben.

Chancengleichheit braucht kostenlose, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

¹⁷⁷ (Wildemann, 2018)

Privater Finanzierungsüberschuss – öffentliches Finanzierungsdefizit

Im privaten Sektor erhöht sich die Geldschwemme weiter, da durch den Ankauf der Staatspapiere durch die Zentralbank Geldvermögenswerte entzogen werden, sich aber nicht genügend Investoren finden, die diese Barmittel benötigen bzw. sie aufgrund anderer Kriterien nicht bekommen.

Zusätzlich haben viele private Firmen keine Ideen für neue Investitionen. Die Aktienrückkäufe weisen darauf hin, dass keine Reinvestitionen vorgenommen werden, dafür der Gewinn an die Anteilseigner ausgeschüttet wird oder der Aktienwert des Unternehmens erhöht wird. Aktienbesitzer sind nicht dafür bekannt, dass sie Unternehmen gründen und damit Arbeitsplätze schaffen. Sie sind eher dafür bekannt, die Mittel in anderen Vermögensbereichen (Aktien oder Immobilien) anzulegen, was deren Preise steigen lässt, oder Barmittel auf einem Konto zu halten, womit die Geldschwemme weiter erhöht wird.

Der private Sektor wäre natürlich hochofrend, wenn sich der Staat diese Mittel wieder leihen würde, dem stehen jedoch die Maastricht-Kriterien entgegen, die eine weitergehende Verschuldung nicht erlauben. Auch sollte jeder aus den Folgen dieser Politik gelernt haben. Es macht einfach keinen Sinn, Kredite aufzunehmen, die bei hoher Verschuldung nur dazu dienen, die Zinsen zu bezahlen, die aus den Altkrediten entstanden sind. Ab einer bestimmten Höhe der Verschuldung kann keine einzige Investition finanziert werden, weil die Kreditaufnahme in die Zinsen fließt. Nicht berücksichtigt ist, dass es auch eine Tilgung der Kredite geben müsste, die meist jedoch nicht vorgenommen wird. Ein starkes Wachstum schiebt den Konkurs des Staates hinaus, der am Ende aber unumgänglich ist.

Die Mittel für staatliche Investitionen kommen aus dem Staatshaushalt, der aus Steuereinnahmen besteht. Sieht man sich die Steuerbelastung der Bevölkerung an, so ist es wenig wahrscheinlich, dass durch eine noch höhere Belastung, selbst bei einer höheren Belastung der Reichen, die Einnahmen zustande kämen, die zur Beseitigung der Investitionskrise beitragen könnten.

Gleichzeitig wurden staatliche Betriebe privatisiert. Aber auch die Mittel aus der Privatisierung reichten nicht aus, die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit zu reduzieren und notwendige Investitionen zu tätigen. Einige Beispiele (wie Telekom) zeigen, dass die in private Hände gelangten Unternehmen nicht so viel investieren, wie es der Staat getan hatte. Zusätzlich verschwanden damit die Gewinne aus staatlichen Unternehmen für weitere Investitionen.

Investitionen und Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in Milliarden Euro					
Jahr	2012	2013	2014	2015	2016
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	20	21	29	28	25
Zinsausgaben	69	66	57	51	47
Investitionen	88	87	86	83	86
Mögliche Investitionen ohne Verschuldung	177	174	172	162	158

Abb. 47: Investitionen und Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 2012 bis 2016 in Milliarden Euro

Quelle: Eigene Darstellung, https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Publikationen/Querschnitt/finanzen-auf-einen-blick-0140012179004.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Die obige Abbildung weist die abnehmenden Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und die gleichbleibenden Investitionen aus. Die abnehmenden Zinsausgaben bedingt durch die Maßnahmen der EZB zusammen mit den Investitionen ergeben die möglichen Investitionen, die ohne die Verschuldung zur Verfügung stünden.

»Statistisch ist bei den öffentlichen Investitionen zwischen der Kassenstatistik und den VGR zu unterscheiden. Nach der Kassenstatistik hat die öffentliche Hand in Deutschland im Jahr 2016 rund 86,4 Milliarden Euro für Investitionen ausgegeben (Statistisches Bundesamt, 2017a), nach den VGR ist der Wert rund 20 Milliarden Euro geringer (Statistisches Bundesamt, 2017b). Insgesamt ist der Investitionsbegriff nach der Kassenstatistik weiter gefasst, da auch Finanzinvestitionen berücksichtigt sind.«¹⁷⁸

So verwundert es nicht, wenn bei jährlich mindestens 100 Milliarden Euro an erforderlichen staatlichen Investitionen nur 86 bzw. 66 Milliarden zur Verfügung stehen.

Hinzu kommt, dass wir noch immer einen Aufschwung (2019) haben. In einer Krise schrumpfen die Steuereinnahmen und die Mittel für Investitionen werden noch geringer.

¹⁷⁸ (Hentze & Kolev, 2018)

Deficit spending ist nur mit Einkommen aus Staatsvermögen möglich

Der größte Fehler wurde beim »deficit spending« gemacht. Der Staat ging zuerst davon aus, dass es gute Zeiten gäbe, in denen die aufgenommenen Kredite zurückgezahlt werden könnten. Doch die Arbeitslosigkeit (durch Globalisierung, Automatisierung und Konzentration) nahm so rasant zu, dass es dazu nie kam. Die Zinszahlungen waren schließlich so hoch, dass jede neue Kreditaufnahme für Investitionen überwiegend nur dazu diente, die Zinszahlungen zu befriedigen.

Unter diesem Problem leidet der Staat noch heute, und damit verbieten sich kreditfinanzierte staatliche Investitionsprogramme.

Wenn die Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen fehlen, dann kann die Gesamtsumme der zur Verfügung stehenden Mittel nur dann auf viele Köpfe verteilt werden, wenn jeder weniger erhält. Mit der Agenda 2010 und Hartz IV wurde dieses Konzept umgesetzt, mit der Schaffung eines Niedriglohnsektors und Sozialabbau.

Investitionen, die besser vom Staat vorgenommen werden

Alle Netze sollten sich in Staatshand befinden, dazu gehören: Internet, Autobahnen, Telefon-, Wasser-, Strom-, Gas-, Abwasser- und Schienennetz. Die Anschlüsse sind für Private frei. Dafür gibt es viele wichtige Gründe.

Die oben beschriebenen Netze sind anfällig für Angriffe aller Art. Sie müssen daher gegen jede Art von Angriffen geschützt werden. Das bedeutet auch das Erfordernis von Sicherheitsmaßnahmen, die geheim bleiben müssen, da sie sonst keine Sicherheitsmaßnahmen mehr sind. Es muss darüber hinaus Bypass-Möglichkeiten geben, die für die private Verwaltung aus Kostengründen nicht durchführbar ist. Wie das z. B. bei der Bahn im Rheintal geschehen ist, mit geschätzten Kosten von 15 bis 20 Millionen Euro pro Woche für Betriebe.

Gute Gründe für Sicherheitsmaßnahmen sind die Beeinflussung von Wahlergebnissen über das Internet aus dem Ausland, zunehmende Internetkriminalität (Phishing etc.).

Ein privates Unternehmen ist verpflichtet Gewinn zu machen, andernfalls geht es in Konkurs. Es stellt daher immer einen Gewinn-Kosten-Vergleich an und unterlässt eine Investition, wenn die Kosten überwiegen. Die Unterlassung dieser Investition kann jedoch hohe Kosten an anderer Stelle verursachen, womit in der Gesamtrechnung ein hoher Gewinn möglich ist, der jedoch nie entstehen kann.

Die Defizite in der Infrastruktur bei den Straßen, dem Schienensystem, den Wasserwegen und Schleusen zeigen auch hier eindringlich, dass das Geld nur vom Staat kommen kann. Die Mittel sind jedoch nicht vorhanden.

Trotzdem fordern die Privaten vom Staat durchaus weitere Leistungen, ohne jedoch die finanziellen Möglichkeiten des Staates zu kennen, wie das die nachfolgenden Beispiele zeigen.

»Der Telekommunikationskonzern Vodafone fordert mehr Engagement des Staates für den Ausbau der Breitband-Kabelnetze in Deutschland. ›Die letzte Meile zum Haus ist eine große Herausforderung. Es ist enorm teuer, die Straße in Eigenregie aufzureißen‹, sagte der Deutschlandchef des Unternehmens, Hannes Ametsreiter, der Zeitung Welt am Sonntag. [...]

Besser wäre es, es zu machen wie in Spanien und Portugal: ›Der Staat legt Leerrohre, so wie er Autobahnen baut – also staatliche Investition in Infrastruktur. Jeder Anbieter dürfte dann seine Kabel durch diese Rohre ziehen.‹ Das sei effizienter und ›würde den Wettbewerb anheizen‹, begründete Ametsreiter seinen Vorschlag, den er schon einmal vorgebracht hatte. Darauf habe aber niemand aus der Politik reagiert. [...]

Bei der nach wie vor teilweise unzulänglichen Mobilfunkabdeckung in Deutschland gibt es bereits seit einiger Zeit Diskussionen über eine staatliche Infrastrukturgesellschaft, die Funkmasten in unterversorgten Gegenden errichten und den Mobilfunkbetreibern zur Nutzung bereitstellen könnte. Angeregt hatten das CSU-Bundestagsabgeordnete Ende 2018. Dort, wo die privaten Mobilfunkunternehmen mit dem Aufstellen von Funkmasten nicht vorankämen oder der Ausbau der Infrastruktur nicht wirtschaftlich zu machen sei, solle eine staatliche Gesellschaft einspringen.«¹⁷⁹

»In Deutschland geht der Ausbau des schnellen Internets weiter nur langsam voran. Nicht einmal jedes zweite Unternehmen (42 Prozent) mit mindestens zehn Mitarbeitern verfügte im vergangenen Jahr über einen solchen Anschluss, hat das Statistische Bundesamt ausgerechnet. Deutschland bewegt sich damit nur knapp oberhalb des europäischen Durchschnitts. In Dänemark haben dagegen 73 Prozent der Unternehmen schnelles Internet, selbst im einstigen Krisenland Portugal sind es 58 Prozent. Unter schnellem Internet verstehen die Statistiker dabei einen Breitbandanschluss mit einer Datenübertragungsrate von mindestens 30 Megabit je Sekunde.«¹⁸⁰

¹⁷⁹ (Wittenhorst, 2019)

¹⁸⁰ (LÖHR, 2018)

Grundlegende persönliche Bedingungen zur Erreichung des Wohlstands

Arbeitseinkommen

Gerechtes Wachstum hängt von guten Arbeitsbedingungen und gerechten Löhnen ab.

Es ist unmittelbar einsichtig, dass der Lebensunterhalt nur mittels Arbeit erzielt werden kann (sofern nichts geerbt wird), wobei die Entlohnung so hoch sein muss, dass zur Erreichung des Hauptziels mindestens die untere Grenze des Wohlstandsintervalls überschritten wird. In der Schiller'schen Globalsteuerung wurde mit der Arbeitslosenrate die Messung der Beschäftigung definiert. Vollbeschäftigung bestand dann, wenn die Arbeitslosenrate unter 0,8 % sank. Die Festsetzung der Ziele wurde in einer Zeit vorgenommen, die von den Historikern als goldenes Zeitalter beschrieben wurde und in der Vollbeschäftigung herrschte.

Preisfreigabe und Konkurrenz in der Sozialen Marktwirtschaft konnten jedoch nur bei Vollbeschäftigung und einem gesunden Geldkreislauf funktionieren.

Ein Unternehmer musste immer bemüht sein, konkurrenzfähig zu bleiben. Dies war am besten zu erreichen, wenn er preisgünstiger als die Konkurrenten war. Preise sind am Ende jedoch immer Löhne (Unternehmer- und Arbeitnehmerlöhne). Das Material steht auf der Welt kostenlos zur Verfügung. Erst eine Arbeit an dem Material lässt einen Preis entstehen. Somit konnte der Preis nur gesenkt werden, wenn der Lohn gesenkt werden konnte. Dies war am leichtesten möglich, wenn es keine Vollbeschäftigung gab, da sich dann die Arbeitsuchenden in einer Konkurrenzsituation befanden und sich bei einer Arbeitssuche unterboten. Oder auch die Arbeit in Gebiete verlagert wurde, in denen geringere Löhne für die gleiche Arbeit verlangt wurden (Globalisierung). Dieser für die Wirtschaft sehr ungesunde Aspekt konnte jedoch nur entstehen, wenn es zu Störungen im Geldkreislauf käme.

In unsicheren Zeiten investieren Unternehmen nicht, was von Schiller früh erkannt wurde. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit konnte eine Kettenreaktion hervorrufen. Mit dem keynesianischen Konzept des »deficit spending« sollte der Staat anstelle der Investoren einspringen. Die Idee war im Prinzip nicht schlecht. Der Staat leiht sich anstelle der Investoren das Geld von den Privaten und tätigt die Investitionen, die Arbeitsplätze erhalten oder schaffen. Er zahlt es in Zeiten zurück, in denen die privaten Investoren wieder investieren bzw. es der Wirtschaft gut geht.

Eine Steuererhöhung in Rezessionszeiten kam nicht in Frage, da das genauso schädlich auf die Konjunktur gewirkt hätte.

Die Auswirkungen waren fatal und sind noch immer fatal.

1. Die Staaten steuern durch ständig weiter steigende Verschuldung auf einen Konkurs zu. Ein Konkurs ist definiert als Überschuldung (Schulden sind größer als das Vermögen) oder eine Zahlungsunfähigkeit.
2. Die Messgröße der Beschäftigung (Arbeitslosenrate) wurde fast bedeutungslos. Eine Beschäftigung zu haben, bedeutete nicht mehr davon seinen Lebensunterhalt bestreiten und darüber hinaus noch Vorsorge treffen zu können.

Daraus ergeben sich zwei Forderungen:

1. Die Einführung eines Mindestlohns, der so groß ist, dass damit alle Kosten aus eigener Hand bewältigt werden können.
2. Der Staat muss in die Lage versetzt werden, Arbeitsplätze zu schaffen, ohne sich zu verschulden und ohne auf eine ständige Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft angewiesen zu sein.

Deckung der Ausgabenblöcke aus dem Arbeitseinkommen

Wohnen

Das Recht auf Wohnen

»Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht der zweiten Generation. Seine Grundlage im internationalen Recht sind Art. 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), Art. 16 der Europäischen Sozialcharta vom 16. Dezember 1966 sowie Art. 31 der revidierten Europäischen Sozialcharta. Dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zufolge beinhalten Aspekte des Rechts auf Wohnen unter dem ICESCR auch: rechtlichen Schutz des Arbeitsplatzes; die Verfügbarkeit von Dienstleistungen, Materialien, Anlagen und Infrastruktur; Erschwinglichkeit; Bewohnbarkeit; Zugänglichkeit, Lage und kulturelle Angemessenheit.

In Deutschland formulierte die Weimarer Verfassung im Sommer 1919 in Art. 155 erstmals das staatliche Ziel »jedem Deutschen eine gesunde Wohnung« zu sichern.«¹⁸¹

Gemessen an dem übergeordneten wirtschaftspolitischen Ziel »Wohlstand für alle« und der Einschätzung des Wohnens als Menschenrecht macht sich die Regierung der Menschenrechtsverletzung schuldig.

¹⁸¹ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Recht_auf_Wohnen

Boden als Produktionsfaktor

Die Volkswirtschaft unterteilt Produktionsfaktoren in zwei ursprüngliche oder originäre Produktionsfaktoren (Arbeit und Boden) und einen abgeleiteten oder derivativen Produktionsfaktor (Kapital). Um Bedürfnisse zu befriedigen, ist die Produktion von Gütern notwendig, was durch Kombination der Produktionsfaktoren in Produktionsstätten geschieht.

Beim Produktionsfaktor Boden handelt es sich um die zu wirtschaftlichen Zwecken genutzte Natur. Dazu gehören neben der Bodenfläche Sonnenlicht, Luft, Gewässer, Wälder und andere natürliche Hilfsquellen und Naturkräfte. Mittlerweile wird auch von Natur und Umwelt gesprochen.

Erst durch eine Arbeit mit dem Produktionsfaktor Boden entstehen ein Gut und ein Preis, die aus der geleisteten Arbeit resultieren.¹⁸²

Für Adam Smith galt daher in dem 1776 erschienenen Standardwerk »Der Wohlstand der Nationen« die menschliche Arbeit als die Quelle des Wohlstands. Doch in den nachfolgenden Jahren geriet das Kapital immer mehr in den Mittelpunkt. Heute wird der Boden nur noch unter dem Kapital subsumiert, obwohl ihm weiterhin eine große Bedeutung beikommt. Diese Bedeutung besteht im Wohnen. Wird der Bezahlbarkeit von Wohnen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt, dann sinkt der Lebensstandard.

Wohnungsmärkte müssen stabil sein

»Wohnungsmärkte sind Schlüsselkomponenten der Volkswirtschaften in der gesamten OECD.

Wohnungsmärkte schaffen Wohlstand durch Bau, Aufbau neuer Lagerbestände und Beschäftigung von Arbeitern. In ganz Europa entfallen auf das Baugewerbe 18 Millionen Arbeitsplätze und 9 % des europäischen BIP.

Wohnungsmärkte tragen durch Mieteinnahmen, die den Vermietern zufließen, und durch Zufallsgewinne, die Eigenheimbesitzern durch die Freigabe von Eigenkapital und den Verkauf von Immobilien zufließen, zur Volkswirtschaft bei.

Der Wohnungsbau hat große Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Ein stabiler Wohnungsmarkt fördert das Vertrauen der Verbraucher, und das Verbrauchervertrauen fördert seinerseits den Konsum.

¹⁸² Vgl. <http://www.betriebswirtschaft-lernen.net/erklaerung/produktionsfaktoren-vwl/>

Die Ziele einer progressiven Wohnungspolitik müssen mit der finanziellen Sicherheit von Hausbesitzern vereinbar sein, die derzeit auf ihre Häuser angewiesen sind, um ein niedriges Rentenvermögen zu ergänzen.«¹⁸³

Wohnen muss sicher und bezahlbar sein

Wohnen spielt eine fundamentale Rolle in unserem Leben.

Es bietet Sicherheit: Schutz ist ein notwendiger Bestandteil eines angemessenen Lebensstandards.

Es kann Mobilität bestimmen: Eigenheimbesitz ist für viele Haushalte ein Weg zur Wohlstandserweiterung.

Und es prägt Identität: Unsere Häuser geben uns ein Gefühl von Platz, und unsere Nachbarschaften geben uns ein Gefühl der Gemeinschaft.

Ein anständiges Zuhause verleiht Sicherheit. Eine der elementarsten Funktionen des Wohnens ist es, Schutz zu schaffen, einen notwendigen Bestandteil eines angemessenen Lebensstandards. Wohnen bietet auch Sicherheit für die Zukunft. Häuser sind Wirtschaftsgüter, die den Wohlstand bis ins hohe Alter und – für viele Familien – in die nächste Generation fördern.

Die rasche Inflation der Immobilienpreise hat das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte aufgebraucht und die Erwartungen einer stabilen Besitzdauer beeinträchtigt.

»Ab 2014 erlebten über 60 Prozent der OECD-Länder eine reale Immobilienpreis-inflation. Wohnen ist nicht nur für einkommensschwache Mieter, sondern auch für Haushalte mit mittlerem Einkommen unerschwinglich teuer geworden.

Der Anstieg der Immobilienpreise geht daher auf Kosten der Aufwärtsmobilität. Es gibt vier Schlüsselmechanismen, die die Immobilienpreise mit der Mobilität verbinden.

Die erste ist die Miete. Steigende Mieten reduzieren sowohl das verfügbare Einkommen der Haushalte als auch deren Ersparnisse in Bezug auf große Gegenstände, die eng mit der sozialen und wirtschaftlichen Mobilität verbunden sind – wie Kinderbetreuung, ein Auto oder eine Universitätsausbildung.

Der zweite Mechanismus sind die Kosten einer Hypothek. Das Verhältnis von Wohnungspreis zu Haushaltseinkommen hat in den letzten zwei Jahrzehnten innerhalb der OECD rapide zugenommen. Der Anstieg der Immobilienpreise hat jüngere, ärmere Bürger vom Immobilienmarkt verdrängt.

¹⁸³ Vgl. (Adler, 2017)

Wohneigentum war lange Zeit ein wichtiger Weg, um das Vermögen der Haushalte aufzubauen und auszubauen, aber die Immobilienpreisinflation hat diesen Weg entweder blockiert oder die erstmaligen Käufer dazu veranlasst, hohe Schulden aufzunehmen, um sie zu überwinden.

Heutzutage nimmt jeder fünfte Hauskäufer eine Hypothek mit einem Tilgungsplan von 30 Jahren oder mehr auf, die ihn bis ins hohe Alter verschuldet.

Hohe Hauspreise begrenzen daher sowohl die Aufwärtsmobilität als auch die finanzielle Unsicherheit durch die hohe Verschuldung der privaten Haushalte. Variable Verzinsung macht anfällig für einen Anstieg der Zinssätze von ihrer derzeitigen Position nahe null. Ein plötzlicher Anstieg des Zinssatzes droht diese Familien in negatives Eigenkapital zu bringen. Auf diese Weise sind die Auswirkungen der Immobilienpreisinflation auf die Wirtschaftsangst nicht auf einkommensschwache Mieter beschränkt, sondern auf einen viel breiteren Teil des Wohnungsmarktes

Die dritte Verbindung zwischen Wohnen und Mobilität bezieht sich auf den Arbeitsmarkt. In der Dienstleistungsbranche profitieren Städte von sogenannten Agglomerationswirtschaften, durch die die Produktivität als Folge der Nähe von Unternehmen und ihren Arbeitnehmern zunimmt. Das Ergebnis ist, dass sich die Beschäftigungsmöglichkeiten zunehmend in den »Kreativitätsclustern« konzentrieren, die in den Großstädten entstehen. Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in diesen Städten wiederum hat zu einem Mietpreisniveau geführt, das für den durchschnittlichen Bürger unerschwinglich ist. Die Höhe des Einkommens, das notwendig ist, um zu mieten, ist hoch und steigt. Solche hohen Mietpreise schließen Bewohner von kleineren Städten und Dörfern von der Stadt und ihren Beschäftigungsmöglichkeiten aus. Sie sind auf den Wohnungsmärkten der New Economy »zurückgeblieben«.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben die Volkswirtschaften des Westens unter einer langen Phase der »säkularen Stagnation« gelitten, in der die Zinsen niedrig blieben, das Wachstum jedoch weiterhin schleppend blieb. Eine Konsequenz der anhaltend niedrigen Zinsen war eine Flut von Immobilieninvestitionen, die die Preise in die Höhe trieb und die Volkswirtschaften durch die Bildung von Spekulationsblasen in Gefahr brachte. Dieser rapide Anstieg der Immobilieninvestitionen hat das Kreditportfolio der Banken von der Produktion und anderen produktiven Industrien und hin zu Hypotheken auf Wohnimmobilien verschoben.

Der gesamtwirtschaftliche Effekt der Immobilienpreisinflation war ein steiler Anstieg der Ungleichheit. Erstens gibt es eine zunehmende Ungleichheit zwischen den Wohnverhältnissen: Während die Eigenheimbesitzer von den steigenden Hauspreisen profitieren, sind die Mieter von dieser Vermögensbildung ausgeschlossen.

Zweitens gibt es Ungleichheiten zwischen den Regionen: Während einige Immobilienmärkte aufblühen, bleiben andere in den Hypothekenschulden der Finanzkrise gefangen.

Schließlich hat die Inflation der Immobilienpreise dramatische Auswirkungen auf die Ungleichheit zwischen den Generationen gehabt. Im Gegensatz zu ihren Babyboomer-Eltern kämpfen junge Leute heutzutage, um eine Anzahlung zu sparen. Die rasche Inflation der Immobilienpreise und die Bereitstellung von Wohnraum haben neue wirtschaftliche, soziale und politische Ängste ausgelöst, die wiederum zu einer Krise des Lebensstandards und einer Vergiftung der Politik geführt haben. Um diese Bedenken auszuräumen, bedarf es einer ehrgeizigen neuen Vision für die Wohnungspolitik.¹⁸⁴

Die Lösung für dieses Problem kann nur heißen, einen permanenten Bestand an Sozial- oder öffentlichen Wohnungen zu haben, der staatlich verwaltet wird, jedoch in seiner Zielsetzung unabhängig ist. Dieser Bestand sollte jeweils an den Bedarf des unteren Wohlstandsintervalls angepasst werden. Der freie Wohnungsmarkt für Besserverdienende ist dadurch nicht betroffen. Eventuelle Fehlbelegungen können mit Sonderabgaben zur Finanzierung neuer Wohnungen oder zur Senkung der Mieten verwendet werden.

Vorsorge

Vorsorge ist eine Vermögensbildung, die nur dann entstehen kann, wenn über den allgemeinen persönlichen Ausgabenblöcken ein finanzieller Überschuss entsteht, der zur Rücklage verwendet werden kann. Dies setzt voraus, dass die Löhne hoch genug sind, damit dieser Überschuss entsteht. Dazu muss mindestens die Untergrenze des Lohns im Wohlstandsintervall erreicht sein.

Dabei spielt die Anlage der Vermögensbildung eine Rolle. Die beste Möglichkeit ist, wenn diese Vorsorge in einen Fonds einfließt, der über das gesamtwirtschaftliche Betriebskapital der Volkswirtschaft gebildet wird. Im Durchschnitt ist die Rendite größer als bei einer Sparanlage und das Risiko durch die Beteiligung an allen Unternehmen geringer.

¹⁸⁴ Vgl. (Adler, 2017)

Lebensunterhalt

Der Lebensunterhalt ist durch den Lohn bestimmt und somit über einen vernünftigen Mindestlohn gesichert.

Kultur

Unter Kultur verstehe ich hier die gesamte Teilnahme an den Möglichkeiten der Gesellschaft. Damit ist auch gemeint, dass die Kinder eine gute Schulbildung bekommen, um später ein wichtiges Mitglied im Produktionsprozess der Gesellschaft zu werden. Auch die eigene Ausbildung darf dabei nicht zu kurz kommen.

Wie das Ziel »Wohlstand für alle« noch erreicht werden kann

„Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.“

Artikel 1 Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1789

Warum eine radikale Änderung dringend notwendig ist

Der Staat hat das Machtmonopol. Der Staat kann niemals sagen, er hätte nicht die Möglichkeiten, etwas zu regulieren oder zu ändern. Folglich fehlt nur der Wille oder die Erkenntnis für die notwendigen Änderungen. Zeitweilig fehlen auch einfach nur die Ideen.

Wir leben in einer Demokratie, in einer Diktatur der Mehrheit über die Minderheit. Darüber sollten wir glücklich sein, doch es gibt verschiedene Mehrheiten. Eine Mehrheit von 100 % wäre ideal, doch sie ist unrealistisch. An ein Zielsystem, wie es 1967 als Strategie der Gesellschaft für eine bessere Zukunft als Globalsteuerung formuliert wurde, sind Anforderungen zu stellen, die eine Zufriedenheit von nahezu 100 % der Gesellschaft hervorbringen.

Wenn also 25 % der Bevölkerung (20 Millionen Menschen) in armen oder prekären Situationen leben, dann leben 75 % in erträglichen oder besseren Verhältnissen. So ist es kein Wunder, wenn die WirtschaftsWoche schreibt, nach einer Untersuchung des DIW seien zwei Drittel der Deutschen mit dem Wirtschaftssystem zufrieden. Der immer weiter wachsende Anteil der gesellschaftlich ausgegrenzten Bevölkerung ist auf Fehler im Wirtschaftssystem zurückzuführen und äußert sich politisch in der Wahl von Protestparteien. Es ist daher falsch, wenn sich die Regierungen zurücklehnen und zufrieden sind, wenn sie noch eine Mehrheit bekommen.

Eine Analyse der Bundestagswahl von 2017 weist einen Anteil von Nichtwählern in Höhe von 23,9 % auf. Der Anteil der Protestpartei AfD beträgt 12,6 %. Zusammen sind es 36,5 %, die entweder protestieren oder aufgegeben haben, Einfluss auf die Politik zu nehmen, weil ihre Stimme nicht gehört wird. Dieser Anteil entspricht dem Anteil der Bevölkerung, die über keinerlei Vermögen verfügen, sondern überwiegend verschuldet sind.

Fehlende Definition des Wohlstandsziels

Für das Ziel Wohlstand gibt es jedoch keine Definition. Wie hoch muss das Einkommen sein, um im Wohlstand zu leben? Um welches Einkommen handelt es sich? Ist es ein Einkommen aus Arbeit oder aus Vermögen? Bei einem Einkommen aus Vermögen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit eine große Sicherheit bezüglich der Dauer des Einkommens verbunden, bei einem Einkommen aus Arbeit ist das nicht gegeben. Das setzt voraus, dass bei Einkommen aus Arbeit jederzeit zusätzlich eine Sparleistung erbracht werden muss, die zu Vermögen führt und die das fehlende Einkommen in einer Zeit ohne Arbeit oder von Krankheit ersetzt.

Die Subsistenzvertreter stützen sich auf die empirischen Armutsforscher Charles Booth (1840-1916) und Benjamin Seebohm Rowntree (1871-1954). Beide konzentrierten sich auf ein physisches Existenzminimum: »Was man zum Leben braucht«, entspricht nach diesem Verständnis dem, was die Reproduktion der Arbeitskraft verlangt.

»Für einen Hartz-IV-Empfänger genügen 3,76 Euro täglich für Lebensmittel«, sagt Thilo Sarrazin.¹⁸⁵

Doch das ist nicht das, was Ludwig Erhard im Sinn hatte. Er sah Wohlstand außerhalb von Armutsbereichen. Die Ziehung der Armutsgrenze spielt damit eine große Rolle bei der Definition des Wohlstands.

Der britische Sozialwissenschaftler Peter Townsend (1928-2009)¹⁸⁶ bemisst Armutsgrenzen im Verhältnis zum Wohlstandsniveau, zu den Wertvorstellungen und den Verhaltenserwartungen der jeweiligen Gesellschaft. Danach gilt als arm, wessen Zugang zu Gütern und Dienstleistungen in einem zu bestimmenden Maße vom (veränderlichen) Durchschnitt einer Vergleichsgruppe nach unten abweicht.

Im neueren »Capability«-Ansatz (Verwirklichungschancenansatz) des Wirtschaftswissenschaftlers Amartya Sen und der Philosophin Martha Nussbaum wird erstens die Würdenorm des Art. 1 Abs. 1 GG als Begründung für ein soziales Grundrecht herangezogen, welche mit einer rechtlichen Verpflichtung der Solidargemeinschaft übereinstimmt, und zweitens wird etwas über den Inhalt dieser Verpflichtung gesagt: Nicht bloß nackte Existenz, sondern eine menschenwürdige Existenz sei zu sichern. Dementsprechend wäre von »Armut« unterhalb der Schwelle menschenwürdiger Existenz zu sprechen.¹⁸⁷

¹⁸⁵ Vgl. (Brune)

¹⁸⁶ (Brune)

¹⁸⁷ Vgl. (Nussbaum, 2011)

»Sen und Nussbaum schlagen vor, Fähigkeiten beziehungsweise Verwirklichungschancen zur Bemessungsgrundlage menschlichen Elends und Wohlergehens zu machen. Normativ besonders ambitioniert, verknüpft Nussbaums Ansatz mit der menschlichen Würde ein Anrecht aller Menschen auf soziale Teilhabe, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Dabei klärt sie einerseits die (notorisch vage) Idee der Menschenwürde anhand einer Reihe zentraler menschlicher Fähigkeiten. Andererseits sieht sie jeden Staat in der Pflicht, für die Entwicklung und den Erhalt dieser Fähigkeiten seiner Bürgerinnen und Bürger bis zu einem Schwellenwert zu sorgen, wobei reichere den ärmeren Staaten helfen sollen. Als zentral stuft sie zehn Fähigkeiten ein, und zwar, ein Leben von normaler Dauer zu führen, bei Gesundheit zu sein, körperliche Integrität zu wahren, die Sinne, das Denken und Gefühle zu entwickeln, eine Vorstellung des Guten zu entwerfen, mit anderen und für andere zu leben, Selbstachtung zu entwickeln, an nicht-menschlichen Lebewesen Anteil zu nehmen und politisch zu partizipieren.«¹⁸⁸

Teilhabe am Vermögen sollte das Ziel sein

Nach der Ansicht von Ludwig Erhard sollte es in der Sozialen Marktwirtschaft keiner Sozialversicherung mehr bedürfen, da jeder Bürger am gesellschaftlichen Vermögen beteiligt sein sollte und somit für sein Alter und seine Krankheit abgesichert war. Doch die Vermögensentwicklung der nicht am Produktivkapital beteiligten Personen wurde behindert.

Dazu ist es notwendig, sich die einzelnen Vermögensarten anzusehen.

»Vermögen steht für:

- Vermögen (Fähigkeit), das Vermögen und das Können einer Person, eine bestimmte Handlung vornehmen zu können;
- Vermögen (Wirtschaft), die Gesamtheit aller Wirtschaftsgüter, die einer Person zustehen;
- Vermögen (Recht), alle geldwerten Rechte, die einer Person durch die Rechtsordnung zugewiesen sind.«¹⁸⁹

Hier soll vorerst das wirtschaftliche Vermögen betrachtet werden. Die anderen Aspekte werden später beleuchtet.

¹⁸⁸ (Brune)

¹⁸⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gen>

»Je nachdem, welche Wirtschaftseinheit über das Vermögen als Eigentümer oder Rechtsinhaber verfügt, kann man zwischen:

Privatvermögen (Privathaushalte),

Betriebsvermögen/betriebsnotwendiges Vermögen (Unternehmen),

Kirchengut (Kirche) oder

Staatsvermögen (Staat und seine Untergliederungen wie öffentliche Verwaltung, Staatsunternehmen oder Kommunalunternehmen) unterscheiden.

Sie alle bilden einen Teil des Aggregats Volksvermögen als der Summe aller Reinvermögen innerhalb einer Volkswirtschaft. [...]

Man unterscheidet grob zwischen Sachvermögen und Geldvermögen, je nachdem, ob Sachwerte oder geldnahe Vermögenswerte im Vordergrund stehen:

- Sachvermögen:
Eigentum an beweglichen Sachen und deren Zubehör, an Immobilien (Wohn- oder Gewerbeimmobilien, Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten), an nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen, an Produktionsmitteln oder Rohstoffen und an Schutzrechten (Patente, Lizenzen).
- Geldvermögen:
Bargeld, Geldanlagen (Bankguthaben), Wertpapiere (Aktien, Anleihen oder Investmentanteile) oder Forderungen. [...] Abzüglich der Verbindlichkeiten aller Art (z. B. Hypotheken, Konsumentenkredite) ergibt sich so das private Nettogesamtvermögen.«¹⁹⁰

Unter dem Schlagwort Reichensteuer werden in der Regel vier verschiedene Abgaben zusammengefasst:

- Die Einkommensteuer,
- Die Steuer auf Kapitalerträge,
- Die Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe und die Erbschaftssteuer / Schenkungssteuer.

Die beiden ersten Steuern (Einkommen- und Kapitalertragssteuer) nehmen nur vom Einkommen einen Teil für die Allgemeinheit in Form von Steuern weg. Der verbliebene Rest trägt zur Bildung von Vermögen bei. Aus diesem Vermögen entsteht wiederum Einkommen. Somit wächst das Vermögen automatisch weiter und vergrößert die Ungleichheit zu denen, die kein Vermögen bilden können, weil ihr Einkommen das nicht zulässt. Nur eine Steuer auf Vermögen reduziert die zusätzlichen Einkommen und überträgt diese auf die Allgemeinheit (den Staat). Hier

¹⁹⁰ [https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gen_\(Wirtschaft\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gen_(Wirtschaft))

ist jedoch wichtig festzustellen, dass die Übertragung von Vermögen eine Vermögensposition ist, die auch weiter als Vermögensposition behandelt werden muss. Lediglich das Einkommen aus diesem Vermögen steht für Ausgaben zur Verfügung und kann daher mit einer Steuer auf Einkommen gleichgesetzt werden.

Ohne Eingriff entwickelt sich das System zu einer Erbengemeinschaft, die es nicht nötig hat, selbst die Werte zu schaffen, die sie verbraucht.

Es gibt nur eine Möglichkeit, diesen Prozess der weiter wachsenden Ungleichheit aufzuhalten, und das ist eine Vermögenssteuer, insbesondere eine Erbschaftsteuer.

Einrichtung eines Vermögenskatasters und Bewertung

Die Quantifizierung des Ziels der sozialen Ungleichheit erfordert die Kenntnis über die Höhe des Volksvermögens und die jährlichen Veränderungen.

In einer Untersuchung der Vermögensverteilung stellte er Ökonom Richard Hauser 2003 fest, dass die Ermittlung der grundlegenden Faktoren nur unzureichend erfolgte.

»Die personelle Verteilung von [...] Vermögen in Deutschland ist ein seit vielen Jahren vernachlässigtes Forschungsfeld. [...]

Bisher fehlt eine umfassende und detaillierte Volksvermögensrechnung, aus der das gesamte, dem Haushaltssektor zuzuordnende Vermögen zu entnehmen wäre.

Die vorhandenen Schätzungen [...] weichen weit voneinander ab. Die Statistiken über die personelle Verteilung des dem Haushaltssektor zuzuordnenden Vermögens sind noch unvollständiger als die Einkommensstatistiken.

Die [...] abgeleiteten Ergebnisse können daher nur ein unvollständiges Bild [...] liefern.«¹⁹¹

»Angesichts dieser vielfältigen Bedeutung von Vermögen ist es daher eher überraschend, dass der aktuelle Forschungsstand zur Vermögensverteilungsrechnung für Deutschland gekennzeichnet ist von einer bislang eher eingeschränkten Datengrundlage und einer [...] nur geringen Anzahl einschlägiger Analysen, die auf der Basis mikroökonomischer Daten über einen längeren Zeitraum vorliegen.«¹⁹²

¹⁹¹ (Hauser, 2012)

¹⁹² (Frick, Grabka,, & Hauser, 2010)

Verschiedene Vermögen sind schon bekannt: Aktienbesitz durch Depotauszüge, Immobilienbesitz durch Kataster und Bilanzen, Firmenbesitz durch Handelsregister und Bilanzen. Fast alles findet sich in den Steuererklärungen wieder. Mit etwas Staatswillen sollte es möglich sein, eine vernünftige Vermögensaufstellung vornehmen zu können und diese mit den jährlichen Steuererklärungen auf dem letzten Stand zu halten.

Da Steuern auf Vermögen bereits erhoben werden, muss es auch jetzt bereits eine funktionierende Vermögensbewertung geben. Andernfalls muss diese verbessert und erweitert werden. Da die Daten in der Finanzverwaltung anfallen, ist die Stelle für die Aufstellung des Volksvermögens das Finanzministerium.

Einrichtung eines öffentlich einsehbaren Grundstückskatasters

Eines der besten Grundstückskataster hat Kroatien. Es ist öffentlich und ohne Kosten für jeden über das Internet unter der Internetadresse www.katastar.hr einsehbar.

In Deutschland dagegen muss jeder Katasterauszug angefordert werden und kostet ca. 35 Euro. Außerdem muss ein berechtigtes Interesse angegeben werden, welches einen der folgenden Punkte betreffen muss:

- Ich bin (wir sind) Eigentümer;
- Für mich (uns) ist ein Recht im Grundbuch eingetragen (z. B. Hypothek, Dienstbarkeit, Wegerecht, Auflassungsvormerkung);
- Unterschriebener Kaufvertrag;
- Erbschein oder Testament mit Sterbeurkunde;
- Vollstreckungsbescheid;
- Sonstiger Nachweis;
- Ich habe oder bekomme eine schriftliche Zustimmung des Eigentümers.

Wie die britische BBC berichtete, sind ein Viertel der Liegenschaften in England und Wales im Besitz von ausländischen Firmen, die auf den Britischen Jungferninseln (Steuerinsel) registriert sind, mit 97.000 Immobilien. Zusammen befinden sich 27.835 Immobilien in Steuerinseln, deren letzte Verkaufspreise bei knapp über 55 Milliarden £ lagen. Die Gründe sind Spekulation mit Immobilien, Vermeidung von Steuern auf Einkommen und auch die Vermeidung von Erbschaftssteuern.¹⁹³

¹⁹³ Vgl. (Verity & Stylianou, 2018)

Zahlen für Deutschland sind unbekannt. Warum ist das so? Es ist für Außenstehende in Deutschland unmöglich, sich einen Überblick über ähnliche Situationen bezüglich Steuervermeidung und Grundstücksspekulation zu verschaffen.

Neue Indikatoren zur Steuerung

Der temporäre Wohlstandsindikator

Die Diskussion der Arbeitslosenquote ließ erkennen, dass diese Zielgröße nicht ausreicht als Maßstab für den Wohlstand zu dienen. Trotz Abnahme der Arbeitslosenquote seit 2005 von 11,7 % bis 2016 auf 6,1 % hat sich die Lebenssituation vieler Menschen verschlechtert. Ein Drittel der Bürger befindet sich nicht mehr im Bereich des Wohlstands. Dazu hat im großen Umfang die Einrichtung des Niedriglohnssektors beigetragen.

Eine verlässliche Messung der Entwicklung des Wohlstands könnte besser mit einer Verhältnisrechnung vorgenommen werden:

Anzahl aller Personen, die sich oberhalb des Nettoäquivalenzeinkommens befinden, inklusive abhängiger Personen (Kinder oder Pflegebedürftige ohne eigenes Einkommen)
 im Verhältnis zur
 Anzahl aller Personen mit oder ohne Einkommen

Der Einbezug der abhängigen Personen, wie Kinder, begründet sich auf der Annahme, dass die abhängigen Familienmitglieder das Einkommen weiter senken. Besonders schwierig ist die Situation für Alleinerziehende und Paare mit drei und mehr Kindern.

Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsrisikoquote Haushaltstyp in 2005					
	Allein- erziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit zwei Kindern	Paar mit 3 und mehr Kindern	insgesamt
Nettoäquivalenzeinkommen	13.245 €	18.225 €	16.785 €	14.997 €	16.556 €
Armutsrisikoquote	24%	8%	9%	13%	11%

Abb. 48: Haushaltstyp 2005 Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsrisikoquote

Quelle: Eigene Darstellung, <http://regdich.de/taten-gegen-armut/armutsbericht-2008-brd.pdf>

Die Armutsgefährdungsquote in 2016 liegt bei 16,5 %. Das sind mehr als 13,5 Millionen Bundesbürger.

Auf der Grundlage dieser Messvergleiche würde die Politik gefordert werden und der weiter ansteigenden Armut mehr Aufmerksamkeit schenken.

Der vorsorgende Wohlstandsindikator

Das aktuelle Einkommen reicht nicht für einen permanenten Wohlstand aus. Ohne eine Vermögensbildung, die die Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Krankheit oder den Ruhestand nicht überbrücken kann, ist es nicht möglich von einem permanenten Wohlstand zu sprechen. Neben dem Arbeitseinkommen muss daher auch die Vermögensentwicklung betrachtet werden. Diese Vermögensentwicklung ist altersabhängig. Die Daten sind den Finanzämtern bekannt, soweit sie den Renten zugerechnet werden können. Andere Möglichkeiten ergeben sich aus den hier aufgezeigten Vorschlägen zur Überwindung der Investitionskrise.

Bemerkenswert ist hierbei, dass eine der Zielsetzungen der Globalsteuerung die Vermeidung der wirtschaftlichen Ungleichheit war. Doch nie wurde ein Grenzwert für dieses Ziel festgesetzt.

Beide Indikatoren könnten so zu einer besseren Wirtschaft im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft führen.

Ziel- und Messgröße für die soziale Ungleichheit

Die soziale Ungleichheit zeigt sich nicht nur im finanziellen System, sondern umfasst genauso das Bildungssystem, das Informationssystem und weitere Systeme, in denen es Zugangsbeschränkungen gibt. Doch ansatzweise gibt es nur Zielgrößen für das finanzielle System. Das zeigt ausdrücklich, wie wenig Beachtung diesem Ziel von den bisherigen Regierungen geschenkt wurde.

Als Maß für die soziale Ungleichheit (Vermögens- und Einkommensungleichheit) wird der Gini-Index benutzt. Allerdings ist er nicht eindeutig, siehe Wikipedia¹⁹⁴.

Zwei unterschiedliche (stark vereinfachte) Verteilungen weisen den gleichen Gini-Wert auf und das hier: In jedem Land gibt es eine arme und eine reiche Gruppe, alle Mitglieder einer Gruppe in einem Land verdienen das Gleiche.

¹⁹⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient>

Für die erste Betrachtung ist der Index eine gute Wahl. Doch als volkswirtschaftliche Zieldefinition sollte ein besserer Index gefunden werden. Im zweiten Schritt sollten die Grenzen beschrieben werden, damit die Zielerreichung für jeden Bürger sichtbar wird. In all den Jahren seit Aufstellung des Zielkonzeptes (1967) ist weder eine Maßgröße noch ein Grenzwert für die soziale Ungleichheit festgelegt worden. Das ist erstaunlich, weil Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft gerade den Begriff »Sozial« besonders betont.

Einkommenserhöhung der unteren Schichten

Anhebung des Mindestlohns auf die untere Wohlstandsgrenze

Aus der Sicht Ludwig Erhards müsste zur Erreichung des »Wohlstands für alle« der Mindestlohn eine Höhe haben, die alle Kostenblöcke eines Haushalts abdeckt und darüber hinaus so viel Kapital ansammelt, dass damit Krankheit, Rentenalter und Pflege abgesichert werden könnten. Der Anteil am Budget des Staates würde zurückgehen, da die erforderlichen Mittel überwiegend aus dem privaten Bereich kommen würden. Diese vielleicht für manche utopische Sicht sollte jedoch etwas ausführlicher diskutiert werden.

Mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie in den 50er und 60er Jahren entstanden war und auf Konkurrenz und sinkende Preise aufbaute, gab es keine Unterbeschäftigung. Die wirtschaftspolitische Zielsetzung verfolgte auch weiterhin eine Vollbeschäftigung, doch sehr schnell zeigte sich, dass diese nicht möglich war und die auf Konkurrenz und Preissenkung aufbauende Soziale Marktwirtschaft gerade das Gegenteil bewirkte. Preise sind überwiegend Löhne, und der Kostendruck bei den Unternehmen führt zu Lohnsenkungen, wenn die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben wollen. Sind die Löhne frei verhandelbar, dann ist jeder Unternehmer bestrebt, die Lohnkosten zu senken, denn er muss gegenüber seinen Mitbewerbern konkurrenzfähig sein. Macht er das nicht, dann muss er damit rechnen, im Wettbewerb unterzugehen.

Die Abstimmung auf Erhöhung des Mindestlohns ist, für den Start zu einer neuen Wirtschaftspolitik, erforderlich, weil es keine Vollbeschäftigung aufgrund der Investitionskrise gibt. Mit der Lösung der Investitionskrise und Erzielung von Vollbeschäftigung, ist ein Mindestlohn nicht unbedingt erforderlich.

Die Vollbeschäftigung kann jedoch nur über staatliche Investitionen erfolgen, für die auch Mittel bereitgestellt werden. Diese Mittel müssen permanent zur Verfügung stehen und mit der Gesellschaftsentwicklung wachsen.

Ohne einen Mindestlohn oder starke Gewerkschaften oder Vollbeschäftigung sinken die Löhne. Wenn das nicht im eigenen Lande geschehen kann, dann eben

im Ausland, wie uns die Globalisierung lehrt. Trotz dieser Erkenntnis ist die Gesellschaft gespalten über die Vor- und Nachteile eines Mindestlohns.

Die Gegner eines Mindestlohns machen geltend, dass im Falle höherer Löhne die Unternehmer nicht bereit wären, dafür die Mittel aufzubringen und dadurch Arbeitsplätze wegfallen würden. Oder noch weitgehend, wenn die Löhne weiter sinken würden, so könnten weitere Arbeitsplätze entstehen. Begründet wird dies meist mit Übernahme von Zweitjobs, wobei meist unklar ist, wie trotz eines Zweitjobs das Einkommen auf einen Betrag steigen kann, der zum nackten Überleben reicht. Auch wird die Ansicht vertreten, der Staat müsse dann einspringen und die Differenz ausgleichen.

Doch eine Gesamtrechnung wird nicht aufgestellt. Wie viel hätte der Staat zu übernehmen, wenn große Teile der Bevölkerung Zuschüsse vom Staat erhielten? Deutschland hat nun mit der Agenda 2010 und Hartz IV schnell seine Erfahrungen gemacht. Der Staat reagiert nicht mit Zuschüssen, sondern mit Kürzungen. Es wäre utopisch zu glauben, es könnte anders sein.

1,2 Millionen Menschen beziehen Hartz IV, obwohl sie arbeiten, aber zu wenig verdienen. 4,6 Millionen Menschen sind dauerhaft in Minijobs beschäftigt.

Für eine Akzeptanz hoher Mindestlöhne ist daher die Beachtung folgender Aspekte erforderlich:

1. Wo liegt die untere Wohlstandsgrenze?
2. Wirtschaftlicher Nachfrageeffekt und Sparverhalten;
3. Inflation durch Lohnanhebung;
4. Persönlicher Wohlstandsgewinn und Auswirkungen auf die Gesellschaft
5. Entstehung zusätzlicher Arbeitsloser;
6. Schaffung von Arbeitsplätzen, in denen nicht nur diese Arbeitslosen neue Arbeit finden.

Wo liegt die untere Wohlstandsgrenze?

Will man einen groben Überblick über die Untergrenze des Wohlstands erhalten, so kann man sich an den Ermittlungen des Äquivalenzeinkommens orientieren.

»Das Äquivalenzeinkommen wird vor allem für die Berechnung von Einkommensverteilung, Einkommensungleichheit und Armut verwendet. [...]

Als Nettoeinkommen gelten hier alle Einkünfte aus selbstständiger und nicht-selbstständiger Arbeit, Unterhalt und Vermögen sowie Transfereinkommen (beispielsweise Wohngeld) zuzüglich Mietwert selbst genutzten Wohneigentums, abzüglich Steuern und Pflichtbeiträgen zu Sozialversicherungen. Das monatliche Nettoäquivalenzeinkommen bezeichnet dann nach der Gewichtung der Personen den pro Kopf in einem Monat fiktiv verfügbaren Geldbetrag. [...]

Mit dem Nettoäquivalenzeinkommen ist der Lebensstandard für einen einzelnen Bürger im Allgemeinen nur grob überschlagsmäßig ermittelt, meist wird damit die Gesamtwohlfahrt einer Stadt, einer Region oder eines Staates ermittelt. Es wird somit eine Wohlfahrtsfunktion bestimmt. Triviale und daher oft verwendete Funktionen sind der arithmetische Mittelwert (Durchschnitt) und der Median (Mittel) oder die Wohlfahrtsfunktion nach Sen und Foster mit Gini-Koeffizient oder Theil-Index. [...]

Für einen Vergleich zwischen verschiedenen Gegenden muss das Nettoäquivalenzeinkommen noch in Relation zum Wert des Geldes, der Kaufkraft, in Bezug gesetzt werden (Preisbereinigung).¹⁹⁵

Da zwei Drittel der Bevölkerung im Wohlstand leben, liegen somit der Mittelwert sowie der Median im Wohlstandsintervall.

Laut Wikipedia betrug 2017 der Median (gemeint ist damit genau die Mitte der Bevölkerung) 21.920 Euro und der Mittelwert 24.780 Euro, wobei der höhere Mittelwert auf die Ungleichheit zurückzuführen ist.

Die kurzfristige überhöhte Inflation im unteren Konsumgüterbereich durch die Einführung eines höheren Niedriglohns würde zwangsläufig zu Nachforderung speziell bei den unteren Löhnen führen, somit das Nettoäquivalenzeinkommen verändern.

Es wäre sicher nicht falsch, den Median bei ca. 25.000 Euro anzusiedeln. Da es sich um einen Nettobetrag handelt, müssen die Steuern und Sozialversicherungsbeträge hinzugerechnet werden.

Der allgemeine Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beträgt 14,6 %. Bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils die Hälfte der Beitragssätze von 18,7 bzw. 3,0 %. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung beträgt 2,55 %.

Alle Beitragssätze werden zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen. Insgesamt ergibt sich eine prozentuale Belastung von 38,85 % und somit für die Ermittlung des Niedriglohns eine Erhöhung um den Betrag aus 19,4 % dieser Abzüge.

Dies ergibt einen Betrag von 30.600 Euro; umgerechnet auf 172 Stunden pro Monat (40 Stundenwoche) wäre das ein Stundenlohn von 14,80, also knapp 15 Euro.

¹⁹⁵ <https://de.m.wikipedia.org/wiki/%C3%84quivalenzeinkommen>

Bei einem Mindestlohn von 15 Euro pro Stunde könnte das Ziel von Ludwig Erhard »Wohlstand für alle« zumindest für die arbeitende Bevölkerung unmittelbar erreicht werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müsste der Monatslohn um ca. 900 Euro erhöht werden, da der Mindestmonatslohn ab 1. Januar 2019 bei 1593 Euro liegt.

Noch nicht berücksichtigt sind die zusätzlichen Steuereinnahmen.

Die erwerbstätige Bevölkerung in Deutschland beträgt rund 45 Millionen Personen (Destatis), von denen ca. ein Drittel, also 15 Millionen, sich nicht im Wohlstandsintervall befindet. 4,4 Millionen Erwerbstätige erhalten weniger als den Mindestlohn, hat das DIW ermittelt. Auf Basis der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit verdienten im Jahr 2016 sogar 6,7 Millionen Menschen weniger als den Mindestlohn.

Keinen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn haben Selbstständige, Azubis und Beschäftigte in Branchen mit Übergangsfristen. Die übrigen nicht erfassten Personen der insgesamt 15 Millionen haben ein Einkommen unterhalb von 90 % des Medians des Äquivalenzeinkommens.¹⁹⁶

Wenn ganz grob angenommen wird, dass der Durchschnitt der Einkommen der 15 Millionen Beschäftigten beim gültigen Mindestlohn liegt, würde sich daraus eine Erhöhung von 900 Euro pro Person und Monat ergeben und damit ein Gesamteinkommen von 9,9 Milliarden Euro pro Monat bzw. von 119 Milliarden pro Jahr.

Der Steuersatz aus dieser Grenzbelastung liegt zwischen 24 % für Verheiratete und 30 % für Ledige. Rechnerisch liegen die Steuereinnahmen zwischen 28 und 35 Milliarden pro Jahr.

Die untere Grenze kann aber leicht ins Wanken geraten, wenn wesentliche Bestandteile nicht preisstabil sind. Dies gilt vor allem für das Wohnen. Daher wird diesem Thema an anderer Stelle mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Wirtschaftlicher Nachfrageeffekt und Sparverhalten

In einer gesunden Volkswirtschaft, ohne Störungen des Geldkreislaufs, sind die Ausgaben von Personen (Steuern, Käufe, Löhne) die Einkommen anderer Personen. Eine Erhöhung des Einkommens bedeutet eine zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Leistungen. Diese zusätzliche Nachfrage muss befriedigt werden durch zusätzliche Arbeitskräfte.

¹⁹⁶ Vgl. (Frese, 2017)

Der volkswirtschaftliche Multiplikator-Effekt erhöht diese Nachfrage um einen Faktor bis zu 15 in Abhängigkeit vom Ausgabenverhalten. Allein ein Sparen jedes Beteiligten reduziert langsam diese zusätzliche Nachfrage.

In der Wirtschaftsstatistik wird zur Beschreibung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator gesehen. Ob in der Entstehungsrechnung, Verwendungsrechnung oder Verteilungsrechnung, die Löhne gehen in diese Rechnungen ein und erhöhen damit das Bruttoinlandsprodukt.

Man könnte sagen, der Mindestlohn finanziert sich von allein und schafft zusätzlich Arbeitsplätze. Allerdings gelingt das nur unter wirtschaftlichen Voraussetzungen.

1. Es gibt ein zeitliches Problem. Große Mindestlohnveränderungen in kurzer Zeit können durch das Angebot an Waren und Dienstleistungen nicht schnell genug befriedigt werden, weil die Produktionsanpassungen oder Ausbildungsvorgänge zu lange dauern. In diesem Fall kann es zu größeren Inflationsraten kommen. Ein Drittel der Bevölkerung lebt außerhalb des Wohlstands. Dieses Drittel wird von der Inflation betroffen sein. Zwei Drittel der Bevölkerung werden diese kaum bemerken. Somit ist es erforderlich diesem Drittel die Inflationskosten auszugleichen.

2. Die nachgefragten Waren und Dienstleistungen kommen aus dem Ausland. In diesem Fall gibt es keinen Multiplikator-Effekt, da das Geld im Ausland verschwindet. Die Politik ist also mit Wechselkurseingriffen, Zöllen oder kompensatorischer Steuererhebung gefordert, dafür zu sorgen, dass die Sicherung des nationalen Mindestlohns durchgeführt werden kann.

3. Die Anpassung des Mindestlohns muss sich dabei an der Arbeitsproduktivität orientieren. Entwicklungen, wie sie mit Beginn des neoliberalen Konzepts von 1982 begonnen haben, können somit verhindert werden.

4. Für Unternehmen bedeutet das, sie müssen nicht auf die Preise der Löhne in ihrem Konkurrenzkampf achten, da diese für alle Unternehmen gleich sind. Sie können sich daher allein auf technologische Vorteile zur Erringung von Konkurrenzvorteilen ausrichten, wenn von staatlicher Seite darauf geachtet wird, dass diese Grenze auch eingehalten wird.

Wirkung wie ein permanentes Konjunkturprogramm

Es ist unstrittig, dass die expansive Fiskalpolitik zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Doch die Finanzierung der Mittel durch Anleihen anstatt durch Steuern hat zu den Zuständen geführt, die wir heute haben und als großes gesellschaftliches Problem angesehen werden müssen (Verschuldung des Staates

und Rettung durch die EZB mittels Ankaufs der Verschuldungspapiere). Die Einmaligkeit des Einsatzes der Mittel führte jedoch zu einer Investitionspolitik, die man Strohfeuer nannte. Die Maßnahme zündete schnell, doch sobald die Mittel erschöpft waren, sank die Investitionstätigkeit wieder zurück.

Im Gegensatz dazu ist die Erhöhung der Kaufkraft durch einen höheren Mindestlohn ein permanentes Konjunkturprogramm, welches durch den Multiplikator-Effekt eine noch größere Wirkung erzielt.

Multiplikator-Effekt aus staatlicher Sicht

»Die keynesianische Theorie nutzt das Multiplikator-Konzept zur Erklärung diverser Zusammenhänge im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Werden beispielsweise die Staatsausgaben um einen bestimmten Betrag erhöht, erhöhen diese nicht um denselben Betrag die Gesamtnachfrage (dann wäre der Multiplikator gleich eins), sondern um einen noch größeren Betrag.

Der Grund dafür ist, dass der Multiplikatorprozess in mehreren Stufen abläuft. Auf der ersten Stufe führt die Erhöhung der Staatsausgaben (Primärimpuls) zu einer gleich großen Erhöhung des Einkommens. Bei einer Konsumquote $c > 0$ wird ein Teil des erhöhten Einkommens für zusätzliche Konsumausgaben eingesetzt, die ebenfalls auf der nächsten Stufe das Einkommen anderer Wirtschaftssubjekte vergrößern. Der Expansionsprozess setzt sich fort, allerdings mit abnehmender Wirkung, da die Haushalte jeweils einen Teil der zusätzlichen Einkommen einsparen. Die Ersparnisse werden dem Ausgaben-Einkommen-Kreislauf entzogen und führen zu sogenannten »Sicker-Effekten« im Expansionsprozess, bis dieser im neuen Gleichgewicht ganz zum Erliegen kommt. Seine gesamte Stärke und Dauer sind umso größer (kleiner), je kleiner (größer) die Sparquote ist.

In der Summe wird die Gesamtnachfrage um ein Mehrfaches des ursprünglichen Impulses erhöht. [...]

Außerdem muss beachtet werden, dass der Multiplikator seine Wirkung sowohl »nach oben« als auch »nach unten« zeigt. Sinken bspw. die Staatsausgaben, so würden auch Konsumausgaben der privaten Haushalte und Investitionsausgaben der Unternehmen sinken. Dies würde einen multiplikativen Effekt auslösen und zu einem überproportionalen Rückgang des Volkseinkommens führen.«¹⁹⁷

¹⁹⁷ [https://de.wikipedia.org/wiki/Multiplikator_\(Volkswirtschaft\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Multiplikator_(Volkswirtschaft))

Einschätzung des Sparverhaltens

Die Verringerung des Grenznutzens ist die vernünftige Vorstellung, dass ein zusätzlicher Euro für Menschen mit sehr hohem Einkommen viel weniger befriedigend ist als für Menschen mit niedrigem Einkommen. Geben Sie einem Mann mit einem Jahreseinkommen von 20.000 Euro weitere 1000 Euro. Geben Sie einem Mann, der 1 Million Euro verdient, zusätzlich 1000 Euro, und er wird es kaum bemerken.

Wenn ein Drittel der Bevölkerung sich nicht im Wohlstand befindet, und der Mindestlohn auf die untere Grenze des Wohlstandsintervalls angehoben werden soll, dann darf man davon ausgehen, dass sehr wenig gespart wird. Für einen langen Zeitraum werden mit Sicherheit Käufe getätigt, die zum Lebensunterhalt bzw. zur Verbesserung des Lebens erforderlich sind. Für die Wohnungslosen bedeutet das, erst zu einer Wohnung zu kommen. Für die Obdachlosen vielleicht eine menschenwürdige Unterkunft, und für die Benutzer der Tafeln vernünftiges Essen. Bevor an Kleidung oder andere wichtige Dinge gedacht wird. Erst mit zunehmender Deckung des Nachholbedarfs dürfte die Sparquote steigen und damit den Multiplikator-Effekt verringern.

Persönlicher Wohlstandsgewinn und Auswirkungen auf die Gesellschaft

Die Teilnahme am Wohlstand sorgt mit hoher Wahrscheinlichkeit im persönlichen Umfeld für mehr Sicherheit und Zufriedenheit. Kinder haben die Möglichkeit, länger zur Schule zu gehen und mit ihrer Ausbildung zur weiteren Entwicklung der Gesellschaft beizutragen, anstatt frustriert auf der Straße herumzulungern oder im Drogenrausch zu versinken. Die Möglichkeiten für Pflege der Angehörigen werden auch hier verbessert, da mehr Zeit oder Geld dafür zur Verfügung steht.

Die zunehmende Sicherheit und Zufriedenheit werden den Zulauf zu extremen Parteien verhindern, die letztendlich die Demokratie gefährden.

Verringerung der staatlichen Sozialkosten durch Selbstversorgung

Die zunehmende Selbstversorgung senkt unmittelbar die direkten Sozialkosten der Gesellschaft, die aus Steuermitteln aufgebracht werden müssen. Außerdem werden die Empfänger von Mindestlöhnen durch den hohen Mindestlohn selbst zu Steuerzahlern, die überwiegend vorher aufgrund ihrer geringen Einkünfte keine Steuern gezahlt haben. Dies bedeutet auch eine große Entlastung in der Verwaltung von Sozialhilfeempfängern, Kosteneinsparungen und bessere Versorgung der verringerten Fälle.

Da eine Deckung der Rentenbeiträge im Mindestlohn enthalten ist, fällt auch die spätere Bezuschussung von Renten weg. Auch das senkt die Sozialkosten der Gesellschaft.

Inflation durch Lohnanhebung

Wenn ein Drittel aller Lohnempfänger durch den Mindestlohn eine unmittelbare außergewöhnliche Lohnerhöhung bekommt, dann darf man auf Auswirkungen auf die Inflation rechnen. Die Inflation wird beispielsweise anhand eines Warenkorbtes für einen Vier-Personen-Haushalt berechnet, in dem sich die Güter des täglichen Bedarfs befinden. Gerade diese Gruppe wird zuerst die Güter des täglichen Bedarfs benötigen und sorgt damit für eine Inflation. Aber, ist das besorgniserregend? Nein, denn die zwei Drittel, die sich bereits im Wohlstand befinden, werden genauso weiterkaufen wie bisher. Die Inflation ist also reduziert allein auf Güter des täglichen Bedarfs und die Wirkung eingeschränkt auf die Teilgruppe der Geringverdiener. Sie wird von denen, die sich bereits im Wohlstandsintervall befinden, geringer wahrgenommen werden, da hier überwiegend Güter gekauft werden, die sich nur zu einem geringen Teil im Index des Warenkorbtes befinden. Allerdings würde eine schnelle Erhöhung eine größere Auswirkung haben als eine langsamere Anpassung.

Entstehung zusätzlicher Arbeitsloser

Viele Berichte warnen vor der Entstehung hoher Arbeitslosigkeit, doch stimmt das? Verschiedene Untersuchungen zeigen, es gibt eine höhere Arbeitslosigkeit, doch häufig nicht in dem Umfang, wie das erwartet wurde. In manchen Fällen ist genau das Gegenteil der Fall.

Daher scheint es sinnvoll zu sein, die Bedingungen für das Auftreten von Arbeitslosigkeit bei einer Erhöhung des Mindestlohns genauer zu betrachten. Es scheint ziemlich sicher zu sein, dass dies auch von der Art der Beschäftigung abhängt.

Auswirkungen auf industrielle Massenarbeitsplätze

Die Globalisierungswellen haben bereits ab den 1970er Jahren zu großen Entlassungswellen gesorgt. Viele Wirtschaftszweige, die mit Massenproduktion und manueller Tätigkeit verbunden waren, sind verschwunden (Textil, Rundfunk und Fernsehen, Foto und ähnliche). Geblieben sind Kleinserien in Nischenmärkten, für die es sich nicht lohnt, hohe Transportkosten oder lange Lieferzeiten in Kauf zu

nehmen. Der Einfluss auf diesen Sektor durch die Erhöhung des Mindestlohns sollte gering sein.

Auswirkungen auf industrielle schöpferische Arbeitsplätze

Industrielle Arbeitsplätze, die sich teilautomatisiert haben, benötigen höhere Anforderungen an die Arbeitskräfte und diese erhalten höhere Löhne als den Mindestlohn. Auch hier dürfte eine Anhebung des Mindestlohns kaum Auswirkungen haben.

Auswirkungen auf Dienstleistungen

Dienstleistungen werden überwiegend vor Ort erbracht. Für den Dienstleister ist ein Sitz außerhalb des Landes mit hohen Kosten für Anfahrt und Abfahrt verbunden, die von einer Person mit einem Mindestlohn nicht erbracht werden können. Somit ist die Umgebung für Dienstleister begrenzt und auch für zusätzliche Konkurrenz begrenzt. Eine Anhebung der Löhne auf einen hohen Mindestlohn branchenübergreifend eröffnet den Unternehmen keinen Spielraum auf niedrige Löhne auszuweichen. Daher kann eine Erhöhung durchgesetzt werden ohne Auswirkungen auf Entlassungen. Die Dienstleistungen müssen erbracht werden und wirken sich übergreifend auf den gesamten Raum durch eine Preiserhöhung aus. Kein Mensch würde auf die Idee kommen für einen Friseurwechsel 100 km zu fahren und die Fahrt- bzw. Zeitkosten nicht berücksichtigen.

Im November 2012 streikten in New York eine Schicht lang 100 Beschäftigte von McDonald's, KFC und Burger King mit der Forderung auf einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde, bei einem aktuellen Stand von 7,25 Dollar. Ab 1. Januar 2018 zahlten die Fast-Food-Ketten von New York 15 Dollar pro Stunde und 25.000 Flughafenmitarbeiter profitierten ebenfalls von dieser Regelung.¹⁹⁸

»The Fight for 15« – die Bewegung für einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde – eilt von Erfolg zu Erfolg. Nach Kalifornien, New York, Massachusetts, New Jersey und Illinois ist Maryland der inzwischen sechste US-Gliedstaat, in dem der Mindestlohn schrittweise auf dieses Niveau steigen soll. 2025 soll es so weit sein.¹⁹⁹

¹⁹⁸ Vgl. (Zöttl, 2019)

¹⁹⁹ Vgl. (Lanz, 2019)

Schaffung von Arbeitsplätzen, in denen nicht nur diese Arbeitslosen neue Arbeit finden

Unter der Annahme, dass aus der Erhöhung des Mindestlohns neue Arbeitslosigkeit entstehen könnte, muss der Staat Maßnahmen ergreifen, wie diese Arbeitslosigkeit wieder beseitigt werden kann. Darüber hinaus sind grundsätzlich staatliche Investitionen nötig, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In jeder Krise wird von der privaten Wirtschaft gefordert, dass der Staat eingreifen müsse. Doch die Zeit, in der der Staat mit kreditfinanzierten Mitteln die Konjunktur ankurbeln sollte, ist vorbei. Die Verschuldung lässt notwendige Investitionen nicht zu. Daher ist es notwendig, die Finanzierung von Investitionen unabhängig von Krisen oder Finanzmarktbedingungen vorzunehmen.

Anhebung der Renten

Die Anhebung des Mindestlohns hat eher kleine Nebenwirkungen auf die Rentner. Sofern sie sich im Haushalt eines Mindestlöhners befinden, profitieren sie indirekt von der Verbesserung dessen Lebensstandards. Aber auch ältere Mindestlöhner, die bald in Rente gehen, haben keine genügende Absicherung, da die neue Rente erst in 45 Jahren wirksam wird.

Die Rente muss also gleichzeitig mit der Einführung des erhöhten Mindestlohns angepasst werden. Hier geht es um die Bevölkerungsgruppe, die gearbeitet hat, deren Arbeit jedoch zu gering bewertet wurde, um genügend Rücklagen für die Rente ansammeln zu können.

Nun, manche finden das ungerecht, wenn diese Gruppe zusätzliche Beträge erhält, die niemals eingezahlt wurden. Doch wir haben in Deutschland ein sehr gutes Beispiel einer Bevölkerungsgruppe, die niemals etwas eingezahlt hat und doch sehr üppige Renten erhält, jedenfalls weit außerhalb dieser Größenordnung. Es handelt sich hierbei um die Beamten. Dabei ist auch nicht nachgewiesen, ob die Leistungen der Beamten eine volkswirtschaftlich höhere Effektivität hatten als die Tätigkeiten aus geringerer Bewertung. Trotzdem stellt sich die Frage der Finanzierung.

Nach einem Bericht von Spiegel Online vom 23.4.2019 haben von den rund 20 Millionen Rentnern rund 4,4 Millionen Rentner und Rentner-Ehepaare zuletzt rund 33 Milliarden Euro pro Jahr an Einkommensteuer gezahlt. Diese Steuerzahlung resultierte hauptsächlich aus Nebeneinkünften. Dieser Betrag könnte sicherlich wesentlich größer sein, wenn die Bedingungen der Erbschaftssteuer nicht so aus-

gelegt wären, dass bei rechtzeitiger Vermögensübergabe an die Erben Steuerersparnisse winken. Im gleichen Zeitraum wurden jedoch 97 Milliarden aus dem Bundeshaushalt an die Rentenkasse gezahlt.

Aus der Anhebung des Mindestlohns entstehen Steuereinnahmen zwischen 28 und 35 Milliarden Euro, die zwischenzeitlich zur Finanzierung der zusätzlichen Rente genutzt werden könnten.

Gleichgültig, ob sich nun die Grundrente oder die Basisrente der politischen Konzepte durchsetzt. Sie muss schnellstens kommen. Auch hier möchte ich auf die zusätzliche volkswirtschaftliche Nachfrage und den Multiplikator-Effekt verweisen, aus dem unmittelbar auch eine Arbeitskraftnachfrage wird.

Die Differenzen müssen durch den Staatshaushalt getragen werden, wie das bei der Beamtenpension ganz selbstverständlich gehandhabt wird.

Der Fonds zur Sicherung der Rente (eventuell auch Krankheit und Pflege)

Wie bereits ausgeführt, hat das Umlageverfahren in der Rentenversicherung ausgedient. Eine Umstellung auf eine kapitalgedeckte Rente ist erforderlich und erfüllt viele Forderungen nach einer Beteiligung am Wohlstand. Die staatliche Rentenversicherung ist an festverzinslichen Wertpapieren ausgerichtet. Eine kapitalgedeckte Rente nimmt auch an dem Wirtschaftswachstum teil. Die Renditeentwicklung von Unternehmen ist immer besser als das Zinsniveau. Unternehmer leihen sich nur Geld, wenn sie damit eine höhere Rendite erwirtschaften können.

Das Wirtschaftsministerium muss ins Zentrum

Industriepolitik

»John Maynard Keynes (1926) hat darauf hingewiesen, dass es für den Staat nicht darum gehe, Dinge zu tun, die die Privaten bereits tun und diese dann etwas besser oder schlechter zu tun. Vielmehr gehe es darum, die Dinge zu tun, die gegenwärtig überhaupt nicht getan werden. Es sind vor allem drei Faktoren, die ein industrie- und innovationspolitisches Handeln des Staates rechtfertigen können (Mazzucato, 2015):

– Unsicherheit in dem Sinne, dass keine Wahrscheinlichkeitsverteilung für die möglichen Ergebnisse bekannt ist,

- Netzwerkeffekte und Externalitäten, die ein koordiniertes Handeln von privaten und staatlichen Akteuren erfordern,
- Pfadabhängigkeiten, die sich vor allem im Bereich des Energiesektors aus hohen Fixkosten und der langen Lebensdauer von Investitionen ergeben.«²⁰⁰

»Die echte Knightsche Unsicherheit bei Innovationen, außerdem die unvermeidlichen versunkenen Kosten und die deshalb erforderliche Kapitalintensität sind der Grund, warum der private Sektor, Wagniskapitalgeber eingeschlossen, oft vor Risiken zurückscheut. Sie sind auch der Grund, warum so häufig der Staat vorangeht und nicht nur Marktversagen ›repariert‹, sondern Märkte überhaupt erst schafft. [...]

Die besten Beispiele für geduldiges Kapital, das Herstellern und Entwicklern von erneuerbaren Technologien zugeflossen ist, sind staatlich finanzierte Investitionen oder die Entwicklungsbanken. Der Global Wind Energy Council (GWEC) schreibt dazu:

›Der wichtigste Unterschied zwischen Entwicklungsbanken und Institutionen des privaten Sektors, die Kredite vergeben, ist, dass die Banken in Bezug auf die politischen, wirtschaftlichen und lokalen Gegebenheiten ein höheres Risiko eingehen können. Außerdem können sie, da sie keine Dividenden an private Anteilseigner zahlen müssen, bei Projekten ›in öffentlichem Interesse‹ mehr Risiken tragen als Geschäftsbanken. Überdies sind langfristige Finanzierungen vom privaten Sektor für Laufzeiten über zehn Jahre nicht zu bekommen (Fried, Shukla und Sawyer 2012, S. 6).« [...]

Angebotsorientierte Strategien sind wichtig, damit das Geld an die richtige Stelle kommt: indem man Firmen direkt oder – durch Investitionen in langfristiges Marktwachstum – indirekt unterstützt in der Hoffnung, dass innovative Unternehmen ihrerseits die grüne Revolution voranbringen. Diese Politik hatte Erfolg, und erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne haben stark an Bedeutung gewonnen. Dadurch haben sich nun Chancen für ›intelligente Stromnetze‹ und die Digitalisierung von Energieversorgungsnetzen aufgetan beziehungsweise stabilisiert. Ich spreche von ›Chancen‹, weil die Schwankungen bei erneuerbaren Energien größer sind und technisch bewältigt werden müssen. Und ich spreche von ›Stabilisierung‹, weil der Bedarf (die ›Nachfrage‹) an intelligenten Netzen in den Ländern am größten sein wird, die bei der Einspeisung erneuerbarer Energien in ihre Stromnetze am weitesten sind. Ob die Umwandlung unseres Energiesystems gelingt, hängt, mit anderen Worten, stark von gemeinsamen komplementären Veränderungen in der Industrie ab. Aber die erneuerbaren Energien ernsthaft

²⁰⁰ (Bofinger, Zusammenfassung der Minderheitsvoten im Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2019)

anzupacken ist ein notwendiger und entscheidend wichtiger Schritt, um eine Energietechnologie für das 21. Jahrhundert zu schaffen.«²⁰¹

Was Industriepolitik bedeutet, lernen wir von China

»Der Masterplan ›Made in China 2025‹ ist ein gigantisches Entwicklungsprogramm, das die alten Industriestaaten bis Mitte des nächsten Jahrzehnts abhängen soll. Zehn Schlüsselsparten sollen bis dahin an die Weltspitze gehievt werden: Informationstechnologie, Robotik, Luft- und Raumfahrt, Meerestechnik und Schiffsbau, alternative Automobilantriebe, Energieerzeugung, neue Werkstoffe, Landwirtschaftsmaschinen, Biomedizin und Medizintechnik und schließlich der Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr.

Dabei greift der Staat den künftigen global champions mit Fördergeldern in Höhe von vielen hundert Milliarden Euro unter die Arme.«²⁰²

Es sind aber nicht nur die Fördergelder, die zur Entwicklung beitragen. Schließlich muss es Ideen geben, damit Fördergelder fließen können. Zu diesem Zweck hat sich China entschlossen, allen Interessierten, die eigene Wege gehen wollen oder experimentieren wollen, die Räume und die Mittel kostenlos zur Verfügung zu stellen. Für die Zurverfügungstellung von Teilen und Mitteln, die von Jungunternehmern benötigt werden, wurde eigens eine Firma gegründet, die alles besorgt, was die Jungunternehmer brauchen, gleichgültig ob es sich um Chemikalien, Elektronikbauteile oder andere Teile handelt.

Dream Town – das chinesische Silicon Valley

»Bislang war China vor allem als Heimat der sog. Copy Cats, also der Ideen-Kopierer, verschrien und das Land stand in der Kritik, bei der Entwicklung von Innovationen hintenanzustehen.

Dies hat sich in den vergangenen Jahren stark geändert, vor allem aufgrund eines ausgeprägten Unternehmertums und der staatlichen Förderung von Start-ups in China, die weltweit einzigartig ist. [...]

Neue Methoden in der Lehre und massive Förderung in der Existenzgründung bilden ideale Voraussetzungen für eine florierende Start-up-Kultur in China und

²⁰¹ (Mazzucato, 2014)

²⁰² (Sommer, 2019)

damit für umfangreiche Innovationen. Ein Beispiel für die einzigartige Förderung von digitalen Innovationen und Geschäftsmodellen sind die staatlich gestützten Inkubatoren. Diese sind komplexe Einrichtungen, welche Gründer im Rahmen der Unternehmensgründung unterstützen. Neben der Nutzung von Büroräumen bieten diese Institutionen eine umfangreiche Infrastruktur mit fachlichen Beratungsmöglichkeiten, Förderungsmaßnahmen und Kultur- und Tourismusangeboten. Die Inkubatoren weisen typischerweise folgende Merkmale auf:

hochspezialisierter Industriesektor, vollumfängliche administrative Unterstützung, agile und flexible Systemprozesse.

Der Erfolg der Inkubatoren ist besonders in der chinesischen E-Commerce-Metropole Hangzhou zu sehen. Dort wurden Institutionen mit verschiedenen digitalen Schwerpunkten errichtet, die innerhalb kürzester Zeit ein florierendes Wachstum verzeichneten. [...]

Ein Beispiel für dieses Wachstum ist der digitale Inkubator Dream Town, auch bekannt als Hangzhou's Silicon Valley. Einst eine schlecht entwickelte Gegend in der Nachbarschaft von Alibaba, hat sich die Institution zu einem High-Tech-Zentrum mit neu gebauten Büroparks entwickelt. Seit seiner Eröffnung im März 2015 sind mehr als 6700 junge Chinesen – die Mehrheit sind 30 Jahre oder jünger – in über 710 Start-ups tätig und eifern dem Beispiel von Alibaba-Chef Jack Ma nach. Diese Start-ups müssen kein Equity abgeben, keine Miete bezahlen und haben Zugriff auf kostenlose Services, um sich voll auf die Entwicklung ihres Unternehmens zu konzentrieren.

Etwa 3 Mrd. US-Dollar von staatlichen Institutionen und privaten Investoren stehen als Anschubfinanzierung zur Verfügung. Die Jungunternehmer, deren Geschäftsidee überzeugt, bekommen für drei Jahre eine 10-Quadratmeter-Bürofläche kostenfrei zur Verfügung gestellt und verfügen über umfangreiche Fördermittel, bereitgestellt von der Regierung. Das Besondere an Dream Town ist nicht nur das rasante Wachstum digitaler Start-ups, sondern die einzigartige Infrastruktur: Der Inkubator ist wie eine Kleinstadt aufgebaut, mit zahlreichen Apartments, Geschäften und Freizeitmöglichkeiten wie Fitnessstudios, Bars, Cafés und Restaurants.

Die starke Unterstützung der chinesischen Regierung, Investitionen der in Hangzhou ansässigen Alibaba-Unternehmensgruppe und die starke Konzentration der akademischen Elite in der Provinz Zhejiang sind weitere Erfolgsfaktoren für das starke Wachstum von Dream Town. Hier wurde eine Vielzahl von innovativen Start-up-Ideen aus unterschiedlichen Branchen verwirklicht.²⁰³

²⁰³ (Boos, 2019)

Wichtigkeit von Grundlagenforschung

»Der Staat als ›tollkühner‹ Initiator von Innovationen? Ja, bei den meisten radikalen, revolutionären Innovationen, die den Kapitalismus vorangetrieben haben – von Eisenbahnen über das Internet bis aktuell zur Nanotechnologie und Pharmaforschung –, kamen die frühesten, mutigsten und kapitalintensivsten ›unternehmerischen‹ Investitionen vom Staat. [Z. B.] wurden all die Technologien, die Jobs' iPhone so ›smart‹ machten, vom Staat finanziert (Internet, GPS, Touchscreen-Displays und neuerdings SIRI, die sprachgesteuerte persönliche Assistentin). Solche radikalen Investitionen – zu denen extreme Unsicherheit gehört – wurden weder durch Wagniskapitalgeber noch ›Garagenbastler‹ getätigt, sondern durch die sichtbare Hand des Staates, der damit Innovationen ermöglichte. Es hätte sie also nicht gegeben, wenn wir allein auf den Markt und die Unternehmen vertraut hätten – während der Staat einfach daneben steht und sich auf die Schaffung der Rahmenbedingungen beschränkt.«²⁰⁴

Grundlagenforschung ist eine der wichtigsten Aktionen für die Zukunft. Sie erfordert viel Kapital und kann nur durch den Staat vorgenommen werden, weil der Planungshorizont weit über dem eines privaten Unternehmens liegt und zusätzlich großen Risiken unterworfen ist, die ein privates Unternehmen nicht eingehen würde.

Der zweite Grund ist nicht so ohne Weiteres ersichtlich. Er taucht in der Presse kaum auf und wird somit nicht wahrgenommen. Er ist jedoch noch bedeutender als der erste Grund.

Die wenigsten Käufer wissen, dass das, was in Apples innovativen Produkten steckt, das Ergebnis vieler Jahrzehnte staatlicher Grundlagenforschung ist.

»Im iPod, iPhone und iPad stecken zwölf wichtige Technologien, die diese Produkte entweder überhaupt erst möglich machen oder sie von ihren Rivalen auf dem Markt unterscheiden. Dabei handelt es sich um Halbleiterbauelemente wie:

1. Mikroprozessoren oder Prozessoren (CPU, Central Processing Unit) [Grundlagenforschung: Energieministerium DARPA];
2. Speicherbausteine (DRAM, Dynamic Random-Access Memory) [Grundlagenforschung: Energieministerium DARPA];
3. Mikrofestplattenspeicher und Festplattenlaufwerke (HDD) [Grundlagenforschung: Energieministerium DARPA];
4. Flüssigkristallbildschirme (LCD, Liquid Cristal Display) [Grundlagenforschung: NIH, NSF, Verteidigungsministerium];

²⁰⁴ (Mazzucato, 2014)

5. Lithium-Polymer- und Lithium-Ionen-Akkus (Li-pol und Li-ion) [Grundlagenforschung: Energieministerium];
6. Digitale Signalprozessoren (DSP, Digital Signal Processing), die auf Verbesserungen der Algorithmen für die schnelle Fourier-Transformation (FFT, Fast Fourier-Transformation) [Grundlagenforschung: Army Research Office];
7. Das Internet [Grundlagenforschung: DARPA];
8. Hypertext-Übertragungsprotokoll (HTTP, Hypertext Transfer Protocol) und Hypertext-Auszeichnungssprache (HTML, Hypertext Markup Language) [Grundlagenforschung: CERN];
9. Mobilfunk und Mobilfunknetze [Grundlagenforschung: US-Militär] – ohne sie würde es die Apple-Produkte nicht geben;
10. Satellitennavigation (GPS, Global Positioning Systems) [Grundlagenforschung: Verteidigungsministerium/Army],
11. Steuerung über Clickwheel und Multi-Touchscreens [Grundlagenforschung: Energieministerium, CIA/NSF, Verteidigungsministerium] und
12. Spracherkennung (Apples virtuelle Assistentin SIRI)[Grundlagenforschung: DARPA],

die Erfahrungen und Erwartungen der Nutzer drastisch verändert und ganz wesentlich zur Popularität und zum Erfolg der Apple-Produkte beigetragen.«²⁰⁵

Der dritte Grund ist der Planungshorizont für Investitionen. Kein Unternehmen kann es sich leisten Ausgaben vorzunehmen, die sich über Jahrzehnte erstrecken. Der Planungshorizont für Unternehmen ist beschränkt auf vielleicht 5 Jahre.

»Viele Probleme, vor denen die Regierung [...] steht, rühren daher, dass die [...] Steuerzahler praktisch keine Vorstellung davon haben, wie ihre Steuern zu Innovationen und Wirtschaftswachstum [...] beitragen. Sie wissen nicht, dass Privatunternehmen mit Innovationen Geld verdienen, die mit ihren Steuern unterstützt wurden. Unterdessen geben die Unternehmen, die auf diese Weise von Steuergeldern profitieren, weder einen erklecklichen Teil ihrer Gewinne an den Staat zurück, noch investieren sie in neue Innovationen (Mazzucato 2010). Den Steuerzahlern erzählt man, Innovationen und Wirtschaftswachstum seien dem Genie Einzelner zu verdanken, den Unternehmern im Silicon Valley, den Wagniskapitalgebern oder kleinen Unternehmen, vorausgesetzt, die Vorschriften sind lasch genug (oder inexistent) und die Steuern niedrig – vor allem im Vergleich zum ›Big State‹ in den meisten europäischen Ländern. Solche Geschichten erzählt man sich auch in Großbritannien. Dort heißt es, der einzige Weg zu Wirtschaftswachstum sei, dass man den Unternehmen die Führung überlasse und der Staat sich auf die Minimalaufgabe zurückziehe, die Herrschaft des Gesetzes zu sichern.«²⁰⁶

²⁰⁵ (Mazzucato, 2014)

²⁰⁶ Ebd.

»Grundlagenforschung ist eine Bezeichnung für erkenntnisorientierte und zweckfreie Forschung, d. h. zunächst steht der reine Erkenntnisgewinn im Vordergrund. Dabei ist Grundlagenforschung in allen Wissenschaften vertreten. Besonders vertraut ist das Bild von der Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften und der Medizin. Zweckfrei forschen heißt hier Wege zu finden, um neue Stoßrichtungen einer Disziplin zu etablieren.

Ein Beispiel ist die Laserphysik. Albert Einstein beschäftigte sich bereits mit den Grundlagen dieses Gebiets der Optik. Nach den grundsätzlichen Studien und Experimenten in der Laserphysik wurden und werden vielfältige Anwendungsgebiete der Laserphysik entdeckt: Von der Materialuntersuchung und -bearbeitung zur Messtechnik über medizinische Diagnostik und Therapeutik bis zum CD-Spieler, Laser-Pointer oder der 2005 Nobelpreis-prämierten Laserspektroskopie ist die Laserphysik längst der Grundlagenforschung entwachsen und eine unverzichtbare Technologie einer modernen, hoch entwickelten Gesellschaft geworden. Diese rasante Entwicklung hat nur etwa hundert Jahre gedauert. Was uns die Laserphysik in der Zukunft bringen wird, ist kaum absehbar.«²⁰⁷

»Gelingt es nicht wenigstens in den Vereinigten Staaten, große Technologiesprünge allein durch private Entdeckungsverfahren zu realisieren? Hierzu findet man im Buch der Ökonomin Mariana Mazzucato (*Das Kapital des Staates*) ernüchternde Befunde. Keine der Kerntechnologien, die sich in einem iPhone befinden, schreibt Mazzucato, seien ohne staatliche Förderung entstanden. [...] Mazzucato sieht dabei die Rolle des Staates darin, diejenigen Investitionen vorzunehmen, die für private Investoren zu riskant sind und dabei zugleich einen Planungshorizont erfordern, der sehr viel länger ist als die Fristen, die Kapitalanleger üblicherweise im Blick haben.«²⁰⁸

»Im Jahr 2007 investierte Österreich 1,182 Mrd. € in die Grundlagenforschung; das ist ein Anteil von 0,44 % am BIP. Damit befindet sich Österreich in einem »mittleren« Bereich der OECD-Länder. Besonders hohe Anteile der Grundlagenforschung am BIP haben vor allem die Schweiz (0,83 %) und Israel (0,64 %). Träger der Grundlagenforschung in Österreich ist vor allem der Hochschulsektor, auf den 70 % der österreichischen Grundlagenforschung entfallen (innerhalb des Hochschulsektors beträgt der Anteil der Grundlagenforschung allerdings nur 50 %). Unternehmen investieren nur ca. 3,3 % ihrer F&E-Ausgaben in Grundlagenforschung (wobei überraschenderweise vor allem die forschungsintensiven Branchen tendenziell eher wenig in Grundlagenforschung investieren) – dies kann als Indiz für eine funktionierende Arbeitsteilung gesehen werden: Unternehmen ziehen sich aus der langfristig orientierten Forschung zurück und damit kommt der

²⁰⁷ (Müller A. , 2005)

²⁰⁸ (Bofinger, Mehr Zentralismus wagen!, 2017)

öffentlichen Forschung als Quelle von Grundlagenwissen eine immer größere Bedeutung zu.«²⁰⁹

Unternehmer sollen gefördert und nicht behindert werden

Der ständig weiter anwachsende Reichtum in Deutschland, erkenntlich am stetigen starken Wachstum des privaten Gesamtvermögens, beweist, dass das sogenannte neoliberale System in wirtschaftlicher Hinsicht vernünftig ist. In sozialer Hinsicht ist es jedoch extrem unvollkommen und bedarf mehrerer Änderungen.

Basis dieses Wachstums ist die Freiheit der Unternehmer, die ihre Kreativität mit geringen Hindernissen ausleben können. Diese Kreativität darf in keiner Weise eingeschränkt werden, da sie wiederum die Basis für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Noch bestehende Hindernisse sollten beschleunigt abgebaut werden. Dazu gehört die Erleichterung von Firmengründungen, wie sie in England schon lange mit der Ltd. erfolgreich vorgenommen wird. Für die Ltd. (vergleichbar einer GmbH) in Deutschland ist lediglich ein Kapital von 5 Pfund (ca. 5,50 Euro) erforderlich. Die Begrenzung auf das Kapital der Firma im Risikofall sichert den Eigentümer ab, für das übernommene Risiko im Misserfolgsfall, für den Rest des Lebens nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein. Die deutsche Ansicht, aus dem Gesellschaftskapital ließe sich ermitteln, ob die Gesellschaft kreditwürdig sei, ist falsch. Ohne Vertrauen zum Inhaber oder Geschäftsführer der Gesellschaft läuft nichts.

Dabei besteht durchaus großes Interesse für die Gründung von Start-ups, die nicht nur bei der Finanzierung Probleme haben:

»Knapp 64 Prozent der Start-ups erklärten, dass sie von der Zuwanderung aus dem Ausland profitieren. 29,6 Prozent der Mitarbeiter haben keine deutsche Staatsangehörigkeit, in Berlin sind es sogar 47,7 Prozent. Jedes dritte Start-up hat allerdings nach eigenen Angaben Schwierigkeiten bei der Neueinstellung ausländischer Mitarbeiter durch bürokratische Hürden. [...] Vier von fünf Gründern haben einen Hochschulabschluss. [...]

Datenbasis waren insgesamt 1837 Start-ups, 4245 Gründerinnen und Gründer und 19.913 Mitarbeitende.«²¹⁰

»Peter Bofinger, einer unserer ›Wirtschaftsweisen‹, lässt daran keinen Zweifel: ›Wenn man sieht, mit welcher Energie und Konsequenz in China Industriepolitik

²⁰⁹ (Schibany & Gassler, 2010)

²¹⁰ (hade./dpa, 2017)

betrieben wird, erscheint es geradezu fahrlässig, wenn Europa weiterhin darauf vertraut, dass es der Markt schon richten wird.«²¹¹

Diese Erfahrung konnten schon die Ostdeutschen machen, die auf die Worte von Helmut Kohl zu den »blühenden Landschaften« und »der Markt wird es schon richten« vertrauten.

Aufbau einer einfachen Anregungsstelle

Unternehmen oder vermögende Personen wirken oft direkt auf das Parlament mit einer Lobby. Häufig werden hier Gesetze bereits vorformuliert. Lobbyarbeit ist der Einflusskasten der Großen, doch wie sieht es bei den Kleinen aus.

Wie wäre es, wenn hier eine Institution zwischengeschaltet wird, mit folgenden Schritten:

- Entgegennahme von Verbesserungsvorschlägen über das Internet.
- Einstellung in ein öffentliches Register unter Bearbeitung und Ordnung nach Sachgebieten. Jeder hat Einsicht und kann, wie bei einer Petition, zustimmen oder ablehnen.
- Auswertung und endgültige Formulierung dieses Begehrens durch diese Institution bei gleichzeitiger öffentlicher Sichtbarkeit und Vorlage bei den entsprechenden Ministerien. Möglicherweise unter Absprache mit dem Antragsteller zur Vermeidung von Fehlinterpretationen.
- Öffentliche Einstellung der Begründung des entsprechenden Ministeriums und Vorlage vor dem Bundestag, wenn der Umfang eine Größenordnung annimmt, die eine Notwendigkeit für eine Lösung erfordert.

Für Personen, die noch über kein Internet verfügen (das trifft besonders für die Armen der Gesellschaft zu), könnte es bei jeder Post ein kostenloses Formular geben, welches handschriftlich ausgefüllt wird und in jedem Briefkasten in einem besonders farbigen Umschlag kostenlos an die Institution verschickt wird. Der Text wird von der Institution dann in die elektronische Datenbank eingefügt. Das müsste nicht einmal mit viel Aufwand gemacht werden, denn es gibt schon sehr lange Handschriftlesegeräte.

Auch wenn sich niemand weiter sonst für das Thema des Absenders interessiert, so ist es für den Absender jederzeit möglich zu überprüfen, ob sein Begehren angekommen ist und welche Reaktion es darauf gegeben hat.

Sich mit seinem Begehren, ernst genommen zu fühlen, dürfte damit erreicht werden und könnte die Demokratieermüdung abbauen. Ein weiterer Aspekt ist die

²¹¹ (Sommer, 2019)

Unterschätzung der Kreativität der Bevölkerung. Es besteht eine Ignoranz der Politik, die zur Verfügung stehende Kreativität des Volkes nicht zu nutzen.

Einrichtung eines strategischen Investitionsausschusses

Mit der Einrichtung des nationalen Investitionsfonds, auf der Grundlage des ERP-Sondervermögens, und den bereitgestellten Mitteln ist die Finanzierung der Wirtschaft für mehr gut bezahlte Arbeitsplätze gesichert.

Die alleinige Mittelverwendung durch das Wirtschaftsministerium ist nicht ausreichend. Durch eine bessere Verbindung zwischen Forschung, Entwicklung und Produktion (strategischer Investitionsausschuss) im Zusammenspiel mit dem Finanzsystem können alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, wie z. B. die Finanzierung neuer Technologien. Gerade der technologische Wandel beschleunigt sich. Der Anschluss an die Weltspitze darf nicht versäumt werden.

Der Staat als Vermögensverwalter der Volksgemeinschaft

Für jedes Mitglied der Gesellschaft besteht das Problem, eine Vorsorge zu betreiben für die Zeit, in der man nicht mehr arbeiten kann, krank wird oder gepflegt werden muss. Ein Drittel bis zur Hälfte der Gesellschaft ist dieser Aufgabe nicht gewachsen, da diese Aufgabe Wissen und die nötigen Mittel erfordert. Beides ist nur in geringem Maße vorhanden. Insofern hat der Staat die Pflicht, sich diesem Problem zu stellen.

Wie wir festgestellt haben, gibt es drei Defizite in unserer Gesellschaft:

1. Ein Drittel der Gesellschaft lebt nicht im Wohlstand und ist nicht in der Lage Rücklagen zu bilden und sie vernünftig anzulegen.
2. Dieses Drittel ist auch nicht in der Lage, seine Kinder auf eine Zukunft vorzubereiten, die notwendig für ein intelligentes Überleben des Staates ist.
3. Der Staat hat nicht genug Einnahmen, um davon die Grundlagenforschung und die Strukturinvestitionen zu bezahlen. Besonders hat er sie nicht dann, wenn der private Sektor zur Investitionszurückhaltung neigt und der Staat aufgefordert wird, diese Zurückhaltung auszugleichen.

Maßnahmen zur Verhinderung von Investitionskrisen

Die in den vergangenen Jahrzehnten vorgenommenen Aktionen zur Steuerung der Investitionskrisen haben nicht oder nur mäßig funktioniert. Besonders problematisch war die Forderung einer antizyklischen Investitionsbereitschaft des Staates. In einer Krise gehen auch die Einnahmen des Staates zurück, somit steht dem Staat gerade dann kein Geld zur Verfügung, wenn er es besonders dringend benötigt. Die Lösung, sich dieses Geld zu leihen, hat nicht funktioniert, da Staatsausgaben häufig keinen messbaren Gewinn abwerfen, der zur Rückzahlung oder Tilgung verwendet werden kann. Steuereinnahmen bewirken das Gegenteil einer Konjunkturbelebung.

Antizyklische Maßnahmen sind also bisher nur durch staatlich unabhängige Einrichtungen zu erreichen, wie das z. B. mit QE durch die Bundesbank geschehen ist.

Eine weitere Möglichkeit ist die Bildung von Vermögensfonds, die staatlich unabhängig einen Teil des Produktivkapitals der Gesellschaft enthalten. Damit ist sichergestellt, dass nicht das Betriebsvermögen aufgelöst wird, sondern nur die Gewinne aus den Vermögensfonds für Investitionen bereitstehen. Eine antizyklische Steuerung ist damit besser machbar.

Die Finanzierung staatlicher Investitionen muss unabhängig organisiert sein. Sie muss auch in Krisenzeiten funktionieren können und unabhängig von wirtschaftlichen Schwankungen sein. Dies lässt sich dadurch erreichen, dass Investitionen aus den Gewinnen eines Vermögensfonds getätigt werden, der an dem Produktivkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Doch Deutschland ist es bisher nicht gelungen, einen derartigen Vermögensfonds aufzubauen, aufgrund seines Verzichts auf jede Besteuerung des Vermögens, wie Erbschafts- und Vermögenssteuer. Der Fehler lag in der kassenmäßigen Besteuerung, die eine Liquidierung des Vermögens erfordert hätte. Somit konnten sich die Eigentümer des Betriebsvermögens erfolgreich gegen eine Besteuerung wehren.

Da führt uns zu der folgenden Abbildung, die die Konzentration des Betriebsvermögens in wenigen Händen zeigt. Ziel der Sozialen Marktwirtschaft war die Teilhabe der Bevölkerung an der Wirtschaft und damit auch am Produktivkapital (Betriebsvermögen). Die Realität sieht jedoch anders aus.

Warum soll sich der Staat als Vertreter der Gesellschaft nicht wie Warren Buffet verhalten und mit Gesetzen zur Abführung von Gesellschaftsanteilen der Privaten oder mit Käufen von den Privaten einen staatlichen Vermögensfonds anlegen?

Warum soll der Staat nicht reagieren wie die privaten Vermögensfonds, die abwertend meist als Heuschrecken bezeichnet werden? Der Staat könnte die Übernahmen von Firmen vornehmen und damit einem Abbau von Arbeitsplätzen begegnen. Er hat nicht nur die finanziellen Mittel zum Aufbau eines Fonds, sondern er hat auch die Macht in Form der Gestaltung der Gesetze.

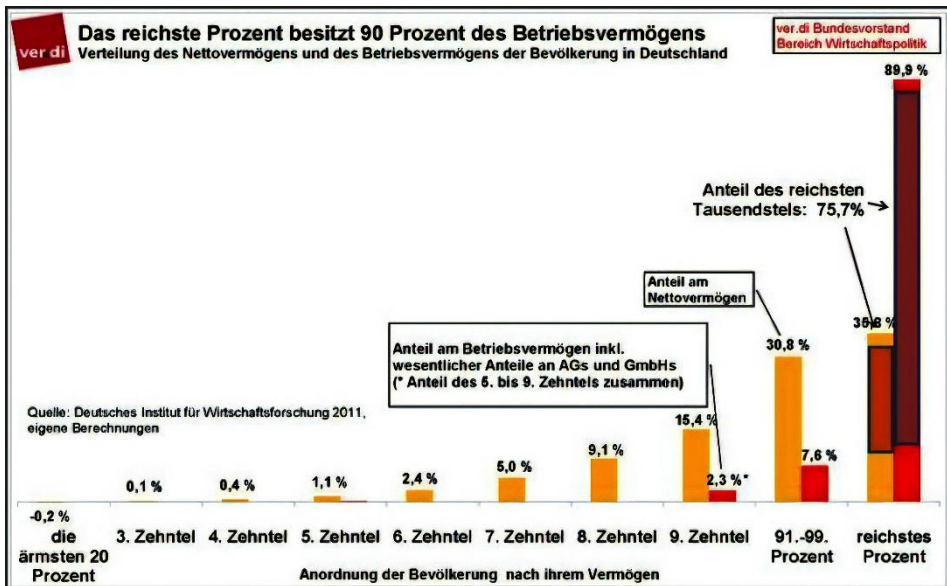


Abb. 49: Das reichste 1 % besitzt 90 % des Betriebsvermögens

Quelle: Verdi Wirtschaftspolitik, Antworten auf Argumente gegen eine gerechte Erbschaftsteuer, <https://wipo.verdi.de/publikationen/argumente/++co++483e5708-6b3b-11e5-b6fb-525400ed87ba>

Staats- und Volksvermögensfonds als Lösung

Speziell die Ungleichheit des Vermögens hat durch Maßnahmen der neoliberalen Privatisierungspolitik zugenommen, die nach heutigem Stand als überzogen anzusehen sind.

Eine Korrektur der Eigentumsverhältnisse des Produktivkapitals ist dringend erforderlich. Das bedeutet, dass die Finanzierung von denen zu tragen ist, die in den vergangenen Jahrzehnten davon profitiert haben. Das sollte im eigenen Interesse der Eigentümer des Produktivkapitals liegen, da mit zunehmender Verschärfung des Zustandes Forderungen nach Enteignung oder Vergesellschaftung

zunehmen werden. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung möchte keine sozialistische Wirtschaft, wie in der DDR. Die bessere Lösung ist eine privatwirtschaftliche Wirtschaft mit einer staatlichen passiven Beteiligung. Der Staat sind wir, und wir möchten an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben, weil wir auch dazu beigetragen haben.

Wie wir auch gesehen haben, wurde bei einem Anteil von ca. 25 % des produktiven Vermögens in den Händen des Staates die Wirtschaft als goldenes Zeitalter beschrieben. Auch wenn Kritiker keinen Zusammenhang sehen, so war es zumindest für den Staat möglich, mit den Gewinnen aus den staatlichen Unternehmen Investitionen vorzunehmen oder mit den Einnahmen im Staatshaushalt die Steuerzahlungen der Bürger zu vermindern.

Gegen eine Beteiligung des Staates an den Unternehmen spricht nichts. Ein sehr gutes Beispiel ist VW, welches als reiner Staatsbetrieb begonnen hatte und heute noch einen Staatsanteil von 11 % hat. Zugleich ist es eines der größten Unternehmen geworden.

Ein Beispiel für fehlendes staatliches Fondsvermögen ist die Übernahme von Kuka durch chinesische Unternehmen. Kuka ist ein für die Zukunft wichtiges Unternehmen für Automatisierung. Mit einer Übernahme durch den Staat hätte der Technologietransfer nach China verhindert werden können, doch die Mittel zur Übernahme hatte der Staat nicht.

An jedem Unternehmen, welches durch fremde Vermögensfonds übernommen wird, hängen Arbeitsplätze. Diese können erhalten werden, wenn der Staat die Mittel hat, sich in größerem Umfang daran zu beteiligen. Jüngste Beispiele dafür sind Bayer, ThyssenKrupp und Osram.

Die EU macht das sehr viel besser. Neben dem EFSI für strategische Investitionen stammt das Geld für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Mittel haben dazu beigetragen, die Straßen zu verbessern, die ländlichen Gemeinden mit Breitband zu versorgen, Menschen mit Behinderungen für den Einstieg in die Arbeit auszubilden und Mittel für touristisch und ökologisch wichtige Standorte bereitzustellen.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Investitionsbeträge zu hebeln, wie das vorbildlich der europäische Investitionsfonds EFSI vormacht. Abb. 60: Investitionsvolumen mit dem EFSI, zeigt eindrucksvoll, wie aus einer zur Verfügung gestellten Investitionssumme von 33,5 Milliarden Euro ein Investitionsvolumen von 500 Milliarden entsteht. Möglich ist das, indem die privat brachliegenden Geldmengen aktiviert werden. Geldvermögensanlegern, die bisher auf Angebote des Staates zurückgreifen konnten, stehen diese wegen der geringeren Verschuldung

der Staaten aufgrund der Maastricht-Kriterien nicht mehr zur Verfügung. Sie haben damit die Gelegenheit, sich an derartigen Projekten privat zu beteiligen.

In Zeiten, in denen staatliche Investitionen zurückgefahren werden können, weil der private Sektor boomt, können zum weiteren Vermögensaufbau durch Ankauf Aktien aus den Gewinnen des Fonds genutzt werden.

Somit ist auch der Kauf von Aktien von Firmen (wie Apple) für den Vermögensfonds möglich, die ihre Gewinne bis zur Ausschüttung verschieben oder verschleiern.

Viele Staaten haben erkannt, dass die Umsetzung der volkswirtschaftlichen Ziele besser durch unabhängige Volksvermögensfonds oder unabhängige Staatsfonds geschehen sollte, in Europa ist nur Norwegen als kleines Land ein Vorreiter mit einer weltweiten Spitzenposition.

Ein gutes Beispiel bildet der Norwegenfonds

Im Mai 1996 wurden die ersten Öleinnahmen auf den Fonds übertragen, und er hat sich inzwischen zum größten Staatsfonds der Welt entwickelt. 2017 erreichte er die Billionenmarke in USD, was dem Zweieinhalbfachen der Wirtschaftsleistung des Landes entspricht. Auf jeden der rund 5,3 Millionen Einwohner kommt rechnerisch ein Vermögensanteil von ca. 193.000 USD. Der Fonds dient als eine Art Versicherung für die Zeit nach dem Ende der Ölförderung und den damit absehbaren notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft. Für den Staatsfonds gilt, dass das Vermögen tabu ist, jedoch die Gewinne aus diesem Vermögen für Investitionen verwendet werden.

Wenn es einem kleinen Land wie Norwegen bei einer Bevölkerung von 5,3 Millionen Einwohnern gelingt, einen Fonds mit einem Vermögen von 1 Billion Euro aufzubauen, dann müsste es für Deutschland möglich sein einen Fonds von mindestens 3 Billionen Vermögen aufzubauen. Dazu ist es nicht notwendig, nur inländisches Vermögen zu haben, auch der norwegische Fonds legt Geld in ausländischen Unternehmen an.

Bei einer Rendite von 5 % (Warren Buffet erzielte mit seinem Fonds fast konstant 20 % Rendite) stünden 150 Milliarden Euro jedes Jahr für Investitionen zur Schaffung von guten Arbeitsplätzen, guten Renten und preiswertem Wohnen zur Verfügung.

Die Größenordnung für einen Staats- oder Volksvermögensfonds ergibt sich einerseits aus den inländischen privaten Vermögenswerten, von denen mindestens

25 % eingebracht werden sollten und den Zukauf von ausländischen Vermögenswerten bevorzugt in Form von Anteilswerten (Aktien).

Eine Abschätzung zur Höhe der Staats- oder Volksvermögensfonds könnte so aussehen:

1. Kreditaufnahme aus brachliegenden Sparvermögen 1.000 Milliarden Euro
2. Beteiligungskapital (Teilhabekapital) am inländischen Betriebsvermögen
3. Beteiligungskapital aus inländischen Aktiengesellschaften. Sie gehören zum Geldvermögen.

Das Nettoanlagevermögen in 2017 beträgt nach Angaben von IW 10.374,7 Milliarden Euro.²¹²

Bei einem Anteil von 25 % unter Freistellung von kleinen Unternehmen ca. 2.000 Milliarden.

»In Deutschland gab es im Jahr 2012 unter den circa 3,7 Millionen Unternehmen gut 11.000 Aktiengesellschaften (AG oder KGaA). Gemessen am Umsatz haben diese Aktiengesellschaften einen Anteil von etwa 18 % [...]. Nur ein Bruchteil der hiesigen Aktiengesellschaften ist börsennotiert.

An den maßgeblichen Handelsplätzen der Deutschen Börse AG wurden Ende Juli 2014 Aktien von 711 Unternehmen gehandelt. Ihre Marktkapitalisierung betrug Ende Juli rund 1.200 Mrd. €.²¹³

Bei der Annahme, dass die restlichen 10.300 Aktiengesellschaften auf eine geschätzte Marktkapitalisierung von 800 Milliarden kommen, dürfte eine 25 %tige Beteiligung ca. 500 Milliarden zur Verfügung stellen.

4. Zukauf von Beteiligungskapital aus ausländischen Aktiengesellschaften.

Bevorzugt werden könnten hier Firmen, deren Gewinne über Steueroasen so lange verschleiert werden, bis die Gewinne schließlich an die Anteilseigner ausgeschüttet werden oder den Wert der Aktien erhöht.

²¹² Vgl. <https://www.deutschlandinzahlen.de/?555>

²¹³ (Deutsche Bundesbank, 2014 September)

Sovereign Wealth Fund			
1.	Norway Government Pension Fund Global	\$1,072,840,000,000	Europe
2.	China Investment Corporation	\$941,417,000,000	Asia
3.	Abu Dhabi Investment Authority	\$696,660,000,000	Middle East
4.	Kuwait Investment Authority	\$592,000,000,000	Middle East
5.	Hong Kong Monetary Authority Investment Portfolio	\$509,353,000,000	Asia
6.	SAFE Investment Company	\$439,836,526,800	Asia
7.	GIC Private Limited	\$390,000,000,000	Asia
8.	Temasek Holdings	\$374,896,000,000	Asia
9.	National Council for Social Security Fund	\$341,354,000,000	Asia
10.	Public Investment Fund	\$320,000,000,000	Middle East
Quelle: Sovereign Wealth Fund Institute (2019)			

Abb. 50: Die weltweit zehn größten Staatsfonds

Quelle: SWFI, 2019, Top 81 Largest Sovereign Wealth Fund Rankings by Total Assets, <https://www.swfinstitute.org/fund-rankings/sovereign-wealth-fund>

Andere Länder machen vor, wie ein Staatsfonds gefüllt wird, und was damit erreicht werden kann.

»Der US-amerikanische Betreiber von Rechenzentren Equinix ist jetzt [...] nämlich ein Joint Venture mit GIC eingegangen, einem Vermögensfonds aus Singapur. Zusammen ist eine Investition von mehr als einer Milliarde US-Dollar geplant, um sechs Hyperscale-Rechenzentren in Europa zu übernehmen und auszubauen.«²¹⁴

»Die GIC Private Limited, vormals Government of Singapore Investment Corporation (GIC) ist [...] eine für die Verwaltung von staatlichen Geldern zuständige Behörde, die gleichzeitig mehrere Staatsfonds des Staates Singapur verwaltet.«²¹⁵

Es geht also um die zwei grundlegenden Punkte, wie viele Vermögensfonds benötigt und wie diese gefüllt werden, damit sie ihren Aufgabenstellungen gerecht werden.

Volkswirtschaftlich gibt es drei Problembereiche in der Sozialen Marktwirtschaft, die im Grunde nur die untere Hälfte der Gesellschaft betreffen:

1. Schaffung von Arbeitsplätzen mit Löhnen, von denen Alterssicherung und Ausbildung von Kindern ohne Einschränkung vorgenommen werden können.
2. Eine vollständige Absicherung für Rente, Krankheit und Pflege.
3. Das Vorhandensein von bezahlbarem Wohnraum.

²¹⁴ (Equinix, 2019)

²¹⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Government_of_Singapore_Investment_Corporation

Das schränkt keineswegs die Freiheit der Personen ein, die mehr Mittel zur Verfügung haben und dieses Verfahren nicht benötigen.

Umsetzen lassen sich diese drei Punkte über unabhängige Vermögensfonds, die die benötigten Beträge aus dem Gewinn der Fonds und nicht aus der Substanz entnehmen.

Es ist nicht so, dass es für die Umsetzung nicht schon Einrichtungen gäbe. Doch sie müssen angepasst werden, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Für die Umsetzung werden drei Fonds benötigt:

1. Ein unabhängiger Vermögensfonds (Investitionsfonds), der alle Investitionen vornimmt, um eine Vollbeschäftigung zu erreichen. Er kann dabei auf der Basis des ERP-Fonds aufbauen.
2. Ein unabhängiger Vermögensfonds, der individuell dem Volk zugeordnet ist. Eigentümer ist damit nicht der Staat, sondern wie bei der Rentenversicherung der Bürger. Der Fonds wird nur gemeinschaftlich verwaltet. Die Rentenversicherung kann integriert werden.
3. Ein unabhängiger Vermögensfonds für öffentliche und soziale Wohnungen. Er ist nicht auf Gewinnerzielung aus, sondern auf Stabilisierung der Mieten in den unteren Mietbereichen.

Drei Fonds zur Steuerung einer neuen, sozialeren Wirtschaftspolitik

Aus den vorausgegangenen Abschnitten sollte deutlich geworden sein, dass mit den ab 1982 führend regierenden Parteien keine Änderung der Wirtschaftspolitik zu erwarten ist. Besonders bei der weiter zunehmenden sozialen Ungleichheit gibt es keine Anzeichen, die auf eine Verbesserung hinweisen. Verbesserungen können nur erzielt werden, wenn sich die Politiker einer Vermögenssteuer, dabei vorzugsweise der Erbschaftssteuer, annehmen. Wie wir jedoch gesehen haben, ist die Phalanx aus Gegnern, die über viel Macht und Einfluss verfügen, sehr groß. Ein neues Konzept kann nur gelingen, wenn in den politischen Parteien, die eine soziale Wende befürworten, Parteiprogramme überparteilich mit einem identischen Ziel entstehen.

Als Basis können die Freiburger Thesen, die rudimentär bei vielen Parteien vorhanden sind, verwendet und unter den Punkten der Eigentumsordnung und Bodenordnung um diese Aspekte ergänzt werden.

Der Investitionsfonds zur Schaffung von Arbeitsplätzen

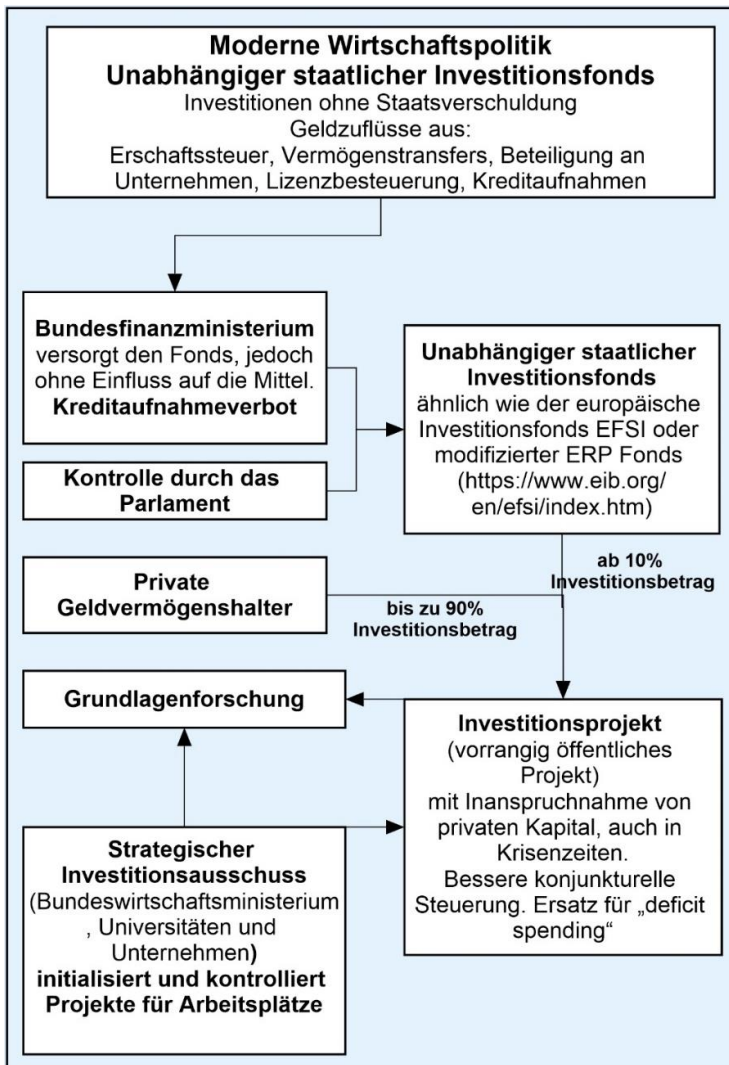


Abb. 51: Unabhängiger staatlicher Investitionsfonds

Es ist bemerkenswert, dass es diese Organisation bereits gibt. Weiterhin ist es bemerkenswert, dass sie ausgezeichnete Dienste geleistet hat und doch als Organisation fast vergessen wurde.

Es handelt sich hierbei um die Mittel aus dem Marshallplan, bekannt als »European Recovery Program«. Diese Mittel wurden 1953 in ein Sondervermögen überführt.

»Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wurde nach dem Zweiten Weltkrieg am 18. November 1948 mit dem Ziel gegründet, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu finanzieren. Das Startkapital stammte vor allem aus Mitteln des Europäischen Wiederaufbauprogrammes (englisch European Recovery Program oder ERP, umgangssprachlich meist nur kurz Marshallplan genannt). [...]

Mit Inkrafttreten des vom Bundestag am 29. März 2007 beschlossenen Gesetzes zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung wurde das aus den Mitteln des Marshallplans gebildete ERP-Sondervermögen in Höhe von 4,65 Mrd. Euro Eigenkapital und Nachrangkapital in Höhe von 3,25 Mrd. Euro in die KfW eingebracht. Die mit dem neu eingebrachten Eigenkapital erzielten Erträge stehen zweckgebunden der ERP-Wirtschaftsförderung zur Verfügung und decken – zusammen mit Förderzuschüssen des ERP-Sondervermögens – die Förderlasten der von der KfW durchgeführten ERP-Wirtschaftsförderung ab. Die Erträge aus den bisherigen Anteilen des ERP-Sondervermögens am Eigenkapital der KfW dienen weiterhin dem Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens. [...]

Die KfW oder Kreditanstalt für Wiederaufbau ist die weltweit größte nationale Förderbank sowie nach Bilanzsumme die drittgrößte Bank Deutschlands. Die KfW und ihre Töchter DEG, KfW IPEX-Bank und FuB bilden die KfW Bankengruppe. Die Rechtsaufsicht hat das Bundesministerium der Finanzen.«²¹⁶

Im Jahre 2007 kam es zu einer Krise der IKB, an der die KfW mit 38 % beteiligt war. Die IKB hatte sich mit ihren Investments am amerikanischen Immobilienmarkt verspekuliert. Es kam zu großen Verlusten. Im Zuge dieser Ereignisse wuchs die Kritik an der Geschäftsführung durch die Vorstandssprecherin, eine aus dem Finanzministerium kommende Politikerin.

»Die Aufgabe der KfW besteht in der Realisierung von öffentlichen Aufträgen wie der Förderung von Mittelstand und Existenzgründern, der Gewährung von Investitionskrediten an kleine und mittlere Unternehmen sowie der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben und Wohnungsbau, der Finanzierung von Energiespartechniken und der kommunalen Infrastruktur.«²¹⁷

²¹⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/KfW>

²¹⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/KfW>

Das ERP-Sondervermögen wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) verwaltet. Die Kreditvergabe erfolgt aufgrund vorgelegter Förderprogramme durch die KfW Bankengruppe.

Damit steht Deutschland ein Fonds mit einer Verwaltung zur Verfügung, welcher für die Vermögensbesteuerung und Investitionen bestens genutzt werden kann.

»Das ERP-Sondervermögen ist vor allem ein Innovationsprogramm. Es ist das wichtigste Instrument, welches der Bundesregierung für ihre Innovationsoffensive zur Verfügung steht; denn es stellt genau dort Kapital zur Verfügung, wo andere das Risiko scheuen. Ohne das ERP-Sondervermögen mit Mut zu Investitionen wäre jede Innovationsoffensive zum Scheitern verurteilt. Ich will das anhand der jüngsten Innovationsbausteine darstellen. Ohne das ERP-Sondervermögen gäbe es keinen Dachfonds für Venture Capital. Ohne diesen Dachfonds würde das Eigenkapital des European Investment Fund nicht in Deutschland investiert werden. Ohne die Beteiligung des ERP-Sondervermögens gäbe es auch keine Chance, das Venture Capital in Deutschland wieder zu beleben.«²¹⁸

Das ERP-Sondervermögen zum unabhängigen Investitionsfonds ausbauen

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Erwartung für einen Wirtschaftsaufschwung gering. Doch mit dem Einsatz des ERP-Fonds fand in Deutschland eine enorme konjunkturelle Entwicklung statt, die dazu führte, dass die Arbeitslosenzahlen im Jahre 1951 den niedrigsten Stand der Nachkriegsjahre hatten und Vollbeschäftigung erzielt wurde, die bis 1971 anhielt. Von keinem der Wirtschaftswissenschaftler war eine derartige Entwicklung vorhergesehen worden. Alle hatten mit einer sehr langsamen Erholung der Wirtschaft gerechnet.

Der Fonds ist eine Vermögensposition, die Gelder zinsgünstig oder zinsfrei verleihen kann bzw. auch auf Rückzahlungen verzichten kann, wenn dies erforderlich wird.

Gemessen an dem Bestand des Fonds in Höhe von mehr als 12 Milliarden Euro (2008) waren die Ergebnisse hervorragend. Doch es gab zu wenig Mittel, um den Schwund bei den Arbeitsplätzen kompensieren zu können. Im Vergleich dazu setzte Deutschland mit den Konjunkturprogrammen, über geliehenes Geld, über 2 Billionen Euro (2015) ein. Der Unterschied ist, dass das ERP-Sondervermögen durch die Zinsen gestiegen ist, während für die Konjunkturprogramme Zinsen gezahlt werden mussten, und zwar in einer Höhe von ca. 1 Billion Euro.

²¹⁸ <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2006/februar/hans-josef-fell-mittelstandsfoerderung.html>

Der ERP-Sondervermögensfonds ist eine Vermögensposition, die so weit erweitert werden kann, dass sie durch Zuflüsse, aus dem Erbschaftssteuer-Beteiligungsmodell, aus dem Lizenzsystem und aus der Konjunkturausgleichabgabe hoher Einkommen, in der Lage ist, die Konjunkturprogramme der Regierung aus dem Staatshaushalt überflüssig zu machen. Der Vorteil ist, dass Geld für Investitionen oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung steht, die Zinsen jedoch nicht an Fremde, sondern dem Fonds direkt zufließen und dessen Vermögen bzw. dessen Leistungsfähigkeit weiter erhöhen.

Der deutsche ERP-Fonds ist ein Investitionsfonds mit derzeitig ca. 12 Milliarden Euro. Diese Summe reicht aber bei Weitem nicht für die zukünftigen Aufgaben aus. Das ist ein Wert pro Kopf von 140 Euro. Für ein reiches Land wie Deutschland geradezu armselig.

Der norwegische Investitionsfonds hatte im September 2017 eine Summe von rund 1 Billion USD und pro Kopf von 193.000 USD, ca. 145.000 Euro, und damit mehr als 1000-mal so viel wie ein Deutscher.²¹⁹

Innerhalb eines Zeitraums von 50 Jahren befinden sich in Deutschland rund 25 % aller Erwerbstätigen in armen oder prekären Situationen. Investitionen sind umfassend erforderlich und notwendig. Am Geld liegt es jedoch nicht, siehe Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland.

Sicherstellung der Unabhängigkeit des Fonds

Es gab viele Versuche der Politik, diesen Vermögensposten in das Haushaltsbudget zu übernehmen. Doch glücklicherweise scheiterten sie alle.

Immer wieder gibt es Berichte in Medien, wonach die Auflösung des ERP-Sondervermögens zur Sanierung des Staatshaushaltes geplant sei, was dann jedoch nicht stattfand. Unter großen Protesten war es zuletzt 2004 unter der rot-grünen Koalition im Gespräch.²²⁰

Aus diesen historischen Erfahrungen ergeben sich Forderungen an den erweiterten Fonds:

Der Fonds sollte einen unabhängigen Status erhalten, vergleichbar mit dem der Deutschen Bundesbank. Unter der Annahme, dass die Zuflüsse und Abflüsse in der Art erfolgen, wie sie beim ERP versucht wurden, würden die einfließenden

²¹⁹ Vgl. (fdi/Reuters, 2017)

²²⁰ Vgl. Eigenkapitalhilfe ERP-Sondervermögen: Protest nimmt zu, wiwo.de vom 25. August 2004

Vermögenswerte einen Umfang in Billionenhöhe annehmen und damit als Machtinstrument missbraucht werden können.

Neben der erforderlichen Kontrolle durch das Parlament ergibt sich auch ein Verbot für die Abstellung von Politikern für diese Organisation.

So wie die unabhängige Zentralbank gezeigt hat, dass sie die Inflation im Griff hat, so sollte der unabhängige Fonds in Zusammenarbeit mit dem strategischen Investitionsausschuss und mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMW) in der Lage sein, sein Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, zu verwirklichen. Das Finanzministerium wäre damit entlastet und könnte sich seinem Ziel besser annähern, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Verbot der Belastung des Fonds mit Krediten

Die politische Absicht, den Fonds mit Krediten zu belasten, ist klar: Mithilfe des Fonds kann sich der Staat in hohem Maße verschulden, ohne dass diese Schulden in Bundes- oder Landesbudgets auftauchen. Reguläre öffentliche Ausgaben werden somit nicht in regulären Haushalten verwaltet, sondern in einem »Schattenhaushalt«. Das ist gut für das Image des Finanzministers, der mit stolzgeschwellter Brust auf seine angeblich solide Haushaltsführung verweisen kann. Es erleichtert ihm aber auch das Geschäft; denn Fonds unterliegen in der Regel nicht der unmittelbaren Kontrolle durch das Parlament, tauchen also in Haushaltsdebatten bestenfalls am Rande auf. Und wo keine effektive politische Kontrolle stattfindet, da ist der Finanzminister auch nicht an die üblichen restriktiven Haushaltsregeln gebunden.

»Vor ein paar Jahren erklärte der damalige Finanzminister Gerhard Stoltenberg im Bundestag: »Wir nutzen bewusst den Spielraum der Sondervermögen und Sonderinstitute des Bundes [...], ohne damit Schattenhaushalte aufzubauen.« Das ist ein Streit um Begriffe, denn in jedem Fall wird mit Hilfe von Fonds die wahre Höhe der Staatsausgaben optisch verringert, der Umfang der Staatsverschuldung verschleiert und das Parlament in seiner Kontrollaufgabe behindert.«²²¹

So wurde der ERP-Fonds 2003 mit 3 Milliarden DM Kreditaufnahme belastet, die nicht im Bundeshaushalt auftauchten.

²²¹ (Schmid, 1990)

Kontrolle durch das Parlament

Die parlamentarische Kontrolle ist eine der vier Hauptfunktionen des Parlaments. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans kommt jedes Vorhaben der Bundesregierung auf den Prüfstand und kann im Haushaltsausschuss abgeändert werden. Das Parlament muss alljährlich den ERP-Wirtschaftsplan billigen.

Wegen der großen Machtansammlung und der wirtschaftlichen Bedeutung muss die parlamentarische Kontrolle erweitert und ausgebaut werden.

Der Investitionsfonds als Sicherung technologischer Überlegenheit

Unter einem ehrgeizigen Plan, der vor zwei Jahren mit dem Titel »Made in China 2025« vorgestellt wurde, hat Peking angekündigt in einem Jahrzehnt unter anderem viele innovative Technologien wie moderne Mikrochips, künstliche Intelligenz und Elektroautos zu beherrschen. Und China setzt einige der weltweit größten Technologieunternehmen ein.

Aber Made in China 2025 ist ehrgeiziger als alles, was die Regierung jemals versucht hat, es ist eine nationale Industriepolitik, die darauf abzielt, eine neue Art von globaler Macht und Einfluss zu schaffen.

Ein Schlüsselindikator für den Aufstieg Chinas in Wissenschaft und Technik sind seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E). Die chinesischen F&E-Investitionen sind in den letzten zwei Jahrzehnten bemerkenswert gestiegen, wobei die Wachstumsrate die der USA und der EU weit übertroffen hat.

Die Zahl der verliehenen Universitätsabschlüsse in Natur- und Ingenieurwissenschaften in China hat sich von ca. 300.000 im Jahr 2000 auf 1.300.000 entwickelt. Dagegen blieben sie im gleichen Zeitraum in Deutschland fast konstant unter 100.000.

China ist derzeit der zweitgrößte Akteur in Bezug auf die F&E-Ausgaben auf Länderbasis und macht 20 % der weltweiten F & E-Ausgaben aus. Auch in Branchen, in denen wissenschaftliche und technologische Kenntnisse intensiv genutzt werden, gewinnt es zunehmend an Bedeutung.

Chinas Aufstieg in Wissenschaft und Technologie ist kein Zufall. Aufeinanderfolgende chinesische Staats- und Regierungschefs haben Wissenschaft und Technik als integralen Bestandteil des Wirtschaftswachstums erkannt und konsequent Schritte zur Entwicklung der Wissenschafts- und Technikinfrastruktur des Landes unternommen.

Die EU muss sich stärker dafür einsetzen, dem Zug der Globalisierung der Wissenschaft beizutreten, und anschließend sicherstellen, dass die europäischen Volkswirtschaften davon profitieren. Ein integrierter europäischer Raum für Wissenschaft und Technologie, der durch wissenschaftliche und technologische Spitzenleistungen gekennzeichnet ist, ist dafür eine notwendige Voraussetzung.²²²

Dieser Vergleich macht deutlich, dass Deutschland bzw. die europäische Gemeinschaft sehr große Anstrengungen in der Bildung unternehmen muss, wenn es nicht völlig technologisch ins Abseits gedrängt werden will. Mit einem Investitionsfonds ist dies leichter möglich als mit Budgetbeschränkungen aus dem Haushalt, besonders dann, wenn die technologische Entwicklung durch den strategischen Investitionsausschuss beeinflusst werden kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Erwerbung von Know-how durch die Chinesen. Bekannt ist aber auch, dass die Chinesen keine Probleme damit haben, Technologie zu kopieren. Die Übernahmen von Hochtechnologiefirmen, wie AMD (Microprozessoren) und Kuka (Automaten) schreckte die Politik auf. Im März 2018 hat US-Präsident Donald Trump sein Veto gegen die Übernahme des US-Halbleiterkonzerns Qualcomm durch den Rivalen Broadcom aus Singapur eingelegt. Trump hatte Bedenken wegen der nationalen Sicherheit geltend gemacht.

»Der chinesische Elektrogerätehersteller Midea hat den Roboterbauer Kuka zu knapp 95 Prozent übernommen. Nach dem Ende der Übernahmefrist verbleiben noch gut fünf Prozent der Kuka-Anteile bei ihren bisherigen Eigentümern, Midea hält jetzt 94,5 Prozent der Kuka-Aktien. [...]

Die Übernahme ist umstritten, da bei Kuka viel technologisches Know-How gesammelt ist – unter anderem durch die Produktion für Autohersteller. Kritiker fürchten, solche hochsensiblen Daten könnten im Zuge des Kaufs durch Midea nach China gelangen.«²²³

Auch in der Bundesregierung gab es teilweise Bedenken gegen das Übernahmeangebot aus China. Vor allem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und EU-Digitalkommissar Günther Oettinger wollten ausloten, ob ein Alternativangebot zur chinesischen Übernahmeofferte mehr Sinn machen könnte. Kuka gilt als Aushängeschild deutscher Robotertechnik und strategisch bedeutend für die europäische Industrie.

Doch wenn sich das gesamte Kapital in privaten Händen befindet, ist es kaum möglich, Allianzen für einen Verbleib im Inland zu finden. Der Investitionsfonds

²²² (VEUGELERS & BRUEGEL, 2017)

²²³ (asa/dpa/AFP-Spiegel, 2016)

bietet die Möglichkeit, außer einem Veräußerungsverbot, die privaten Anteilseigner abzufinden und strategisch wichtige Unternehmen unter nationaler Kontrolle zu behalten.

Der Volksvermögens-Rentenfonds (VVR)

Die Deutsche Rentenversicherung ist ein Umlagesystem. Einzahlungen gehen werden nicht einem Vermögen zugeführt, von dem später die Renten gezahlt werden, sondern sie gehen direkt an die aktuellen Rentner. Zukünftige Einzahler bezahlen dann die eigene Rente. Dieses System ist abhängig von der Bevölkerungsentwicklung. Geht die Bevölkerungsentwicklung zurück, müssen die Einzahler größere Beträge einzahlen, und umgekehrt.

Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung betragen die Ausgaben für Renten 263 008 Millionen Euro (2018). Die Beitragseinnahmen betragen dagegen nur 235 869 Millionen Euro für den gleichen Zeitraum. Bundeszuschüsse aus dem Staatshaushalt decken die Differenz. Die gesamten Bundeszuschüsse werden jedoch mit jährlich 69 505 Millionen Euro ausgewiesen.

Die Liquiditätsrücklage für diesen Zeitraum beträgt 38 219 Millionen Euro und ist nicht optimal angelegt.

Der Kapitalbedarf liegt zusammen aus jährlicher Rentenzahlung und Liquiditätsrücklage bei ca. 263 Milliarden Euro und deckt damit eine durchschnittliche Rente von unter 1.000 Euro ab.²²⁴

Es ist verständlich, wenn die Bundesregierung diese Zuzahlungen begrenzen oder verringern will. Das Ergebnis sind weiter sinkende Renten bzw. Pensionen oder Ausweitung des Rentenbeginns.

Im Zuge der Einführung einer Mindestrente erhöht sich die durchschnittliche Rente. Bei Annahme einer durchschnittlichen Rente von 1.500 Euro würde sich ein Kapitalbedarf von ca. 37 Milliarden Euro ergeben, ohne Berücksichtigung der Liquiditätsrücklage.

Würde die Rente voll aus Vermögensanteilen (Immobilien, Betriebsmittel, Aktien) mit einer angenommenen Rendite von 5 % gezahlt werden, so ergäbe dies ein Basisvermögen von rund 9 Billionen Euro im Volksvermögensfonds. Selbst angesichts des hohen privaten Vermögens ist eine Vollversorgung nicht erreichbar,

²²⁴ Vgl. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Statistiken-und-Berichte/statistikpublikationen/rv_in_zahlen_2019.pdf?__blob=publicationFile&v=3

obwohl nur diese Stelle für eine Vermögensteilhabe der Gesellschaft in Frage kommt.

Folglich kann eine langsame Einführung an Vermögen (echte Teilhabe) gebundener Renten- und Pensionszahlungen nur parallel zum derzeitigen System vorgenommen werden. Die Anpassung der Renten und Pensionen erfolgt dabei automatisch in Bezug zu Wachstum und Inflation.

Die Geschwindigkeit des Vermögensaufbaus kann jedoch durch Neuaufnahme von Nichtversicherten, wie Staatspensionären, Freiberuflern und Unternehmern, beschleunigt werden, wenn diese Mittel verstärkt in den Vermögensaufbau investiert werden, da diesen Einzählern noch keine Rentner gegenüberstehen. Die Rente besteht dann aus zwei Teilen, dem Umlageteil und dem Vermögensteil, wobei der Vermögensteil mit der Zeit größer wird. Die Rente würde damit dem schwedischen Modell ähneln

Am 31.12.2017 gab es insgesamt 38.173.354 aktiv Versicherte, davon waren 222.427 freiwillig versichert, 4.216.911 versicherungsfreie geringfügig Beschäftigte und 2.964.518 Anrechnungsversicherte (Ab dem Jahr 2011 einschl. Leistungsempfänger nach SGB II).²²⁵

Die Anzahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland betrug nach Angaben von Statista 2019 ca. 45 Millionen.

Rund 7 Millionen Erwerbstätige (18 % aller Erwerbstätigen), davon 1,8 Millionen Beamte, sind nicht pflichtversichert. Gleichzeitig handelt es sich dabei um Personen, die ein hohes Einkommen haben.

Der Einbezug dieser Personengruppe in die Pflichtversicherung bei gleichzeitiger teilweiser Umstellung auf eine kapitalorientierte Rente, würde die Zielsetzungen, die sich die Regierung 1950 gegeben hat, wahr werden lassen.

Vorbilder und Ansätze

Ein sehr gut funktionierender privater Rentenfonds

Laut einer Studie von Bloomberg Billionaires Index ist Warren Buffett der dritt-reichste Mensch der Welt. Gemäß der Forbes-Liste 2017 beträgt sein Vermögen

²²⁵ Vgl. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Statistiken-und-Berichte/statistikpublikationen/rv_in_zahlen_2019.pdf?__blob=publication-File&v=3

ca. 81,3 Milliarden US-Dollar (Stand Oktober 2017). Im Gegensatz zu vielen seiner Mit-Milliardäre hat Buffett sein Vermögen nicht geerbt und hat es auch nicht durch ein IPO (Initial Public Offering) seiner Firma verdient. Mit anderen Worten, er hat diesen Reichtum nur durch geschicktes Anlageverhalten erworben, wie ein Pensionsfonds arbeiten würde. Er gründete eine Aktiengesellschaft, deren Haupttätigkeit darin bestand, sich an Firmen zu beteiligen. Durch die Form der Aktiengesellschaft war er in der Lage, das Kapital der Firma auszuweiten.

»Buffett hat seit Beginn seiner geschäftlichen Aktivitäten im Jahre 1956 beinahe konstant überdurchschnittlich hohe Renditen jenseits von 20 % p.a. erwirtschaftet. Er erreichte dies fast ausschließlich als Investor durch Auswahl von Aktien, Unternehmen und Anleihen und mit betont langfristigem Anlagehorizont. Er übertraf dabei die führenden Aktienmärkte bei Weitem, und das »ohne dabei ungebührliche Risiken einzugehen« oder »eine Spur von Opfern zu hinterlassen«. [...]. Nahezu sein gesamtes Vermögen ist in dem von ihm aufgebauten und geleiteten Investment-Unternehmen Berkshire Hathaway angelegt, dessen größter Aktionär er selbst ist. Im August 2015 hielt er immer noch knapp 19 % der Gesellschaftsanteile, obwohl er seit 2006 kontinuierlich Aktien für Spenden verkauft. [...] Die Jahreshauptversammlungen, die zuletzt von mehr als 37.000 Menschen besucht wurden, tragen mittlerweile den Namen Woodstock für Kapitalisten.«²²⁶

SPD-Ansätze zum Rentenfonds in Deutschland

In ihrem Bericht der gemeinsamen »Arbeitsgruppe Mitarbeiterbeteiligung« von Parteivorstand und Bundestagsfraktion vom Juni 2007 schlug die SPD einen »Deutschlandfonds für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer« vor, der in dieser Form ein gänzlich neues Konzept aufweist. Dieser Fonds sollte den Unternehmen so viel Investitionskapital zur Verfügung stellen, wie von ihren Mitarbeitern über Fondsanteile angelegt wird. Insofern handelt es sich in diesem »Dreiecksmodell« nur um eine indirekte Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer, die mit ihren Einlagen den Deutschlandfonds finanzieren.

In ihren Eckpunkten für mehr Mitarbeiterbeteiligung definiert die SPD folgende vier Ziele:

»Die Förderung des Vermögensaufbaus der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

²²⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Warren_Buffett

die Reduktion des doppelten Risikos (Kumulierung von Arbeitsplatz- und Vermögensanlagerisiko) bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern,
die Sicherstellung der Handelbarkeit/Fungibilität der Anteile der Mitarbeiterkapitalbeteiligung (aus Arbeitnehmersicht) und
die Reduktion der administrativen Kosten von Mitarbeiterbeteiligungs-Modellen aus Sicht der interessierten Unternehmen (insbesondere Mittelständler).«²²⁷

Das schwedische Modell

»Seit 1998 existiert in Schweden ein Mischsystem der staatlichen Alterssicherung, bestehend aus einer umlagefinanzierten, einkommensbezogenen Altersrente und einer kapitalgedeckten Prämienrente. Diese kapitalgedeckte Prämienrente, die so genannte ›Premiepension‹, ist obligatorisch, das heißt eine Pflichtversicherung. Versicherte können sich nicht frei für oder gegen einen Vertragsabschluss entscheiden. Auch die Beitragshöhe ist festgelegt. Der geringe Beitragssatz von 2,5 Prozent führt nur zu verhältnismäßig geringen Ergänzungsleistungen für die Rentner. Es gibt keine besondere Unterstützung für Geringverdiener oder Familien. Das Kapitalmarktrisiko trägt zudem der Versicherte – in voller Höhe. Die staatlich organisierten Lösungen beispielsweise in Schweden weisen durchaus niedrige Kosten auf. So kann sich der staatliche AP7-Aktienfonds aufgrund des Obligatoriums mit einer jährlichen Kostenquote von nur 0,12 Prozent des Fondsvermögens; der AP7-Rentenfonds sogar nur mit 0,05 Prozent begnügen. Vorbildlich sind die Informationsmöglichkeiten in Schweden: In einem jährlichen Schreiben werden sowohl die Anwartschaften aus der umlagefinanzierten, einkommensbezogenen staatlichen Rente aufgeführt, als auch die erworbenen Ansprüche aus der Premiepension. Die Informationen können zudem online über eine Plattform abgerufen werden, die zusätzlich noch Daten zur betrieblichen Altersversorgung bereitstellt.«²²⁸

Aufbau einer kapitalorientierten Alterssicherung

Es ist anzunehmen, dass bei der Erbschaftssteuer auch ein Teil des Vermögens als Wertpapiere anfallen und an den unabhängigen Volkspensionsfonds übertragen wird. Auch hier besteht eine Verpflichtung, diesen Teil (es handelt sich um einfache oder qualifizierte Mehrheiten am Kapital einer Gesellschaft) nicht zur

²²⁷ <https://www.mittelstandswiki.de/wissen/Deutschlandfonds>

²²⁸ (GDV, 2015)

Beeinflussung des Unternehmens zu missbrauchen. Anders als im Fall eines Unternehmens, wo dieser Anteil ein Gesellschaftsanteil ist, der passiv staatlich gehalten wird, können Wertpapiere des Investitionsfonds veräußert werden. Diese Veräußerung erfolgt genauso an einer Börse bzw. auf den entsprechenden Handelsplattformen, doch es gibt nur einen einzigen Käufer und das ist der unabhängige Volkspensionsfonds. Einzahlungen in den Pensionsfonds zur Alterssicherung anstelle des staatlichen Umlageverfahrens schaffen für die Einzahler zusätzliche Erträge. Die erworbenen Vermögen wachsen bei Inflation mit. Auf diese Weise kann ein kontinuierlicher Übergang von der staatlichen Alterssicherung auf eine kapitalorientierte Alterssicherung vorgenommen werden. Eine Beteiligung der Versicherten am Wachstum des Vermögens ist damit gegeben.

Der Aufbau des unabhängigen Volkspensionsfonds beginnt mit der Übertragung von Anteilen aus den jeweiligen Finanzierungsmöglichkeiten. Somit besteht der Volkspensionsfonds anfangs aus nicht zugeordneten Vermögenswerten in Form von Anteilen am Produktionskapital der Volkswirtschaft. Mit den Einnahmen des Volkspensionsfonds aus den Einzahlungen der Anwärter für die Rente erwerben die Rentner mit den Anteilen am Produktivkapital eine bessere Rente, als bisher über die Deutsche Rentenversicherung erzielt wurde.

Solange es weniger Einzahler gibt, als Vermögensanteile aus Unternehmen im Volkspensionsfonds vorhanden sind, können die Mittel dem Investitionsfonds zur Verfügung gestellt werden. Gibt es mehr Einzahler als Anteile aus dem Vermögensanteil der Unternehmen, müssen weitere Vermögensanteile an der Börse hinzugekauft werden. Dabei ist es möglich, auch Anteile von Firmen zu erwerben, deren Sitz nicht im Staat liegt und deren Verhalten darauf hinweist, dass unter Umgehung von Steuern der Gewinn am Ende den Anteilseignern zu Gute kommt (wie bei Apple, Amazon, Starbucks etc.).

Dies sollte auch verbesserte Auswirkungen auf die Höhe der Rente und den Rentenbeginn haben. Mit zusätzlichen Zuflüssen aus dem Investitionsfonds (Erbchaftssteuer in Form von Bargeld) zum Rentenfonds könnten auch andere Probleme der Ungerechtigkeit gelöst werden.

Wie wir alle wissen, erhalten Beamte eine Pension, die sich nach der Anzahl der Dienstjahre und der Besoldungsstufe (Einkommensgruppe) richtet, ohne etwas irgendwo eingezahlt zu haben. Nun, viele Personen haben wenig oder nichts eingezahlt und auch für die Gesellschaft viele Jahre gearbeitet.

Wie wäre es, allen Personen und nicht nur den Beamten auch die Dienstjahre in der Gesellschaft anzurechnen und sie dementsprechend mit einer Rente zu versorgen, die Rente somit auf eine andere Grundlage zu stellen, indem es einen Teil der Rente für die Dienstjahre gibt und einen anderen Teil für die Einzahlungen. Ich für meinen Teil würde das als sozial gerechter ansehen.

Fakten zur Umstellung auf eine kapitalgedeckte Rentenversicherung

Wie auch bei den anderen Fonds besteht das Haupthindernis für den kapitalgedeckten Volksvermögens-Rentenfonds (VVR) auch in der Erstinvestition, da die Folgekosten aus den Einnahmen generiert werden können. Der Aufbau dieses Fonds setzt die Umsetzung der generellen Erbschaftssteuer voraus und betrifft vor allem die Belastung bei den Personengesellschaften in Form einer stillen Beteiligung.

Laut Statista²²⁹ betrug im Jahr 2016 die durchschnittliche Eigenkapitalquote aller mittelständischen deutschen Unternehmen 30 %.

Die Eigenkapitalquote ist definiert als Quotient aus Eigenkapital und Bilanzsumme. Daraus ergibt sich, dass 70 % des Firmenkapitals Fremdkapital oder Beteiligungskapital darstellen. In den meisten Fällen sind es Bankkredite. Ein Unternehmen ist es daher gewohnt, Beteiligte im Unternehmen zu haben, die mehr oder weniger auf die Unternehmensführung einwirken. Aus der Sicht des Unternehmens ist diese Einwirkung unerwünscht und sollte daher auch vermieden werden.

Besondere Bedingungen gelten für Personengesellschaften. Einerseits sollte die Kapitalbeteiligung des Staates an Unternehmen ab einer gewissen Größe verknüpft sein. Andererseits wäre es wünschenswert, wenn die Personengesellschaften ab dieser Größe zu Kapitalgesellschaften werden, da dann die Kapitalbeteiligung des Staates besser organisiert werden kann.

Sicher wird es Unternehmen geben, die keine Änderung ihrer Gesellschaftsform wünschen. Daher scheint es notwendig zu werden juristische Vorsorge zu treffen, dass eine stille passive Beteiligung eingeführt werden kann.

Für das Unternehmen gibt es nur einen Unterschied, in der Höhe der stillen passiven Beteiligung des Investitionsfonds am Unternehmen, geht der entsprechende Anteil des jährlichen Gewinns an den Investitionsfonds und steht damit zu staatlichen Investitionszwecken zur Verfügung. Die passiven Anteile werden dagegen wie ein Wertpapierfonds gehalten. Der VVR ist ein unabhängiger Fonds. Wie beim schwedischen Modell kann in diesen Fonds für die zukünftige Rente eingezahlt werden. Der VVR ist dabei ein Unterfonds des Investitionsfonds. In dem Maße, wie eingezahlt wird, erwirbt der VVR vom Investitionsfonds die Unternehmensanteile. Der VVR tritt also an einigen Bereichen an die Stelle des Investitionsfonds in Bezug zu den Versicherten, in Bezug zum Unternehmen bleibt

²²⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/150148/umfrage/durchschnittliche-eigenkapitalquote-im-deutschen-mittelstand/>

der Investitionsfonds weiter der Ansprechpartner. Dieser Bezug ist wichtig, da das Unternehmen das Recht hat, seine eigenen Anteile zurück zu erwerben.

Aus der Sicht der Versicherten sind sie am Erfolg des Unternehmens beteiligt. Da diese Beteiligung nicht direkt auf ein Unternehmen gerichtet ist, sondern auf alle Unternehmen, sind die Risiken für die Versicherten minimal. Sie unterliegen zwar den Schwankungen von Konjunkturverläufen, können jedoch auf Dauer nicht negativ werden, da dies ja heißen würde, die Wirtschaft bräche zusammen.

Damit wären auch die vier Eckpunkte der Mitarbeiterbeteiligung, wie sie von der SPD formuliert wurden, abgedeckt, allerdings ohne, dass es zu einer direkten Verbindung zwischen Unternehmen und Versicherten kommt, wie das auch von den Unternehmern gewünscht wird.

Aufbau des kapitalgedeckten Rentenfonds

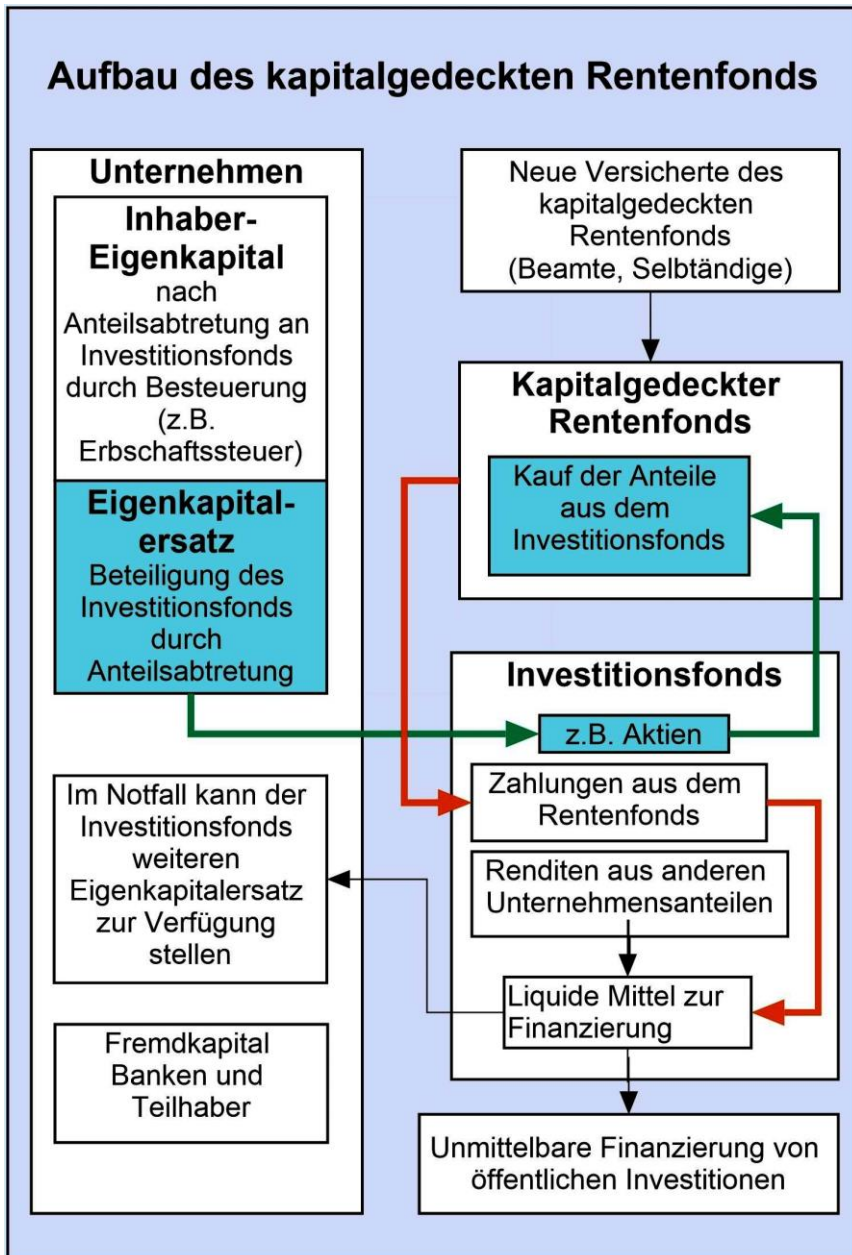


Abb. 52: Übersicht und Aufbau des kapitalgedeckten Rentenfonds

Aufbau des Rentenfonds

Der Aufbau des Fonds kann nur parallel zur Deutschen Rentenversicherung Bund durchgeführt werden, analog dem schwedischen Modell beginnend mit einem geringen Beitragssatz, als Ersatz für die Riesterrente.

Das Modell VVR (*siehe* Abb. 52: Übersicht und Aufbau des kapitalgedeckten Rentenfonds) kann von Anfang an als Pensionsfonds genutzt werden, da die Beteiligungswerte zur Verfügung stehen. Überschüsse können sofort in Industrieanlagen investiert werden, da über die Erbschaftssteuer geldnahe Vermögen (Bargeld, Staatsanleihen, Aktien) ständig Finanzmittel nachfließen. Die Einzahlungen können aber auch in einem strengeren Rahmen innerhalb des Rentenfonds bleiben.

Unabhängigkeit des Rentenfonds

Der Rentenfonds muss unabhängig sein und sollte eher wie die Zentralbank organisiert sein. Abhängigkeiten vom Bundeshaushalt, Bezahlung sachfremder Leistungen oder Zuschüsse darf es nicht geben. Die nicht offengelegte Schieflage der Deutschen Rentenversicherung belegt, dass das geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Politik gerechtfertigt ist, trotz aller zutreffenden Bekenntnisse, wie »die Renten sind sicher«. Womit ja auch ganz richtig ausgedrückt wird, es wird eine Rente geben, wir versprechen jedoch nicht, dass man davon auch leben kann.

Der Rentenfonds darf für politische Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen. Auch die Übernahme von Posten durch Parlamentarier ohne die entsprechende Qualifikation in die Verwaltung sollte unterbunden werden.

Die Beziehungen zur Politik

Das Finanzministerium hat lediglich die Aufgabe, für die Mittelzuführungen zu den Fonds zu sorgen. Diese Mittel sind eine Vermögensposition und gehören somit auch nicht in den Bundeshaushalt, der nur aus Einnahmen und Ausgaben besteht.

Kontrolle durch das Parlament

Wie auch beim Investitionsfonds unterliegt die Kontrolle des Fonds dem Parlament und muss dementsprechend ausgeweitet werden. Der Fonds wird der wichtigste Faktor in der Altersversorgung und muss daher volles Vertrauen der Bürger genießen.

Organisation, Management und professionelle Anlageverwaltung

Die Verwaltung selbst kann so organisiert sein wie die Deutsche Rentenversicherung bzw. kann die Deutsche Rentenversicherung diese Aufgabe der Verwaltung übernehmen.

»Organe der Deutschen Rentenversicherung Bund sind die Selbstverwaltungsorgane und das Direktorium.

Selbstverwaltungsorgane sind die Bundesvertreterversammlung und der Bundesvorstand, die Vertreterversammlung und der Vorstand. Die Zusammensetzung der Organe erfolgt teilweise durch Benennung und teilweise durch Sozialwahlen. [...]

Aufgaben der Bundesvertreterversammlung sind u.a. die Entscheidung über Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Rentenversicherung in Deutschland sowie die Feststellung der Anlage und das Beschließen der Jahresrechnung zur Anlage zum Haushaltsplan. [...]

Diese acht Mitglieder des Bundesvorstandes stellen zugleich den Vorstand.

Der Vorstand verwaltet die Deutsche Rentenversicherung Bund, soweit nicht Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und gemeinsame Angelegenheiten der Träger der Rentenversicherung berührt sind. Weitere Aufgaben des Vorstandes sind insbesondere die Aufstellung des Haushaltsplans, die Prüfung der Jahresrechnung und die Erstellung des Geschäftsberichts.«²³⁰

Für die Zusammenstellung der Positionen aus den Angeboten des Investitionsfonds ist ein professionelles Management erforderlich.

²³⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Rentenversicherung_Bund

Der Fonds zur Sicherung von bezahlbarem Wohnen

Mit der Einrichtung eines staatlichen Immobilienfonds kann der Erwerb von Immobilien durch Gemeindeverwaltungen zum ausdrücklichen Zweck des Wohnungsbaus und der Wohnungsrenovierung unterstützt werden. Mehrere Städte in Europa und Nordamerika betreiben bereits das öffentliche Landbanking (Übernahme von Land in einen staatlichen Immobilienfonds), indem sie nicht genutztes Eigentum zurückfordern und es in die Gemeinschaft umleiten. Das Ziel des staatlichen Immobilienfonds ist nicht die Verstaatlichung von Land. Es geht vielmehr darum, das richtige Gleichgewicht zwischen öffentlichem und privatem Wohnungsmarkt des 21. Jahrhunderts zu finden.

Der staatlichen Immobilienfonds bietet den direktesten Weg aus der Immobilienkrise durch die Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum. In den letzten drei Jahrzehnten hat die Wohnungspolitik zu einer umfassenden Privatisierung des Landbesitzes und der Wohnungsbauproduktion geführt.

Private Entwickler haben die Flaute nicht aufgegriffen. Viele dieser Standorte sind im Besitz von internationalen Wertpapierfirmen und haben nur wenig Verbindung zu den Gemeinden, die ihre Immobilien umgeben. Der private Sektor kann nicht die Wohnungen liefern, die benötigt werden. Besonders dann nicht, wenn es um Sozialwohnungen geht. Diese Störungen auf der Angebotsseite haben eine grundlegende Rolle bei der Erhöhung der Wohnkosten und der Verringerung der Mobilität im ganzen Land gespielt.

Der staatliche Investitionsfonds fördert die Wohnungsentwicklung auf drei Arten: Erstens werden Kreditlinien an kapitalhungrige Lokalregierungen vergeben, die zwar bauen wollen, aber nicht über die nötigen Mittel verfügen.

Zweitens zentralisiert es die Aufsicht über das gesamte öffentliche Eigentum. Die Behörden sind im Besitz von beträchtlichen Mengen an Land, aber das Eigentum verteilt sich auf mehrere verschiedenen öffentlichen Einrichtungen. Die Verwaltung dieses Landes ist daher fragmentiert, und ein großer Teil des Landes ist unbebaut. Der staatliche Investitionsfonds koordiniert die Landnutzung über diese Agenturen hinweg, um unbebaute Grundstücke zu identifizieren, und neue Wohnprojekte auf ihnen zu planen.

Schließlich würde der staatliche Investitionsfonds in Verbindung mit erweiterten Rechten für den Erlass von Zwangsversteigerungen ermöglichen, bestehende Aktien auf den Märkten für Immobilienknappheit zurückzufordern und zu rehabilitieren. Viele Regionen leiden weiterhin unter einem hohen Grad an Verlassenheit und Leerstand. Der staatliche Investitionsfonds unterstützt die Verwaltung, um dieses Problem direkt anzugehen. Somit ist der staatliche Investitionsfonds mehr

als ein angebotsorientiertes Korrektiv: Er ist ein Entwicklungsprogramm, das die Immobilienmärkte wiederbelebt, die der private Sektor für unrentabel hält.

Ein Hauptvorteil des staatlichen Investitionsfonds ist, dass er nicht nur neue Einheiten, sondern auch die richtige Art von Einheiten liefern kann. Indem die öffentlichen Haushalte die Miete auf einem erschwinglichen Niveau halten, können sie direkt auf die Erschwinglichkeitskrise eingehen, die den Lebensstandard in der gesamten OECD gesenkt hat.

In einigen anderen Ländern waren ähnliche Systeme entscheidend für die Verwaltung des Wohnungsmarktes und die Gewährleistung, der Qualität. Südkorea verwaltet eine große nationale Bank, die an der Hälfte der Wohnbauproduktion beteiligt ist. Das Ergebnis war eine Reduzierung der Wohnkosten um 38 % von 1995 bis 2013. Diese Initiativen haben gezeigt, dass sie die Kriminalität verringern und die Investitionen in sogenannte Problemimmobiliengebiete erhöhen.

Das Haupthindernis für den staatlichen Investitionsfonds ist also die Erstinvestition, da die Folgekosten aus den Einnahmen generiert werden können. Dazu sind Steuereinnahmen notwendig, die in direktem Zusammenhang mit dem Boden stehen. Dies könnten eine Landwertsteuer und eine Erbschaftssteuer sein, wobei sich die Erbschaftssteuer nur auf den Teil bezieht, der mit dem Boden bzw. den Immobilien verbunden ist. Der Immobilienfonds erwirbt Vermögen, welches beleihbar ist. Er ist also in der Lage, Nutzen aus der Geldschwemme zu ziehen, da die Zinsen sehr niedrig sind und die Rendite aus der Vermietung immer die Zinsen und Tilgung decken würde.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)

»Die BImA ist der zentrale Immobiliendienstleisterin des Bundes und Eigentümerin von insgesamt 20.000 Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von rund 480.000 Hektar. Neben dienstlich genutzten Objekten zählen über 37.000 Wohnungen zu ihrem Eigentum. Die BImA nimmt ihre Aufgaben zur Verwaltung, Bewertung und zum Verkauf von Grundstücken in verschiedenen Sparten wahr, die sich insbesondere bei Konversionsprojekten eng abstimmen:

1. Verwaltungsaufgaben (VA) für die Betreuung der Immobilien, die von den Gaststreitkräften genutzt werden, und für Mietwohnungen, die durch Bundesdarlehen gefördert wurden.
2. Facility Management (FM) für den zur Verwaltung des Bundes in Deutschland benötigten flächen- und energieeffizienten Betrieb von bestehenden und die Errichtung von neuen baulichen Anlagen, sowie für Gewerbe- und Wohngebäude.

3. Verkauf (VK) für den Vertrieb von nicht mehr benötigten Wohn- und Gewerbeimmobilien und von Spezialimmobilien wie Flughäfen, Seehäfen, Bunker und aller ehemals militärisch genutzter Anlagen (Konversion).
4. Portfolio Management (PM) für die gutachterliche Ermittlung des Wertes von Liegenschaften, für die Entwicklung von Flächen für Erneuerbare Energien und für das zentrale Altlastenmanagement.
5. Bundesforst (BF) für die forstliche Bewirtschaftung von rund 355.000 Hektar Wald und 230.000 Hektar Offenlandflächen im Eigentum der BI mA und dritter Eigentümer und deren naturschutzfachliche Betreuung mit dem Schwerpunkt auf der Bewahrung des Nationalen Naturerbes.«²³¹

Finanzierung der Fonds

Moralische Aspekte der Finanzierung

»Geben ist seliger denn nehmen«

Auch wenn wir eine christliche Kultur haben und daher diese sprichwörtliche Redewendung aus der Bibel bekannt ist, wird es vielen schwerfallen, sich damit anzufreunden.

Da heißt es im Neuen Testament: »Ich habe euch in allem gezeigt, dass man so arbeiten und sich der Schwachen annehmen muss im Gedenken an das Wort des Herrn Jesus, der selbst gesagt hat: Geben ist seliger als nehmen« (Apostelgeschichte 20,35).

Aber selbst, wenn es keine christliche Einstellung gibt, sollte das aus Eigeninteresse durchführbar sein. Gewinn entsteht durch Umsatz, und dieser nur durch den Verkauf der Produkte. Ist die Nachfrage nicht vorhanden, entsteht auch kein Umsatz.

Alle Entwicklungen deuten darauf hin, dass mit einem »Laissez-faire-Verhalten« die Vermögenskonzentration bei wenigen Privaten weiter zunimmt und die Gewinne natürlich nur diesen zufließen.

²³¹ (BI mA, kein Datum)

The Giving Pledge

Viele Reiche fühlen sich nicht wohl mit ihrem Reichtum, wenn sie offen gegenüber der allgegenwärtigen Armut sind. Doch sie bewegen sich im rechtlichen Raum, der Staat fordert nichts oder zu wenig.

Anders als in den USA gibt es in Deutschland keine vergleichbare Bewegung, die Vermögen zu Lebzeiten in Stiftungen überführt. Mit der Kampagne »The Giving Pledge« haben sich Bill Gates, Warren Buffet, Mark Zuckerberg und andere dazu verpflichtet, fast ihren gesamten Reichtum zu Lebzeiten, und nicht erst nach ihrem Tod, an die Gesellschaft zurückzugeben. Dahinter steht die Idee, den Kindern selbst die Möglichkeit zu geben kreativ zu sein und andererseits Dekadenz der nachfolgenden Generationen zu vermeiden.²³²

Daraus ergibt sich, dass es an dem Verständnis für die Zusammenhänge in unserer Gesellschaft mangelt. Die Gesellschaft ist durchaus offen, wenn Maßnahmen begründet genug vorgetragen werden. Ein Beispiel dafür ist der einkommensteuerliche Solidarbeitrag für die Deutsche Einheit. Auch mehr als ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit wird er noch immer erhoben und akzeptiert.

Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland

Einige Beispiele zeigen, dass es Unternehmen gibt, die an die Wichtigkeit der Teilhabe am Produktionskapital für Mitarbeiter glauben. Da über diesen Weg eine bessere Alterssicherung und Mitarbeiterbindung vorgenommen werden kann.

»Die Firmen werden so natürlich keine Genossenschaften, aber sie erlauben es den Beschäftigten, an den Gewinnen zu partizipieren. Auf diese Weise sind 2,5 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland zu Miteigentümern geworden – mit Anrecht auf Profitbeteiligung und in vielen Fällen sogar mit Mitspracherecht auf der Hauptversammlung.«²³³

Nach Angaben des Bundesverbandes Mitarbeiterbeteiligung AGP erhalten 1.200.000 Mitarbeiter in 3200 mittelständischen Unternehmen und 1.300.000 Mitarbeiter in 700 Aktiengesellschaften eine Mitarbeiterbeteiligung. Diese Teilhabe am Produktivkapital ist einerseits zu begrüßen, doch andererseits kommt sie nicht allen Arbeitstätigen zugute.

²³² Vgl. (The giving pledge, 2010)

²³³ (Eckert, 2019)

Hier wird deutlich, dass die Teilhabe am Produktivkapital trotz Bereitschaft der Unternehmen anders organisiert werden muss.

Finanzierung aus Verhandlungen mit Unternehmen

Senkung von Unternehmenssteuern bedingen Staatsbeteiligung

Ein sehr schönes Beispiel ist die Unternehmenssteuerentwicklung Deutschlands. Die 1989 beginnende neoliberale Senkung der Unternehmenssteuern in Deutschland von 60 % auf 30 % in 2008 war eine direkte Umverteilung aus dem Staatshaushalt in die Taschen der privaten Unternehmer und Besitzer von Produktivkapital. Diese 50%ige Reduzierung musste durch sukzessive Steuererhöhungen der Allgemeinheit ausgeglichen werden. Doch es konnte nicht festgestellt werden, dass diese Maßnahme die Investitionskrise in Deutschland beseitigt hätte.

2018 lag die Körperschaftssteuer bei 33,4 Milliarden Euro. Bei einem annäherungsweise gleichen Betrag der Gewerbesteuer entspräche der Betrag aus der Unternehmensbesteuerung ca. 70 Milliarden Euro. Durch die neoliberale Steuer-senkung von 60 auf 30 % ergibt sich eine geschätzte Umverteilung aus dem Staatshaushalt in die Taschen der Privaten von ca. 70 Milliarden Euro jährlich.

Nun hat Donald Trump in den USA im Dezember 2017 die Unternehmenssteuern von 35 % auf 21 % gesenkt. Das bedeutet, dass deutsche Unternehmen auch nicht mehr bezahlen wollen und somit eine Senkung auf den gleichen Betrag oder darunter fordern werden.

Das bedeutet nochmals eine Reduzierung des deutschen Staatshaushaltes um ca. 20 Milliarden Euro, wenn die Unternehmenssteuer auf das gleiche Niveau gebracht werden soll. Unternehmen drohen dann stets mit Abwanderung, was die Politik natürlich zu verhindern versucht.

Diese jährlichen 20 Millionen fließen den Unternehmern zu und erhöhen deren Vermögen. Im Gegenzug könnte der Staat durch Verhandlungen erreichen, dass dafür Unternehmensanteile an den Staat abgetreten werden.

Es wird also das passieren, was schon bei der Steuersenkung von 60 auf 30 % geschehen ist, und sehr gut in den USA beobachtet werden kann.

»Randall Stephenson, CEO von AT & T, versprach im November 2017, 1 Mrd. USD in Investitionen zu investieren und 7.000 neue Arbeitsplätze im Unternehmen zu schaffen, falls Trumps umstrittenes Steuersenkungsgesetz verabschiedet wird.

Das Gesetz wurde im Dezember 2017 verabschiedet und senkte den Körperschaftsteuersatz von 35 % auf 21 %. AT & T profitierte von einem Steuerschwung von 21 Mrd. USD und zusätzlichen geschätzten 3 Mrd. USD pro Jahr. Anstatt jedoch Arbeitsplätze zu schaffen und die Investitionen in das Unternehmen zu erhöhen, hat AT & T nach einem kürzlich von Communications Workers of America vorgelegten Bericht 23.328 Arbeitsplätze seit der Verabschiedung des Steuersenkungsgesetzes beseitigt. Die CWA sagte auch, AT & T reduziert ihre Kapitalinvestitionen um 1,4 Milliarden USD. [...]

Nur 4 % der US-amerikanischen Belegschaft hat irgendeine Art von Gehaltserhöhung oder Bonus aus den Steuersenkungen gesehen.

Die gesammelten Daten zeigen, dass Unternehmen Tausende von Arbeitsplätzen beseitigt haben, da die Steuersenkungen an die Aktionäre oder Führungskräfte durch Rückkauf von Aktien in Höhe von 1 Trillion USD [ca. 880 Milliarden Euro] weitergegeben wurden.«²³⁴

Dieser Rückkauf von Aktien zeigt einerseits, dass das Unternehmen nicht bereit ist zu investieren, denn gerade bei AT & T als Telekomunternehmen kennen wir die Aufgaben ganz genau. Sie bestehen in der Einführung des 5G-Standards, der Verlegung von Glasfaserkabeln und dem Aufbau von Internetinfrastrukturen. Eine Aufgabe, die früher vom Staat übernommen wurde.

Rückkauf von Aktien könnte besteuert werden

Andererseits kann dieser Rückkauf der Aktien dazu benutzt werden, sie dem Staat zu übereignen, von dem sie dann in zwei verschiedenen Fonds gehalten werden. Damit wird verhindert, dass es eine Umverteilung vom Staat zu den Privaten gibt, und gewährleistet, dass über einen Investitionsfonds, in dem diese Aktien gehalten werden, auch die Investitionen geleistet werden, die von den Privaten nicht geleistet werden. Zusätzlich kann die Investition dann antizyklisch vorgenommen werden.

Finanzierung durch Vermögensausgleich

Betrachtet man die Vermögenssituation der Nachkriegszeit gegenüber der heutigen Zeit, dann fällt auf, dass es ziemlich ähnlich ist. Mit dem Krieg hatten viele Personen ihr Vermögen verloren und anderen, die nicht von Bomben und Kriegs-

²³⁴ (Sainato, 2019)

folgen betroffen waren, blieb es erhalten. Vergleichsweise war das gesamte Geldvermögen gegen Ende des Krieges gering. 1950 betrug es 31 Milliarden Euro. Die Zerstörung des Vermögens eines großen Teils der Bevölkerung war total. Im Jahr 2017 betrug das gesamte Vermögen 15.373,1 Milliarden Euro, siehe Abb. 1. Das Geldvermögen ist nur bei einem kleinen Kreis der Bevölkerung entstanden. Ein großer Teil der Bevölkerung hat nur Gebrauchsgüter und keine Vermögenswerte, obwohl zum Wiederaufbau, auch deren Arbeitskraft benötigt wurde. Unter Berücksichtigung der Staatsverschuldung erweitert sich der Kreis derjenigen, die zusätzlich vermögenslos sind. Es wäre also angebracht, einen Vermögensausgleich vorzunehmen, der als Muster den Lastenausgleich verwenden kann.

Mit dem Lastenausgleichsgesetz wurde das nach dem Krieg vorhandene Sachvermögen systematisch erfasst und steuerlich belastet; die aufkommenden Mittel wurden einem speziell gebildeten Ausgleichsfonds zugeführt. Die Abgabeschuld wurde auf 50 % des Einheitswerts des am Währungsstichtag vorhandenen abgabepflichtigen Vermögens festgesetzt und war über einen Zeitraum von 30 Jahren zu bedienen, sofern es sich um Hypotheken handelte.²³⁵

Ein zurückliegender Stichtag würde die Wahrscheinlichkeit von Umgehungsversuchen sehr geringhalten. Bei einer hohen und gestaffelten Belastungsgrenze könnten 80 bis 90 % der Bevölkerung belastungsfrei bleiben. Da es sich um Vermögen handelt, muss dies auch Vermögen bleiben und als Vermögen in einen Fonds überführt werden. Wertabgaben durch Hypotheken sollten daher auch in den Fonds als Vermögen übernommen werden.

Finanzierung aus der Erbschaftssteuer

Vermögenssteuer versus Erbschaftssteuer

Für Vermögensarten wie Betriebsvermögen, Immobilien und Kunstgegenstände ist es schwierig, eine Bewertung zu finden. Dies liegt einerseits an den Marktbedingungen und an den Bewertungsmethoden. Zu den wichtigsten Bewertungsmethoden unter anderen gehören die Ertragswert- und die Substanzwertmethode, die zu unterschiedlichen Bewertungen eines Objektes kommen können. Auf die Marktbedingungen haben Zinshöhe, Geldmenge und Konjunktur Einfluss.

Ein weiteres Problem stellt sich mit der Bewertung von Vermögen. Der Aufwand ist verhältnismäßig groß. Falls jedes Jahr eine Vermögenssteuer erhoben wird, ist dieser Aufwand zur Erstellung des Vermögens ungerechtfertigt und erzeugt nur

²³⁵ Vgl. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/lastenausgleich-38155/version-106449>

hohe volkswirtschaftliche Kosten. Wenn die Aufstellung des Vermögens nur einmal im Leben einer Person nach dem Ableben vorgenommen wird (durchschnittliche Lebenserwartung 80 Jahre in Deutschland), sind die Kosten für die Aufstellung indes gerechtfertigt. Das spricht für Steuern in Form einer Erbschaftssteuer. Der Erblasser muss sich nicht einmal darum kümmern.

Zudem ist in den meisten Fällen keine Erbschaftssteuererklärung notwendig, da durch die Freibeträge der Kreis der Besteuernten auf 5 bis 10 % der Vermögenden reduziert werden kann.

»In einer neuen Studie, die im Laufe des Jahres in *Econometrica* erscheinen wird, analysieren Saez und Piketty eine allgemeine Klasse von Modellen für optimale Vermögens- und Erbschaftssteuern. Die Analyse in dieser Studie zeigt, dass Vermögens- und Erbschaftssteuern umso höher sein sollten, je ungleicher die zu besteuernenden Vermögen und Erbschaften verteilt sind, und je weniger Erbschaften und Ersparnisse auf Steuererhöhungen reagieren.«²³⁶

Für die Erhebung der Erbschaftssteuer braucht es daher neue Ideen. Die Erbschaftssteuer sollte die Liquidität der Unternehmen nicht verringern, sie sollte weiterhin auch die Leitungsfähigkeit nicht einschränken. Sie sollte so erhoben werden, als gäbe es diese Erbschaftssteuer nicht. Einziges Ziel ist es, das aus dem nicht reinvestierten Gewinn ausgeschüttete Einkommen, anteilig in Höhe der Erbschaftssteuer, dem Staat zufließen zu lassen. Die Ausschüttung des Gewinns bedeutet, dass dieses Geld nicht für das Unternehmen benötigt wird, andernfalls würde es nicht ausgeschüttet werden. Es kann damit auch nicht mit einem Liquiditätsproblem des Unternehmens in Zusammenhang gebracht werden.

Von allen Arten der Vermögenssteuern ist die Erbschaftssteuer die ideale Lösung. Die Erbschaftssteuer schadet keiner einzigen Person. Denn bisher hat es noch keinen Erblasser gegeben, der sein Vermögen mit ins Grab nehmen wollte. Zum Erblasser wird man jedoch nur, wenn man gestorben ist, und somit kann der Erblasser finanziell nicht geschädigt werden.

Stimmt man dem zu, dass übermäßig hohe Gewinne eine Ausbeutung der Arbeit bedeuten, dann ist es angebracht zum Tode des Erblassers auch einen Teil an die Gesellschaft zurückzugeben, die dieses Ergebnis erst ermöglicht hat.

Die gesetzliche Regelung der Erbschaft ist ohnehin schwer zu verstehen. Der Erblasser kann darüber befinden, wer das Erbe erhält, er kann aber auch den Erben vom Erbe ausschließen. Obwohl die Allgemeinheit an der Bildung dieses Erbes beteiligt war, wird sie gesetzlich unmittelbar ausgeschlossen. Der Erbe

²³⁶ (Kasy, -)

selbst hat die Wahl, das Erbe anzunehmen oder es abzulehnen. Davon macht er Gebrauch, wenn das Erbe verschuldet ist. Der Empfänger dieses Erbes ist dann der Staat, und das sind wir. Das Gesetz drückt damit aus, dass wir an den Kosten beteiligt werden, am Nutzen aber nicht teilnehmen dürfen.

Das Erbe ist eine Vermögensübertragung. Jede Vermögensübertragung, seien es Geld- oder Sachleistungen, in unserer Gesellschaft unterliegt der Einkommensteuer. Beispielsweise wenn ein Angestellter vom Chef ein Auto geschenkt bekommt, zahlt er darauf Einkommensteuer. Daher genügt allgemein nur die Einsicht, dass ein Erbe mit Einkommensteuer belastet werden muss, und es außer des Freibetrages keine Ausnahme gibt.

Die Besteuerung der Erbschaftssteuer ist im Grundgesetz festgeschrieben und wird seit Jahren vom Verfassungsgericht angemahnt. Doch viele Erben zahlen überhaupt keine Erbschaftssteuer.

Legitimation von Erbschaftssteuern

Eine Unternehmung entsteht nicht im luftleeren Raum. Dafür werden Arbeitskräfte benötigt, die zulasten der Eltern erzogen und später vom Staat kostenfrei ausgebildet werden. Bevor jemand eine Arbeit annehmen kann, ist in diese Person privat oder von staatlicher Seite investiert worden.

Weiterhin wird eine Infrastruktur benötigt wie: Gas, Elektro, Wasser, Abwasser, Internet, Verkehrsmöglichkeiten (Straßen, Ampeln etc.) und rechtliche Ordnungen, die das Zusammenleben ermöglichen. Auch das wird vom Staat überwiegend zur Verfügung gestellt und durch die Steuerzahlungen ermöglicht.

Versteht man einen Staat als Solidargemeinschaft, dann ergibt sich schon aus diesem Grunde eine Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit bezüglich des Vermögens.

Wenn also der Vermögens-Gini-Index nach der Berechnung des DIW für das Jahr 2007 bei 0,8097 liegt, und dabei 0 eine vollständige Gleichverteilung (alle Personen besitzen gleich viel) und 1 die größtmögliche Ungleichverteilung bedeutet (eine Person besitzt alles, alle anderen nichts), wie weit ist dann 0,8097 vom Zusammenbruch des Systems entfernt? Ein Vermögens-Gini-Index von 1 impliziert auch, dass es nur noch für diese eine Person Einkommen aus Vermögen gibt. Alle anderen müssen bis zu ihrem Tode arbeiten, denn Rentenanwartschaften oder gesparte Beträge für die Rente sind auch Vermögen.

Ein Blick auf die 19,5 Millionen der Bevölkerung (in armen oder prekären wirtschaftlichen Zuständen) zeigt auch heute schon, dass Rentenanwartschaften für diese Gruppe nicht oder nur eingeschränkt möglich sind.

Ganz allgemein kann man aber sagen, dass es nur wenige Menschen gibt, die keine unerfüllten Wünsche haben. Die Erfüllung dieser Wünsche ist jedoch durch die verfügbare Geldmenge begrenzt. Wenn die Geldmenge wiederum dadurch begrenzt ist, dass es keinen oder nicht den richtigen Arbeitsplatz gibt, dann entsteht auch keine Nachfrage nach Produkten. Jeder Arbeitsplatz erzeugt Einkommen und eine Nachfrage nach Gütern. Jeder Vermieter einer Wohnung möchte einen gut zahlenden und zuverlässigen Mieter, doch wenn es davon immer weniger gibt, dann hat auch er kein Einkommen.

Staatliche Konjunkturprogramme rechneten mit Ergebnissen, die ein Vielfaches des eingesetzten Betrages ausmachen und wurden mit dem volkswirtschaftlichen Multiplikator-Effekt begründet, der besagte, dass der Empfänger des Einkommens aus dem Entstehen eines neuen Arbeitsplatzes dieses zu einem hohen Anteil wieder ausgeben und den Rest sparen würde. Dies würde zu zusätzlicher (allerdings stetig abnehmender) Nachfrage führen, bis der ursprüngliche Betrag gespart sei. Der Multiplikator war damit abhängig von der Sparleistung. In konsumorientierten Bereichen war er hoch (bis zu 10).

Unternehmen wollen Umsätze erzielen. Daher sollte es auch in ihrem Interesse liegen, den Käufern die Mittel in Form eines indirekten Arbeitsplatzes zur Verfügung zu stellen, damit ihre Produkte gekauft werden können.

Da jedes Arbeitseinkommen in das Sozialprodukt eingeht, steigt natürlich auch das Sozialprodukt und hat den höchsten Stand, wenn alle Arbeit haben.

Ein weiterer Aspekt ist die sozialen Auswirkungen auf Abhängige (Kinder, Alte, Pflegebedürftige) derer, die Einkommen aus Arbeit haben. Es erfolgt eine Entlastung der Sozialeinrichtungen.

Einer der wichtigsten Aspekte ist die Bereinigung des Niedriglohnbereichs. Arbeitskräfte, die sich im Niedriglohnbereich befinden, weil ihre Fähigkeiten vorher nicht geschätzt wurden, werden diesem Sektor entzogen und senken damit das Angebot an billigen Arbeitskräften. Mit dem gesunkenen Angebot auf diesem Markt steigen auch die niedrigen Löhne. Auch wenn damit die Möglichkeit besteht, Löhne zu bekommen, die über dem Mindestlohn liegen, so bleibt ein Bestehen des Mindestlohns aus Gründen einer konkurrierenden Absenkungsnotwendigkeit der Unternehmen für Arbeitskräfte weiterhin notwendig.

Wie Erbschaft aus Vermögen heute versteuert wird

Erbschaftssteuer zur Verminderung der sozialen Ungleichheit

Eine Besteuerung hat es bereits in Form der Vermögens-, Schenkungs- oder Erbschaftssteuer gegeben. Die Zunahme der sozialen Ungleichheit weist jedoch auf

Systemfehler hin, die aus einer falschen Logik resultieren. Es ist daher sinnvoll, sich mit dieser und einer abweichenden Logik zu beschäftigen.

Meines Erachtens liegen die Unterschiede in der Art, wie Vermögen betrachtet wird. An sich ist es gleichgültig, wem Vermögen gehört. Es geht hier um das Einkommen aus Vermögen und dem gesellschaftlichen Nutzen, den man erzielen könnte oder erzielt, wenn diese Einkommen Stellen zufließen, die es für die Entwicklung der Volkswirtschaft verwenden. Dazu braucht es neue Ideen. Dies erfordert eine Analyse, wie Vermögen entsteht, und darüber hinaus, was Vermögen überhaupt bedeutet.

Wie wir bereits gesehen haben, sind die Vermögen extrem ungleich verteilt. Aus diesen Vermögen entsteht Einkommen, welches zu einem weiteren ungehinderten Vermögensaufbau führt, und damit zu weiter zunehmender sozialer Ungleichheit. Dieser ungehinderte Vermögensaufbau auf der einen Seite ist verbunden mit einer Absenkung der Vermögen auf der anderen Seite, relativ zu der Gesamtentwicklung.

Fehlendes Vermögen führt zu verminderten Chancen, Vermögen zu erwerben, und erhöht damit die Chancenungleichheit.

Viele Studien belegen, dass die Entwicklungschancen schon mit der Geburt zum großen Teil feststehen. Faktoren wie Vermögen der Eltern und deren Bildung, Beziehungen während der Ausbildung, das Wohnumfeld, Herkunft und Geschlecht spielen eine große Rolle.

»Die Interessen vermögender Haushalte (und die entsprechenden Positionen ihrer Interessensvertretungen) sind zu unterscheiden von einem ›volkswirtschaftlichen Nettovorteil‹ insgesamt. [...]

Wir sind weit vom Ideal der Chancengleichheit entfernt. Eine Politik, die auch diesem Ideal verpflichtet ist, muss kompensierend eingreifen. Das heißt insbesondere, von den Vermögenden zu den Haushalten mit wenig Vermögen umzuverteilen.«²³⁷

Für jeden, der spart und Vermögen erwirbt, ist dies ein Akt der Zurückhaltung und des Verzichts. Es ist verständlich, dass dieser Verzicht verbunden ist mit der Vorstellung, was mit dieser Sparleistung am Ende geschehen soll. Ein Eingriff in diese Sparleistung mittels Vermögenssteuern ist unerwünscht und wird mit großer Mehrheit (ca. 70 %) abgelehnt.

²³⁷ https://www.dewiki.de/Lexikon/Erbschaftsteuer_in_Deutschland

Geschätzte Höhe des Erbvolumens bis zu 400 Milliarden Euro jährlich

In einer Studie des DIW Berlin²³⁸ wird das jährliche Erbvolumen auf bis zu 400 Milliarden Euro geschätzt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass dadurch das Erbvolumen in den kommenden 15 Jahren um etwa 28 % durch zusätzlich regelmäßiges Sparen und potenzielle Wertsteigerungen größer ausfallen dürfte, als in bisherigen Studien ausgewiesen.

Es macht aber auch deutlich, dass es Reiche gibt, die sich unwohl fühlen bei der immer weiter wachsenden Ungleichheit.

So ist es kein Wunder, wenn unter der deutschen Gesetzgebung eine Besteuerung entstanden ist, bei der sich die Vermögenden durchgesetzt haben und die die soziale Ungleichheit weiter verschlimmert.

²³⁸ (Tiefensee & Grabka, 2017)

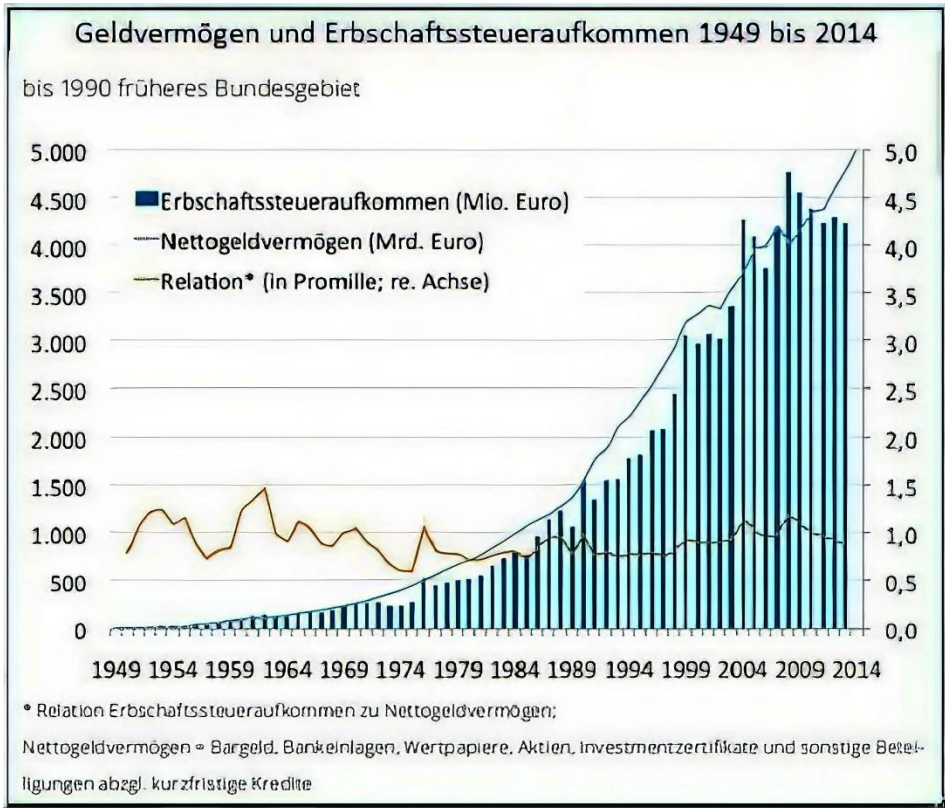


Abb. 53: Geldvermögen und Erbschaftssteueraufkommen 1949 bis 2014

Quelle: Braun, Reiner, Deutsches Institut für Altersvorsorge, <http://show.dia-vorsorge.de/books/kfqk/#p=1>, Abbildung 1

Es ist völlig ausgeschlossen, die soziale Ungleichheit jemals auf diesem Wege bekämpfen zu können.

Überlegungen zur Höhe des Vermögenssteuersatzes (Erbschaftsteuer)

Die von dem DIW vorgenommene Schätzung des Privatvermögens in Deutschland für 2015 weist einen Betrag von 9,3 Billionen Euro aus. Die von der Deutschen Bundesbank in Abb. 2 zur Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis

2017 weist dagegen ein Privatvermögen (inklusive Gebrauchsvermögen nach Abzug der Kredite) von 13,6 Billionen Euro aus.

Betrachtet man die Entwicklung des Zeitraums von 1999 bis 2017, so hat sich das Privatvermögen, trotz schon bestehender Vermögensbesteuerung, von 9 auf 15 Billionen Euro erhöht und ist damit um 74 % gewachsen. Daraus kann man entnehmen, dass auch bei einer Erbschaftsbesteuerung von 50 % über dem Freibetrag das Wachstum des Privatvermögens nicht abnimmt. Es wächst lediglich geringer, während auf der anderen Seite das gemeinschaftliche Vermögen (Sondervermögensfonds) stärker zunimmt. Wie bereits ausgeführt, geht es hier um die Einkommen aus Vermögen, die denen zustehen, die im Besitz der Vermögen sind.

Aus Abb. 54: Prozentuale Entwicklung der Vermögensverteilung der jeweils ärmsten und reichsten Fünftel (1973-2007) zur Zusammensetzung des Vermögens nach Quantilen können wir entnehmen, dass für die untersten 2 Quantile (0 bis 40 % der Armen) keine Vermögenswerte vorhanden sind. Für das 3. Quantil (40-60 %) gibt es ein durchschnittliches Vermögen von 100.000 Euro. Für das 4. Quantil (60-80 % der Bessergestellten) beträgt das durchschnittliche Vermögen etwa 200.000 Euro. Die zweitreichsten 10 % im 5. Quantil (80-90 %) haben im Durchschnitt 400.000 Euro, während die reichsten 10 % im 6. Quantil (90-100 %) ein durchschnittliches Vermögen von ca. 1.300.000 Euro besitzen. Das ist schon einigermaßen aufschlussreich, doch die Ungleichheit wird stärker deutlich, wenn auch dieses 6. Quantil weiter auseinandergenommen wird.

Das Manager Magazin veröffentlicht seit 2010 jährlich die Liste der 500 reichsten Deutschen. Dabei betrug in 2016 das gesamte Vermögen der 500 Reichsten 692 Milliarden Euro, woraus sich ein Vermögensdurchschnitt für diese 500 von 1,384 Milliarden ergibt. Diese Liste beginnt am unteren Rand mit mindestens 200 Millionen und reicht bis zum ersten Platz in Höhe von 31 Milliarden in 2014.

Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Vermögen im Leben einer Generation erarbeitet worden wäre, doch es handelt sich hier um Erbschaften, die nur geringfügig besteuert werden.

Abschätzungen der anfallenden Erbschaftssteuern

Es gibt nicht genügend aktuelle Daten zu einer besseren Quantifizierung, doch zur groben Abschätzung können wir die Daten von 2007 aus Abb. 39: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren nehmen. Das drittreichste Zehntel hat einen Vermögensanteil von 11 %, das zweitreichste Zehntel einen Vermögensanteil von 19 % und das reichste Zehntel von 61 %.

Wenn nur 20 % der Reichen Erbschaftssteuer bezahlen

Stellt man auf eine Steuerbefreiung von 80 % der Bevölkerung ab und entlastet die übrigen zwei reichsten Zehntel mit dem Betrag des drittreichsten Zehntels, so ergeben sich für die Erhebung der Erbschaftssteuer die folgenden Bemessungsgrundlagen:

Beim zweitreichsten Zehntel mit einem Vermögensanteil von 19 % wird mit einem Anteil von 8 % (19 % minus 11 %) am Vermögen versteuert. Während das reichste Zehntel mit einem Vermögensanteil von 61 % mit einem Vermögensanteil von 50 % (61 % minus 11 %) der Steuer unterliegt. Zusammen sind das für beide Zehntel 58 % des privaten Vermögens, die versteuert werden müssen. Bei einem jährlichen Anfall von Erbschaften in Höhe von 400 Milliarden Euro beträgt der Anteil der Bemessungsgrundlage 58 % von 400 Milliarden und das wären dann ca. 230 Milliarden. Bei einer Erbschaftssteuer von 50 % ergäbe sich eine jährliche Erbschaftssteuer von 115 Milliarden Euro.

Wenn nur 10 % der Reichen Erbschaftssteuer bezahlen

Stellt man 90 % der Bevölkerung von der Erbschaftssteuer frei, werden damit auch für das zweitreichste Zehntel keine Erbschaftssteuern erhoben und wird dieser Freibetrag auch auf das reichste Zehntel angewendet, ergibt sich folgende Rechnung. Das reichste Zehntel wird um einen Vermögensanteil von 19 % entlastet. Somit erfolgt die Bemessungsgrundlage auf 42 % des Vermögens (61 % minus 19 %) und ergibt 168 Milliarden Euro. Bei einer Erbschaftssteuer von 50 % ergäbe das dann 84 Milliarden Euro jährlich.

Die Renditen aus dem Vermögensfonds der Erbschaftssteuer

Die flüssigen Mittel aus der Erbschaftssteuer fallen allerdings nur bei Geldvermögen in Bargeld oder Geldpapieren an. Bei Mitteln aus Betriebsvermögen oder Grund und Boden bleiben es Vermögenspositionen, die dann im Volksvermögensfonds gehalten werden und dort eine Rendite aus den Gewinnen der Unternehmen erzielen. Orientiert man sich an Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland, dann sind ca. 60 % (Anlagevermögen, Grund und Boden) der Erbschaftssteuern als passive Beteiligungen zu behandeln, aus denen jedoch das Einkommen zur Verwendung zur Verfügung steht. Eine Rendite von 5 % wird angesichts allgemeiner niedriger Zinsen vielleicht als zu hoch angesehen. Doch diese Rendite setzt sich aus zwei Teilen zusammen, dem Gewinn

und dem Wertzuwachs. Erhöht sich der Gewinn, so steigt auch der Wert des Unternehmens und senkt damit die Rendite bezogen auf den aktuellen Wert des Unternehmens. Bezogen auf den früheren Wert des Unternehmens ist die Rendite jedoch höher.

Unterstellt man eine Rendite von 5 % bei den passiven Beteiligungen, ergibt sich folgende Abschätzung:

Im Fall A (80 % der Bevölkerung sind von der Erbschaftssteuer freigestellt) ergäbe die jährliche Rendite auf die passive Beteiligung 5,75 Milliarden Euro und die Mittel an Bargeld oder Geldpapieren ca. 38 Milliarden. Zusammen ca. 44 Milliarden Euro.

Im Fall B (90 % der Bevölkerung sind von der Erbschaftssteuer freigestellt) ergäbe die jährliche Rendite auf die passive Beteiligung 4,2 Milliarden Euro und die Mittel aus Bargeld und Geldpapieren ca. 28 Milliarden, zusammen ca. 32 Milliarden Euro.

Im Fall C, bei dem die bereits bestehende Erbschaftssteuerregelung übernommen wird und lediglich der Erbschaftssteuersatz ohne Ausnahme auf 50 % über dem Freibetrag erhöht wird, wäre die erzielte Erbschaftssteuer erheblich höher. Sie würde jedoch auf große Widerstände in der Bevölkerung stoßen und eine notwendige Systemänderung verhindern.

Verbesserung durch kapitalorientierte Alterssicherung

Die bisherige Erbschaftssteuer in Deutschland liegt bei maximal ca. 7 Milliarden Euro. Diese könnte im Fall B (32 Milliarden) auf über das Fünffache erhöht werden. Sie könnte weiter erhöht werden, wenn eine Umstellung auf eine kapitalorientierte Rente vorgenommen werden würde, da dann die Einzahlungen in die kapitalorientierte Alterssicherung zur Übertragung von börsennotierten Beteiligungen genutzt werden könnten, welche die verfügbaren Mittel um weitere 30 Milliarden erhöhen könnten. Mit der Erbschaftsteuererhebung in dieser Form könnten wir also Mittel von mindestens 32 Milliarden Euro jährlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen bereitstellen. Im Vergleich dazu sind es derzeit nur ca. 7 Milliarden aus der Erbschaftssteuer und ca. 0 Milliarden aus der Vermögenssteuer. Die Differenz beträgt mindestens 25 Milliarden Euro.

Die Entwicklung der Staatsverschuldung von 1973 bis 2017, über insgesamt 44 Jahre, auf über 2 Billionen Euro impliziert, dass die Kreditaufnahme nur für Investitionen erfolgte. Doch die Zinszahlungen in Höhe von einer Billion können diesen Kreditaufnahmen auch zugerechnet werden. Somit bleibt eine Billion für die Investitionen übrig. Über 44 Jahre verteilt, ergibt das einen durchschnittlichen Betrag von 23 Milliarden. Der Vorteil der Erbschaftssteuer ist dabei noch, dass

keine Schulden entstehen, sondern ein Vermögen aufgebaut wird, welches in der Zukunft die Finanzierung weiter erleichtert.

Kann einer Erbschaftssteuervermeidung begegnet werden?

Am 22.9.2017 wurde der Tod von Liliane Bettencourt in Frankreich bekannt gegeben. Sie hinterlässt ein Nettovermögen von 33 Milliarden Euro. Überwiegend in Aktien als Hauptanteilseigner des Kosmetikkonzerns L’Oreal. Unter Berücksichtigung eines Freibetrages von 10 Millionen Euro blieben dann noch 32,99 Milliarden übrig, die mit einer Erbschaftssteuer von 50 % belegt und dem französischen Sondervermögensfonds 16,495 Milliarden Euro zuführen würden.

Wäre das ungerecht gegenüber den Erben, wenn diese ohne ihre eigene Aktivität 16,505 Milliarden erhalten würden? Aus der Sicht des Eigners und der späteren Erben könnte dies aber als ungerecht angesehen werden. Die Frage ist, wie würde eine mögliche Steuervermeidung aussehen.

Immobilien lassen sich nicht bewegen, bestenfalls verkaufen. Alle Immobilien sind über ein Kataster erfasst und dem Finanzamt bekannt. Veräußerungen sind somit auch bekannt. Die Geldflüsse (Transfers) aus Verkäufen sind auch bekannt. Große Bargeldpositionen können nicht entstehen.

Aktien könnten weltweit verkauft werden. Doch ein Verkauf in dieser Größenordnung würde den Aktienkurs senken und die Erträge aus dem Verkauf reduzieren. Es sei denn, sie würden beispielsweise an andere Reiche verkauft werden. In Höhe dieser Verkäufe könnten Sichtguthaben bei Banken im Ausland anfallen. Die Verlagerung in das Ausland müsste bei Bestehen eines Vermögenskatasters auffallen und dementsprechend bestraft werden.

Bei einer Verlagerung des Betriebes ins Ausland, zur Vermeidung der Erbschaftssteuer, könnte dem Unternehmen die Lizenz (siehe Abschnitt: Wirkung des Lizenzsystems bei Steuervermeidung) entzogen werden. Es darf dann keines seiner Produkte in diesem Staat verkaufen. Unter der Annahme, dass eine derartige Regelung EU-weit ausgeführt wird, wäre es für ein Unternehmen dieser Größenordnung kontraproduktiv, wie das auch im Fall Apple beschrieben ist.

Eine einmalige Zahlung auch in der Höhe von 50 % wäre immer noch billiger als ein Gewinnverzicht über 20 Jahre (bis zur nächsten Erbfolge), da dies nur einem Verlust von 2,5 % pro Jahr entspricht.

Schenkungen zu Lebzeiten unterliegen der gleichen Steuer und sind somit nur eine vorgezogene Erbschaftssteuer.

Die Systemfehler in der derzeitigen Erbschaftsbesteuerung von Unternehmen

Die derzeitige Erbschaftsbesteuerung beruht auf Zahlungen, die von den Erben zu leisten sind. Zahlungen vermindern jedoch die Liquidität des Unternehmens oder vielmehr einer Unternehmung und können daher nicht unbegrenzt ausgeweitet werden, wenn damit nicht das Unternehmen vernichtet werden soll.

Der Staatshaushalt ist eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung. In den Staatshaushalt fließen daher nur Zahlungen ein oder liquidierte Vermögenswerte.

Die bisherige Abstimmung der Erbschaftssteuer auf Zahlungen hat über die Vermeidung eines Liquiditätsentzugs zur sozialen Ungleichheit geführt und muss geändert werden.

Eine Erbschaftssteuer, die darauf abstellt, liquide Mittel in den Haushalt zu übernehmen, ist daher für die Unternehmen und für den Staat gefährlich. Somit ist die angeordnete Bedürfnisprüfung des Bundesverfassungsgerichts aus gleichem Grund für die Erbschaftssteuer nicht geeignet.

Weiterhin sind die erhobenen Steuern ein Vermögenswert, der nicht in den staatlichen Haushalt gehört, auch wenn es sich um liquide Mittel handelt, sondern in einen Vermögensfonds, aus dem Infrastrukturmaßnahmen und Arbeitsplatzschaffung getätigt werden.

Erbschaftssteuer auf Geldvermögen

Erbschaftssteuer auf geldnahes Vermögen muss anders behandelt werden als auf Vermögen von Unternehmen. Unternehmen brauchen Unterstützung und keinen Liquiditätsentzug. Daher muss für Unternehmen ein Erbschaftssteuer-Beteiligungsmodell geschaffen werden (siehe unten).

Bei den geldnahen Vermögen handelt es sich um Geldvermögen in Form von:

- Bargeld, Geldanlagen (Bankguthaben),
- Wertpapieren (Aktien, Anleihen oder Investmentanteilen) oder
- Forderungen.

Es ist der Bereich, wo die meiste Bereitschaft entsteht, die Erbschaftssteuer zu umgehen. Möglicherweise setzt ein Umdenken der Bevölkerung ein, wenn sie von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugt werden kann. Unabhängig davon ist es erforderlich ein Vermögenskataster anzulegen. Die Daten dafür sind in vielen Fällen bereits vorhanden: Geldvermögen in Form von Kontoauszügen und Wertpapiere in Form von Depotaufstellungen sind dem Finanzamt bekannt.

Schwerwiegende Veränderungen müssen dann vom Erbnehmer begründet werden. Da bei mehr als 80% der Bevölkerung keine Erbschaftssteuer anfällt, dürfte der Anteil von 20% zu bewältigen sein, zumal er nur einmal im Leben bei einem Durchschnittsalter von 80 Jahren anfällt. Der geschätzte Anteil dürfte bei maximal 100.000 Fällen pro Jahr in Deutschland liegen. Auch in diesem Fall wäre eine EU-Vereinbarung sehr hilfreich, da dann eine Verlagerung in das Ausland mit erheblich mehr Schwierigkeiten verbunden wäre als bei einer Einzelstaatenlösung.

Solange der Arbeitsmarkt nicht vollkommen in Ordnung ist, sollte dieses Geld auch dem Investitionsfonds zugeführt werden. Der Ausfall für den Staatshaushalt beträgt ca. 6 Milliarden Euro pro Jahr. Dafür müssen für den Staatshaushalt keine Kredite aufgenommen werden und die Investitionen aus dem Haushalt für den Arbeitsmarkt entfallen.

Erbschaftssteuer auf Geldvermögen ist die einfachste Art der Steuererhebung. Alle diese Vermögensarten sind flüssige Mittel und leicht übertragbar. Bargeld oder Bankguthaben können unmittelbar beglichen werden. Wertpapiere (Aktien, Anleihen oder Investmentanteile) können übertragen werden. Sie können aber auch verkauft und in Form von Geld übertragen werden.

Alle börsengehandelten Aktiengesellschaften werden in keiner Weise von der Erbschaftssteuer berührt, da die Steuer bei den Anteilseignern anfällt, den Aktionären. Die Aktiengesellschaften arbeiten völlig unabhängig von dieser Steuer weiter wie bisher.

Es ist selbstverständlich, dass es einer besonderen Kontrolle durch den Staat bedarf, damit Steuervermeidung ausgeschlossen wird.

Erbschaftssteuer auf Sachvermögen (Immobilien)

Eine Erbschaft ist eine Vermögensübertragung. Im Falle von Immobilien (Wohn- oder Gewerbeimmobilien, Grundstücken) muss im Liegenschaftskataster der neue Besitzer eingetragen und der Erblasser gelöscht werden, sofern der Wert der Immobilie den Freibetrag überschreitet. Als neuer anteiliger Eigentümer kann der staatliche Immobilienfonds eingetragen werden. Die Eintragung ist ohnehin Pflicht. Sie erzeugt damit keine zusätzlichen Kosten für den Erben.

In der Bilanz des Unternehmens taucht der staatliche Anteil als staatliches Eigentum auf, ist aber zu behandeln, als wäre es Eigenkapital. Das staatliche Eigenkapital kann jederzeit vom eigenen Gewinnanteil des Unternehmens zurückgezahlt werden und ist zu behandeln wie eine Grundschuld. Der staatliche Gewinnanteil bleibt somit so lange im Register bestehen, bis er vollständig getilgt wurde. Die Rückzahlungen finden sich in der Bilanz.

Mit der Eintragung in das Grundbuch/Liegenschaftskataster stehen dem Staat aus den Gewinnen der Immobilien/Liegenschaften die Erträge in Höhe des Anteils aus der Erbschaftssteuer zu. Diese sind Erträge aus Vermögen und sollten demgemäß auch für den Aufbau von Vermögen insbesondere zur Förderung von Sozialwohnungen verwendet werden.

Diese Aufgabe kann der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben übertragen werden.

Erbschaftssteuer bei Unternehmen

Betriebsvermögen / Betriebsnotwendiges Vermögen (Unternehmen)

Inhaltlich handelt es sich um das Sachvermögen:

- Eigentum an beweglichen Sachen und deren Zubehör, an Immobilien (Wohn- oder Gewerbeimmobilien, Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten),
- an nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen,
- an Produktionsmitteln oder Rohstoffen und an Schutzrechten (Patente, Lizenzen).

Eine hohe Erbschaftssteuer lässt es nicht zu, dass dem Unternehmen Geld entzogen wird. Daher kann die Erbschaftssteuer nur in einer Vermögensübertragung auf den Sondervermögensfonds vorgenommen werden. Auf den ersten Blick entstehen keine Vorteile für diese Methode, da sie erst einmal mit Kosten verbunden ist.

Eine passive Beteiligung bei allen nicht an den Börsen gehandelten Unternehmen und in allen Rechtsformen ist im deutschen Recht nicht vorgesehen. Am ehesten entspricht es noch dem Kommanditisten einer Kommanditgesellschaft, jedoch eben nur dieser.

Unter passiver Beteiligung verstehe ich hier, dass der Beteiligte (in diesem Fall der Fonds) keinerlei Rechte hat, die Geschäftsführung zu beeinflussen, deren Ziele zu verändern, Personaländerungen vorzunehmen oder diese Beteiligung an Dritte ohne Zustimmung des neuen Eigentümers (Erbnehmers) zu verkaufen. Der Erbnehmer hat das alleinige Recht über Veräußerungen der passiven Beteiligung zu bestimmen oder sie zurückzukaufen.

Wie bereits erwähnt, ist es nicht entscheidend, wer im Besitz des Unternehmens ist. Es geht um die Verteilung der Gewinne bzw. um Einkommen aus Vermögen. Bei einer passiven Beteiligung und einer Erbschaftssteuer von 50 %, wird jedes Jahr 50 % vom Gewinn des Unternehmens an einen Investitionsfonds abgeführt

und keinesfalls an den Bundeshaushalt. Diese Gewinnabführungen erhöhen stetig das Vermögen des Investitionsfonds. Damit kann der Fonds die Arbeitsplätze schaffen, die dringend benötigt werden. Wenn ein Gewinn im Unternehmen entsteht, dann bedeutet das, dass dieses Geld nicht vom Unternehmen benötigt wurde, andernfalls wäre es reinvestiert worden. Die Teilabführung des Gewinns beeinträchtigt in keiner Weise die Geschäftsführung oder die Liquidität des Unternehmens.

Ein praktisches Beispiel

Susanne Klatten und Stefan Quandt sind die reichsten Erben Deutschlands, mit einem Anteil von 42,9 % an BMW und einem Gesamtvermögen von 38,5 Milliarden USD, aus dem sie zuletzt Dividenden von über einer Milliarde USD jährlich erhielten. In einem Interview mit dem Manager Magazin erklärten sie, dass im Falle einer sich anbahnenden Erbschaftssteuer die Substanz betroffen sei und große Teile an kapitalkräftige Investoren im Ausland verkauft werden müssten.²³⁹

Dies gilt unter den derzeitigen Erbschaftssteuerregeln, da sie darauf abzielen, die Erbschaftssteuer in Bargeld zu erhalten. Doch die Übertragung von Aktien in Höhe der Erbschaftssteueranteils direkt in den Investitionsfonds oder indirekt über den Volksvermögensfonds ändert an der Substanz des Unternehmens nichts. Die Politik könnte sich dazu entscheiden, auf die Stimmrechte für die Anteile zu verzichten, dann käme es sogar bei der Geschäftspolitik zu keinerlei Einflüssen.

Aus diesem übertragenen Aktienanteil entsteht für den Investitionsfonds jedes Jahr ein Einkommen, welches gehebelt (*siehe* Abb. 60: Investitionsvolumen mit dem EFSI) für die Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden kann. Auch für BMW entsteht damit ein Vorteil, da von dem Einkommen der neu entstandenen Arbeitsplätze ganz sicher auch BMWs gekauft werden.

Erbschaftssteuer bei nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften

Zu den nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften zählen z. B. die kleine AG, die GmbH und die KGaA. Wie auch bei den Immobilien gibt es für alle Unternehmen ein Firmenkataster. Die Übertragung des Erbes erfordert eine Eintragung in das Firmenkataster und die Löschung des Erbgebers. Sofern der Wert des Anteils den Freibetrag überschreitet, wird der staatliche Investitionsfonds zusätzlich zu

²³⁹ (Grabka A. T., 2017)

dem/der neuen Eigentümer eingetragen. Die Eintragung ist ohnehin Pflicht. Sie erzeugt damit keine zusätzlichen Kosten für den Erben.

Auch hier sind die erhobenen Steuern ein Vermögenswert, der nicht in den staatlichen Haushalt gehört, auch wenn es sich um liquide Mittel handelt, sondern in einen Vermögensfonds, aus dem Infrastruktur- und Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen finanziert werden.

Erbschaftssteuer bei Personengesellschaften

Aus der Sicht des Erblassers einer Personengesellschaft wird ein Unternehmen im Durchschnitt nur alle 25 Jahre und bei Überspringen einer Generation alle 50 Jahre vererbt. Eine Erbschaftssteuer in Höhe von 50 % in Form einer stillen passiven Beteiligung würde den persönlichen Eigenkapitalanteil des Erben um 50 % senken, jedoch keinen Kapitalentzug vornehmen, da diese stille passive Beteiligung weiter dem Unternehmen zinslos zur Verfügung steht. Allerdings sollte eine Begrenzung des Staatsanteils vorgenommen werden, um den privaten Charakter der Gesellschaft nicht zu gefährden.

Zu den Personengesellschaften gehören:

- GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts),
- OHG (offene Handelsgesellschaft), auch als GmbH & Co. OHG,
- KG (Kommanditgesellschaft), auch als GmbH & Co. KG,
- Partnerschaftsgesellschaft und
- Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung.

Personengesellschaften zeichnen sich durch die persönliche Haftung der Gesellschafter sowie die Geschäftsführung durch die Gesellschafter aus. Eine Ausnahme besteht bei der KG. Hier haftet der Kommanditist lediglich in Höhe seiner vertraglichen Einlage.

Österreich besitzt hier ein Firmenbuch, in dem die Daten der Personengesellschaften eingetragen werden. In Deutschland ist eine Gewerbeanmeldung erforderlich.

Wie ein Liquiditätsentzug bei Personengesellschaften vermieden wird

Personengesellschaften (auch Immobiliengesellschaften) haben ein besonderes Problem: Ihr Kapital ist anders als bei Aktienbesitzern, Staatsanleihen oder Bargeld im Betrieb gebunden.

Daher müssen die Argumente der Familienunternehmen (Personengesellschaften) gegen eine Erbschaftssteuer ernst genommen werden. Die Ziele der Familienunternehmen dagegen basieren auf falschen Prämissen.

Laut Angaben der Familienunternehmen ist der Eigenkapitalanteil der KMU (Klein- und Mittelunternehmen mit Umsätzen unter 50 Milliarden Euro, Quelle: Bundesbank 2016) von 2004 bis 2014 von 15,7 % auf 26,6 % gestiegen. Bei den Großunternehmen betrug der Eigenkapitalanteil 31,4 %. Das bedeutet, dass der Fremdkapitalanteil ca. 70 % betrug. Familienunternehmen sind es daher gewohnt, fremde Beteiligungen (meist Banken) zu haben.

Familienunternehmen drohte bei einer Erbschaftssteuer eine Substanzbesteuerung, mit der durch den Liquiditätsentzug der Fortbestand bedroht wurde. Sie wurden daher von der Erbschaftssteuer fast vollständig befreit. Viele Unternehmen wurden daher zur Vermeidung der Erbschaftssteuer in Personengesellschaften umgewandelt.

Eine Erbschaftssteuer bei Familienunternehmen kann daher nur als passive Beteiligung erhoben werden, die eine Vermögensposition ist und eine vom Staat nicht veräußerbare zinslose Vermögensposition bleibt. Weiterhin darf nicht vergessen werden, dass der Eigentümer in den meisten Fällen den Betrieb führt und dafür eine hohe Vergütung erhält. In der Regel reicht diese Vergütung bereits aus.

Diese Vermögensposition darf daher nicht dem Haushaltsbudget des Staates zugeordnet werden, sondern muss in einem Vermögensfonds, der auch gleichzeitig Investitionsfonds ist, verwaltet werden. Sie erscheint in der Bilanz des Unternehmens als staatlicher Anteil, der dem Eigenkapital gleichgesetzt ist. Gleichsam wird dieser Anteil in einem Kataster des Investitionsfonds geführt. Das scheint auf erste Sicht kein Vorteil zu sein, es geht hier jedoch nicht in erster Linie um den Besitz des Vermögens, sondern um das Einkommen aus dem Vermögen. Kein Unternehmen würde in etwas investieren, wenn es nicht aus dem investierten Kapital eine Rendite erwirtschaften würde. Durch den neuen Beteiligten (den Staat, und das sind wir alle) geht ein Anteil des Gewinns an den Fonds. Ausschüttete Gewinne entstehen, wenn die Gewinne nicht innerhalb des Betriebes reinvestiert werden. Dieser dem Staat zufallende Gewinnanteil steht nun für Staatsinvestitionen zur Verfügung. Er wird durch den Investitionsfonds für Infrastruktur und/oder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet. Und das hilft allen, den Arbeitnehmern mit Einkommen und den Unternehmern mit Kaufkraft, Umsatz und Gewinn.

Das bedeutet weiter, dass der Erbe, der die Erbschaft bisher steuerfrei als Sachleistung übernommen hat, z. B. mit 50 % besteuert werden kann, ohne dass dies Auswirkungen auf den Betrieb hat und dieser gefährdet wäre. Es wirkt genauso

wie eine Besteuerung börsennotierter Werte. Der Besteuerte kann sie als Sachleistung übergeben.

Im Sinne des Sozialliberalismus sind damit auch die sozialen Teilhaberechte gesichert, die wiederum die Basis für die Freiheits- und Menschenrechte sind. Diese Teilhaberechte, in Form von Arbeit über den Investitionsfonds mit höher bezahlter Arbeit durch Ausbildung, gestatten es auch Mitarbeitern indirekt über den staatlichen Fonds, Vermögen zu bilden, welches eine weitere Voraussetzung zur Chancengleichheit und Bildung der Abhängigen ist.

Für die Familienunternehmen hat dies einen weiteren positiven Aspekt. Der Staatsanteil ist zinslos. Er wirkt genauso wie Eigenkapital. Für den Staat, der in erster Linie an Arbeitsplätzen interessiert ist, besteht damit zusätzlich die Möglichkeit, bei Unternehmen, die aufgrund der Verfehlung von Kreditrichtlinien der Banken (z. B. Basel III) oder zu teurer Fremdkredite nicht die Möglichkeit haben zu investieren, obwohl sie es könnten, als weiterer Eigenkapitalgeber einzuspringen.

Der Inhaber kann jederzeit aus seinem Gewinnanteil, den staatlich gehaltenen passiven Anteil zurückkaufen. Er erhöht damit die flüssigen Mittel des Fonds und ermöglicht weitere staatliche Investitionen.

Alle Forderungen zur Sicherung der Familienunternehmen wären damit erfüllt. Zum besseren Verständnis sollen sie hier noch einmal aufgeführt werden:

- Familienunternehmen tragen im besonderen Maße zur Gesellschaft bei und sind daher schützenswert.
- Es darf keine substanzbesteuernden Elemente für Familienunternehmen geben.
- Die Unabhängigkeit des Unternehmens sowie die Bewahrung der unternehmerischen Freiheit der Anteilseigner.
- Der Erhalt von Arbeitsplätzen wird als gewichtiger Gemeinwohlgrund angesehen.
- Familienunternehmen sollten nachhaltig und generationsübergreifend gesichert werden.

Besonders Punkt 4 wird durch die Möglichkeit zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen als Gemeinwohlgrund der Erhebung einer Erbschaftssteuer doppelt gerecht.

Gleichwohl wird man sich darauf einrichten müssen, dass es auch weiter Propaganda gegen eine Erbschaftssteuer geben wird, wenn auch reale Gründe dafür entfallen sind.

Die Ängste der Bevölkerung vor einer Erbschaftssteuer

Die Lobby der Familienunternehmen hat ganze Arbeit geleistet. Heute ist ein großer Teil der Bevölkerung gegen eine Erbschaftssteuer. Zu schwer war es, sich ein Haus zu erwerben und für die Rente zu sorgen. Die Ängste sind da, etwas davon zu verlieren. Doch diese Einstellung berücksichtigt nicht die Neuordnung der Erbschaftssteuer, bei der 80% bis 95 % der Bevölkerung durch hohe Freibeträge von der Erbschaftssteuer befreit werden können. Hintergrund dieser Angst ist die Besteuerung von unteren Vermögen und Desinformationen.

Die Erhebung der Erbschaftssteuer würde zu Arbeitsplatzangeboten führen, die die Arbeitslosigkeit senken, die Unsicherheit bezüglich der Laufzeiten von Verträgen (Teilzeitarbeit oder befristete Verträge) senken und die Löhne erhöhen würden. Die brachliegenden Geldvermögen, die nicht einer Investition zugeführt werden, könnten mit den Mitteln der Investitionsfonds ausgeglichen werden. Rund 40 % der Bevölkerung hätten durch die Erhebung der Erbschaftssteuer einen großen Vorteil. Weitere 40 % hätten einen geringeren Vorteil, da sie durch die verstärkte Kaufkraft indirekt profitieren würden.

Es ist aus heutiger Sicht verständlich, wenn sich ein großer Teil der Bevölkerung darüber Sorgen macht, dass er im Alter mit der Rente nicht abgesichert ist. Darüber hinaus den Kindern eine Ausbildung ermöglicht werden soll und vielleicht noch Elternteile in teuren Altersheimen untergebracht werden müssen. Dazu sind erhebliche Sparleistungen erforderlich. Man kann es sich nicht leisten, dass diese besteuert werden und dies nach dem Tod zu einem familiären finanziellen Zusammenbruch führt.

Die Akzeptanz der Erbschaftssteuer in der Bevölkerung erfordert daher eine Kommunikation der wichtigsten Parameter:

Im Sinne des Ziels »Wohlstands für alle« muss der Freibetrag so gewählt werden, dass die Höhe des übertragenen Vermögens eine Größe überschreitet, die von breiten Teilen der Bevölkerung durch eigene Arbeitsleistung im Laufe eines Lebens aufgebaut werden kann.

Eine Besonderheit stellen die Personengesellschaften dar, deren Kapital im Firmkapital gebunden ist. Es muss sichergestellt werden, dass die Renditen aus dem Kapital den Freibeträgen normaler Vermögen unter bestimmten Bedingungen gleichgestellt werden – Bedingungen, die sich auf einen nachträglichen Verkauf des Betriebsvermögens beziehen.

Es muss sichergestellt werden, dass dieser Freibetrag der Erben die Erziehung von jugendlichen Abhängigen bis zur Vollausbildung garantiert und nicht arbeitsfähigen Abhängigen (Kranken, Älteren) die Versorgung bis zum Tod ermöglicht. Eigentum für persönliches Wohnen muss freigestellt sein.

Es muss vermittelt werden, dass die Erbschaftssteuer eine notwendige Korrekturmaßnahme ist, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen dient. Ohne diese Korrekturmaßnahme geht es fast allen Bürgern schlechter.

Die Erbschaftssteuer wird nicht für direkte Ausgaben im Bundeshaushalt verwendet, sondern in einen unabhängigen Vermögensfonds eingestellt, der mit den Einnahmen aus diesem Vermögen Investitionen vornimmt. Dieser Fonds wird nicht kleiner, sondern er wächst und ermöglicht in der Zukunft noch mehr Investitionen.

Erbschaftssteuer auf Grund und Boden

Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit des Immobilienfonds besteht aus der Erbschaftssteuer bei Grund und Boden. Eine Erbschaftssteuer auf Grundstücke würde nur anfallen, wenn der Vermögenswert den festgesetzten Grenzwert (z. B. 5 Millionen Euro) überschreitet. Dabei gibt es drei mögliche Arten, wie die Steuer erhoben wird:

1. Die Steuer wird vom Steuerpflichtigen in bar bezahlt. Dieser Anteil geht in den staatlichen Immobilienfonds.
2. Der Grund und Boden geht in Höhe der Steuer per Katastereintrag an den Staat über. Gewinne oder Kosten aus Grund und Boden fallen im Verhältnis des Vermögens beim Staat an. Diese Gewinne oder Kosten werden dem staatlichen Immobilienfonds zugerechnet.
3. Der Staat zahlt aus dem staatlichen Immobilienfonds den Steuerpflichtigen mit seinem entsprechenden Anteil aus. Er erhält dafür ein Grundstück, welches er mit Sozialwohnungen bebauen kann.

Finanzierung aus Unternehmensanteilen

Eine der interessantesten Ideen ist die Finanzierung aus Unternehmensanteilen. Die Legitimation für diese Idee ergibt sich aus sechs sehr logischen Gründen:

1. Die westliche Welt kann nur wirtschaftlich bestehen, wenn sie Produkte schafft, die anderen Volkswirtschaften durch einen Technologievorsprung überlegen sind. Wie weiter unten ausgeführt wird, ist die Basis für diesen Technologievorsprung die staatliche Grundlagenforschung. Doch erhält der Staat aus diesen zukunfts-trächtigen Ausgaben auch eine Rendite oder einen Teil seiner Ausgaben zurück?
2. Zahlen die Unternehmen ihre Steuern, womit der Staat dann Investitionen vornehmen könnte? Das obige Kapitel über die Steuervermeidung der globalen

und lokalen Unternehmen zeigt eindrucksvoll, dass dem Staat hier nicht genügend Mittel zufließen.

3. Die Gewinne der globalen Unternehmen beruhen auf einer Senkung der Lohnkosten in Ländern, die die billigsten Löhne anbieten, und auf einer Erhöhung der Verkaufspreise in den Ländern, die hohe Einkommen haben. Die Renditen aus den Gewinnen, bezogen auf das eingesetzte Kapital, können gemessen an einem festen Zinssatz nur als Wucher bezeichnet werden.

In der Vergangenheit waren Unternehmen Defiziteinheiten, was bedeutet, sie benötigten Kredite für Investitionen. Heute sind viele globale Unternehmen Überschusseinheiten, denn sie brauchen keine Kredite, sondern sie können Kredite vergeben. Weil diese Unternehmen keine Ideen mehr für weitere Investitionen haben, wurde daher ein Rückkauf von Aktien vorgenommen, der den verbliebenen Aktionären eine höhere Dividende oder einen höheren Shareholder Value präsentiert.

4. In Krisenzeiten wird der Ruf der privaten Wirtschaft nach staatlichen Investitionen immer wieder laut. Doch wie soll der Staat das leisten?

Aus seinem staatlichen Nettovermögen von 4 %, welches weit weniger Erträge erwirtschaftet als bei einem Nettovermögen von ca. 25 % in 1950 (die Jahre nach 1950 gelten noch heute als goldenes Zeitalter), ist das kaum möglich. Auch die Verschuldung war der falsche Weg. Es waren nicht die Schulden, die für Probleme gesorgt haben. Es war die fehlende Tilgung der Kredite und der Anstieg der Zinsen. In der Zeit von 2000 bis 2008 stieg der Zinsanteil auf 16 % am Haushalt mit einem Betrag von 40 Milliarden Euro. Auch im Jahre 2017 nach Ankauf der Staatsanleihen durch die EZB ist der Zinsanteil noch immer der viertgrößte Einzelposten im Haushalt mit einem Betrag von 20,1 Milliarden Euro.

5. In der Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft wurde eine Teilhabe am Eigentum angestrebt, womit auch das Industriekapital gemeint war.

Zwar ist die Soziale Marktwirtschaft nicht explizit im Grundgesetz festgeschrieben, jedoch legen zentrale Elemente unserer Rechtsordnung die Grundlage für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem Deutschlands. So sind beispielsweise die Existenz von Privateigentum, die Vertrags- und Koalitionsfreiheit oder das Recht auf eine freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl im Grundgesetz verankert. In den Freiburger Thesen lautete die These 4 der Eigentumsordnung: »Das Recht auf freie Verfügung des einzelnen über sein Eigentum und auf seinen persönlichen oder beruflichen Gebrauch muss daher da seine Grenze finden, wo dies zu unangemessenen und unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheit anderer oder zu einer Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit führt.« Die Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit ist sicher gegeben, wenn 33 % keinen Anteil an der Wohlfahrtsentwicklung des Staates haben.

6. Auch die Unternehmen müssen ein Interesse an den nachfolgenden Vorschlägen haben, da sie darauf angewiesen sind, Käufer ihrer Produkte zu haben, weniger Krisenzeiten zu erleben und mit neuen Produkten erfolgreich konkurrieren zu können.

Die Industrielandschaft Deutschlands

Laut Statista gab es im Jahr 2017 in Deutschland von insgesamt 720.852 Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) 9706 mit 250 und mehr Beschäftigten.

Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitern		
	gesamt	Mit mehr als 50 Mitarbeitern
Einzelunternehmer	2.148.896	2.534
Personengesellschaften (OHG, KG)	394.001	5.766
Kapitalgesellschaften (AG, GmbH)	720.852	51.216
Sonstige	218.111	78.989

Abb. 55: Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitern

Quelle: Eigene Darstellung, Statista, Anzahl der Unternehmen in Deutschland nach Rechtsform und Anzahl der Beschäftigten im Jahr 2017 (Stand September 2018), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/237346/umfrage/unternehmen-in-deutschland-nach-rechtsform-und-anzahl-der-beschaeftigten/>

Der Anteil der Personengesellschaften wie auch der Einzelunternehmen ist in Deutschland besonders groß, da diese bei der Erbschaftssteuer begünstigt werden.

Die Grenze für eine Volksvermögensbeteiligung könnte mit einer Umwandlung von einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft verbunden werden.

Bis zu einer bestimmten Größe sind betriebliche Unternehmen nicht für eine Beteiligung vorgesehen. Wird die Grenze erreicht, z. B. Umsatz, Kapital, Bilanzsumme, so kann stufenweise damit begonnen werden, eine Beteiligung zu organisieren. Abb. 55: Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitern gibt darüber Auskunft, wieweit sich die Anzahl der betroffenen Betriebe durch eine gesetzte Grenze reduziert.

Kapitalgesellschaften – die AG als Musterbeispiel

Am Beispiel einer börsennotierten Aktiengesellschaft lässt sich demonstrieren, wie die Finanzierung zur Bildung eines Investitionsfonds organisiert werden kann.

Die börsennotierte Aktiengesellschaft verfügt über Anteilseigner, die anonym sind, sofern sie nicht Anteile an der Gesellschaft haben, die bestimmte Prozentsätze übersteigen. Für den Fortbestand der Aktiengesellschaft ist es nicht entscheidend, wer die Aktienanteile hält. Die jährliche Hauptversammlung ist die einzige Einflussmöglichkeit auf die Aktiengesellschaft.

Ausgehend von einem Anteil der Allgemeinheit (Anteil des Staates) am gesamten Netto-Volkvermögen von ca. 25 % in 1950 und dem derzeitigen Netto-Staatsvermögen von ca. 4 % scheint es angebracht zu sein, den Anteil der Allgemeinheit wieder zu erhöhen, da die Privatisierung zu dem Ergebnis geführt hat, dass ein Drittel der Bevölkerung nicht im Wohlstand lebt.

Mit der Übereignung von Anteilen der Aktiengesellschaft in Fonds, die entweder der Volksgemeinschaft gehören oder unabhängige staatliche Fonds sind, können die Anteile der Volksgemeinschaft wieder auf einen Stand gebracht werden, der dem Anteil der goldenen Jahre (1950 bis 1973) entspricht. Der Anteil sollte über 25 % nicht hinausgehen, da ein Einfluss auf die Gesellschaft vermieden werden soll. Sie sollte weiter privatwirtschaftlich arbeiten können. Ein staatlicher Einfluss, wie bei sozialistischen oder kommunistischen Modellen, sollte vermieden werden.

Ludwig Erhard wollte mit »Volksaktien«, durch die alle Bürger am Betriebsvermögen beteiligt würden, den »Volkskapitalismus« als Gegenstück zum Sozialismus schaffen. Das gelang nicht, da dies eigene Kenntnisse für die Verwaltung von Aktien voraussetzt. Jedoch über einen Volksfonds oder Bürgerfonds (Volkvermögensfonds) kann diese Idee verwirklicht werden.

Diese Anteile fließen niemals in den Staatshaushalt, da sie Vermögenspositionen sind. Die Gewinne aus diesen Anteilen können jedoch zweckgebunden für spezielle Aufgaben verwendet werden. Zu den Ausprägungen der Fonds siehe weiter unten.

Die Übereignung der Aktienanteile kann durch Rückkauf aus den Gewinnen der Unternehmen erfolgen. Viele Unternehmen haben heutzutage durch die überhöhten Gewinne einen so hohen Überschuss, aber keine Ideen mehr für Investitionen, sodass sie dann Aktien zurückkaufen.

Die Übereignung kann langsam erfolgen, ohne die Aktionäre zu überfordern.

Schließlich ist das eine Einmalaktion. Ist der Stand der Volksfonds am Industriekapital erreicht, ist ein Status geschaffen, der eine echte Teilhabe des Volkes an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zulässt.

Für den Übergang sollte der Gedanke des Lastenausgleichs die bisherigen Aktionäre nachdenklich stimmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es das Modell des Lastenausgleichs, in dem diejenigen, die alles behalten hatten, denjenigen Mittel zur Verfügung stellten, die alles verloren hatten. Die Situation heute ist ähnlich. Man kann die Teilübereignung als Ausgleich für die unkontrollierte Entwicklung des Vermögens, deren Ungleichheit in der Verteilung, ansehen.

Das Beispiel der AG lässt sich schlecht auf die anderen Unternehmensformen übertragen. Es ist also Aufgabe der Regierung, neue Gesetze zu schaffen, die erlauben, Beteiligungen auch an Personengesellschaften einzurichten, mit denen jedoch kein Einfluss auf die Gesellschaft ausgeübt werden kann.

Die obige Aufstellung der Gesellschaften zeigt nur Gesellschaften ab 50 Personen. Bevor eine Volksbeteiligung in der Gesellschaft eingeführt wird, sollten sich diese mindestens etabliert haben. Daher wäre es angebracht, Firmen mit einer begrenzten Anzahl von Mitarbeitern anfänglich von einer Volksbeteiligung auszuschließen. Die Kriterien könnten zum Beispiel eine Mitarbeiteranzahl von 50 Personen sein.

Auch für die Unternehmen dürfte diese Regelung akzeptabel sein. Ihre freie Entscheidung wird nicht eingeschränkt. Wer den ausgeschütteten Gewinn erhält, ist uninteressant. Ein Gewinn wird nur ausgeschüttet, wenn der Überschuss nicht für weitere Investitionen verwendet wird.

Protest wird dies nur bei den Anteilseignern auslösen, die Anteile an der Gesellschaft halten. Doch alle Fakten sprechen dafür, dass auch die Anteilseigner über Umwege davon profitieren, z. B. erhöhte Nachfrage, erhöhter Absatz, Zugang zu neuen Technologien sowie eigene Altersabsicherung im Falle eines Scheiterns bei Gründungen von Unternehmen.

Eine Entlastung für die Anteilseigner könnte über eine Gutschrift zur Erbschaftsteuer erfolgen. Vielfach wird das Erbe schon zu Lebzeiten weitergereicht und würde dann damit den aktuellen Anteilseigner entlasten.

Die Verlagerung eines Teils des Gewinns auf die Volksvermögensfonds würde auch eine Senkung der Gewinnsteuern von Unternehmen erlauben.

Finanzierung aus zu hohem Einkommen

Ein großes Ärgernis ist die Selbstbereicherung von Vorständen.

Wie Abb. 37: Die Top-Ten-Verdiener im Dax zeigt, haben diese unter den Dax-Lenkern ein Vielfaches eines normalen Angestelltengehalts erzielt.

Sind diese hohen Einkommen gerechtfertigt oder beruhen sie darauf, dass es keine Ausbildung gibt, die für mehr Konkurrenz in diesem oberen Segment sorgt und eine natürliche Begrenzung der Einkommen vornimmt?

Trotz hoher Einkommen und Boni waren die Erfolge eher zweifelhaft: Siehe die Dieselkrise in der Automobilindustrie, Wohnungs- und Spekulationskrise bei den Banken, Auslandsaktionen bei den Telekomunternehmen etc.

Berücksichtigt man, dass für das Einkommen eines Vorstandes 200 Personen mit einem guten Gehalt beschäftigt werden könnten, so scheint es erforderlich, das Einkommen dieser Gruppe zu begrenzen.

Auch dies kann auf eine einfache Art vorgenommen werden. Ab einem bestimmten Einkommen, beispielsweise 500.000 Euro Jahreseinkommen, wird eine gestaffelte Investitionsausgleichabgabe erhoben, denn dieses Einkommen reduziert den Gewinn, aus dem Investitionen geleistet werden könnten.

Die Investitionsausgleichabgabe erhöht die Kosten des Unternehmens. In Aktiengesellschaften wird es den Anteilseignern in der Hauptversammlung nicht gefallen, wenn ihre Gewinne durch den Egoismus des Vorstandes gekürzt werden.

Auch diese Investitionsausgleichabgabe sollte in den Sondervermögensfonds fließen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden. Denn diese Asymmetrie im Gehaltsgefüge sorgt für Arbeitsplatzabbau und kann somit nur auf diese Weise korrigiert werden.

Finanzierung aus dem Länderfinanzausgleich

»Der Länderfinanzausgleich ist ein Mechanismus in Deutschland zur Umverteilung finanzieller Mittel zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern. Er soll 2020 abgeschafft und durch neue Regularien ersetzt werden. 2017 wurden 11,2 Milliarden Euro umverteilt, 5,3 Prozent mehr als 2016. [...]

Sein Ziel ist es, »die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen« auszugleichen (Art. 107 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz). Damit sollen alle Länder in die Lage versetzt werden, den ihnen zugewiesenen Aufgaben nachzukommen, wie es der grundgesetzlichen Vorgabe des Art. 106 Abs. 3 GG entspricht. [...]

Im Länderfinanzausgleich öffnet sich seit vielen Jahren eine Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern; das wurde durch den Einbezug der neuen Länder mit ihrer anfangs besonders schwachen Wirtschafts- und Finanzkraft extrem verschärft. 2015 zahlten nur vier Länder in den Ausgleich ein, der Freistaat Bayern 5,5 Milliarden Euro, Baden-Württemberg 2,3, Hessen 1,7 Milliarden und Hamburg 112 Millionen Euro. Größtes Empfängerland war Berlin mit 3,6 Milliarden. Die ostdeutschen Flächenländer erhielten 2015 zusammen 3,2 Milliarden Euro, darunter allein Sachsen 1 Milliarde Euro.«²⁴⁰

Statt direkter Zahlungen wäre es besser, diese Mittel dem Investitionsfonds zur Verfügung zu stellen, um nachhaltig eine Strukturveränderung und Industrialisierung in den strukturschwachen Ländern zu fördern, um sie damit unabhängiger von Zuwendungen zu machen.

Zusammen mit dem Immobilienfonds kann der Investitionsfonds dazu genutzt werden, in den strukturschwachen Regionen Investitionen in Infrastruktur und Industrieansiedlung vorzunehmen, um damit Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen. Für den Investitionsfonds kann brachliegendes privates Kapital genutzt werden, da für Anleger Anreize entstehen, sich daran zu beteiligen. Dabei können bis zu 150 Milliarden Euro an Volumen entstehen. Leerstehende Wohnungen in strukturschwachen Gebieten sind verschwendete volkswirtschaftliche Ressourcen, die dann sinnvoll genutzt werden können.

Der indirekte Weg erzielt höhere Ergebnisse als der direkte Weg und ist nachhaltig, da die Industrieansiedlung bestehen bleibt. Außerdem muss der volkswirtschaftliche Multiplikator-Effekt berücksichtigt werden, der die Binnennachfrage in strukturschwachen Regionen stärkt.

²⁴⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%A4nderfinanzausgleich>

Moderne Wirtschaftspolitik Länderfinanzausgleich

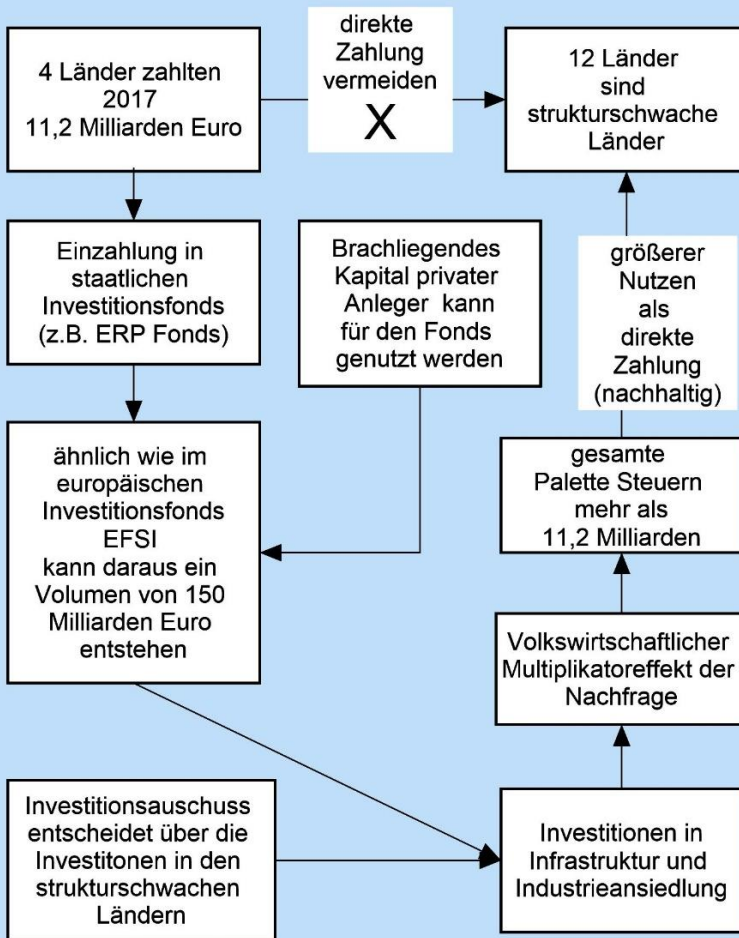


Abb. 56: Länderfinanzausgleich über Investitionsfonds

Finanzierung aus der Bodenwertsteuer

Derzeitig werden die meisten Grundsteuern auf den Wert der Immobilie erhoben. Die Bodenwertsteuer konzentriert sich stattdessen auf den Boden unter diesen Gebäuden. Dieses Programm beginnt mit der Bodenwertrechnung, einer Abgabe auf den Wert des Bodens, die jährlich oder halbjährlich bewertet wird.

Boden ist ein fester, immobilier Vermögenwert: Sie können nicht mehr daraus machen und Sie können es nicht ins Ausland verlagern. Seine Besteuerung kann daher nicht zu einem Rückgang des Bodenangebots führen, während die Steuern auf Immobilien einen Rückgang des Bauvolumens bewirken können. Stattdessen ermutigt die Bodenwertsteuer Bodenbesitzer, ihren Boden am effizientesten zu nutzen. Immobilienbesitzer werden nicht für unbebautes Land besteuert, auch wenn dessen Wert steigt. Die Bodenwertsteuer korrigiert dies. Die Bodenwertsteuer zielt darauf ab, einen größeren Anteil des Wohlstands für die breitere Gemeinschaft bereitzustellen. Neue Verkehrssysteme zum Beispiel erhöhen den Wert des benachbarten Bodens – aber die Eigentümer dieses Bodens teilen nicht die Last der Kosten für ihre Entwicklung. Durch die Besteuerung des Bodens unabhängig von den darüber liegenden Strukturen verhindert die Bodenwertsteuer kurzfristige Immobilienspekulationen und erhöht die makroökonomische Stabilität. Die Bodenwertsteuer greift die Immobilienkrise an und verlagert den Markt weg von Spekulation hin zum Angebot.²⁴¹

»Eine Bodenwertsteuer könnte einfach anhand der sogenannten Bodenrichtwerte ermittelt werden. Amtliche Gutachter ermitteln sie schon heute auf Basis der in den zurückliegenden zwölf Monaten gezahlten Preise für Grundstücke. Sie sind aktuell, ganz anders als die veralteten Einheitswerte. Wer wären die Gewinner und Verlierer einer Bodenwertsteuer? Dirk Löhr (Ökonom an der Universität Trier) hat Berechnungen durchgeführt, bei denen der Umfang der Steuereinnahmen aus der Grundsteuer für die Kommunen gleich bleiben würde. Es gäbe aber erhebliche Verschiebungen, ganz im Sinne der Verfechter einer Bodenwertsteuer: Auf Reihenhausgrundstücke in mäßiger Lage würde etwa weniger, auf Villengrundstücke in teuren Lagen spürbar mehr Grundsteuer fällig. Deutlich um das Vier- bis Fünffache würde die Grundsteuer für unbebaute, aber bebaubare Grundstücke ansteigen.«²⁴²

²⁴¹ Vgl. (Adler, 2017)

²⁴² http://www.deutschlandfunk.de/reform-der-grundsteuer-modell-bodensteuer-wundermittel.724.de.html?dram:article_id=408360

Heute wird die Grundsteuer in Deutschland auf Grundstück und Bebauung erhoben. Eine Bodenwertsteuer bezöge sich dagegen nur auf den Grundstückswert, was wettbewerbsgerechter wäre.

Das Bundesverfassungsgericht befasst sich ohnehin mit einer Neuordnung der Grundsteuer. Seit 1995 wird eine Änderung angemahnt, da jede Kommune für sich festlegt, welchen Hebesatz sie anwendet. Damit werden die Einheitswerte der Immobilien multipliziert. Sie wurden schon 1964 für die alten Länder festgelegt, für die neuen Länder stammen sie von 1935. Die Grundsteuerberechnung nach den Einheitswerten ist deshalb ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz. Eigentlich sollten die Einheitswerte alle 6 Jahre angepasst werden, doch die Politik erwartete erhebliche Verwerfungen bei besonders in den Städten stark gestiegenen Preisen.

Bei einer Umstellung von der Grundsteuer auf eine reine Bodenwertsteuer erfolgt eine Entlastung der Eigentümer und Gesellschaften im Vermietungssektor. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden diese Entlastungen nicht an die Mieter weitergegeben. Daher wäre es folgerichtiger, die Beträge der Grundsteuer in diesen Bereichen weiter in voller Größe zu erheben und die Differenz zur Bodenwertsteuer in den staatlichen Immobilienfonds zu überführen. Der Differenzbetrag kann über gewissen einen Zeitraum (z. B. 10 Jahre) reduziert werden. Er trägt dann nicht mehr zu einem schlagartig anwachsenden Gewinn bei den Vermietern bei und kann somit mehr als Ausgleich für steigende Kosten gesehen werden.

Finanzierung durch Kreditaufnahme

Die Zinsen sind nahezu null durch die Maßnahmen der Zentralbank mittels QE. Doch die zur Verfügung gestellten Geldmengen werden nicht in dem Umfang abgerufen, wie das erwünscht wäre.

Der Staat kann aufgrund der Begrenzung seiner Schulden durch die Maastricht-Kriterien keine weiteren Kredite aufnehmen. Viele Unternehmen haben durch hohe Gewinne keinen Grund Kredite aufzunehmen, da sie ausreichend Geld zur Verfügung haben.

Die Geldschwemme kann jedoch vom Staat genutzt werden, wenn Kredite nicht für Ausgaben aufgenommen werden, sondern zur Vermögensbildung. Bilanzmäßig betrachtet stehen den Schulden auf der Passivseite die Vermögenswerte in Form von Aktien auf der Aktivseite gegenüber. Aktien erwirtschaften in der Regel anfänglich im Durchschnitt 2 % mehr als eine Zinsanlage. Die Rendite bei Wachstumsaktien ist geringer, die von Unternehmen mit keinem Wachstum höher. Für das Risiko gibt es die Möglichkeit eines professionellen Risikomanagements.

Die Differenz von Sparvermögen zu Kreditvergabe von 1.564 Milliarden Euro, selbst wenn noch Kredite für Wohnungsbau und Finanzierungsinstitutionen abgezogen werden müssen, erlaubt eine Kreditaufnahme von mehr als 1 Billion Euro, bei niedrigen Zinsen.

Der Staat hat damit zwei Möglichkeiten, er kann die Kosten der Arbeitnehmer durch den Rückkauf von ehemaligem öffentlichem Wohnraum senken oder über die Bildung eines Investitionsfonds zur Schaffung von Arbeitsplätzen zur Erhöhung des Einkommens beitragen.

Aus dem Gewinn der Dividenden oder Wertzuwächse können weitere Käufe an Aktien für den Fonds oder die Finanzierung von Investitionen und Grundlagenforschung erfolgen, solange das Vermögen unangetastet bleibt. Voraussetzung ist dafür jedoch die Haltung in einem unabhängigen Fonds, der vom Parlament kontrolliert wird, über ein professionelles Management verfügt und zu keiner Zeit für Staatsausgaben herangezogen werden kann.

Finanzierung über Umschichtung aus dem Rentenfonds

Mit Beginn des Aufbaus des Investitionsfonds landen alle Anteile aus Betriebsvermögen im Investitionsfonds. Die zur Verfügung stehenden Mittel für Investitionen bestehen nur aus den Gewinnen dieser Anteile und sind am Anfang sehr gering.

Mit der Umstellung der Rentenversicherung auf einen kapitalgedeckten Rentenfonds weist der Investitionsfonds im Umfang der vorhandenen oder zur Verfügung gestellten Mittel Anteile des Betriebsvermögens zu. Damit verfügt der Investitionsfonds sofort über flüssige Mittel, mit denen er entweder weiteren Vermögensaufbau (durch Ankauf von Aktien) betreiben oder notwendige Investitionen durchführen kann.

Der Vorteil für den Rentenfonds besteht darin, eine höhere Rendite für die Versicherten zu erwirtschaften. Da der Rentenfonds keine aktive An- und Verkaufspolitik betreibt, trägt er zur Stabilisierung der Börsen bei.

Vorteilhaft wäre es, wenn, wie in Österreich, alle Volksgruppen (auch die Beamten) zwangsweise in diesen Fonds einzahlen müssten, da dann das Finanzierungsvolumen für Investitionen größer werden würde.

Außerdem würde sich die Anlage für Sonderfonds von separaten Gruppen für freie Berufe, wie Rechtsanwälte, Ärzte, Notare, weniger lohnen, weil die Erträge aus der Rentenversicherung steigen würden.

Das unterstellte Risiko bei Anlagen in Betriebsvermögen bei der Rentenversicherung ist jedoch sehr klein, da der Diversifikationseffekt durch die Verteilung auf das gesamte Betriebsvermögen der Gesellschaft zum Tragen kommt.

Finanzierung aus freien Sozialmitteln und zusätzlichen Steuereinnahmen

Mit der Umsetzung des Konzepts zur Erhöhung des Mindestlohns wird ein großer Anteil der Bevölkerung Steuern zahlen müssen, die vorher keine Steuern gezahlt haben, oder sehr viel mehr Steuern zahlen müssen als vorher.

Gleichzeitig werden Sozialleistungen für Geringverdiener abnehmen.

Der Bundeshaushalt für 2019 sieht Ausgaben von 346,4 Milliarden Euro vor. Davon steht der größte Einzelposten mit 146,23 Milliarden Euro für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bereit. Das sind 42,2 % des gesamten Haushalts. Davon wiederum sind 105,3 Milliarden als Rentenversicherung und Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehen.

Die Anhebung des Mindestlohns lässt über den Anstieg der Einzahlungen die Verbesserung der Bilanz der Rentenversicherung zu.

Sollte es übergangsweise durch die Erhöhung des Mindestlohns zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit kommen, so könnten diese Mittel dafür verwendet werden.

Die Möglichkeiten der Zentralbankpolitik

Wer genau hinsieht, muss erkennen, dass die meisten europäischen EU-Staaten bankrott sind. Auch Deutschland gehört dazu, mit einem Nettovermögen von 576 Milliarden und Pensionsverpflichtungen in Höhe von 758 Milliarden Euro. Dieser Zustand äußert sich in der Verschuldung der Staaten und der Unmöglichkeit, diese Schulden zurückzuzahlen, da der Staat über zu geringe Einnahmen verfügt. Besonders hervorgehoben sind: Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland.

Staatsverschuldung der EU Länder					
Maastricht-Kriterien nicht erfüllt		in Prozent aktuell vom BIP	in Prozent geplant vom BIP	absolut in Mrd. Euro	in Prozent der Gesamtverschuldung von 10,2 Billionen Euro
		2017	2019	2019	2019
1	Griechenland	183,4	191,2	337,4	3,3
2	Italien	132,0	129,7	2.358,5	23,0
3	Portugal	129,9	121,2	250,0	2,4
4	Belgien	105,7	101,0	477,1	4,7
5	Republik Zypern	107,1	96,7	22,0	0,2
6	Spanien	99,0	96,7	1.200,2	11,7
7	Frankreich	96,6	96,3	2.358,9	23,0
8	Österreich	83,7	75,4	282,6	2,8
9	Slowenien	78,4	72,1	31,6	0,3
10	Irland	72,9	67,1	215,0	2,1
11	Deutschland	68,2	58,8	2.077,7	20,3
12	Finnland	63,0	60,5	138,0	1,3
13	Niederlande	61,8	53,5	398,0	3,9

Quelle: statista.de, wikipedia.de

Abb. 57: Staatsverschuldung der EU-Länder

Quelle: Eigene Darstellung, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/198377/umfrage/staatsverschuldung-in-der-europaeischen-union/>, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste_europ%C3%A4ischer_L%C3%A4nder_nach_Staatsschuldenquote

Auf der anderen Seite haben hat sich eine Geldschwemme gebildet, für die es nach dem gebotenen Rückzug des Staates von der Kreditaufnahme keine Abnehmer gibt. Die privaten Unternehmer arbeiten nach dem Gebot der Gewinnmaximierung, womit öffentliche Investitionen nicht in Betracht kommen, es sei denn, es wird für alles, was wir bisher kostenlos erhalten haben, eine Gebühr bezahlt. Der Staat investiert in Infrastruktur (keine Automaten für Benutzung der Fußgängerwege und Straßen), in Bildung (keine Gebühren für Schulen, Universitäten) und in die Organisation der Gesellschaft (keine oder geringe Gebühren für staatliche Dienstleistungen) und in die öffentliche Gesundheit (keine kostendeckenden Gebühren für Sportplätze und Schwimmbäder).

Was wir erkennen müssen ist, dass der Geldkreislauf massiv gestört ist, und dass dieser Zustand ein Ergebnis der neoliberalen Privatisierungspolitik ist.

Es ist an der Zeit, mit einer neuen Politik, die Wirtschaft der Gesellschaft wieder in Ordnung zu bringen. Die vorangegangenen Vorschläge dieses Buches dürften dazu beitragen. Falls die Politik versagt, wird die Zentralbank gezwungen einzuschreiten.

Die Aufgabe der Zentralbanken ist, es die Inflation zu kontrollieren. Jeder Staat hat eine Zentralbank. Für den Euroraum wurde die EZB gegründet. Ihr gehören 19 Staaten an. Das bedeutet, die EZB richtet sich nicht nach Deutschland, sondern berücksichtigt möglichst fair alle Staaten des Euroraums.

Wie beschrieben, ist die Entschuldung der Staaten (QE) ein Ziel der Zentralbank, wenn auch nicht publiziert.

Mit der dem quantitativen Easing der Zentralbanken ist nicht das erreicht worden, was beabsichtigt wurde. Zwar wurden die Staaten entschuldet, doch das private Spargeld hat enorm zugenommen und zu einer privaten Geldschwemme geführt. Der private Sektor nutzt dieses Geld nicht für Investitionen, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen würden. Der öffentliche Sektor steht vor einem Berg von Investitionen, hat jedoch nicht die Mittel zur Durchführung.

Dieser Zustand innerhalb einer Konjunktur, lässt erahnen, was passiert, wenn es zu einer Krise kommt, und die Politik nicht im Stande war, Korrekturen am Wirtschaftssystem bis zu Beginn der Krise vorzunehmen. Kurz gefasst sieht das so aus:

In der Regel zieht sich der private Sektor zu Beginn einer Krise zurück. Investitionen werden verzögert oder eingestellt und Arbeitskräfte entlassen. Vermögende ziehen sich aus den Vermögenswerten (Aktien, Immobilien) zurück und legen das in Bargeld an, womit die private Geldschwemme weiter erhöht wird. Im staatlichen Sektor gehen die Steuereinnahmen zurück, und dadurch werden auch die staatlichen Investitionen eingeschränkt. Der Staat reagierte in der Vergangenheit mit einer Ausweitung der Investitionen auf der Basis von Verschuldung, jedoch ist das durch die Maastricht-Kriterien nicht mehr möglich. Die Zentralbank reagierte mit Zinssenkungen, doch bei einem Zinssatz von Null, gibt es nicht mehr zu senken.

Verlängerung von QE

Auch wenn die Niederlande und Deutschland möglicherweise in 2019 die Maastricht-Kriterien erfüllen, so kann das Programm der EZB noch nicht beendet werden. Weitere 11 Staaten erfüllen die Kriterien nicht. Daraus kann gefolgert werden, dass sich bei gleichmäßiger Abnahme der Verschuldung, für alle Euro-Staaten, in Deutschland bald eine Verschuldung ergeben wird, die zu einer Differenz

zwischen aktueller Verschuldung und Verschuldungsgrenze führen wird. Diese Differenz könnte von Anhängern der Verschuldungspolitik genutzt werden, um die notwendige Änderung des Systems zu verhindern, obwohl die Ausgabe von Verschuldungspapieren (Staatsanleihen), die dann von der Zentralbank gekauft werden, eindeutig zur verbotenen Staatsfinanzierung gehört. Klagen dagegen dauern lange. Die EZB wird gezwungen den nächsten Schritt zu gehen.

Bei der Entscheidung über derartigen Aktionen sind der EZB-Rat, das Direktorium und der erweiterte Rat beteiligt, welche sich aus den Direktoren der Nationalbanken zusammen zusammensetzen.

Finanzierung mit Helikoptergeld

Bei dem Begriff des Helikoptergeldes handelt es sich um eine Idee von Milton Friedman, wonach ein Helikopter Geld regnen ließe und dieses fleißig von den Bürgern aufgesammelt werden würde. Die Bürger würden das Geld ausgeben und somit die Wirtschaft ankurbeln. Da sich das Warenangebot nur langsam erhöhen würde, gäbe es einen Effekt auf die Inflation.

Diese Idee wird nun unter den Zentralbanken diskutiert und kommt nicht von ungefähr. Als Vorbereitung wurde das Inflationsziel von 2 % gestrichen, womit klar wird, dass die EZB mit höheren Inflationsraten rechnet oder beabsichtigt, diese zu erreichen.

Allerdings ist die Zentralbank politisch unabhängig. Ihr unterliegt es, ob und wann eine Maßnahme in diesem Sinne umgesetzt wird.

»In Der Zeit wurde dargestellt, dass die gegenwärtigen Regelungen der EU Helikoptergeld nicht zulassen. Es handele sich hier um die in Art. 123 Abs. 1 des EU-Vertrags von Lissabon (ex-Art. 101 EGV) verbotene monetäre Staatsfinanzierung. Sie sei verboten, weil sie zur Inflation beitrage.

Ein direkter Geldtransfer der Zentralbank an Bürger ist jedoch nicht explizit verboten. Experten wie etwa Jens Weidmann beurteilen dies jedoch als Kompetenzüberschreitung der Zentralbank, da diese keine Wirtschaftspolitik betreiben dürfe. Außerdem wäre nach Art. 218 EUV eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Rat notwendig. [...]

Ökonomen wie [Thomas] Mayer fordern die Überwindung des bisherigen theoretischen Rahmens der Geldpolitik und der Geldtheorie. Das Geldsystem sei in der bestehenden Form nicht mehr lebensfähig und schaffe nur neue Blasen auf den Finanzmärkten. Während bisher Geld nur als Schuldgeld aufgefasst worden sei, müsse Geld als »Reputationsgeld« interpretiert werden. Helikoptergeld etwa werde nicht gegen eine neue Forderung produziert wie bisheriges Geld. Sein Wert hänge ganz allein davon ab, ob der Nutzer erwarte, das Geld gegen andere Dinge

eintauschen zu können. Auch Gold sei in diesem Sinne Reputationsgeld. Diese Geldform diene nicht politischen Zwecken wie einer angestrebten Inflationsrate, sondern mache Geld – wie früher das Gold – gerade wieder zu einem aufgrund seiner Knappheit begehrten und geschätzten Aufbewahrungs- und Tauschmittel.«²⁴³

Im Falle einer Krise gibt es wahrscheinlich nur, als erste Möglichkeit, die Ausgabe von Helikoptergeld. Das macht etwas Mut für alle diejenigen, die den Untergang der Gesellschaft vor Augen haben.

Doch einige Überlegungen sind notwendig, wie eine Umsetzung erfolgen könnte:

- Ausgeschlossen ist die Übertragung an den Staatshaushalt, weil es dann eine verbotene Staatsfinanzierung wäre.
- Eine der Ideen ist, gleichmäßige Beträge auf alle Privatkonten zu überweisen. Abgesehen von technischen Problemen, würde nur die Hälfte der Gesellschaft das Geld ausgeben, weil sie es dringend bräuchte. Die andere Hälfte der Gesellschaft würde es sparen. Im Geldumlauf zwischen diesen beiden Gruppen, würde der Multiplikator-Effekt sehr klein werden und die EZB wäre genötigt, diese Aktion häufiger zu wiederholen, wobei auch hier die Sparschwemme noch weiter zunehmen würde.
- Die Verwendung der Gelder für die Unternehmen wäre wenig sinnvoll, da diese sich über die billigen Zinsen jederzeit Kapital beschaffen können, was sie jetzt schon nicht tun.
- Der Kern der Krise ist das Fehlen von Mitteln für staatliche Investitionen, mit denen Arbeitsangebote geschaffen werden, Arbeitseinkünfte und bessere Löhne erzielt werden können. Die beste Möglichkeit ist daher diese Mittel einer bestehenden oder noch zu gründenden Staatsbank zu überlassen, die wiederum diese Mittel dazu benutzt, Vermögenstitel (Aktien, Immobilien) aufzukaufen und aus deren Erträgen, die staatlichen Investitionen vornimmt. Gleichzeitig hätte das Aufkaufen von Vermögenstiteln einen stabilisierenden Effekt auf die Vermögenmärkte, wie Börsen und Immobilienmarkt.

Die Folgen dürften sein:

Der Staat hätte Geld zur Verfügung zur Umsetzung der notwendigen Investitionen, womit Arbeitsplätze geschaffen und zusätzliches Einkommen erzielt werden würde.

Erhöhung der Inflationsrate, die dann zur teilweisen Auflösung der Gelschwemme führen würde, weil die Geldvermögenshalte in Sachwerte flüchten. Dies würde zur weiteren Erhöhung der Inflationsrate führen.

²⁴³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Helikoptergeld>

Die Zunahme der Geldmenge könnte schließlich auch eine Währungsreform notwendig machen.

Umsetzung einer Währungsreform

»Währungsreform bedeutet eine Änderung relevanter Merkmale der Währungsverfassung. Die Währung wird durch die für die Volkswirtschaft zuständige Legislative in der Währungsverfassung definiert; sie ist das durch Gesetz erlassene Geld eines bestimmten zeitlich und räumlich begrenzten Gebietes, des Währungsgebietes. Durch eine Währungsreform werden unterschiedliche Umrechnungskurse für Bargeld, Bankguthaben, Forderungen und Verbindlichkeiten gesetzlich festgelegt. In der Regel ist mit einer Währungsreform auch eine Änderung des Namens der Währung verbunden.«²⁴⁴

Wie eine Währungsreform abläuft, zeigt das Beispiel von 1948.

»1948 war die Mark kaum noch etwas wert, weil zu viel Bargeld in Umlauf war. Manche Firmen zahlten den Lohn zeitweise in Naturalien aus. [...] Die Umstellung auf die D-Mark enteignete die Sparer. Im Oktober 1947 hatten die Westalliierten der American Bank Note Company einen geheimen Auftrag zum Druck neuer Banknoten erteilt. Im Frühjahr 1948 kamen in Bremerhaven 23 000 Kisten mit D-Mark-Scheinen an, die ein wenig wie umgestaltete US-Dollars aussahen. Am 18. und 19. Juni wurde in Zeitungen verkündet, dass sich am nächsten Tag, einem Sonntag, jeder Deutsche 40 D-Mark pro Kopf abholen könne. Eine zweite Rate über 20 D-Mark folgte. Die sowjetische Besatzungszone zog zwei Tage später mit einer eigenen Ost-Mark nach.

Schon am Montag nach Einführung der D-Mark waren im Westen die Regale wieder voll mit Waren, die es lange nicht mehr gegeben hatte. Für wertlose Reichsmark hatten Händler ihre wertvollen Sachwerte nicht mehr abgeben wollen. »Der psychologische Effekt dieses Erlebnisses trug entscheidend zur Entstehung des Mythos Währungsreform bei, der bald vollständig den Enteignungscharakter des Geldschnitts überlagerte«, urteilt der Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim.

Und der Schnitt fiel wirklich radikal aus. Von 100 Reichsmark auf Konten blieben letztlich nur 6,50 D-Mark. Dieses Verhältnis galt auch für Ansprüche aus Lebensversicherungen und Bausparverträgen. Wer 100 Reichsmark Schulden hatte, musste nach der Reform nur zehn D-Mark zurückzahlen. Die Verbindlichkeiten

²⁴⁴ <https://de.m.wikipedia.org/wiki/W%C3%A4hrungsreform>

des Staates verfielen völlig. Löhne, Gehälter, Mieten, Pensionen und Steuern wurden eins zu eins umgerechnet. Eine städtische Angestellte, die vorher 340 Reichsmark verdient hatte, erhielt jetzt 340 D-Mark.«²⁴⁵

Die Politik muss sich darüber klar sein, was passiert, wenn es zu einer Währungsreform kommt. Auslöser für eine Währungsreform sind: Verschuldung des Staates (gegeben), Geldschwemme (gegeben) und Entwertung des Geldes (derzeitig noch sehr gering). Verlierer dieses Prozesses sind die Sparer, die für Altersrücklage das Geld nicht in der staatlichen Rentenversicherung angelegt haben, sondern es als Sicht- oder Sparguthaben bei Banken halten.

Zusammenfassung

32 Jahre ordoliberaler Wirtschaftspolitik (1950-1982) stehen im Gegensatz zu den 37 Jahren neoliberaler Privatisierungspolitik (1982 bis heute). Während die Anfänge der ordoliberalen Wirtschaftspolitik als goldenes Zeitalter bezeichnet werden, sind die Ausprägungen der neoliberalen Privatisierungspolitik an einer Geldschwemme der privaten Haushalte, einer staatlichen Investitionskrise, an einer damit verbundenen enormen sozialen Ungleichheit sichtbar und Niedriglohn bzw. Arbeitslosigkeit sichtbar. Die Investitionskrise des Staates verhindert die Schaffung von Arbeitsplätzen und verhindert damit die Vollbeschäftigung und trägt zusätzlich zur Lohnsenkung bei. Gleichzeitig ist mit der Globalisierung unter unfairen Wettbewerbsbedingungen die Industrie verloren gegangen, die mit einer hohen Produktivität pro Person für hohe Einkommen sorgte. Die Lohnspreizung hat zusätzlich für eine Spaltung der Gesellschaft gesorgt.

Eindeutig hat die private Führung der Unternehmen (im Gegensatz zu staatlichen Betrieben) ein enormes Privatvermögen geschaffen, die in der Gesamtvermögensentwicklung von 50 Milliarden Euro in 1950 auf rund 16 Billionen Euro 2019 mit durchschnittlich 320 Milliarden Euro pro Jahr ihren Ausdruck findet. Das privatwirtschaftliche Wirtschaftssystem hat damit bewiesen, dass es erfolgreich arbeitet, doch gleichzeitig ist rund der Hälfte der Bevölkerung die Teilhabe an diesem Vermögen verweigert worden. Das Problem dieses Wirtschaftssystem liegt in der Verteilung des Vermögens und an einer Machtübernahme der privaten Wirtschaft gegenüber dem Staat. Der Staat ist bezüglich Investitionen aus dem

²⁴⁵ (Berbalk, Dönch, & u.a., 2010)

Vermögensanteils oder aus Steuermitteln enorm geschwächt und kann Investitionen nicht mehr durchführen. Diese werden wegen fehlender Gewinnaussichten der privaten Unternehmen auch nicht von diesen getätigt.

Eine Lösung für dieses Problem kann es nur geben, wenn der Staat sich auch als Kapitalist betätigt und sich an den Vermögenswerten (Betrieben und Immobilien) passiv beteiligt. Er agiert somit als Gesellschafter der Vermögensentwicklung der Unternehmen und gleichzeitig als Treuhänder und Verwalter von Vermögen der Volksgemeinschaft. Damit wird eine indirekte Teilhabe am Volksvermögen des Staates erzielt (der Staat sind wir alle), die allen zugutekommt, wie sie von Ludwig Erhard gesehen wurde, womit jeder Bürger am gesellschaftlichen Vermögen beteiligt sein sollte und somit für sein Alter und seine Krankheit abgesichert war.

Die Umsetzung ist relativ einfach, wenn die Staatsinvestitionen nicht direkt aus Steuermitteln, sondern über einen Vermögensfonds vorgenommen werden. Aus dem Vermögensfonds werden nur die Gewinne für Investitionen verwendet, nicht jedoch die Substanz. Der Fonds kann sich gegenüber dem Vermögen verschulden, womit die private Geldschwemme eine natürliche Zuführung zu den Investitionen erfährt und die massiven Störungen des Geldumlaufs aufhebt. Zusätzliche gravierende Aktivitäten der Zentralbank werden damit überflüssig.

In Abhängigkeit vom Vermögensanteil an der Volkswirtschaft, kann der Staat weit mehr leisten, da mit überschüssigen Finanzierungsmitteln die Investitionen auch in die Bereiche Rente, Krankenversicherung und Pflege gelenkt werden können. Nicht nur die Durchführung von Ersatzinvestitionen, sondern auch Zukunftsinvestitionen, wie Grundlagenforschung und Beseitigung von Umweltschäden sind damit möglich. Durch eine Umschichtung in der Rentenversicherung können weitere liquide Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt werden.

Der große Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass private Unternehmen finanziell nicht eingeschränkt werden, da die ausgeschütteten Mittel aus nicht reinvestierten Gewinnen stammen. Betriebliche Mittel dienen der Volksgemeinschaft. Ausgeschüttete Gewinne dagegen landen überwiegend als passives Einkommen bei großen Vermögenshaltern und fördern die Entwicklung einer Erbesellschaft, die nicht selbst etwas erarbeitet, sondern nur verbraucht, was andere geschaffen haben.

VIERTES KAPITEL

Bedeutung der Europäischen Union für jeden europäischen Staat

Die Macht der EU

Der Binnenmarkt

»Der europäische Binnenmarkt, der weithin als eine der größten Errungenschaften der EU gilt, feiert in 2018 sein 25-jähriges Jubiläum.

Die Grundidee hinter dem Binnenmarkt ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums, der den freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen ermöglicht – die ›vier Grundfreiheiten‹.

Heute ist der europäische Binnenmarkt der größte barrierefreie Wirtschaftsraum der Welt mit mehr als 500 Millionen Bürgern und einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 13 Billionen Euro. Für die Verbraucher bedeutet dies eine größere Produktvielfalt und niedrigere Preise. Schätzungen zufolge hat der Binnenmarkt auch 2,8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.«²⁴⁶

Doch das reicht nicht. Die EU muss sich weiterentwickeln. Die folgenden Beispiele zeigen, wo das Potenzial der EU benötigt wird.

Globale Neupositionierung

Europa müsse sich neu positionieren, um den Herausforderungen seiner drei großen globalen Rivalen China, Russland und USA zu begegnen, sagte Angela Merkel vor ihrer Wahl zur deutschen Bundeskanzlerin.

Angesichts der Herausforderungen, die von russischen Eingriffen in Wahlen bis hin zu Chinas wirtschaftlichem Einfluss und dem US-amerikanischen Monopol für digitale Dienste reichen, muss Europa eine einheitliche Front aufbauen, äußerte Merkel in einem umfassenden Interview mit dem Guardian.

»Es besteht kein Zweifel, dass Europa sich in einer veränderten Welt neu positionieren muss«, sagte Merkel in einem Gespräch in ihrem Büro in Berlin. »Die alten Gewissheiten der Nachkriegsordnung gelten nicht mehr.«

Sie fügte hinzu: »Sie [China, Russland und die USA] zwingen uns immer wieder, gemeinsame Positionen zu finden. Das ist angesichts unserer unterschiedlichen

²⁴⁶ (Europäisches Parlament, 2018)

Interessen oft schwierig. Aber wir schaffen das – denken Sie zum Beispiel an unsere Politik in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine.«²⁴⁷

Juristische Durchsetzung als Anwalt der Nationalstaaten

Wirtschaftssanktionen gegen die Steueroasen durch die EU

Eine Tax-Haven-Liste mit Wirtschaftssanktionen wird bereits von Brüssel vorbereitet. Die Sanktionen könnten europäische Unternehmen, die Zahlungen an diese Orte leisten, dazu veranlassen, vor der Zahlung eine Steuer an der Quelle zu entrichten, was ihre Vorteile aus den Steueroasen völlig aufhebt.

»Bei den 17 Ländern und Gebieten auf der Schwarzen Liste handelt es sich um: Bahrain, Barbados, Grenada, Guam, Macau, die Marshall-Inseln, die Mongolei, Namibia, Palau, Panama, Samoa, Amerikanisch-Samoa, St. Lucia, Südkorea, Trinidad und Tobago, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Auf der Grauen Liste sind:

Albanien, Andorra, Armenien, Aruba, Belize, Bermuda, Bosnien und Herzegowina, Botswana, Cap Verde, Cayman Islands, Cook Islands, Curacao, Färöer, Fidschi, Grönland, Guernsey, Isle of Man, Hongkong, Jamaika, Jersey, Jordanien, Labuan Inseln, Liechtenstein, Malaysia, Malediven, Marokko, Mauritius, Mazedonien, Montenegro, Nauru, Neukaledonien, Niue, Oman, Katar, Peru, Saint Vincent und Grenadine, San Marino, Schweiz, Serbien, Seychellen, Swaziland, Taiwan, Thailand, Türkei, Uruguay, Vanuatu und Vietnam.«²⁴⁸

EU-Länder oder EU-Länder mit Steueroasen wurden nicht auf die Liste gesetzt, obwohl diese die Schlimmsten sind.

Parlamentarier aus dem gesamten politischen Spektrum forderten Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Sanktionierung von Steuerhinterziehung in den britischen Kronkolonien und den überseeischen Territorien.

Die britische Regierung signalisierte jedoch, dass sie die britischen Gebiete nicht dazu zwingen würde, neue Transparenzmaßnahmen zu ergreifen.

²⁴⁷ Vgl. (Kornelius, Fried, & Oltermann , 2019)

²⁴⁸ (Erste Sparkasse, 2017)

Britische Kronkolonien und Überseeterritorien sind nur auf Anfrage verpflichtet, den Strafverfolgungsbehörden Informationen über die wahren Eigentümer von Offshore-Unternehmen zu liefern. Eine generelle Offenlegung der Eigentümer fehlt und ist nicht gewünscht.

Das Vereinigte Königreich hat auch gegen den Widerstand Deutschlands und Frankreichs verhindert, dass die Britischen Jungferninseln auf die Schwarze Liste gesetzt werden. Die Inselgruppe in der Karibik gehört zum britischen Überseegebiet. Laut Regierung sind dort mehr als 400.000 Briefkastenfirmen registriert.

Globale Monopole besteuern

Wie wir ausgebeutet werden

Ausbeutung hat es immer gegeben, doch mit der Globalisierung ist ein neuer globaler Monopolkapitalismus entstanden. Das ist kein Problem der Globalisierung. Es ist das Defizit der Regierungen, diesem Treiben nicht Einhalt gebieten zu können. Auf Staatenebene gibt es Monopolkommissionen, international jedoch nicht.

Die deutsche Monopolkommission ist ein unabhängiges Beratungsgremium, das die Bundesregierung und die gesetzgebenden Körperschaften auf den Gebieten der Wettbewerbspolitik, des Wettbewerbsrechts und der Regulierung berät. Ihre Gutachten werden veröffentlicht.

Ein globales Monopol kann sich jedoch das Land aussuchen, in dem es produziert, und das ist natürlich dasjenige, in dem für die Arbeitskraft am wenigsten bezahlt wird. Es kann sich weiterhin die Länder aussuchen, die am meisten bezahlen, und für die Steuerzahlungen sucht es sich das Land aus, wo die geringsten Steuern anfallen, falls überhaupt etwas bezahlt werden muss.

Sehen wir uns das am besten am Beispiel von Apple an, obwohl sich andere Firmen wie Google, Amazon, IKEA etc. ähnlich verhalten.

Das Grundkapital eines Unternehmens besteht aus der Summe der Nennwerte aller ausgegebenen Aktien. Bei der Gründung ist dies nahezu auch der Preis, der für diese Aktion bezahlt wurde. Zumindest für diejenigen, die ihre Aktien nicht an der Börse erworben haben (die Gründer).

Das Grundkapital für Apple im Jahr 2017 beträgt 35,867 Milliarden USD. Der Gewinn liegt 2017 bei 51,880 Milliarden USD.

Das bedeutet, die jährliche Rendite auf das Grundkapital für die Gründer beträgt 164,65 %. Nun ist das aber noch nicht alles, da sich der Kurs bei börsengehandelten Werten so lange erhöht, und Apple ist ein börsengehandelter Wert, bis die

Rendite den am Markt üblichen Zinssätzen entspricht. Die Marktkapitalisierung im Februar 2018 betrug 881 Milliarden USD. Das bedeutet, dass sich der Wert des Grundkapitals um sagenhafte 2456 % erhöht hat. Apple wurde am 1. April 1976 gegründet. Bis 2017 sind das 41 Jahre. 2456 % geteilt durch die Anzahl der 41 Jahre ergibt eine durchschnittliche Rendite von 59,9 % pro Jahr.

Bei der Verleihung von Geld im Finanzwesen wird ein Rechtsgeschäft, das deutlich überhöhte Zinsen im Vergleich zum aktuellen üblichen Marktzins zum Inhalt hat, als wucherisch bezeichnet und ist deshalb nichtig.

»Zinswucher kann entweder ein Fall der Sittenwidrigkeit (§ 138 Abs. 1 BGB) oder des Wuchers (§ 138 Abs. 2 BGB) sein. [...]

In § 138 Abs. 2 BGB ist zunächst von einem »auffälligen Missverhältnis« von Leistung (Kreditgewährung) und Gegenleistung (Zinszahlung) die Rede. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff wurde durch die Rechtsprechung des BGH präzisiert. Danach liegt Zinswucher vor, wenn der verlangte Zinssatz doppelt so hoch ist wie der vergleichbare Marktzins (also beispielsweise 8 % gegenüber einem Marktzins von 4 %; die relative Zinsdifferenz beträgt dabei 100 %).«²⁴⁹

Die derzeitigen Marktzinsen liegen unter 4 %, mit etwas Spielraum für Unternehmen nach oben kommt man allerdings niemals auf 59,9 %, um diese Ergebnisse von Sittenwidrigkeit oder Wucher freizusprechen. Auch wenn das vergleichsweise nur für Zinsen gilt.

Wir dürfen nicht vergessen, dass jegliches Gut auf der Erde kostenlos ist und es erst dann etwas kostet, wenn es durch eine Tätigkeit bearbeitet worden ist, für die ein Preis bezahlt wurde. Erst durch die Arbeit entsteht ein Preis. Der Gewinn von Apple, deutlich an der Rendite, ist die Aneignung des Mehrwertes durch Apple, den die Arbeitskräfte geleistet haben (Karl Marx lässt grüßen).

Man kann das nicht anders bezeichnen als einen Raub an den Verbrauchern und an den Beschäftigten. Wir sehen zu und lassen es zu.

Die globalen Monopolisten

Peter Thiel (Gründer von PayPal und Präsident des Hedgefonds Clarium Capital in New York) war der ideale Mann fürs Silicon Valley.

»Er vertrat die Denkschule der Libertarier, einer politischen Richtung, die den Freiheitsbegriff der amerikanischen Verfassung radikal und wirtschaftlich auslegt.

²⁴⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Zinswucher>

[...] Absolute Selbstständigkeit, ein Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen sowie ein Hang zu extremen Utopien wie dem Transhumanismus oder der kolonialistischen Weltraumfahrt finden sich bei beiden. Mit dem Unterschied, dass im Weltbild von Leuten wie Peter Thiel, aber auch von visionären Firmengründern wie Mark Zuckerberg (Facebook), Jeff Bezos (Amazon), Larry Page (Google) oder Steve Jobs (Apple) die Freiheit nicht dem Nutzen aller dient, sondern dem Erfolg Einzelner. Im Kielwasser von Peter Thiel wurde aus dem Konkurrenzprinzip der freien Marktwirtschaft ein Modus Operandi des Mobbings. Konkurrenz muss ausgeschaltet werden, egal ob durch zentrale Algorithmen (Facebook und Google), Verdrängungsmechanismen (Amazon) oder auch mit einer Armada von Patentanwälten, die Konkurrenten vor die Wahl stellen, zu verkaufen oder in kostspieligen Gerichtsverfahren pleitezugehen (Apple).«²⁵⁰

Konzentration und globale Monopolbildungen nehmen zu. Schon jetzt gibt es viele Unternehmen, die unter Vermeidung von Steuern auf Gewinne den aus der Globalisierung entstandenen Gewinn an die Anteilseigner weiterreichen. Aus der Sicht der bisher bestehenden Besteuerung ist das Wohnsitzprinzip der Gesellschaft für die Steuerzahlung maßgebend. Die Gesellschaft kann sich den Wohnsitz aussuchen, der naturgemäß dort anfällt, wo er am geringsten ist. Steuern sind Kosten und jedes Unternehmen ist verpflichtet seine Kosten zu senken. Warum dann nicht auch die Steuern? Was aus der Sicht der Unternehmen ganz logisch ist, ist es für eine Volkswirtschaft dagegen nicht.

Man stelle sich einfach vor, es gäbe nur noch eine große Gesellschaft, die alles liefere, und diese hätte ihren Wohnsitz im Ausland. In Deutschland würden dann keine Steuern anfallen. Arbeit gäbe es auch nicht, und dann stellt sich doch unweigerlich die Frage, wer die Produkte dieser Firma kaufen sollte. Ohne vorhandene Arbeitsplätze gibt es keine Einkommen und damit keine Nachfrage nach Gütern.

Gerade am Beispiel von Apple wird deutlich, dass es bisher keinen globalen Gewinn für die Menschen in Europa gibt, die Einkommen mittels Arbeit erzielen. Nicht anders sieht es bei Google, Facebook, Amazon, IKEA etc. aus.

Die Gesetzgebung gegen Monopole ist nicht international organisiert.

Allen Staaten ist bewusst, dass Monopole mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht eine Gefährdung des Wirtschaftslebens der meisten modern organisierten

²⁵⁰ (Süddeutsche, 2017)

nisierten Staaten darstellen. Doch die Gesetzgebung ist nationalstaatlich organisiert. Bestenfalls können sich politische Gruppierungen wie die EU noch auf gleichgerichtete Gesetzgebungen einigen.

Die Staaten brauchen daher ein Mittel, womit die globalen Monopole diszipliniert werden können, und wenn möglich im Alleingang eines Staates. Eine weltweite Umsetzung wäre wünschenswert, doch ganz sicher nur schwer zu erreichen.

Wir brauchen daher eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, die unabhängig von der Wohnsitzbesteuerung funktioniert – die Gesamtkonzernsteuer oder Unitary Tax. Bei dieser wird der globale Gewinn eines Unternehmens zwischen den Staaten aufgeteilt, in denen dieses umsatzmäßig aktiv ist. Gleichgültig, durch welche Steueroasen der Gewinn gelaufen ist, am Ende findet sich der Gewinn immer wieder in der Gesamtkonzernbilanz des globalen Monopolisten.

Das Lizenzsystem zur Regulierung internationaler Ungesetzlichkeit

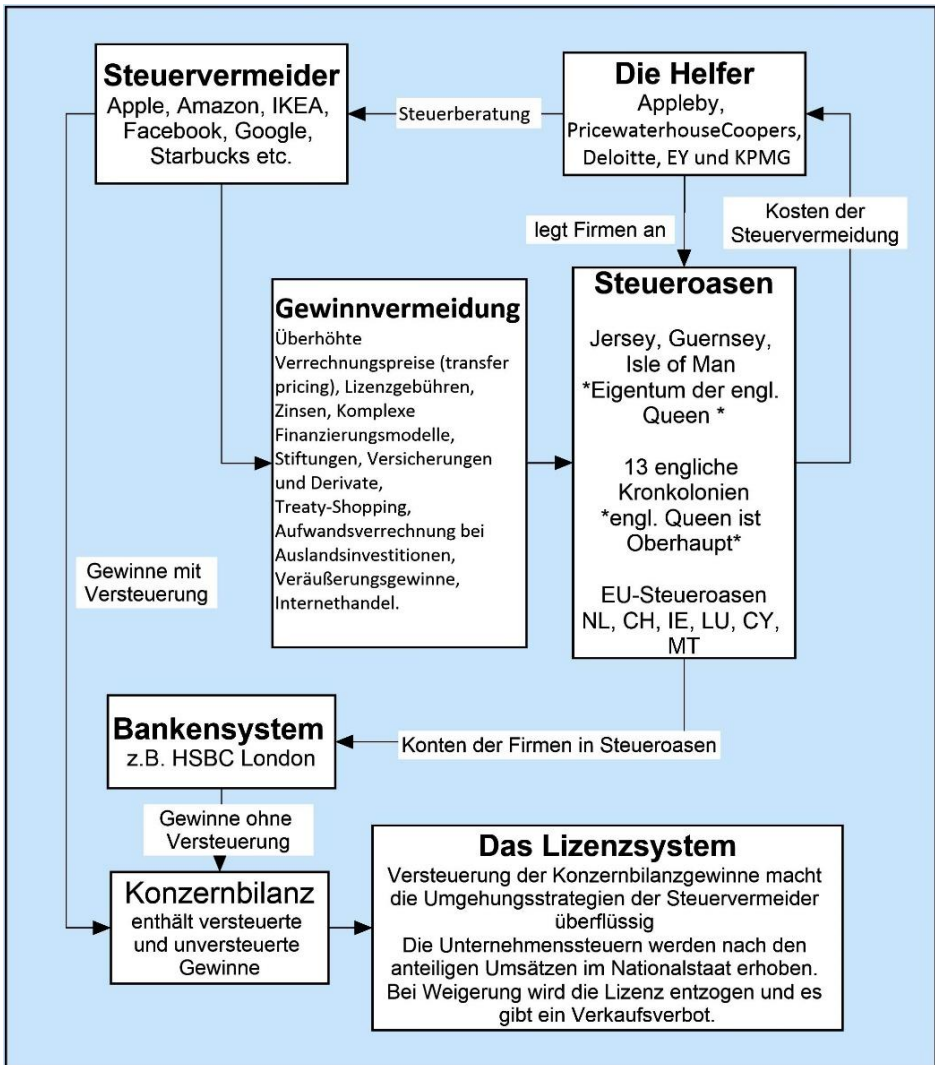


Abb. 58: Das Lizenzsystem im System der Steuervermeider

Da eine weltweite Gesetzgebung nicht zu erwarten ist, muss die staatliche Gesetzgebung auf ein System abstellen, welches Auswirkungen auf die Monopole hat, ohne dass von den Monopolen etwas dagegen unternommen werden kann.

Das wichtigste Ziel der Monopole ist, Waren oder Dienstleistungen in einem Staat zu verkaufen. Es sollen Umsatz und Gewinn erzielt werden. Die härteste Strafe für den Monopolbetrieb wäre ein Verbot des Verkaufs.

Somit genügt es im ersten Teil eine Lizenzregel zu erstellen, die allen Unternehmern im In- und Ausland unter den entsprechenden Zollbedingungen erlaubt, Waren in diesem Staat zu liefern oder Dienstleistungen in diesem Staat auszuführen. Etwas, was vorher selbstverständlich war, wird nun in ein Gesetz überführt. Der Sinn ist, dass diese Lizenz jederzeit entzogen werden kann, wenn ein Unternehmen, ob nun Monopolist oder nicht, sich eines Verstoßes gegen Steuergesetze, Umweltgesetze oder Arbeitsgesetze schuldig gemacht hat. Der Lizenzentzug beinhaltet den sofortigen Lieferstopp, Teillieferstopp oder Androhung dieser Maßnahmen für die Waren oder Dienstleistungen in den Staat, gegen dessen Gesetze verstoßen wurde.

Im Sinne des Machtmonopols des Staates richtet der Staat auf gesetzlicher Ebene ein Lizenzsystem ein, in dem folgende Bedingungen enthalten sind:

Jedem Unternehmen, welches innerhalb des Staates oder in den Staat Waren oder Dienstleistungen liefert, wird von Anfang die Lizenz automatisch gewährt.

Verstößt ein Unternehmen gegen volkswirtschaftliche Grundsätze oder Ziele dieses Staates, so kann diesem Unternehmen die Lizenz entzogen werden. Das bedeutet, das Unternehmen darf keine Lieferung oder Leistungen mehr in diesem Staat vornehmen.

Das Unternehmen kann eine Ersatzlizenz beantragen und diese enthält dann die Forderungen, die dem Staat durch das Machtmonopol und die Wirtschaftsziele zusteht. Beispielsweise darf bei einer Steuervermeidung eine Lieferung an den Staat erst wieder vorgenommen werden, wenn sich das Unternehmen bereit erklärt hat, den gültigen Unternehmenssteuersatz des Staates zu zahlen (in Deutschland 15 % Körperschaftsteuer).

Gegen diese Entscheidungen kann das Unternehmen vor den deutschen Gerichten oder dem Europäischen Gerichtshof klagen.

Warum ist dieses Lizenzsystem notwendig? Das volkswirtschaftliche Zielsystem des Staates wird ständig unterlaufen. Was aus der Sicht eines Unternehmens sinnvoll ist, ist häufig für die gesamte Volkswirtschaft schädlich. Das Lizenzsystem korrigiert das eigentlich erfolgreiche neoklassische System in seinen Problemzonen. Es schafft es nicht ab, sondern verbessert es und ist eine notwendige Ergänzung.

Das Lizenzsystem schafft in folgenden Bereichen eine bessere Kontrolle und mehr Durchsetzung:

Steuervermeidungen für Unternehmen werden auf einfache Art verhindert, mit Auswirkungen auf die Ziele: hoher Beschäftigungsstand, soziale Gerechtigkeit, ausgeglichene öffentliche Haushalte.

Ein »race to the bottom« wird im Lohnsektor vermieden, mit Auswirkung auf das soziale Ziel: humane Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit.

Einfluss auf Unternehmen, die gegen Umweltbedingungen verstoßen, mit dem Ziel: Schutz der Umwelt.

Ansätze, in diese Richtung zu gehen, gibt es auch mit der Idee der Digitalbesteuerung. Natürlich ist eine derartige Einrichtung keine Einbahnstraße. Jeder Staat muss daher damit rechnen, dass auch seine Gewinne der Industrie in andere Länder fließen, wenn diese Unternehmen gegen globale Verhaltensgrundsätze verstoßen. Da es keine weltweite Monopolkommission gibt, müssten alle Staaten an einer Einrichtung in dieser Form interessiert sein. Der EU kommt daher eine besondere Bedeutung zur Einführung zu.

Beispiele für das Funktionieren eines Lizenzsystems

Der Chipkonzern Qualcomm hat in seinem Patentstreit mit Apple ein Verkaufsverbot in Deutschland erstritten. Dieses wird den Absatz mehrerer älterer iPhone-Modelle einschränken. Betroffen sind die Reihen iPhone 7 und 8 sowie das iPhone X aus dem vergangenen Jahr.

Auch in China erreichte Qualcomm auf Basis von zwei Softwarepatenten vor einigen Wochen ein Verkaufsverbot für mehrere Modelle vom iPhone 6 bis zum iPhone X aus dem vergangenen Jahr. Qualcomm erzielte damit einen ersten spürbaren Erfolg in dem weltweit ausgetragenen Streit mit Apple. Dieses Beispiel zeigt, dass unter einer vernünftigen Gesetzgebung Verkaufsverbote durchsetzbar sind.

Kein Unternehmen ist zu groß und mächtig, unsere Gesetze und Vorschriften zu verletzen, ohne ernsthafte Konsequenzen zu haben. Es liegt im Interesse des Unternehmens diese Mängel zu beseitigen.

Wirkung des Lizenzsystems bei Steuervermeidung

Steuervermeidung in Steueroasen erzeugt Kosten für die Unternehmen. Solange diese niedriger sind als die daraus erzielten Gewinne, werden sich die Unternehmen für Steuervermeidung entscheiden, auch wenn diese strafrechtlich verfolgt

wird. Zu diesen Steuervermeidungsstrategien gehört ein ganzes Arsenal: Überhöhte Verrechnungspreise (»transfer pricing«), Lizenzgebühren, Zinsen, komplexe Finanzierungsmodelle, Stiftungen, Versicherungen und Derivate, Treaty Shopping, Aufwandsverrechnung bei Auslandsinvestitionen, Veräußerungsgewinne und Internethandel.

Doch für diese steuervermeidende Gruppe gibt es eine einfache elegante Lösung, ohne auf die Vorteile der Globalisierung verzichten zu müssen. Dazu ist nicht einmal eine EU-Lösung nötig. Schlagartig sind alle diese Steuervermeidungsstrategien überflüssig, weil am Ende nur der gesamte Konzerngewinn besteuert wird, in dem alle Gewinne, auch wenn sie durch Steueroasen gelaufen sind, wieder auftauchen.

Bereits ein nationales Lizenzsystem ermöglicht die Entziehung der Lizenz, wenn eine Firma gegen die Bedingungen verstoßen hat, die der Staat gesetzt hat. Mit der Entziehung der Lizenz wird automatisch ein Verkaufsverbot ausgelöst. Die Firma kann eine neue Lizenz beantragen, wobei sie diese nur erhält, wenn sie die Bedingungen des Staates erfüllt.

Bei Steuervermeidungen wäre der Grund für den Entzug der Lizenz, die Zahlung der normal üblichen Steuern. Unabhängig von der Wohnsitzbesteuerung könnte die Besteuerung nach dem Umsatzanteil, der in dem entsprechenden Staat anfällt, vorgenommen werden. Nehmen wir dazu das Beispiel von Apple.

Sehen wir uns also genauer an, was da passiert. Die Umsätze, die Apple in jedem Land der Welt macht, sind bekannt. In Europa ist es die Umsatzsteuer, an der erkenntlich ist, wie viel in jeweils ein europäisches Land geliefert wird. Auch der Gewinn ist bekannt. Der Jahresumsatz von Apple, bezogen auf das Jahr 2016, beträgt 216,6 Milliarden USD und der Jahresgewinn 45,7 Milliarden. Die Lieferungen an die EU betragen ca. 50 Milliarden USD. Das ergibt dann eine anteilige Lieferung von $50/216,6 = 23 \%$ an die EU und das wären dann 23 % von 45,7 Milliarden = 10,51 Milliarden USD des zuzurechnenden Gewinns und 23 % von 216,6 Milliarden des zuzurechnenden Umsatzes = 49,68 Milliarden USD.

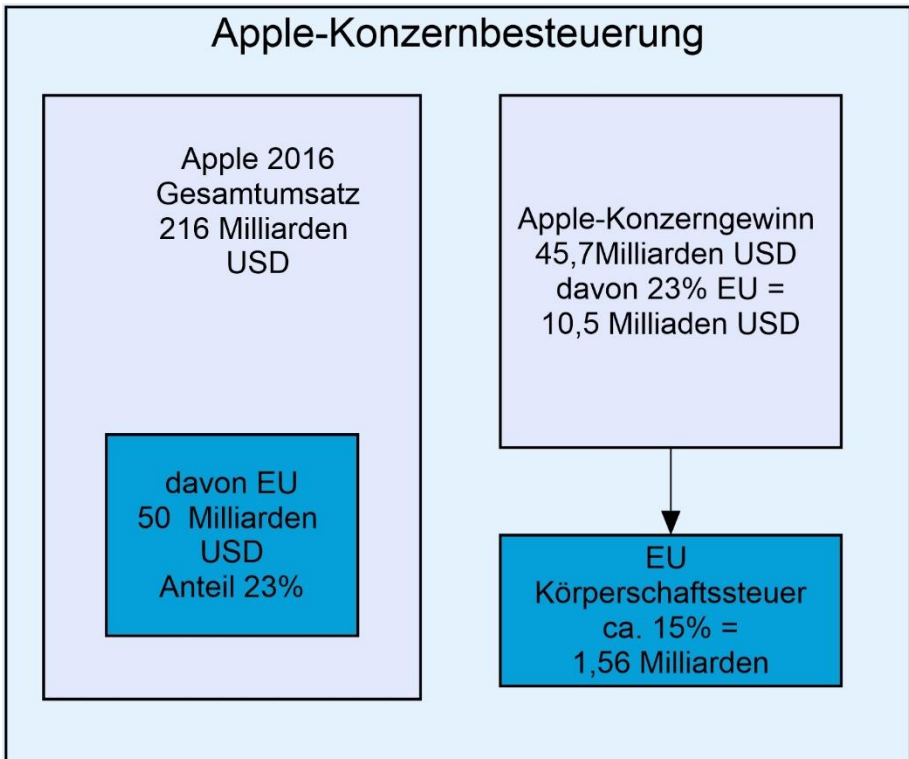


Abb. 59: Apple-Konzernbesteuerung

Quelle: Eigene Darstellung, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39388/umfrage/umsatz-von-apple-seit-2004/>, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12803/umfrage/nettogewinn-von-apple-inc-nach-quartalen-seit-2005/>

Nun, Firmen wie Apple werden diese Regelung nicht mögen. Wie wir gerade erfahren haben, auch die USA unter Trump auch nicht (es gibt die Lizenzbesteuerung noch nicht). Ohne Lizenz darf dann das Produkt im Land nicht verkauft werden. Bei der Annahme, der Unternehmenssteuersatz in allen EU-Ländern beläufte sich auf 15 %, würde sich von den 10,51 Milliarden, die Apple in Europa erzielt, eine Steuer von 1,56 Milliarden USD in der EU ergeben. Ich bin sicher, Apple würde lieber eine Lizenz haben wollen und die Steuern zahlen, als auf einen Gewinn für die Anteilseigner in Höhe von ca. 9 Milliarden USD zu verzichten. Der Gewinn wäre noch höher für Apple, da nicht alle Länder so hohe Steuersätze haben, z. B. Irland mit nur 12,5 %.

Sofern allein Deutschland eine derartige Regelung umsetzt, würde der entsprechende Anteil für Deutschland ermittelt werden müssen.

Die gleiche Regelung gilt für Unternehmen, die unter Umgehung der Erbschaftsteuer ihre Unternehmen in das Ausland verlagern. In diesem Fall wäre eine Regelung innerhalb der EU von Vorteil.

Der Gewinn, der durch diese Maßnahmen entsteht, sollte nicht als Einnahme für den Staatshaushalt angesehen werden. Er ist auf dem Verlust von Arbeitsplätzen begründet und sollte zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden. Daher ist er als Vermögensposition dem Sondervermögensfonds hinzuzurechnen.

Wirkung des Lizenzsystems bei Vergehen gegen Umweltbedingungen

Langsam kommen Modelle in Mode, welche den Mittelstand erodieren lassen und bisher eher nur im Niedriglohnsektor (z. B. Fleischereisektor) verwendet wurden.

Niedriglohnsektor Schlachtfabriken

Es gibt in Deutschland eine einem Oligopol ähnliche vollautomatisierte Struktur von Schweinefleischschlachtfabriken und Schweinezuchtfabriken. Sie stellen die Arbeitnehmer nicht direkt an, sondern erhalten diese über Subunternehmer, diese werben die Kandidaten in den osteuropäischen Staaten zu Löhnen unter dem Niedriglohn an und stellen auch die Unterkunft in Wohnungen mit mehreren Betten in einem Zimmer. Bei Verletzungen, Ausfall oder Erkrankung verliert derjenige den Arbeitsplatz und sogleich die Unterkunft. Er sitzt sofort auf der Straße. Die Arbeitsbedingungen sind unerträglich. Diese Industrie wird vom deutschen Staat subventioniert und die Unternehmen liegen mit ihren Preisen bei einem Drittel der französischen Schlachter. Somit ergibt sich ein hoher Exportanteil, der dazu führt, dass Deutschland dabei ist in Europa ein Schweinefleischmonopol zu errichten. Der Nachteil dieser Produktionsmethode (abgesehen von der ungesunden Aufzucht der Schweine) ist die anfallende Gülle, die mit jedem Schwein zunimmt, welches in das Ausland transportiert wird und die anschließend auf die begrenzte Fläche der Felder verstreut wird und zur Nitraterhöhung im Grundwasser beiträgt, welches wir schließlich trinken. Diese Industrien verstoßen gegen humane Arbeitsbedingungen und gegen den Umweltschutz. Mit einem Lizenzentzug könnte das geändert werden.

Wirkung des Lizenzsystems bei Vergehen gegen humane Arbeitsbedingungen

Vertragsauslagerungen mit »race to the bottom«

Im September 2017 schreckten Meldungen in der Presse über den Konkurs von Air Berlin und die Kündigungen der Piloten und damit verbundene stornierte Flüge bei Ryanair die Bevölkerung auf.

Ein Pilot von Ryanair bemerkt hierzu:

Die Kontrollstrategie von Ryanair beruht auf einer sehr alten »Teile-und-Herrsche-Taktik«, die Verträge und sogar Arbeitsmethoden im selben Job unterhält. Die Piloten von Ryanair verteilen sich auf mehr als 80 Basen, von Litauen bis Marokko, von Zypern bis nach Shannon, ein Hindernis für den Zusammenhalt. Inzwischen ist Müdigkeit bei den Piloten ganz real. Ich wurde regelmäßig angehalten an freien Tagen von meiner Basis, ohne Bezahlung der Hin- und Rückflüge, zu entfernten Ryanair-Basen zu fliegen, die einen Personalmangel hatten. Das Hotel musste von mir bezahlt werden, und wurde nicht zurückerstattet. Einmal dort, wurde ich verpflichtet schwere Flüge für fünf aufeinanderfolgende Tage zu fliegen. Dann der Flug zurück, mit drei Tagen Pause, bevor ich die nächste ähnliche Aufgabe bekam. Es war eine zerstörende Erfahrung für die Seele. Ryanair maskiert die meisten Piloten als »unabhängige Dienstleister«.

Diese »Dienstleister« tragen die gleiche Uniform, haben die gleiche Firmen-ID und fliegen den gleichen allgemeinen Zeitplan wie die angestellten Piloten, sie sind aber nicht angestellt. Sie unterzeichnen Verträge mit einer von wenigen Agenturen, die Pilotdienste ausschließlich an Ryanair liefern, und diese Verträge sind als »Take-it-or-leave-it-offer« (Nimm-es-oder-lass-es-Angebot) geschrieben, vorbehaltlich keiner Verhandlung irgendwelcher Art. Inzwischen arbeite ich für eine chinesische Gesellschaft, und bekomme ständig Anfragen von Kollegen, wie man sich dort bewirbt.²⁵¹

Dieser »race to the bottom« bei den Löhnen für Piloten ist derzeit nicht aufzuhalten, wie die Entwicklung der Piloten bei anderen Fluggesellschaften zeigt: Auslagerung bei Lufthansa in Billigfluggesellschaften, Konkurs von Air Berlin etc. Diesem Bericht können wir entnehmen, dass einem Piloten, dem hunderte Menschen anvertraut werden, unter Bedingungen fliegt, die ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko für diese Menschen darstellen. Ist es wert, einen billigen Flug zu bekommen und

²⁵¹ Vgl. (Atkinson, 2017)

dann unter der Müdigkeit oder der Verzweiflung (z. B. Andreas Lubitz) des Piloten sein eigenes Leben zu opfern?

Ryanair könnte somit die Lizenz entzogen werden, mit einem Verbot so lange deutsche Flughäfen anzufliegen, bis die Arbeitsbedingungen den Erfordernissen angepasst sind. Die Konkurrenz dürfte sich freuen, und Ryanair würde sich wohl schnellstens anstrengen diese Punkte zu erledigen. Mit einer direkten Forderung, dass alle Mitarbeiter nachgewiesene Angestellte des Unternehmens sein müssen, würde auch der Konkurrenzkampf mit »race to the bottom« gestoppt werden, der deutsche Fluggesellschaften zwangsläufig in immer kritischere Situationen bringt.

Investitionspolitik zur Angleichung der Volkswirtschaften

Die europäische Investmentbank (EIB)

Das staatliche Investitionsprojekt ist in der EU weiter fortgeschritten als in Deutschland.

»Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat seit ihrer Gründung im Jahr 1958 die Aufgabe, mit eigenen Kapitalmitteln »zu einer ausgewogenen und reibungslosen Entwicklung des Binnenmarktes im Interesse der Union beizutragen« (Art. 309 Abs. 1 AEUV) und betreibt auf diese Weise »Wirtschaftspolitik durch Kreditvergabe«. Die EIB ist auch außerhalb der EU tätig. [...]

Die EIB, mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet (s. Art. 28 Satzung), ist kein Organ der Europäischen Union, »sie steht als finanzielle Sondereinrichtung neben den Organen« und ist somit nicht an Weisungen von Kommission oder dem Parlament gebunden, sie konsultiert diese jedoch. Zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds bildet sie die 2000 gegründete EIB-Gruppe. Kapitaleigner der EIB sind die Mitgliedsstaaten der EU.

Das gezeichnete Kapital der EIB beläuft sich auf 242 Milliarden Euro. Von diesem Betrag sind satzungsmäßig mindestens 5 % eingezahlt. Ihre Mittel beschafft sich die EIB über Anleihen an den Kreditmärkten. [...]

Die Gremien der EIB sind:

Rat der Gouverneure

Der Rat der Gouverneure setzt sich aus den zuständigen Fachministern der Mitgliedsstaaten zusammen, in der Regel sind dies die Finanzminister. Gemeinsam legen sie die Leitlinien für die Kreditpolitik fest, genehmigen die Jahresbilanz und die Ergebnisrechnung, erteilen Genehmigungen für die Beteiligung der Bank an Finanzierungen außerhalb der Union und entscheiden über Kapitalerhöhungen.

Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat obliegt die Entscheidung über Darlehen und Bürgschaften. Er gewährleistet die ordnungsgemäße Verwaltung des Institutes und die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen (EG-Vertrag), der EIB-Satzung und der Leitlinien des Rates der Gouverneure. 27 Mitglieder werden von den Mitgliedstaaten ernannt, ein Mitglied ist ein Vertreter der Europäischen Kommission.

Direktorium

Das neunköpfige Direktorium ist das Exekutivorgan der EIB. Unter der Aufsicht des Präsidenten und kontrolliert durch den Verwaltungsrat tätig es die laufenden Geschäfte, bereitet die Entscheidungen des Verwaltungsrats vor und gewährleistet deren Umsetzung.

Prüfungsausschuss

Der unabhängige Prüfungsausschuss überwacht die ordnungsgemäße Ausführung der Geschäfte und prüft die Bücher der Bank. Er erstattet dem Rat der Gouverneure Bericht. Der Ausschuss umfasst drei Mitglieder und drei Beobachter, die vom Rat der Gouverneure für drei Jahre ernannt werden.

Kapital der EIB und Auswirkung auf die Investitionen

Das Kapital der EIB wird zum einen von den Mitgliedsländern bereitgestellt, indem diese gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Bruttoinlandsprodukt) Anteile an der EIB zeichnen. Zum anderen nimmt sie durch Begebung von Anleihen umfangreiche Mittel an den Kapitalmärkten auf. Da die Mitgliedsstaaten Eigentümer der Bank sind, verfügt sie auf den internationalen Finanzmärkten über ein hervorragendes Rating (AAA). Finanziert werden förderungswürdige Projekte normalerweise bis zu 50 % der Gesamtsumme, diese wird zu günstigen Bedingungen (z. B. niedrige Zinsen) zur Verfügung gestellt.«²⁵²

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (ESFI)

»Der EFSI ist eine gemeinsame Initiative der EIB-Gruppe – Europäische Investitionsbank und Europäischer Investitionsfonds – und der Europäischen Kommission, um die derzeitige Investitionsschwäche in der EU zu überwinden. Der EFSI ist eine der drei Säulen des Investitionsplans für Europa, der die Investitionstätigkeit in der EU wiederbeleben und strategische Projekte in der Realwirtschaft anstoßen soll. [...]

²⁵² https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Investitionsbank

In den Krisenjahren verlor Europa zunehmend die Fähigkeit, Wachstum durch Innovationen zu erzielen. Der Wettbewerbsvorsprung schrumpfte. Wettbewerbsfähigkeit setzt jedoch Investitionen voraus. Leider finden gute Projekte in Europa derzeit nur sehr schwer Investoren. Kapital ist zwar auf dem Markt vorhanden, doch hält die wirtschaftliche Unsicherheit viele Geldgeber davon ab, Risiken einzugehen. Der Investitionsplan für Europa setzt unsere Mittel wieder wirkungsvoll ein – zum Nutzen aller Europäer. [...]

Studien haben gezeigt, dass in Europa eine Investitionslücke besteht. Das Investitionsniveau ist 15 Prozent niedriger als vor der Krise. Diese Investitionslücke deutet auf ein Marktversagen hin: Die Investoren können nicht mehr so viele Risiken wie früher übernehmen.

Um diese Investitionslücke zu schließen, sich von der Krise zu erholen und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, hat die EU den Investitionsplan für Europa entwickelt, der sich auf drei Säulen stützt. [...]

Der Investitionsplan für Europa umfasst die folgenden Elemente:

- den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI), der zusätzliche Investitionen von mindestens 315 Milliarden Euro mobilisieren soll,
- die Verbesserung des europäischen Regulierungsumfelds,
- die Förderung des Investitionsfelds in Europa durch die Europäische Plattform für Investitionsberatung und das Europäische Investitionsvorhabenportal.

Der EFISI ist mit einer Garantie von 26 Milliarden Euro [vorher 16 Milliarden] aus dem EU-Haushalt und mit einem Beitrag von 7,5 Milliarden Euro aus den eigenen Mitteln der EIB ausgestattet. Mit diesen 33,5 Milliarden Euro sollen bis 2020 zusätzliche Investitionen von mindestens 500 Milliarden Euro mobilisiert werden. Für die praktische Umsetzung des EFISI ist die EIB-Gruppe zuständig, und die EFISI-Projekte durchlaufen die üblichen EIB-Verfahren.«²⁵³

²⁵³ <https://www.eib.org/de/efsi/what-is-efsi/index.htm>



Abb. 60: Investitionsvolumen mit dem EFSD

Quelle: Antonie Kerwien und Uwe Heinen, 6.4.2017, Rhein-Kreis Neuss, http://nrw.enterprise-europe-germany.de/public/uploads/downloads/veranstaltungen/2017-04-06_EFSDslidesNeussKerwien_Heinen.pdf

Wirkung der EIB und des ESFI auch in Krisensituationen

Trotz einer riesigen privaten Geldschwemme in Zeiten eines Aufschwungs wird von einigen Ökonomen erneut eine Verschuldung der öffentlichen Haushalte gefordert, um Investitionen vorzunehmen. Es zeigt sich dabei deutlich, dass ein staatlicher Eingriff gefordert wird, dem Staat aber die Mittel nur ungenügend zur Verfügung gestellt werden. Die Erweiterung der finanziellen Mittel durch die Zuflüsse aus den Exportüberschüssen und dem Lizenzsystem erweitern damit den Einfluss auf die Korrektur der Konjunktur ohne staatliche Verschuldung.

Das Angebot der Europäischen Investitionsbank (EIB) an den EU-Haushalt, die Brexit-Lücke spürbar auszugleichen, zeigt die Möglichkeiten auf, die mit staatlichen Investitionsfonds zu erzielen sind. Nach Ansicht von Vizepräsident Alexander Stubb könnten zusätzliche Investitionen in Höhe von 45 Milliarden Euro angeschoben werden.

Finanzierung des EU-Haushalts

Zuflüsse aus dem Lizenzsystem von ausländischen Firmen

Wie bereits im Kapitel »Wirkung des Lizenzsystems bei Steuervermeidung« ausgeführt wurde, ist die EU besser in der Lage als ein Nationalstaat gegenüber den Steuervermeidern aufzutreten. Ohne die EU wären die Praktiken von Apple und anderen niemals an die Öffentlichkeit gelangt. Wie das Verhalten Irlands im Fall Apple zeigt, verzichtet Irland auf die Steuerzahlungen, verlangt jedoch von der Gemeinschaft eine Unterstützung zur Rettung ihres Bankensystems.

Die Eintreibung dieser Steuern ist einfacher für alle Beteiligten über ein EU-Finanzministerium, und im Falle Irlands gehen die Steuereinnahmen an die Europäische Investitionsbank (EIB) und stehen damit dem EFSI zur Verfügung. Abgesehen von diesem besonderen Fall kann auch ein Teil aller Steuereinnahmen aus diesen Zuflüssen für den EFSI verwendet werden.

Das Problem des Außenhandelsüberschusses

Eine unausgeglichene Außenhandelsbilanz ist volkswirtschaftlich unerwünscht. Wie bereits beschrieben, verstößt Deutschland seit Jahren gegen seine eigene Zielsetzung.

Deutschland ist unsinnigerweise immer sehr stolz auf seinen Außenhandelsüberschuss gewesen. Ursache für diese Überschüsse gibt es viele: gute Produkte, die überall gefragt sind; zu niedrige Löhne in Deutschland (auf dem Weltmarkt sind die Produkte zu billig); Geldabflüsse in das Ausland (Wertpapierkäufe in den USA oder im UK), die den Wechselkurs verfälschen und andere Gründe.

Der Nachteil dieser Überschüsse besteht darin, dass Produkte das Land verlassen und dem Inland nicht zur Verfügung stehen. Die Zahlungen für die Produkte blähen aber die Geldmenge auf und fördern somit die Inflation. Für das importierende Land bedeutet es eine Verschuldung, die, wie z. B. im Falle Griechenlands, zu Unterstützungsmaßnahmen führen kann.

Zahlungsbilanz	
Leistungs- bilanz	Handelsbilanz/Warenverkehr
	Ergänzungen zum Warenverkehr/Transitkosten
	Dienstleistungsbilanz
	Erwerbs- und Vermögensbilanz
	Bilanz der laufenden Übertragungen
Bilanz der Vermögensübertragungen	
Kapital- bilanz	Kapitalverkehrsbilanz (Direktinvestitionen, Wertpapiertransaktionen, übriger Kapitalverkehr)
	Devisenbilanz/Veränderung der Währungsreserven
Restposten/Saldo nicht erfasster Transaktionen	

Abb. 61: Struktur der Zahlungsbilanz

Quelle: Eigene Darstellung, <https://de.wikipedia.org/wiki/Zahlungsbilanz>

Tatsache ist jedoch, dass Deutschland mit einigen Ländern besonders hohe Außenhandelsüberschüsse hat. Dazu zählen Frankreich als EU-Land mit 34,7 Milliarden, das UK mit 55,7 Milliarden (fast die Hälfte des gesamten europäischen Überschusses) und die USA mit 49,3 Milliarden Euro. Diese werden reduziert durch die Kapitalflüsse in der Kapitalbilanz. Trotzdem bleiben noch hohe Überschüsse übrig. Doch wie und wo entstehen sie und was passiert mit diesen Überschüssen?

Saldo des Außenhandels und der Dienstleistungen Deutschland 2016 in Millionen Euro			
Gesamt		+ 247 151	
Europa	EU 28	+ 119 285	
	Euro 19	+ 46 710	
	Frankreich	+ 34 768	
	Italien	+ 7 064	
	Niederlande	- 7 502	
	andere EU	+ 72 575	
	UK	+ 55 736	
	and. Europa	+ 11 323	
	Russ. Förd.	- 857	
	Schweiz	+ 5 885	
	Afrika	+ 10 169	
	Amerika	USA	+ 49 317
		Brasilien	+ 2 770
		Asien	+ 29 610
	Indien	+ 952	
	China	- 770	
	Japan	- 2 638	
Quelle: www.destatis.de			

Abb. 62: Saldo des Außenhandels und der Dienstleistungen Deutschland 2016
Quelle: Eigene Darstellung, www.destatis.de

Wenn ein deutsches Unternehmen Waren in die USA exportiert, bezahlt der Empfänger der Waren mit US-Dollar, doch der Exporteur dieser Waren erhält das Geld in Euro. Der Weg geht dabei über die Zentralbank (FED oder EZB). Wenn die EZB betroffen ist, druckt sie Euro und liefert diese an den Exporteur. Sie behält die Dollar als Währungsreserven/-überschüsse in der Bilanz. Es ist auch möglich, dass diese von Geschäftsbanken gehalten werden. Dollar im Euroraum werden Eurodollar genannt.

Zuflüsse aus den Exportüberschüssen

Die EZB lässt diese nicht einfach liegen, sondern verleiht sie mit einer Frist von 6 Monaten. Nach Meinung von Milton Friedman haben Eurodollars immer eine nicht sanktionierte private Geldschöpfung dargestellt, weil sie Dollars sind, die ohne Beachtung der Prinzipien, die Dollartransfers in den USA regeln, transferiert werden. Stattdessen basiert die Erstellung von Eurodollar-Verbindlichkeiten auf den Regeln fremder Länder und im schlimmsten Fall gibt es überhaupt keine Regeln. Sie entziehen sich der FED und werden eher spekulativ genutzt. Zusätzliche Derivate auf die Eurodollar machen diesen Bereich noch gefährlicher. Dies gilt natürlich für alle anderen Währungsreserven auch.

Daher wäre es deutlich sinnvoller, den Außenhandelsüberschuss entweder in den ERP-Fonds oder europaweit in den EFSI (Europäischer Fonds für strategische Investitionen) zu stecken, mit dem dann Unternehmen unterstützt werden, die Kapital für Investitionen benötigen und dieses entweder vorwiegend in den Defizitländern oder auch in Europa oder Deutschland investieren, anstatt diese Mittel für Spekulationen zu verwenden. Mit der Errichtung von Produktionsstätten in Frankreich könnte dann auch der Überschuss gegenüber Frankreich abgebaut werden. Ein weiterer Vorteil ist die Vermeidung öffentlicher Verschuldung.

Einrichtung einer echten EU-Exekutive

Auch wenn mit Bedauern zu Kenntnis genommen wird, dass das UK aus der EU ausscheidet, so ist das Ausscheiden mit einer enormen Entwicklungsmöglichkeit der EU verbunden. Das UK hatte niemals eine politische Sicht auf die EU, sondern es war nur auf den freien Handel ausgerichtet. Dementsprechend wurden viele politischen Ambitionen der EU blockiert.

Mit dem Ausscheiden kann nun der demokratische Aufbau der EU in Richtung »Vereinigte Staaten von Europa« in Angriff genommen werden.

Aktuelles EU-System

Bisher gab es als Legislative ein Parlament (durch Verhältniswahl aller Staaten, auch wenn es in manchen Staaten ein Mehrheitswahlrecht gab wie im UK) und eine Staatenkammer, bestehend aus einem gleichberechtigten Ministerrat aus den Ministern der Nationalstaaten. Die Exekutive lag bei den Nationalstaaten.

Nicht immer richteten sich die Regierungen der Nationalstaaten als Exekutive der EU an die Gesetze, die sie gemeinsam beschlossen hatten, oder an die Beschlüsse, zu denen sie sich beim Eintritt in die EU verpflichtet hatten. Die Kommission der EU war und ist der Hüter der beschlossenen Gesetze. Ein Gewaltmonopol besitzt die Kommission nicht, dieses liegt weiter bei den Nationalstaaten. Abweichungen können daher nur über Entscheidungen des Europäischen Gerichts erzwungen werden. Wie wichtig die EU-Gesetze für die europäischen Staaten sind, sieht man an zwei Beispielen:

a) Mit der »Repeal Bill« übernimmt das UK die EU-Gesetze in das eigene Staatenrecht. Das UK geht davon aus, dass es am Tag des Ausscheidens aus der EU zu schwerwiegenden Störungen der gesamten Wirtschaft kommen würde, falls es nicht die Rechtsgrundlagen der EU hat.

b) Jeder Staat, der neu in die EU eintritt, muss vorher die 35 Kapitel an Gesetzestexten in das eigene Recht umgesetzt haben. Gesetzestexte, die in demokratischer Vorarbeit entstanden sind. Der Eintritt in die EU ist kein Zwang. Jeder Staat hat die Wahl, die Gesetze zu akzeptieren und der EU beizutreten oder ein Einzelstaat zu bleiben.

Am Beispiel der Entwicklungen der ehemaligen Ostblockländer lässt sich sehr gut belegen, dass die schnelle Entwicklung und Modernisierung dieser Staaten auf der Übernahme der EU-Gesetze beruht.

Anzustrebendes EU-System

Wenn der EU künftig Einnahmen aus echten eigenen Quellen zufließen, dann muss nach gängigem Demokratieverständnis die Hoheit über Einnahmen und Ausgaben bei einem Parlament liegen, das ein europäisches Volk hinreichend gleichmäßig repräsentiert.

Das Volk und seine Vertreter entscheiden, wie viel der Staat kassieren und wofür er es ausgeben darf. Die Regierung mag die Geschäfte führen. Die Mittel muss sie sich vom Parlament genehmigen lassen, also von jenen Abgeordneten, die die Steuerzahler repräsentieren.

Mit dem Austritt von UK ist es möglich, Teile einer direkt gewählten Regierung zu implementieren. Dazu muss kein Einzelstaat gezwungen werden. Die Staaten, die es haben wollen, bilden, wie es so schön heißt, das »Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten«. Andere können später beitreten.

Dazu gehören ein Finanzministerium, ein Wirtschaftsministerium und ein Verteidigungsministerium. Andere Ministerien können später folgen.

Häufig wird eine Einrichtung dieser EU-Ministerien von den Nationalstaaten abgelehnt, mit der Begründung, es gäbe keine Aufgaben für deren Errichtung. Somit stellt sich die Frage nach den Aufgaben dieser Ministerien.

EU-Finanzministerium

Das EU-Finanzministerium hätte mit der Steuerharmonisierung der Nationalstaaten bereits ausreichend zu tun. Stellt man die Steuererhebung teilweise von der Wohnsitzbesteuerung auf eine Lizenzbesteuerung um, dann fallen für jeden Nationalstaat entsprechend dem Umsatz und dem individuellen Steuersatz dieses Nationalstaates unterschiedliche steuerliche Forderungen für die zu besteuernde Gesellschaft an.

Jedes Unternehmen, welches in der EU aktiv ist, sieht sich einer Vielzahl unterschiedlicher Steuerforderungen gegenüber, die durch die in den jeweiligen Nationalstaaten erhoben werden. Zum Beispiel muss eine Firma, die an jeden Staat in der EU liefert, jeweils an jeden dieser Staaten die Umsatzsteuer abführen und eine Umsatzsteuererklärung abgeben, für Umsätze, die in diesem Staat getätigt wurden. Unter den gegebenen Bedingungen verweigern viele Unternehmen Lieferungen an kleine EU-Staaten, weil der geringe Umsatz zu viel Arbeit bezüglich der Steuererklärungen verursacht.

Die Bündelung der Steuererhebungen und Steuerverteilung durch ein EU-Finanzministerium, wäre eine große Erleichterung für die Unternehmen.

EU-Wirtschaftsministerium

Gerade für den Euroraum ist es zwingend notwendig, eine Institution zu haben, die übergreifend für die wirtschaftliche Anpassung der Nationalstaaten sorgt. Kaufkraft- und Lohnunterschiede zwischen Nationalstaaten, die keinen freien Wechselkurs haben, und das sind die Eurostaaten, können eine Angleichung nur über die Lohnhöhen vornehmen. Zu diesen Staaten muss es auch eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz geben. Das EU-Wirtschaftsministerium wäre diese Institution.

Die Aufgabe besteht darin, Arbeitsplätze und Produktionsstätten in den Staaten zu schaffen, in denen eine zu hohe Arbeitslosigkeit oder ein Außenhandelsdefizit besteht. Langfristiges Ziel ist, eine Angleichung der Löhne vorzunehmen, da eine Angleichung über den Wechselkurs innerhalb des Euroraums nicht möglich ist. Anpassungen können nur über die Entwicklung der Löhne vorgenommen werden.

EU-Verteidigungsministerium

Auf den ersten Blick passt dieses Ministerium nicht unbedingt in die Diskussion über soziale Ungleichheit. Die Verteidigung beruht mit der Gründung der NATO auf der Angst der USA vor dem Kommunismus. Der Gedanke, sich als Gemeinschaft zu verteidigen, ist ja auch nicht abwegig. Doch die NATO wird von zwei Nationalstaaten dominiert, dies sind die USA und das UK. Noch heute befinden sich auf dem Boden Deutschlands Atomwaffen der USA. Diese beiden Staaten sind nicht immer an Verteidigung interessiert, wie das Beispiel Irak zeigt. Der Überfall des Iraks auf Kuwait war eine Bedrohung. Mit den kuwaitischen Ölfeldern verfügt der Irak über 20 % der weltweiten Reserven – würde er sich auch noch Saudi-Arabien einverleiben, wären es sogar 50 %. Damit wäre der Irak unumstrittene Führungsmacht der OPEC und künftig in der Lage, die Ölpreise weltweit zu diktieren. Der Rest ist bekannt und das UK machte ohne Erfordernisse mit.

Die EU ist in der Lage, sich selbst ohne die USA und das UK zu verteidigen. Sie verfügt über eigene Atomwaffen (Frankreich) und auch sonst Waffengeräte, die in der ganzen Welt anerkannt sind. Eine etwas lockere Verbindung zur NATO wäre wünschenswert. Beispielsweise ist das Diktat der USA, 2 % des Sozialprodukts für Waffen auszugeben, absurd. 1 % würde reichen, und das andere 1 % dafür auszugeben, dass gar nicht erst ein Krieg oder Abwanderung aus schlecht situierten Ländern entsteht, also eine vernünftige Entwicklungspolitik zu betreiben.

Auf den zweiten Blick kann jedoch das EU-Verteidigungsministerium auch genutzt werden, um die soziale Ungleichheit innerhalb der EU zu mildern. Nach dem Austritt von dem UK aus der EU haben wir 27 Nationalstaaten. Die meisten dieser Nationalstaaten haben eigene Waffensysteme. Das bedeutet eine teure Produktion durch Kleinfertigung und eine Anfälligkeit im Kriegsfall, da die Teile nicht austauschbar sind. Die Zusammenführung dieser Waffensysteme und die Automation würden erhebliche Kosteneinsparungen und im Krisenfall Austauschbarkeit sichern. Ein weiterer Aspekt ist, dass für die Herstellung von Waffensystemen Löhne gezahlt werden müssen. Diesen Löhnen stehen jedoch keine Güter gegenüber, die privat gekauft werden können, da diese Güter zur Vernichtung bestimmt sind. Selbst wenn diese Güter käuflich und öffentlich zugelassen wären, wer würde sich schon einen Panzer in die Garage stellen, bei dem er weiß, dass sein Monatslohn höchstens für eine Stunde Fahrt reicht? Mit anderen Worten, die Herstellung der Waffensysteme erhöht die Inflation (die vorhandenen Güter passen sich preislich an die höheren Lohnzahlungen an) oder die Steuerzahlungen (die Lohnerhöhungen werden durch Steuerzahlungen wieder auf den alten Stand gebracht). Insofern ist die Zusammenführung und Automatisierung der Produktion

in der Wehrtechnik eine Pflicht, die zum allgemeinen Wohlstand beiträgt. Im Zuge dieser Umsetzung kann die Produktion in die EU-Staaten verlegt werden, die eine zu geringe produktive Entwicklung haben und deren Lohnniveau zu niedrig ist.

Ein weiterer Aspekt ist, wenn man sich die Grundlagenforschung der USA ansieht, dass viele wichtige Erfindungen aus dem militärischen Bereich kommen. Dem Vorsprung der USA in technischen Bereichen hat die EU bisher wenig entgegenzusetzen.

Förderung einer europäischen Informationspolitik

Wirtschaftliche Analysen ignorieren weitgehend die zersplitterte europäische Öffentlichkeit, die das Eurogebiet von anderen großen Währungsräumen (z. B. USA, Indien und China) unterscheidet.

Jedes Land des Euroraums ist einem anderen Druck ausgesetzt. Die globale Finanzkrise und die anschließende Rezession hatten in den verschiedenen Ländern des Euroraums ganz unterschiedliche Auswirkungen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich die Darstellungen über ein und dasselbe Ereignis in den nationalen Zeitungen unterscheiden. Nationale Probleme und Lösungen standen in den nationalen Diskursen im Mittelpunkt und ließen systemische Probleme des Euroraums weitgehend unbeachtet.

»Damit eine echte Demokratie funktioniert, bedarf es eines Gefühls der Zusammengehörigkeit. Es braucht, vor allem, Kommunikationsräume, in denen wir das Politische miteinander verhandeln. [...]. Auch wenn soziale Medien inzwischen das Spektrum auffächern, so kristallisiert sich doch immer noch in den klassischen Massenmedien das, was eine Nation bewegt: was wichtig und was problematisch ist und wie sich die Lage verbessern lässt. Politik wird nicht nur im Parlament verhandelt, sondern auch in der Öffentlichkeit. Was auf nationaler Ebene selbstverständlich ist, gibt es – bislang – nicht auf europäischer Ebene. Ein Zustand, der die europäische Demokratie unterminiert: Wir führen nationale Debatten über transnationale Probleme. [...] Demokratie beginnt damit, dass man miteinander redet und einander zuhört. Damit tun wir uns – im Zeitalter von Populismus, Polarisierung und Turbo-Demokratismus schon auf nationaler Ebene nicht leicht. Auf europäischer Ebene sind wir davon bislang sehr weit entfernt.«²⁵⁴

²⁵⁴ (Müller H. , 2018)

Es fehlt ein Verbund europäischer Zeitschriftenverlage, die in der Lage sind, über politische Ereignisse in der Europäischen Union in allen Sprachen zu berichten. Es sollte eine der wichtigsten Aufgaben der EU-Kommission sein, einen Verbund europäischer Medien zu installieren oder zu fördern, solange es keine einheitliche europäische Sprache gibt.

Förderung von Föderalismus in Europa

Definition des Föderalismus

»Unter Föderalismus [...] wird heute vorwiegend ein Organisationsprinzip verstanden, bei dem die einzelnen Glieder (Gliederstaaten) über eine begrenzte Eigenständigkeit und Staatlichkeit verfügen, aber zu einer übergreifenden Gesamtheit (Gesamtstaat) zusammengeschlossen sind. [...]

Als föderalistischer Staat (in der Literatur zuweilen auch Föderalstaat genannt) wird demzufolge ein Staat mit einer föderalen Verfassung bezeichnet. Er ist nach dem Bundesstaatsprinzip aufgebaut und besteht somit aus Teilstaaten, die bestimmte (beschränkte) staatsrechtliche Kompetenzen ausüben, welche nicht vom Bund als Gesamtstaat abgeleitet sind. Neben dem Gesamtstaat besitzen daher auch die Gliederstaaten eines Bundesstaates in staatsrechtlicher Hinsicht eine eigene, originäre Hoheitsgewalt über die Bevölkerung in ihrem Territorium. [...]

Die »Prinzipienerklärung« der UNO-Generalversammlung vom 24. Oktober 1970 schließt ein Recht auf Sezession im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker weitgehend aus. [...]

Vor allem die – auch in der Föderalisierung liegende – politische Dezentralisation ist in Verbindung mit dem Subsidiaritätsprinzip ein wichtiges Instrument, politische Entscheidungen zu kultivieren und bürgernah zu gestalten.«²⁵⁵

Wobei unter Subsidiarität die Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und die Entfaltung der Fähigkeiten des Individuums, der Familie oder der Gemeinde verstanden wird.

»Das Subsidiaritätsprinzip legt eine genau definierte Rangfolge staatlich-gesellschaftlicher Maßnahmen fest und bestimmt die prinzipielle Nachrangigkeit der nächsten Ebene: Die jeweils größere gesellschaftliche oder staatliche Einheit soll nur dann, wenn die kleinere Einheit dazu nicht in der Lage ist, aktiv werden und regulierend, kontrollierend oder helfend eingreifen. Hilfe zur Selbsthilfe soll aber

²⁵⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%B6deralismus>

immer das oberste Handlungsprinzip der jeweils übergeordneten Instanz sein.«²⁵⁶

Hilfe beim Aufbau von Föderalismus

Auch schon vor dem Jahr 2017 gab es in Europa viele Versuche von Regionen sich von ihrem Staat abzuspalten. Häufig wird das mit ökonomischen, aber auch homogenen Motiven begründet. In den frühen 90er Jahren durchlief Europa eine Welle von Sezessionen in der Neuordnung nach dem Kalten Krieg. Aktuelle secessionistische Abspaltungsversuche gibt es nun von Katalonien, der Lombardei, Korsika und Schottland.

Es fällt auf, dass es in Ländern mit Sezessionsbestrebungen keine Länderkammern gibt, wie sie beispielsweise Deutschland mit dem Bundesrat besitzt. Im deutschen Bundesrat haben die Länder eine gleichberechtigte Stimme und sie besitzen die Möglichkeit, Gesetze der Zentralregierung, falls sie den Interessen der Länder widersprechen, an das Parlament der Zentralregierung zurückzuweisen. Es fällt weiterhin auf, dass es Sezessionen in Ländern mit einer Länderkammer nicht gegeben hat, da hier das Subsidiaritätsprinzip und damit Demokratie in der bestmöglichen Form umgesetzt wurde.

Daher ergibt sich eine Forderung an alle zentralistischen Staaten in der EU, eine Länderkammer einzurichten, mit welcher der Forderung nach Homogenität und ökonomischen Motiven begegnet werden kann, ohne eine Unterdrückung der Regionen zu erleben.

²⁵⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Subsidiarit%C3%A4t>

Abbildungsverzeichnis

<i>Abb. 1: Geldvermögensentwicklung der privaten Haushalte – Deutschland 1949 bis 2017 (brutto)</i>	<i>13</i>
<i>Abb. 2: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland</i>	<i>14</i>
<i>Abb. 3: Das Staatsvermögen in Deutschland in Prozent des Nationaleinkommens 1870 bis 2010</i>	<i>29</i>
<i>Abb. 4: Arbeitslosigkeit 1956 bis 2025.....</i>	<i>38</i>
<i>Abb. 5: Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland 1951 bis 2009.....</i>	<i>39</i>
<i>Abb. 6: Kapital-Einkommensverhältnis in Europa 1870-2010.....</i>	<i>41</i>
<i>Abb. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen in Millionen Euro Deutschland</i>	<i>61</i>
<i>Abb. 8: Preisbereinigte Einkommensteuertarife</i>	<i>64</i>
<i>Abb. 9: Steuereinnahmen Zinsabschlag und Abgeltungssteuer Deutschland....</i>	<i>65</i>
<i>Abb. 10: Steuereinnahmen Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Vermögensabgabe und Lastenausgleich 1950 bis 2016</i>	<i>66</i>
<i>Abb. 11: Kleine Einkommen – große Belastung.....</i>	<i>69</i>
<i>Abb. 12: Steuereinnahmen aus Umsatz, Gewerbe und Körperschaft Deutschland</i>	<i>70</i>
<i>Abb. 13: Steuersätze auf Unternehmensgewinne</i>	<i>71</i>
<i>Abb. 14: Steuereinnahmen aus Grunderwerbssteuer und Grundsteuer Deutschland</i>	<i>72</i>
<i>Abb. 15: Verkäufe von baureifem Land und Preise.....</i>	<i>73</i>
<i>Abb. 16: Die schlimmsten Steueroasen 2017</i>	<i>82</i>
<i>Abb. 17: Apple-Umsatz in Europa in Milliarden USD (2012-2017)</i>	<i>88</i>
<i>Abb. 18: Gesamtstaat: Schuldenstand und Finanzierungssaldo 2003 bis 2017.</i>	<i>93</i>
<i>Abb. 19: Entwicklung der Staatsverschuldung Deutschlands 1950 bis 2025</i>	<i>96</i>
<i>Abb. 20: Zinsentwicklung der Staatsschulden Deutschlands von 1969 bis 2015</i>	<i>97</i>
<i>Abb. 21: Kreditaufnahme des Bundes und Schuldentilgung 2003 bis 2007.....</i>	<i>98</i>
<i>Abb. 22: Preisindizes für Wohnimmobilien</i>	<i>105</i>
<i>Abb. 23: Investitionen und Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 2012 bis 2016 in Milliarden Euro</i>	<i>106</i>

<i>Abb. 24: Nettoanlageinvestitionen des Staates 1991 bis 2013.....</i>	<i>109</i>
<i>Abb. 25: Entwicklung von Produktivität und Löhnen in der BRD 1970 bis 2017</i>	<i>110</i>
<i>Abb. 26 : Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1951 bis 2001.....</i>	<i>112</i>
<i>Abb. 27: Verteilungsrechnung des Bruttonsozialprodukts für 2007.....</i>	<i>113</i>
<i>Abb. 28: Atypisch Beschäftigte 1991 bis 2016.....</i>	<i>115</i>
<i>Abb. 29: Insolvenzen in Deutschland 1950 bis 2016.....</i>	<i>119</i>
<i>Abb. 30: Exporte und Importe Deutschlands von 2000 bis 2018</i>	<i>122</i>
<i>Abb. 31: Ölpreisentwicklung in USD 1951 bis 2015</i>	<i>124</i>
<i>Abb. 32: Armutsquoten nach SOEP und Mikrozensus im Zeitablauf</i>	<i>127</i>
<i>Abb. 33: Lorenzkurve der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland (2005/2007).....</i>	<i>130</i>
<i>Abb. 34: Durchschnittliche jährliche Steigerung der Realeinkommen in Zyklen 1961 bis 2010.....</i>	<i>132</i>
<i>Abb. 35: Nettolöhne pro Monat und Arbeitnehmer 1970 bis 2018</i>	<i>133</i>
<i>Abb. 36: Entwicklung der Arbeitnehmer(einkommen) und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Verhältnis zur Produktivität, 1950 = 100 % ..</i>	<i>134</i>
<i>Abb. 37: Die Top-Ten-Verdiener im Dax.....</i>	<i>136</i>
<i>Abb. 38: Veränderungsraten der realen Durchschnittseinkommen (netto) verschiedener Einkommensgruppen, 2000 bis 2009</i>	<i>138</i>
<i>Abb. 39: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren... </i>	<i>141</i>
<i>Abb. 40: Vermögensverteilung 1973 bis 1998 und 2002 bis 2007</i>	<i>145</i>
<i>Abb. 41: Prozentuale Entwicklung der Vermögensverteilung der jeweils ärmsten und reichsten Fünftel (1973-2007).....</i>	<i>146</i>
<i>Abb. 42: Zahl der Tafeln in Deutschland seit 1993</i>	<i>155</i>
<i>Abb. 43: Verteilung der Versichertenrenten, alte Bundesländer 2017</i>	<i>157</i>
<i>Abb. 44: Hartz-IV-Regelsatz 2018.....</i>	<i>160</i>
<i>Abb. 45: Wertverlust der Infrastruktur in Deutschland 1991 bis 2017.....</i>	<i>179</i>
<i>Abb. 46: Investitionsstau bei Kommunen in Deutschland.....</i>	<i>180</i>
<i>Abb. 47: Investitionen und Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 2012 bis 2016 in Milliarden Euro</i>	<i>183</i>

<i>Abb. 48: Haushaltstyp 2005 Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsrisikoquote</i>	199
<i>Abb. 49: Das reichste 1 % besitzt 90 % des Betriebsvermögens</i>	222
<i>Abb. 50: Die weltweit zehn größten Staatsfonds</i>	226
<i>Abb. 51: Unabhängiger staatlicher Investitionsfonds</i>	228
<i>Abb. 52: Übersicht und Aufbau des kapitalgedeckten Rentenfonds</i>	242
<i>Abb. 53: Geldvermögen und Erbschaftssteueraufkommen 1949 bis 2014</i>	257
<i>Abb. 54: Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitern</i>	272
<i>Abb. 55: Länderfinanzausgleich über Investitionsfonds</i>	277
<i>Abb. 56: Staatsverschuldung der EU-Länder</i>	282
<i>Abb. 57: Das Lizenzsystem im System der Steuervermeider</i>	296
<i>Abb. 58: Apple-Konzernbesteuerung</i>	300
<i>Abb. 59: Investitionsvolumen mit dem EFSI</i>	306
<i>Abb. 60: Struktur der Zahlungsbilanz</i>	308
<i>Abb. 61: Saldo des Außenhandels und der Dienstleistungen Deutschland 2016</i>	309

Literaturverzeichnis

- hade./dpa. (2017). *Das sind die deutschen Start-ups*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/start-ups-in-deutschland-boomen-trotz-buerokratie-huerden-15248880.html>
- Adler, D. (2017). *Home Truths: A Progressive Vision of Housing Policy in the 21st Century*. Tony Blair Institut. Abgerufen am -. - 2019 von <https://institute.global/insight/renewing-centre/home-truths-progressive-vision-housing-policy-21st-century>
- Advobaten. (2014). *Eine Frage der Gerechtigkeit*. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.advobaten.de>: <http://www.advobaten.de/blog/2014/12/18/eine-frage-der-gerechtigkeit/>
- Anselmann, C., & Krämer, H. (2012). *Denn wer da hat, dem wird gegeben*. WISO. Abgerufen am -. - 2019 von <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09319.pdf>
- asa/dpa/AFP-Spiegel. (2016). *Chinesen übernehmen 95 Prozent von Kuka*. Spiegel. Von <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/china-elektrofirma-uebernimmt-kuka-zu-knapp-95-prozent-a-1106634.html> abgerufen
- ASTHEIMER, S. (2017). *Hunderttausende Scheinselbständige in Deutschland*. Frankfurter Allgemeine. Von <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/arbeitsmarkt-hunderttausende-scheinselbstaeendige-in-deutschland-14613172.html> abgerufen
- Atkinson, J. (2017). *Unless Ryanair treats pilots like me better, this crisis will be a long haul*. Guardian. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/sep/20/ryanair-treat-pilots-better-crisis-long-haul?cmp=share>
- BAGW. (2017). *Zahl der Wohnungslosen*. Abgerufen am -. - 2019 von http://www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/index.html
- BDI. (2021). China in der Welthandelsorganisation. *BDI*. Abgerufen am 6. 11 2021 von <https://bdi.eu/artikel/news/china-in-der-wto/>
- Beck-aktuell. (2019). *VG Berlin: Bundestag muss Dokumente zu Parteispenden herausgeben*. C.H. Beck. Abgerufen am -. - 2019 von <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/vg-berlin-bundestag-muss-dokumente-zu-parteispenden-herausgeben>
- Becker, J. (2017). *Elektromobilität – Es fehlt der Stromnachschub für Elektroautos*. Süddeutsche. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.sueddeutsche.de/auto/e-mobilitaet-saftlos-1.3790187>

- Becker, L. (2017). *Eine Supercloud soll die Schulen digitalisieren*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitalisierung-und-bildungsprobleme-bei-der-digitalisierung-des-bildungswesens-15161922.html>
- Benoska, M., & Hentze, T. (2017). *Belastungswirkungen für verschiedene Haushaltstypen*. (IW, Herausgeber) Von <https://www.iwkoeln.de/studien/martin-beznoska-tobias-hentze-belastungswirkungen-fuer-verschiedene-haushaltstypen.html> abgerufen
- Berbalk, O., Dönch, U., & u.a. (2010). *Was passiert bei einer Währungsreform?* Focus Magazin. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.focus.de/magazin/archiv/was-passiert-bei-einer-waehrungsreform-titel_id_1787532.html
- Bernau, P. (2017). *Warum zahlt Apple so wenig Steuern?* FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/recht-steuern/technologiekonzern-warum-zahlt-apple-so-wenig-steuern-15063714-p4.html>
- BImA. (kein Datum). <https://rhein-neckar.bundesimmobilien.de/>. Abgerufen am 6. 11 2020 von <https://rhein-neckar.bundesimmobilien.de/182820/bundesanstalt-fur-immobilienaufgaben>
- BMAS. (2017). *Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2017/5-arb-langfassung.pdf;jsessionid=0D5D3D297F4E9E477AD3D720B15F5B43?__blob=publicationFile&v=9
- BMF. (2017). *Veräußerung/Verwertung von Bundesunternehmen. Unmittelbare Beteiligungsunternehmen des Bundes, VIII A,*. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Privatisierungspolitik/privatisierungspolitik-anlage-2-uebersicht-privatisierungen-des-bundes.pdf
- BMVI. (kein Datum). *Bundesverkehrswegeplanung 2030*. BMVI. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/bundesverkehrswegeplan-2030-gesamtplan.pdf?__blob=publicationFile
- Boffey, D. (2019). *Majority of Europeans 'expect end of EU within 20 years*. The Guardian. Abgerufen am -. - 2019 von

<https://www.theguardian.com/world/2019/may/15/majority-of-europeans-expect-end-of-eu-within-20-years>

- Bofinger, P. (2017). *Mehr Zentralismus wagen!* FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/peter-bofinger-mehr-zentralismus-wagen-15148664-p2.html>
- Bofinger, P. (2019). *Zusammenfassung der Minderheitsvoten im Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*. Sachverständigenrat. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.wiwi.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010100/2018/Minderheitsvoten_Prof._Bofinger_Jahresgutachten_SVR_2018-19_-_Original.pdf
- Boos, P. (2019). *starting up, Chinas Start-up Power*. starting up. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.starting-up.de/geschaefsideen/trends/chinas-start-up-power.html>
- Borowsky, P. (2002). Von , <http://www.bpb.de/izpb/10109/sozialliberale-koalition-und-innere-reformen?p=all> abgerufen
- bpb. (2015). *Die Geburtsstunde der Treuhand*. bpb. Abgerufen am -. - 2019 von Die Geburtsstunde der Treuhand, bpb, 27.2.2015, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/201919/1990-gruendung-der-treuhan>
- BR Fernsehen. (2021). Armes Huhn - armer Mensch, Vom Frühstücksei zur Wirtschaftsflucht. Abgerufen am 9. 11 2021 von <https://www.br.de/mediathek/video/armes-huhn-armer-mensch-vom-fruehstuecksei-zur-wirtschaftsflucht-av:609e1d4cc2726d0007653651>
- Brand, S., & Steinbrecher, J. (2018). *KfW-Kommunalpanel 2018*. KfW Research. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2018.pdf>
- Braunberger, G. (2017). *Sind die Leistungsbilanzsalden ein Schicksal?* Frankfurter Allgemeine. Von <https://blogs.faz.net/fazit/2017/08/30/sind-die-leistungsbilanzsalden-ein-schicksal-9076/> abgerufen
- Brinkman, B., & Kampf, L. (2017). *Neue Heimat*. Süddeutsche Zeitung. Abgerufen am -. - 2019 von <https://projekte.sueddeutsche.de/paradisepapers/wirtschaft/apple-sucht-ein-land-ohne-regeln-e505734/>
- Brückner, O. (2015). *Makroökonomische Ziele*. Wirtschaftsinformatik.me. Von <http://wirtschaftsinformatik.me/allgemein/makrooekonomische-ziele/> abgerufen

- Brune, J. P. (kein Datum). *Katapult - Was bedeutet Armut? Menschenwürde für 3,76 Euro am Tag*. (K. gUG, Hrsg.) Abgerufen am 5. 11 2020 von <https://mobile.katapult-magazin.de/?mpage=a&l=0&artID=745>
- Bundestag, D. (2006). *Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR*. Abgerufen am -. - 2019 von <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/024/1602466.pdf>
- Bundesverfassungsgericht. (2007). *Erbschaftsteuer verstößt gegen das Grundgesetz*. Spiegel Online. Von <https://www.spiegel.de/wirtschaft/bundesverfassungsgericht-erbschaftsteuer-verstoess-t-gegen-das-grundgesetz-a-463349.html> abgerufen
- Busch, U., & Land, R. (2012). *Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010*. VS Verlag. Von <http://docplayer.org/13891914-Teilhabekapitalismus-ulrich-busch-rainer-land-aufstieg-und-niedergang-eines-regimes-wirtschaftlicher-entwicklung-am-fall-deutschland-1950-bis-2010.html> abgerufen
- Butterwegge, C. (2017). *Armutsbereitschaft - Zensiert und geschönt*. Zeit Online. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/armutsbereitschaft-groesse-koalition-schoenung-kritik>
- BVB. (2014). *Trinkwasseranschluss - hat die Gemeinde eine Versorgungs- bzw. Anschlusspflicht?* Von <http://www.bvb-fw-barnim.de/index.php/38-trinkwasseranschluss-hat-die-gemeinde-eine-versorgungs-bzw-anschlusspflicht> abgerufen
- Council of Environmental Quality. (1981). *Global Future - Time to act - Zeit zum Handeln - Zusatzband Global 2000*. Council of Environmental Quality. Abgerufen am 11. 11 2021 von http://www.geraldbarney.com/Global_2000_Report/G2000-German/G2000-German-Vol2-GlobalFuture.pdf
- de Masi, F. (kein Datum). *Panama-Papers: Schmutziges Geld und Steuertricks*. (D. L. Linken, Hrsg.) Abgerufen am -. - 2019 von www.fabio-de-masi.de: <https://www.fabio-de-masi.de/kontext/controllers/document.php/287.f/.../c85e48.pdf>
- DerStandard. (2019). *Deutsch-französische Cloud für sensible Firmendaten geplant*. *Der Standard*. Abgerufen am 2019 von <https://www.derstandard.de/story/2000108849443/deutsch-franzoesische-cloud-fuer-sensible-firmendaten-geplant>

- Destatis. (2018). *Pressemitteilung Nr. 072 vom 5. März 2018*. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/03/PD18_072_51.html
- DESTATIS. (kein Datum). *Bruttoinlandsprodukt (BIP)*. Von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/bip.html> abgerufen
- Deutsche Bundesbank. (2014 September). *Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise*. Deutsche Bundesbank. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.bundesbank.de/resource/blob/664164/03df9a7fde60f8d08cf53254f5cab763/mL/2014-09-eigentuemersstruktur-aktienmarkt-data.pdf>
- Deutscher-Bundestag. (2019). *Parteispenden über 50.000 € - Jahr 2019*. Deutscher Bundestag. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2019/2019-inhalt-588588>
- Dingwerth, K. u. (2011). *Postnationale Demokratie - Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO* (Bd. 47). (Springer, Hrsg.) Wiesbaden: VS Verlag.
- DIW. (2017). *Pressemitteilung vom 05.07.2017*. DIW. Von https://www.diw.de/de/diw_01.c.560993.de/in_deutschland_werden_zwischen_2012_und_2027_bis_zu_400_milliarden_euro_pro_jahr_verscheknt_und_vererbt_werden_gut_ein_viertel_mehr_als_bisher_angenommen.html abgerufen
- Docplayer. (2010). *DIE SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT DER DDR*. Von <https://docplayer.org/amp/30917825-Die-sozialistische-planwirtschaft-der-ddr.html> abgerufen
- Drechsel-Grau, M., Peichl, A., & Kai Daniel Schmid, K. D. (10 2015). *Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland / Spitzeneinkommen – ein Missing-Link*, 95. Jahrgang, Heft 10. Abgerufen am 12. 12 2020 von Wirtschaftsdienst - Zeitschrift für Wirtschaftspolitik: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2015/heft/10/beitrag/einkommensverteilung-und-gesamtwirtschaftliche-entwicklung-in-deutschland-spitzeneinkommen-ein-missi.html>
- DW. (2021). *Displaced: Tomaten und Profitgier - Ghanas Bauern auf der Flucht*. DW. Abgerufen am 9. 11 2021 von <https://www.dw.com/de/displaced-tomaten-und-profitgier-ghanas-bauern-auf-der-flucht/av-52107138>

- Eckert, D. (2019). *Viele Firmen sind schon weiter, als Kevin Kühnert denkt*. Welt. Abgerufen am -. - 2019 von Daniel Eckert, Viele Firmen sind schon weiter, als Kevin Kühnert denkt, Welt, 12.05.2019, <https://www.welt.de/finanzen/article193330301/Enteignungs-Debatte-Hier-sind-Kuehnerts-Traeume-schon-Wirklichkeit.html>
- Einszweidrei. (kein Datum). *Die Artikel 11 bis 19 Grundgesetz*. Abgerufen am -. - 2019 von 123recht.de: https://www.123recht.de/ratgeber/grundrechte-verfassung/Art-14-Eigentum,-Erbrecht-und-Enteignung-__a580__p5.html
- Eisenreich, R. (2016). *Warum die Wiener so günstig wohnen können*. SZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/report-warum-die-wiener-so-guenstig-wohnen-koennen-1.3245115>
- Equinix. (2019). *Equinix and GIC Agree to Form Joint Venture to Develop and Operate Hyperscale Data Centers in Europe*. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.datacenter-insider.de/equinix-und-gic-erweitern-xscale-datacenter-programm-a-1038011/>
- Erhard, L. (2009). *Wohlstand für alle*. Anaconda.
- Erste Sparkasse. (2017). *Steueroasen: EU erstellt „Schwarze Liste“ mit 17 Ländernamen*. Erste Sparkasse. Abgerufen am -. - 2019 von <https://newsroom.sparkasse.at/2017/12/06/steueroasen-eu-erstellt-schwarze-liste-mit-17-laendernamen/58184>
- Europäisches Parlament. (2018). *Der EU-Binnenmarkt wird 25 Jahre alt*. Europäisches Parlament. Abgerufen am -. - 2019 von Der EU-Binnenmarkt wird 25 Jahre alt, Europäisches Parlament, 9.1.2018, <http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20180108STO91214/der-eu-binnenmarkt-wird-25-jahre-alt>
- Familienunternehmer, D. (12. 12 2019). <https://www.familienunternehmer.eu>. Von https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/ueber_uns/familienunternehmen_portraitbroschuere.pdf abgerufen
- FAZ. (2017). *MANGELHAFTE INFRASTRUKTUR: Bahn liegt im Europa-Vergleich hinten*. FAZ. Von <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europa-vergleich-bahn-bei-elektrifizierung-hinten-15168166.html> abgerufen
- FAZ. (2017). *WACHSENDE UNGLEICHHEIT - Wirtschaftsministerium warnt vor schrumpfenden Löhnen*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wachsende-ungleichheit-wirtschaftsministerium-warnt-vor-schrumpfenden-loehnen-15162416.html>

- fdi/Reuters. (2017). *Größtes Staatsvermögen der Welt - Norwegens Fonds steigt über eine Billion Dollar*. Der Spiegel. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/norwegens-oel-staatsfonds-ist-jetzt-eine-billion-dollar-wert-a-1168648.html>
- Felber, C. (2017). *Ethischer Welthandel - alternativen zu TTIP, WTO & Co*. Wien: Deuticke im Paul Zsolnay Verlag.
- Ficociello, N. (2019). *"Kein Kaffee, kein Kuchen und kein Theater" - Altersarmut in Deutschland*. Das Erste. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.daserste.de/unterhaltung/film/themenabend-armut-und-verschuldung/altersarmut-ursache-tipps-100.html>
- finanzen.net. (2021). Tesla oder NIO? Dieser Elektroautohersteller könnte 2021 die Nase vorne haben. *finanzen.net*. Abgerufen am 1. 11 2021 von <https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/e-auto-aktien-tesla-oder-nio-dieser-elektroautohersteller-koennte-2021-die-nase-vorne-haben-9630369>
- Freiberger, H. (2015). *Statistik über Vermögen, Sehr viel reicher als gedacht*. Süddeutsche Zeitung. Von <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/statistik-ueber-vermoegen-sehr-viel-reicher-als-gedacht-1.2345008> abgerufen
- Freitag, L. (2007). *Unverzichtbar – Kommunale und öffentliche Wohnungsunternehmen sichern vitale Städte*. (J. S.–T. Saatkartoffeln?, Hrsg.)
- Frese, A. (2017). *Mindestlohn – 6,7 Millionen Beschäftigte bekommen weniger*. Tagesspiegel. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/mindestlohn-6-7-millionen-beschaeftigte-bekommen-weniger/20679010.html>
- Frick, J., Grabka,, M., & Hauser, R. (2010). Die Verteilung der Vermögen in Deutschland – Empirische Analysen für Personen und Haushalte. (Hans-Böckler-Stiftung, Hrsg.) *118, S.13*.
- Friedrich-Naumann-Stiftung. (1971). *Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik*. Von <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1971freiburgethesen.pdf> abgerufen
- FSB. (2018). *Global Shadow Banking Monitoring Report 2017*. Financial Stability Board. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.fsb.org/2018/03/global-shadow-banking-monitoring-report-2017/>
- GDV. (2015). *Warum die Altersvorsorge der Skandinavier keine Alternative für Deutschland ist*. GDV. Abgerufen am -. - 2019 von

<http://www.gdv.de/2015/08/warum-die-altersvorsorge-der-skandinavier-keine-alternative-fuer-deutschland-ist/>

Geschichtsverein. (1974). *Der neue Kanzler Helmut Schmidt*. Geschichts- und Kulturverein Köngen e.V. Von <http://geschichtsverein-koengen.de/HelmutSchmidt.htm> abgerufen

Grabka, A. T. (6. 7 2017). *DIW WOCHENBERICHT NR. 27/2017*. Abgerufen am 12. 12 2020 von http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.560982.de/17-27-3.pdf

Grabka, M. M., & Schröder, C. (2019). *Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen*. DIW Wochenbericht. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.618178.de/19-14-3.pdf

Greenpeace. (30. 12 2004). *10 JAHRE WTO: 10 KAPITALE FEHLER IM SYSTEM - Das Jubiläum der Welthandelsorganisation liefert alles andere als einen Grund zum Feiern*. Abgerufen am 20. 12 2020 von Greenpeace: <https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft/wirtschaft/10-jahre-wto-10-kapitale-fehler-im-system>

Handelsblatt. (2016). *Draghi will bis Dezember 2017 Anleihen kaufen*. Handelsblatt. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/ezb-entscheid-draghi-will-bis-dezember-2017-anleihen-kaufen/14952098.html?ticket=ST-2931031-VMcehfjbnLAGfm3Mas5K-ap1>

Handelsblatt. (2016). *RENTE - Bundeszuschuss erstmals über 100 Milliarden Euro*. Handelsblatt. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rente-bundeszuschuss-erstmals-ueber-100-milliarden-euro-/14024558.html>

Hansen, A. (2014). *Niederlande: Die wahre Steueroase liegt an der Nordsee*. Spiegel Online. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-11/steueroasen-niederlande>

Hauser, R. (2012). Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, ein Überblick. *Memento vom 8. Februar 2012 im Internet Archive*, S. Informationen zur Raumentwicklung Heft 2/4.2003, S. 111 und 119.

Hecking, C. (2019). *Salvini-Berater Borghi: „Der Euro ist die falsche Währung für Italien“*. Abgerufen am -. - 2019 von

- <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/salvini-berater-borghi-der-euro-ist-die-falsche-waehrung-fuer-italien>
- hej/dpa. (2019). *Lebensmittelretter*. Spiegel Online. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/bremen-kaufhaus-erlaubt-containern-a-1272249.html>
- Heming, T. (2019). *JEDER SIEBTE ZU ARM - Wer sich in Deutschland keinen Urlaub leisten kann*. Wirtschaftswoche. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/jeder-siebte-zu-arm-wer-sich-in-deutschland-keinen-urlaub-leisten-kann/24528424.html?social=flipboard>
- Hentze, T., & Kolev, G. (2018). *Ausdehnung der öffentlichen Investitionen*. IW. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2017/IW-Policy-Paper_02_2018_Gesamtwirtschaftliche_Effekte_%C3%B6ffentlicher_Investitionen.pdf
- Herrnkind, K. (2018). *Politiker bedienen sich an Rentenkasse und lassen andere die Zeche zahlen*. Der Stern. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.stern.de/politik/deutschland/rentenkasse--politiker-bedienen-sich-und-lassen-andere-die-zeche-zahlen-7348362.html>
- Hoffmann, C. (2016). *Investitionen, Deutschland spart sich schwach*. Abgerufen am -. - 2019 von Catherine Hoffmann, Investitionen, Deutschland spart sich schwach, SZ, 12.12.2016, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/investitionen-das-geld-ist-da-1.3290793>
- Hontschik, B. (2019). *Erkranken schadet ihrer Gesundheit*. Frankfurt: Westend Verlag.
- Hradil, S. (2001). *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. VS Verlag Fur Sozialwissenschaften Gmbh. Von in https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Ungleichheit abgerufen
- Hutterer, M. (2011). *Die unbequemen Wahrheiten zum Thema Rente*. Focus Online. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/tid-23484/gesetzliche-rentenversicherung-die-unbequemen-wahrheiten-zum-thema-rente_aid_660746.html
- Ilg, P. (2021). *Kann Varta E-Auto?* Zeit Online. Abgerufen am 31. 10 2021 von <https://www.zeit.de/mobilitaet/2021-10/elektromobilitaet-hochleistungsbatterie-e-autos-varta-asiatische-hersteller-konkurrenz>

- IWD. (2018). *Wirtschaft: Sehnsuchtsfach an deutschen Schulen*. IWD. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.iwd.de/artikel/sehnsuchtsfach-wirtschaft-380685/?utm_content=buffer83c4f&utm_medium=social&utm_source=twitter.com&utm_campaign=buffer
- Joint Economic Committee. (1980). *The Global Report 2000*. Congress of the United States. Von [https://www.jec.senate.gov/reports/96th%20Congress/The%20Global%202000%20Report%20\(998\).pdf](https://www.jec.senate.gov/reports/96th%20Congress/The%20Global%202000%20Report%20(998).pdf) abgerufen
- juracademy. (kein Datum). *GARANTIE VON EIGENTUM UND ERBRECHT (ART. 14 GG), SOZIALISIERUNG (ART. 15 GG)*. Abgerufen am -. - 2019 von www.juracademy.de: <https://www.juracademy.de/grundrechte/eigentum-sozialisierung-schema.html>
- Kaiser, T. (2018). *So reich ist Deutschland wirklich*. Welt. Von <https://www.welt.de/wirtschaft/article181823824/IWF-Warnung-Deutscher-Staat-lebt-ueber-seine-Verhaeltnisse.html> abgerufen
- Karabarbounis, L., & Neiman, B. (2017). *Trends in Factor Shares: Facts and Implications*. nber. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.nber.org/reporter/2017number4/karabarbounis.html>
- Kasy, M. (-). *Warum wir Vermögen und Erbschaften besteuern sollten*. IHS Wien.: scholar.harvard.edu. Abgerufen am -. - 2019 von https://scholar.harvard.edu/files/kasy/files/erbschaftssteuerstandpunkt_kasy.pdf
- Kaufman, D. (27. 11 2020). *Wird Deutschland jetzt Batterieweltmeister?* Abgerufen am 23. 12 2020 von DW: <https://www.dw.com/de/wird-deutschland-jetzt-batterieweltmeister/a-55751465>
- Klemm, T., & Piron, A. (2017). *Deutschland deine Gründer*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/wirtschaft-in-zahlen-deutschland-deine-gruender-15216057/gruender-2-15216147.html>
- Kornelius, S., Fried, N., & Oltermann, P. (2019). *Merkel: Europe must unite to stand up to China, Russia and US*. Guardian. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.theguardian.com/world/2019/may/15/angela-merkel-interview-europe-eu-unite-challenge-us-russia-china>
- Kramer, B. (2017). *Zeitverträge Entfristet uns!* Zeit Online. Von <http://www.zeit.de/karriere/beruf/2017-01/zeitvertraege-befristung-angestellte-arbeitnehmer> abgerufen

- Kuhnert, J., & Leps, O. (2017). Das Dauerprogramm der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit. In *Neue Wohnungsgemeinnützigkeit* (S. 285–328, S. 291). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kwasniewski, N. (2012). *Was die Reichensteuer wirklich bringt*. (S. Online, Herausgeber) Abgerufen am -. - 2019 von [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/reichensteuer-so-viel-bringen-hoehere-steuern-fuer-vermoegende-a-848522.html): <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/reichensteuer-so-viel-bringen-hoehere-steuern-fuer-vermoegende-a-848522.html>
- Lange, T. (2012). *Parteienfinanzierung: Europarat ermahnt Deutschland bis Ende Juni zu handeln*. Lobbycontrol. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.lobbycontrol.de/2012/04/parteienfinanzierung-europarat-ermahnt-deutschland-bis-ende-juni-zu-handeln/>
- Lanz, M. (2019). *Ein weiterer Gliedstaat schliesst sich dem 15-Dollar-Klub an*. NZZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.nzz.ch/wirtschaft/ein-weiterer-gliedstaat-schliesst-sich-dem-15-dollar-klub-an-ld.1471916?reduced=true>
- Lewis, T. (2017). *Homelessness*. The Observer. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.theguardian.com/society/2017/apr/09/josh-littlejohn-philanthropist-homeless-social-bite-edinburgh-utopia>
- Lindner, F. (2014). *Privater Investitionsstau in Deutschland?* IMK, Boeckler. Von <https://econpapers.repec.org/paper/imkreport/96-2014.htm> abgerufen
- Little, A. (-). *Deutsche Bahn: ausgebremst durch Investitionsstau*. Arthur D. Little. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.adlittle.de/de/insights/press/press-release/deutsche-bahn-ausgebremst-durch-investitionsstau>
- Lobo, S. (2018). *Was man über die „Gelbwesten“ wissen sollte*. Spiegel Online. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/gelbwesten-in-frankreich-was-man-ueber-die-protestbewegung-wissen-sollte-a-1243292.html>
- LÖHR, J. (2018). *Schnelles Internet im Schnecken tempo*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/haelfte-deutscher-unternehmen-ohne-breitbandanschluss-15407279.html>
- Ludwig, K. (2017). *Das Eigenheim wird zum unerfüllbaren Traum*. Süddeutsche Zeitung. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/immobilienmarktbericht-das-eigenheim-wird-zum-unerfuellbaren-traum-1.3788285>
- Mazzucato, M. (2014). *Das Kapital des Staates*. (U. Schäfer, Übers.) München: Antje Kunstmann.

- Meinhard, V. (2017). *Entwicklung der Rentenausgaben in Deutschland*. IMK. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_53_2017.pdf
- Mohr, D. (2018). *So viele Aktionäre seit 2003 nicht mehr*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/sparen-und-geld-anlegen/in-deutschland-gibt-es-viele-aktionaere-wie-seit-2003-nicht-mehr-15457673.html>
- Müller, A. (2005). *Brauchen wir Grundlagenforschung?* Astro Wissen. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.spektrum.de/astrowissen/grundlagen.html>
- Müller, H. (2018). *EU-Haushalt - Wir sind kein Volk. Noch nicht*. Spiegel. Abgerufen am -. - 2019 von http://www.spiegel.de/wirtschaft/europaeische-union-wir-sind-kein-volk-noch-nicht-a-1194068-amp.html?__twitter_impression=true
- Murphy, R. (2017). *Why becoming a tax haven would be bad news for Britain*. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.theguardian.com/world/2017/mar/22/tax-haven-theresa-may-bad-news-britain-brexit>
- mz-Focus. (2014). *Pensionen steigen 22 mal stärker als Renten*. Focus. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/grosser-unterschied-im-alter-beamtenpensionen-steigen-derzeit-schneller-als-rente_id_3731413.html
- Neff, R. (2014). *Privatisierung großer Wohnungsbestände*. (GiB, Herausgeber) Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.gemeingut.org/privatisierung-grosser-wohnungsbestaende/>
- Nussbaum, M. C. (2011). *Creating Capabilities*. Cambridge.
- Papier, H.-J. (2006). *Zum Spannungsverhältnis von Lobbyismus und parlamentarischer Demokratie*. Docplayer. Abgerufen am -. - 2019 von <https://docplayer.org/26159133-Zum-spannungsverhaeltnis-von-lobbyismus-und-parlamentarischer-demokratie.html>
- Prantl, H. (2017). *Die schwarzen Kassen des Altkanzlers*. Süddeutsche Zeitung. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.sueddeutsche.de/medien/helmut-kohls-spendenaffaere-die-schwarzen-kassen-des-altkanzlers-1.3776487>
- Presse-und-Informationsamt-der-Bundesregierung. (1982). *Helmut Kohls Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982*. Von Helmut Kohls Regierungserklärung, 13. Oktober 1982, http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0144_koh_de.pdf abgerufen

- Reuter, T. (2017). *OBDACHLOSIGKEIT IN DEUTSCHLAND - „Die meisten leben nicht auf der Straße“*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/wohnungslose-warum-die-wenigsten-auf-der-strasse-leben-15297200.html>
- Rödl & Partner. (2016). *Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Erbschaftsteuer*. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.roedl.de/themen/das-urteil-des-bundesverfassungsgerichtes-zur-erbschaftsteuer-eine-erste-analyse>
- Rosbach, H. (2017). *Wirtschaft moniert langsamen Glasfaserausbau*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gutachten-wirtschaft-moniert-langsamen-glasfaserausbau-15261902.html>
- Rövekamp, M. (2015). *Flüchtlingskrise macht Obdachlose und Arme nervös*. Tagesspiegel. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/verteilungskampf-in-berlin-fluechtlingskrise-macht-obdachlose-und-arme-nervoes/12654470.html>
- Rühl, W. (2007). *Geschichte der VW-Aktie*. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.meinpolitik.de/geschich.htm>
- Sainato, M. (2019). *Bosses pocket Trump tax windfall as workers see job promises vanish*. Guardian. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.theguardian.com/business/2019/jun/15/job-losses-trump-tax-cut-at-t-general-motors-wells-fargo>
- Schäfer, C. (2000). *Geringe Löhne – mehr Beschäftigung? Niedriglohnpolitik, Hamburg 2000, S.77*. VSA-Verlag.
- Schäfers, M. (2019). *Beamte im Ruhestand, Die Pensionslasten steigen um 70 Milliarden Euro*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kosten-fuer-pensionierte-beamte-steigen-um-70-milliarden-euro-16295742.html>
- Scharpf, F. W. (1983). *Sozial-liberale Beschäftigungspolitik — keine Erfolgsbilanz*. Abgerufen am -. - 2019 von <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1983/1983-01-a-017.pdf>
- Schibany, A., & Gassler, H. (2010). *NUTZEN UND EFFEKTE DER GRUNDLAGENFORSCHUNG*. JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH – Zentrum für Wirtschafts- und Innovationsforschung. Abgerufen am -. - 2019 von https://www.fwf.ac.at/fileadmin/files/Dokumente/Ueber_den_FWF/Publikationen/FWF-relevante_Publikationen/RR98_Grundlagenforschung.pdf

- Schmid, K.-P. (1990). *Die Miesen ins Töpfchen*. Die Zeit. Abgerufen am . - 2019 von <https://www.zeit.de/1990/26/die-miesen-ins-toepfchen/komplettansicht?print>
- Schorr, G. (2006). *Der Marshallplan*. Von <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-marshall-plan-european-recovery-program/> abgerufen
- Schwenn, K. (2017). *Mehr Kinderarmut in Deutschland*. FAZ. Abgerufen am . - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/steigende-kinderarmut-in-deutschland-15135343.html>
- Seibel, K. (2017). *Das haben die Dax-Chefs verdient*. Die Welt. Abgerufen am . - 2019 von <https://www.welt.de/wirtschaft/article162954148/Das-haben-die-Dax-Chefs-verdient.html>
- Siems, D. (2017). *Alt ist man derzeit am besten in Österreich*. Die Welt. Abgerufen am . - 2019 von <https://www.welt.de/wirtschaft/article166423590/Alt-ist-man-derzeit-am-besten-in-Oesterreich.html>
- Slobodian, Q. (2019). *Globalisten*. (S. Gebauer, Übers.) Berlin: Suhrkamp.
- Sommer, T. (2019). *Lernen von Chinas Masterplan*. Zeit Online. Abgerufen am . - 2019 von <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-01/china-siemens-alstom-bahn-europa-industrie>
- Spiegel. (2018). *Union bekommt die meisten Großspenden - vor allem aus der Industrie*. Spiegel. Abgerufen am . - 2019 von <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-bekommt-die-meisten-grossspenden-vor-allem-aus-der-industrie-a-1245876.html>
- Spree, R. (2016). *China in der Geschichte der Globalisierung*. Amazon.
- Stahl, T. (2021). VW-Partner knackt Akku-Rekord: Doch die Technik hat einen gewaltigen Nachteil. *efaher.com*. Abgerufen am 1. 11 2011 von https://efahrer.chip.de/news/vw-partner-knackt-akku-rekord-doch-die-technik-hat-einen-gewaltigen-nachteil_104011
- Statista. (2019). *Importe und Exporte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949 bis 1989*. Statista. Abgerufen am . - 2019 von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249248/umfrage/aussenhandel-der-ddr/>
- Statistisches Bundesamt. (2017). *84 200 Kinder von Jugendämtern in Obhut genommen*. SZ. Abgerufen am . - 2019 von <http://www.sueddeutsche.de/panorama/statistisches-bundesamt-aemter-stellen-erneut-mehr-kinder-und-jugendliche-unter-schutz-1.3638006>

- Stremme, J. (2013). *Wohlstandsabbau: Lohnzurückhaltung und seine „Erfolgsbeispiele“*. Abgerufen am -. - 2019 von [www.maskenfall.de](http://www.maskenfall.de/?p=3074): <https://www.maskenfall.de/?p=3074>
- Süddeutsche. (2017). *Internet und Globalisierung - Die Freiheit dient nicht dem Nutzen aller, sondern dem Erfolg Einzelner*. SZ. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.sueddeutsche.de/kultur/serie-globalisierung-am-ende-der-grosse-graben-1.3566082-2>
- Sweeney, J., & Sweeney, R. (1977). *Monetary Theory and the Great Capitol Hill Baby Sitting Co-op Crisis*. Wiley Blackwel. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.eecs.harvard.edu/cs286r/courses/fall09/papers/coop.pdf>
- SZ. (2017). Beteiligungen des Bundes - Wann Staatsunternehmen unproblematisch sind. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/beteiligungen-des-bundes-deutschland-deine-staatsunternehmen-1.3624962-2>
- Szigetvari, A. (2016). *Wie Apple seine Steuerlast auf 0.005 % senkte*. Der Standard. Abgerufen am -. - 2019 von <https://derstandard.at/2000043593222/Wie-Apple-seine-Steuerlast-auf-0-005-Prozent-senkte>
- The giving pledge. (2010). *Historie of the pledge*. The giving pledge. Abgerufen am -. - 2019 von <https://givingpledge.org/About.aspx>
- Tiefensee, A., & Grabka, M. (2017). *Das Erbvolumen in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen*. DIW. Abgerufen am -. - 2019 von DIW WOCHENBERICHT NR. 27/2017, 6. Juli 2017, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.560982.de/17-27-3.pdf
- Verdi. (kein Datum). *Wirtschaftspolitik -Antworten auf Argumente gegen eine gerechte Erbschaftsteuer*. Verdi. Abgerufen am -. - 2019 von <https://wipo.verdi.de/publikationen/argumente/++co++483e5708-6b3b-11e5-b6fb-525400ed87ba>
- Verity, A., & Stylianou, N. (2018). *Firms on Caribbean island chain own 23,000 UK properties*. BBC News. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.bbc.com/news/business-42666274>
- VEUGELERS, R., & BRUEGEL. (2017). *China is the world's new science and technology powerhouse*. Bruegel. Abgerufen am -- 2019 von <https://www.bruegel.org/2017/08/china-is-the-worlds-new-science-and-technology-powerhouse/>
- Volkery, C. (2013). *Britische Steueroasen - Kritiker zweifeln an Camerons Transparenzoffensive*. Spiegel. Abgerufen am -. - 2019 von

- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/die-britischen-steueroasen-in-uebersee-wollen-ihr-bankgeheimnis-lueften-a-897776.html>
- Völklein, M. (2017). *Im Land der kaputtgesparten Bimmelbahn*. SZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.sueddeutsche.de/auto/marodes-schienennetz-die-politik-dreht-sich-viel-zu-sehr-um-den-strassenverkehr-ein-kommentar-1.3639046>
- Wagner, J. (2007). *Mit Sicherheit keine Entwicklung! - Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit*. Die Linke. Abgerufen am 11. 11 2021 von http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2008/757/pdf/2007_10.pdf
- Walpen, B. (2004). *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*. Hamburg: VSA Verlag. Von https://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Walpen_Die_offenen_Feine_und_ihre_Gesellschaft.pdf abgerufen
- Wildemann, H. (2018). *3D-METALLDRUCK: Eine Revolution in der Fabrik*. FAZ. Abgerufen am -. - 2019 von <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diginomics/3d-metalldruck-eine-revolution-in-der-fabrik-15356892-p2.html>
- Wittenhorst, T. (2019). *Vodafone: Staat soll selbst Rohre für Datenkabel verlegen*. Heise Online. Abgerufen am -. - 2019 von <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Vodafone-Staat-soll-selbst-Rohre-fuer-Datenkabel-verlegen-4413403.html>
- Woite, W. (2019). *Wilder Osten Joint Venture: Report eines unternehmerischen Abenteuers*. Books on Demand.
- Woite, W. (kein Datum). *Diffamierung des Transferrubel-Verrechnungsverkehrs*. Abgerufen am -. - 2019 von <https://wwoite.wordpress.com/>
- Woite, W. (kein Datum). *Rechtsstreit DABA*. Abgerufen am -. - 2019 von [wwoite.wordpress.com: https://wwoite.wordpress.com/rechtsstreit-daba/](https://wwoite.wordpress.com/rechtsstreit-daba/)
- Wrede, I. (2020). Engpässe bei Medikamenten: Was die wirklichen Gründe sind. DW. Abgerufen am 1. 11 2021 von <https://www.dw.com/de/engp%C3%A4sse-bei-medikamenten-was-die-wirklichen-gr%C3%BCnde-sind/a-55617307>
- Zacharakis, Z. (kein Datum). *SPD: Das Agenda Trauma*. 2017: Zeit Online. Von <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/agenda-2010-spd-martin-schulz-arbeit-niedriglohnsektor-effekte-deutschland> abgerufen
- Zeitler, G. (2006). *Der Freihandelskrieg - Von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung*. Münster: Monsenstein und Vanerdat Verlag.

Zöttl, I. (2019). *Mindestlohnkampagne – Warum McDonald's und Amazon plötzlich 15 Dollar pro Stunde zahlen*. Der Spiegel. Von <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/mindestlohn-in-den-usa-wenn-mcdonald-s-und-amazon-15-dollar-pro-stunde-zahlen-a-12463> abgerufen

Mehr Bücher von Peter Thurnhofer

Wild East Joint Venture

Report of an entrepreneurial adventure
BoD-Verlag ISBN Buch 9783819279140

Yo-Yo Effect- Goodbye!

Experience report on effortless and sustainable weight achievement through re-activation of fat metabolism with the LipoReAct diet
BoD-Verlag, ISBN Buch 978369571286, E-Book 9783695778140

JO-JO-Effekt ade

Erfahrungsbericht über eine mühelose und nachhaltige Gewichtserzielung durch Reaktivierung des Fettstoffwechsels mit der LipoReAct-Diät
BoD-Verlag, ISBN Buch: 978369519132, E-Book: 9783695154920
10.11.2025

Die Energierevolution vernünftig nutzen

Erfahrungsbericht über die Installation von Wärmepumpe und PV-Anlage mit Heizkörpern in einem schlecht isolierten Gebäude
BoD-Verlag, ISBN Buch: 9783769340082, E-Book: 9783769347968
11.02.2025

Wilder Osten Joint Venture

Report eines unternehmerischen Abenteuers
Unternehmerischen Erlebnisse während der deutschen Wiedervereinigung
Autor Winfried Woite, Verf. Peter Thurnhofer
BoD-Verlag ISBN Buch: 9783746080642, E-Book: 9783746054940
23.06.2019

Wohlstand für alle ist notwendig und machbar

Vorschläge zur Beseitigung der Investitionskrise in der Sozialen Marktwirtschaft
Nora Verlagsgemeinschaft ISBN Buch: 9783865574817
2019